



Ulrich Bartosch
(Hrsg.)

Die Idee der Universität – heute

Passauer Perspektiven

Ulrich Bartosch
Die Idee der Universität – heute

Ulrich Bartosch
(Hrsg.)

Die Idee der Universität – heute

Passauer Perspektiven

Verlag Julius Klinkhardt
Bad Heilbrunn • 2024

k

Dieser Titel wurde in das Programm des Verlages mittels eines Peer-Review-Verfahrens aufgenommen. Für weitere Informationen siehe www.klinkhardt.de.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über <http://dnb.d-nb.de>.

2024. Verlag Julius Klinkhardt.

Coverabbildung: © Urheber: Florian Weichselbaumer, Rechte: Universität Passau.

Foto Rückcover: Universität Passau.

Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten.

Printed in Germany 2024. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem alterungsbeständigem Papier.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Die Publikation (mit Ausnahme aller Fotos, Grafiken und Abbildungen) ist veröffentlicht unter der Creative Commons-Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0 International

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

ISBN 978-3-7815-6071-0 digital

doi.org/10.35468/6071

ISBN 978-3-7815-2617-4 print

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Bartosch

Vorwort: Eine Idee der Universität – heute? 9

Rudolf Speth

Einleitung: Den Kern behalten und sich wandeln:

Die Universität vor neuen Herausforderungen 15

I. Die historische Tiefendimension

Herfried Münkler

Ein virtueller Brückenschlag aus der europäischen Universitätsgeschichte
in die Zukunft der Universität Passau 29

II. Die Universität und die Wissenschaft

Anna Henkel

Disziplinarität zwischen Wissenschaft und Universität 41

Horst Bischof

Universitäre Forschung quo vadis 46

Sabine Doering-Manteuffel

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs 53

Brigitte Forster-Heinlein

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs – auch aus Sicht
der jungen Forscherinnen und Forscher? 63

Barbara Zehnpfennig

Universität und Wahrheit 67

Gesine Schwan

Was ist die Aufgabe von Universitäten? 73

Carolin Häußler

Wissenschaft: Normen, Spannungsfelder und die Dissemination
von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Wirtschaft 83

III. Reformansätze und Ökonomisierung

Richard Münch

Alle Macht dem Präsidium! Von der Herrschaft der Ordinarien zur
unternehmerischen und total administrierten Universität? 93

Wolfgang A. Herrmann

Die unternehmerische Universität 105

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Virtueller Brückenschlag in die Zukunft der Universität Passau 113

IV. Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz

Bernd Sibler

Erfolgreiche Hochschulen brauchen exzellente Rahmenbedingungen 121

Heinrich Oberreuter

Wissenschaft als Dienst am Wissen 128

Karsten Fitz

Die Universität und die Grenzen des Wettbewerbs 133

V. Die Universität der Studierenden

Simon Pagany

Die Anfänge der studentischen Vizepräsidentschaft an der
Zeppelin Universität 143

Lorena Puqja und Sophia Rockenmaier

Mitgestaltung auf Augenhöhe: Eine studentische Vizepräsidentschaft
für die Universität Passau 149

Thomas Girst

Umweg statt Abkürzung: Über das Prinzip funktionaler Serendipität
für die Lehranstalten der Zukunft 156

Birgit Beumers

Serendipität und Funktionalität? 164

VI. Die Universität als Organisation

Ulrike Beisiegel

Herausforderungen der Universitäten der Zukunft 171

Andreas König

„Universität als Heimat“ als Teil einer Universitätsstrategie 180

VII. Der Bezug zur Gesellschaft

Uwe Schneidewind

Die Stadt als Campus 189

Martina Padmanabhan

Was will internationale transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung in
Niederbayern? Das Versprechen der Kleinstadt 196

Micha Teuscher

Gesellschaftliche Herausforderungen als Impuls für die Entwicklung
der Universität 205

Hannah Schmid-Petri

Öffentlichkeitsdynamiken im digitalen Zeitalter 215

Manfred Brocker

Eine politische Idee der Universität heute? 221

Alexander von Gernler

Ambivalenzen von Informatik und Digitalisierung 233

Florian Töpfl

Wie wissenschaftsskeptische Gegenöffentlichkeiten neue Medien nutzen 242

VIII. Der besondere Platz der Universität Passau

Christian Thies

Abschied von Humboldt 249

Hans-Georg Dederer

Die Idee der Universität heute 255

Michael Grimm

Die neue Approbationsordnung: Ein Plädoyer zur Schließung von
Schnittstellen zwischen Medizin und Sozialwissenschaften 261

Autor:innenverzeichnis 271

Ulrich Bartosch

Vorwort: Eine Idee der Universität – heute?

1 Universität heute denken – „ums Ganze geht“

Die Universität ist eine wissenschaftsgeleitete Institution, an der Wissenschaft betrieben und wissenschaftliche Bildung erworben wird. Die Befähigung Wissenschaft zu betreiben, wissenschaftliche Erkenntnisse mit wissenschaftlichen Methoden zu gewinnen, geht einher mit der systematischen Erschließung von wissenschaftlichen Wissensbeständen und der kritischen Reflexion von Methoden und Wissen hinsichtlich der Reichweite ihrer Gültigkeit.

Die Trias der universitären Arbeitsaufträge „Forschung, Lehre und Transfer“ muss im Horizont dieser spezifischen Eigenart der Universität reflektiert und operationalisiert werden. Was bedeutet heute wissenschaftliche Forschung, was heißt wissenschaftliche Bildung und was bewirkt eine wissenschaftlich getriebene, kulturelle, wirtschaftliche, politische Mitgestaltung (Transformation) der Gesellschaft? Diese Fragen werden stets zeitbezogen aufgeworfen und im Kontext ihrer Zeit bearbeitet.

In diesem Sinne muss die „Idee der Universität“ ein Gegenstand hochschulpolitischer Reflexion sein. Die Leistungen der Universität in Lehre, Forschung und Transfer als Beitrag zur Bearbeitung oder gar Lösung der großen, existentiellen Herausforderungen sind unverzichtbar. Die Universität muss ihr Selbstverständnis und ihre Ziele im Horizont dieser Verantwortung reflektieren. Es geht wahrlich „ums Ganze!“. Die Universität steht in der Verantwortung.

2 Passauer Perspektiven – örtliche Zeitumstände

Am 1. April 2020 durfte ich das Amt als neuer Präsident der Universität Passau antreten. Es ist selbstverständlich, dass ich mich mit der Frage beschäftigt hatte, welche weitere Entwicklung dieser besonderen bayerischen Landesuniversität mit meiner Mitwirkung unterstützt und angestrebt werden sollte bzw. könnte. Und selbstverständlich ist mein eigener akademischer Werdegang in meine Gedanken eingeflossen. Dazu gehört auch meine aktive Mitwirkung am Bologna-Prozess als Mitglied der Expertengruppe von DAAD/HRK, meine Arbeit als Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und eine intensive Ausein-

andersetzung mit Carl Friedrich von Weizsäckers Ansatz zur „Verantwortung der Wissenschaft“ und auch mit Karl Jaspers. Dessen „Idee der Universität“ wurde für den Titel der Passauer Reihe sichtbar belehnt. Neben dieser – in gewissem Sinne – biographischen Komponente gab es weitere zeitbezogene Einflüsse, die einleitend Erwähnung finden müssen.

Da ist zum einen die Zeitplanung für den aktuellen Exzellenz-Wettbewerb. Wiewohl die Universität Passau kein Kandidat für die Ernennung zur „Exzellenz-Universität“ sein kann und auch die Chancen für einen eigenen Cluster-Antrag als eher gering einzuschätzen waren, schien es angebracht a) die Chancen für eine Beteiligung in einem externen Cluster-Antrag auszuloten und b) die Entwicklung zur forschungsstarken Universität im Rückenwind der auf den Exzellenz-Wettbewerb ausgerichteten Wissenschaftspolitik zu beschleunigen.

Zum zweiten hatte die Bayerische Landesregierung im Jahre 2019 die sog. „High-tech Agenda“ (HTA) für Bayern ausgerufen. Mit ihr waren umgehend besondere Anforderungen und Möglichkeiten im Auf- und Ausbau neuer Professuren und Forschungsschwerpunkte verknüpft, die zudem einem strengen, anspruchsvollen Zeitplan unterworfen wurden. Dies bedeutete einen grandiosen An Schub für die Bayerische Wissenschaftslandschaft mit ca. 1.000 neuen Professuren.

Drittens war als Teil dieser HTA ein neuer gesetzlicher Rahmen für die Hochschulen angekündigt worden, der den Aufbruch in der Wissenschaftslandschaft in Bayern mit einem modernen rechtlichen Rückhalt flankieren sollte. Die Debatte um das „Bayerische Hochschulinnovationsgesetz“ (BayHIG) bestimmte sehr schnell und mit zunehmender Dominanz die hochschulpolitische Diskussion, da hier scheinbar auch über das Selbstverständnis der Hochschulen entschieden werden sollte. Das kämpferische Schlagwort von der „Unternehmerischen Hochschule“ machte die Runde und führte auch im Inneren der Universität zu auf- und angeregter Debatte.

Schließlich war, viertens, eine Herausforderung unbekannter Art und unbekanntem Ausmaßes über die Hochschulen hereingebrochen. Die COVID-Pandemie führte am 16. März 2020 zum allgemeinen Lockdown und zwang auch die Universität Passau in einen Prozess der aktiven Digitalisierung ihres gesamten Angebots in Lehre und Verwaltung, auf den niemand spezifisch vorbereitet sein konnte. Neben der technischen und organisatorischen Anpassungsleistung wurden zugleich grundsätzliche Fragen nach sinnvollen, modernen, universitären Lehr- und Lernformen notgedrungen zur schnellen praktischen Bearbeitung aufgeworfen. In gewisser Weise wurde ermöglicht, was unter anderen Umständen wahrscheinlich kaum passiert wäre. Neue technische Bedingungen und Nutzungsformen wurden erdacht, entwickelt und eingeführt, bevor über die Zielsetzungen künftiger universitärer Lehre kontrovers gestritten werden konnte. Auch dies bildet seither einen Strang der Diskussion um die Zukunft der Universität.

Zusammen mit meinem Team erschien es mir für eine Universität, im Schnittpunkt dieser vielen sehr zeitbezogenen Anforderungen, angemessen, über die „Idee der Universität“ neu und öffentlich nachzudenken. Freilich war dieser Diskurs nicht nur als bloßes Gedankenspiel angelegt, sondern er sollte der Selbstvergewisserung und Neuausrichtung konstruktiv dienen. Das virtuelle Format war durch die spezifischen Hygienevorschriften wegen der Pandemie vorgegeben. Außerdem sollte ein Blick von außen genügend Veränderungsdruck erzeugen und eine interne Replik immer wieder den Anschluss an den „genius loci“ sicherstellen. Schließlich war – nicht zuletzt durch das virtuelle Format – die Einbindung eines breiten Auditoriums möglich, was durch wechselnde tageszeitliche Terminierung verstärkt werden sollte. Es war also angezielt, möglichst die Wissenschaft und die Verwaltung, aber auch die Öffentlichkeit und insbesondere die Studierenden zu einem gemeinsamen Dialog über ein Semester hinweg einzuladen. Hinsichtlich der Studierendengruppe ist dies leider fast gar nicht gelungen. Die Verwaltung hingegen hatte sich sichtbar auf die Reihe eingelassen. Die Öffentlichkeit wurde durch eine regelmäßige Berichterstattung in der örtlichen Tagespresse informiert.

Als Präsident habe ich alle Veranstaltungen moderiert. Die Veranstaltung war mit hin mein erster weithin sichtbarer regelmäßiger (virtueller) Kontakt in die Universität hinein.

Was wir alle zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen konnten (oder wollten) war, dass wir uns gewissermaßen in der Vorkriegszeit einer neuen Phase der europäischen Politik bewegt haben. Die Frage militärischer Sicherheit und einer Aufkündigung des internationalen akademischen Zusammenhalts war nicht aufgeworfen. Insofern ist die historische Verortung auch unserer Diskussion unmittelbar ablesbar. Krieg und Internationale Politik wären in einer jetzigen Auflage der Diskursreihe geradezu unvermeidlich aufgerufen worden.

3 Die Universität heute – Ausgangspunkte in Passau

Passau ist der Standort für die – zum Zeitpunkt der Vorlesungsreihe – jüngste und kleinste staatliche Universität¹ in Bayern. Eröffnet 1978, an der Grenze zu Österreich und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Tschechien gelegen, darf sie sich allerdings in der geographischen Mitte Europas verortet sehen, woraus sich – so meine ich – eine besondere Verantwortung ableiten lässt. Und die Dreiflüssestadt Passau mit ihren ca. 50.000 Einwohnern wird durch die über 11.000 Studierenden und ca. 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch spürbar mitgeprägt. Die Region Niederbayern und das soziale, wirtschaftliche Geflecht des Dreiländerländerecks nehmen Bezug auf die Impulse und Kooperationsangebote der Universität. Sie ist

1 Seit der Gründung der Technischen Universität Nürnberg (UTN) nimmt sie diese Position ein. Die UTN ist allerdings in der Aufbauphase.

zweifelsfrei auch ein willkommener, weiterer kultureller Akteur dieses Landstrichs. Ein Teil ihrer Gründungsidee ist somit lebendige Realität geworden. Zusammen mit ihren Schwester-Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW), der Technischen Hochschule Deggendorf (gegründet 1994) und der Hochschule Landshut (gegründet 1978), ist diese Universität als eine Quelle für die bildungs- und innovationsgetriebene Entwicklung einer vormals strukturschwachen, ländlichen Region eingerichtet worden. War die historisch vorausgegangene und dann integrierte Theologische Fakultät zur Sicherung des priesterlichen Nachwuchses in der traditionsreichen Diözese Passau herangewachsen, so ging es nun u. a. um die Heranbildung von Kandidatinnen und Kandidaten für den öffentlichen Dienst in Verwaltung, Justiz und Schulwesen sowie um die Ausbildung verantwortlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wirtschaft und bald auch um die Unterstützung künftiger Unternehmerinnen und Unternehmer.

Mit der Neugründung der Fakultät für Mathematik und Informatik (FIM) im Jahre 1983 erhielt die Universität eine wichtige – ingenieur- und naturwissenschaftlich geprägte – Erweiterung. Zweifellos ist es dieser weitsichtigen strukturellen Ergänzung zu verdanken, dass heute die gesamte Universität als kompetente Organisation die Fragen der Digitalisierung als die grundlegende, technisch-wissenschaftliche Entwicklung unserer Zeit forschend und gestaltend aufgreifen kann. In der neuen Verbindungsmöglichkeit mit den vorhandenen wissenschaftlichen Disziplinen werden innovative Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen. Ein Beispiel bildet die Wirtschaftsinformatik, die sich als Teildisziplin der wissenschaftlichen Ökonomie formiert hat. Eingeleitet durch den Präsidenten Prof. Dr. Burkhard Freitag wurden solche Möglichkeiten im Rahmen eines „Technik plus“-Programms seit 2012 systematisch ausgebaut. Über die vier Fakultäten hinweg wurden elf Lehrstühle eingerichtet, die explizit den Bezug in die Entwicklung der Digitalisierung kritisch-konstruktiv aufgreifen und damit eine interne Vernetzung voranbringen sollen.

Dies sind also einige der Entwicklungsspuren, die ich im April 2020 an der Universität als innovative Basis vorfinden konnte. Ebenso sind drei Entwicklungsschwerpunkte für die Universität vielfach ausgewiesen: Digitalisierung, Europa, Nachhaltigkeit. Sie wurden bereits länger in der Kommunikation nach außen prominent gesetzt. Auch sie sollten in der kommenden Amtsperiode weiterhin Bedeutung erhalten.

In wissenschaftlicher Perspektive nimmt die Universität bereits in den Jahren vor 2020 in ihrer Kommunikation umfassend das Prädikat „exzellent“ in Anspruch. Selbstbewusst und stolz wird auf hervorragende Forschungsleistungen ihrer Mitglieder verwiesen. Ein DFG-Graduiertenkolleg („Privatheit und Digitalisierung“) wurde nach einer zweiten Phase erfolgreich beendet und ein neues DFG-Graduiertenkolleg („Digital Platform Ecosystems (DPE)“) ist zum Oktober 2022 gestartet. Zurzeit sichern gelungene Berufungen die Anbindung zweier ERC-Grants,

nachdem in der Rechtswissenschaft dieses Förderformat bereits einmal erreicht worden war. Weitere, wichtige und anerkannte Forschungsleistungen einzelner Professuren sind sehr erwähnenswert, können hier jedoch nicht einzeln gelistet werden. Nüchtern und selbstkritisch muss die Universität zugleich konstatieren, dass sie gegenwärtig keine DFG-Forschergruppe und keinen Sonderforschungsbereich (SFB) vorweisen kann. Es war also angebracht, in einer reflexiven Reihe zur weiteren Entwicklung der Universität Passau die Frage einer künftigen Ausrichtung als forschungsstarker Universität zu vertiefen. Hier sind Herausforderungen realistisch einzuschätzen und vorhandene Chancen mutig und mit Vertrauen auf die eigenen Kräfte in den Blick zu nehmen.

Die neue Universitätsleitung war unmittelbar mit meinem Amtseintritt übereingekommen, dass an der Ausrichtung zur forschungsstarken Universität keinerlei Zweifel bestehen konnten. Mit einer Ausweitung der Ressourcen – unterstützt durch das bayerische Wissenschaftsministerium und dessen damaligen Staatsminister Bernd Sibler – und gezielten organisatorischen Maßnahmen wurde seither u. a. die strategische Forschungsförderung der Universität gestärkt. Warum für die Forschung und nicht noch stärker für die Lehre die ersten Entwicklungsziele durch die neue Universitätsleitung gesteckt wurden, wurde auch mit dem Hintergrund des in diesem Band dokumentierten Diskurses reflektiert. Danach ist die Idee der Universität in Deutschland untrennbar mit der strukturellen Verbindung von Lehre und Forschung verknüpft. Die Förderung von Forschung aber muss, über die Grundfinanzierung der Universität durch den Staat hinaus, durch die Akquise öffentlicher und privater ausgelobter Fördermittel gewonnen und ermöglicht werden. Anders gesagt: Nur eine Universität, die erfolgreich Fördermittel gewinnt, wird ihre Potentiale für Forschungsstärke nutzen und ausbauen können. Weiterhin wird auch nur eine forschungsstarke Universität genügend attraktiv für Neuverpflichtungen von erfolgsversprechenden Forscherinnen und Forschern sein. Außerdem wird auch die Anziehungskraft für forschungsinteressierte Studierende vom sichtbaren Erfolg in der Forschung abhängen. Die Herausforderung lautet also: Obwohl die Universität Passau nicht als aussichtsreicher Kandidat im Exzellenzwettbewerb ins Rennen gehen kann, muss sie sich als Mitspieler im Feld der forschungsstarken Universitäten etablieren, um in diesem Feld sichtbar zu werden und für Allianzen und Förderungen hinreichend attraktiv zu erscheinen. Mit den Neuberufungen und Wiederbesetzungen im Kontext von KI-Initiative, Hightech Agenda und turnusgemäßem Wechsel erlebte die Universität Passau einen – seit der Gründung – nie dagewesenen personellen Aufbau. Und es gelang in der Tat forschungsstarke und mit Förderungen versehene Kolleginnen und Kollegen in die Dreiflüssestadt zu locken. Außerdem sind mit der Entwicklung eines „Medizin Campus Niederbayern“ und der Bildung eines bayernweiten „Forschungsnetzwerkes zur Digitalen Sicherheit“ herausragende Allianzbildungen gelungen.

Warum eigentlich, sollten Forschung und Lehre die Identität einer Universität bestimmen? Diese Frage führt immer wieder neu in den Kern der universitären Selbstbestimmung und Selbstbesinnung. Jeglicher Rückgriff auf rechtliche, ökonomische und bildungstheoretische Modelle zur Orientierung in der Hochschulpolitik muss an der Antwort auf diese Frage ansetzen und sich daran messen lassen. Es ist also angebracht, darüber mehr und tiefer nachzudenken, als lediglich das vermeintlich Selbstverständliche affirmativ zu wiederholen. Hier kann Karl Jaspers ein anspruchsvoller Impulsgeber sein:

„Die Universität hat die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Schülern zu suchen. Sie ist eine Korporation mit Selbstverwaltung... Sie beansprucht und ihr wird gewährt die Freiheit der Lehre... Die Universität ist eine Schule, aber eine einzigartige Schule. An ihr soll nicht nur unterrichtet werden, sondern der Schüler an der Forschung teilnehmen und dadurch zu einer sein Leben bestimmenden wissenschaftlichen Bildung kommen. Die Schüler sind der Idee nach selbstständige, selbstverantwortliche, ihren Lehrern kritisch folgende Denker. Sie haben die Freiheit des Lernens.“ (Karl Jaspers, Die Idee der Universität [1946], Werke, Band 21, Basel 2016, S. 109)

Man könnte sagen, die Universität ist der Frei-Raum zur Sicherung individueller Bildungswege und zur Bildung neuer Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft insgesamt. Die innovative Kraft der Universität kann nicht nur einer Interessendimension des Öffentlichen dienstbar gemacht werden; z. B. der Wirtschaft. Die Universität hat sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren, damit sie ihre ureigenste Verantwortung ausfüllen kann. Sie muss den Raum schaffen für die kritische Reflexion und die methodisch gesicherte Erzeugung wissenschaftlichen Wissens. Sie muss grundsätzlich Neues in die Welt bringen. Zugleich muss sie die Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Erkenntnisse und Entwicklungen anerkennen und wahrnehmen.

Mit der Verbindung von Forschung und Lehre kann sie ihren Auftrag erfüllen, wissenschaftliche Bildung ihrer Studierenden zu ermöglichen. Diese wissenschaftliche Bildung bedeutet, für mich, vom ersten Studiensemester an, die Befähigung zur Erzeugung wissenschaftlichen Wissens mit wissenschaftlichen Methoden, die Beteiligung an dieser Wissenserzeugung, die systematische Erschließung wissenschaftlicher Wissensbestände und deren kritische Reflexion. Solche Bildung vermittelt die notwendige Kompetenz im Umgang mit Unsicherheit. (Vgl. Ulrich Bartosch, Was bringt *ein* Qualifikationsrahmen, was bringt *dieser* Qualifikationsrahmen, in: HRK (Hg.): Der deutsche Hochschulqualifikationsrahmen. Theorie und Praxis, Berlin 2021, S. 7-12) Unsicherheit prägt unsere Zeit und ist ein Merkmal absehbarer Zukunft. Und um die aktive Gestaltung der Zukunft muss es uns gehen.

Rudolf Speth

Einleitung: Den Kern behalten und sich wandeln: Die Universität vor neuen Herausforderungen

Das Nachdenken über die Universität hat immer einen besonderen Bezug zur jeweiligen Zeit. Betrachtungen über ihre Stellung, die Aufgaben, das Selbstverständnis, die innere Organisation, die Rolle der Studierenden und der Lehrenden, die Beziehung zur Wissenschaft und nicht zuletzt über das Verhältnis zum Staat sind immer eingebettet in wahrgenommene Veränderungen und zu sehen sind die drängenden Probleme der Gegenwart derjenigen, die sich artikulieren.

Das war auch bei Wilhelm von Humboldt der Fall. Er wurde – allerdings erst spät – zum wichtigsten Bezugspunkt beim Nachdenken über die Idee der Universität, ihre Rolle in der Gesellschaft und ihre Aufgabe. Der „Topos der Humboldt’schen Universität ist eine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts kannten ihn nicht“ schreibt Sylvia Paletschek.¹ Bei näherer Betrachtung dieser „überzeitlich beschworenen Idee“ [S. 84] zeigt sich, dass Humboldt in seinem „Antrag auf Errichtung der Universität Berlin“ von 1810 auf seine Zeit Bezug nimmt: „in einem Zeitpunkte, wo ein Teil Deutschlands vom Kriege verheert, ein anderer in fremder Sprache von fremden Gebietern beherrscht wird [, könne] der deutschen Wissenschaft eine vielleicht kaum jetzt noch gehoffte Freistatt eröffnet“² werden. Die Elemente dieser neuhumanistischen, humboldtschen Universität (1. Einheit von Forschung und Lehre; 2. Freiheit von Forschung und Lehre; 3. Die Zweckfreiheit der Universität und der Bezug auf „reine“ Wissenschaft; 4. Der Bildungscharakter von Wissenschaft; 5. Die Einheit aller Wissenschaften, die durch die philosophische Fakultät zusammengehalten werden) wurden dann aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts in mehreren Stufen entwickelt, wie Sylvia Paletschek herausgearbeitet hat.

Humboldts Idee der Universität ist nach wie vor – wenn auch abgeschwächt – Referenzpunkt. Dies hat u. a. mit Karl Jaspers zu tun, der sich bereits 1923 in der Zwischenkriegszeit mit der Schrift „Die Idee der Universität“ in den anschwellen-

1 Paletschek, S. (2002): Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historische Anthropologie 10, 183-205. [S. 184]

2 Wilhelm von Humboldt: Antrag auf Errichtung der Universität Berlin. In: Schriften zur Bildung, hrsg. von Gerhard Lauer, Stuttgart 2017, 80.

den Diskurs über die Aufgaben der Universität einschaltete.³ Bedeutsamer im heutigen Kontext ist die Neufassung von 1946, in der Jaspers empfiehlt, sich auf die neuhumanistische Humboldt'sche Universitätsidee zu besinnen, um einen Neuanfang angesichts der Katastrophe des Nationalsozialismus, an der auch die Universitäten Anteil hatten, wagen zu können. Gleich in der Einleitung der Schrift von 1946 hebt Jaspers emphatisch an: „Die Universität hat die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Schülern zu suchen. Sie ist eine Korporation mit Selbstverwaltung [...] Sie hat ihr Eigenleben, das der Staat frei läßt, aus der unvergänglichen Idee, einer Idee übernationalen, weltweiten Charakters [...] Die Universität ist eine Schule, aber eine einzigartige Schule. An ihr soll nicht nur unterrichtet werden, sondern der Schüler an der Forschung teilnehmen und dadurch zu einer sein Leben bestimmenden wissenschaftlichen Bildung kommen. Die Schüler sind der Idee nach selbständige, selbstverantwortliche, ihren Lehrern kritisch folgende Denker.“⁴ Auch bei Jaspers ist es der Hintergrund einer Katastrophe, der zur Neubesinnung und Neujustierung anregt. Jaspers Schrift wurde einflussreich in der Diskussion über die Ausgestaltung der Universität in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere hinsichtlich der Bildungsfunktion der Wissenschaften.

Das Nachdenken speziell an der Universität Passau muss sich glücklicherweise nicht auf solche Katastrophen beziehen. Vielmehr sind es Entwicklungen im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland, die Selbstvergewisserung herausfordern und nicht zuletzt der Beginn einer neuen Präsidentschaft.⁵

Veränderungsdruck ist in den letzten Jahrzehnten insbesondere durch die ansteigenden Studierendenzahlen und den damit verbundenen Ausbau der Universitäten entstanden. Hinzu kommen der Ausbau und Aufstieg der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften als ernst zu nehmende Konkurrenz für die Universitäten. Die knapper werdenden Finanzierungsmittel angesichts der Steigerung der Studierendenzahlen und Aufgaben und der damit verbundene Zwang, mehr Drittmittel einzuwerben, führen zu neuen Anstrengungen und einer Differenzierung in der Hochschullandschaft. Dazu trägt auch die Exzellenzinitiative des Bundes bei. Als übergreifende Tendenzen machen sich wachsende Ökonomisierung und Wettbewerb zwischen Universitäten, auch transnational, bemerkbar.⁶

3 Siehe: Karl Jaspers, Gesamtausgabe, hrsg. im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaft Göttingen, von Thomas Fuchs, Jens Halfwassen und Reinhard Schulz, Band I/21, Basel 2016, 1-68.

4 Jaspers, Gesamtausgabe, Band I/21, S. 109.

5 Zum 1. April 2020 hat Prof. Dr. Ulrich Bartosch die Präsidentschaft der Universität Passau übernommen.

6 Viele Aspekte ließen sich hier noch anführen. Einige davon werden von den Beiträgerinnen und Beiträgern zu dieser Publikation aufgegriffen.

I. Die historische Tiefendimension

Über die Universität nachzudenken, erfordert einen Blick in ihre Geschichte. Auch wenn heute kaum mehr jemand im emphatischen Sinne daran glaubt, dass eine „Institution nur so lange funktionsfähig bleibt, wie sie die ihr innewohnende Idee lebendig verkörpert“ (Habermas 1986, 703), so ist doch ein Blick auf die Geschichte dieser besonderen Institution Universität nicht zu vermeiden. **Herfried Münkler** hat dafür die Metapher des Teleskops in seinem Beitrag vorgeschlagen. Die Universität von heute hat nicht einfach ihre früheren Gestalten hinter sich gelassen, sondern in sich aufgehoben. Die Metapher des Teleskops evoziert auch den historischen Tiefenblick, mit der vergangene Formen universitären Lebens vergegenwärtigt und danach befragt werden können, welche Relevanz sie heute noch haben. Auch Münkler stellt mit seinem Durchgang durch verschiedene historische Etappen fest, dass die Humboldt'sche Universität „immer mehr in die Defensive gerade ist“. Diese Krise habe sich beschleunigt, indem immer neue Anforderungen von außen in die Universität getragen wurden. Für einen Versuch, den krisenhaften Prozess zu durchbrechen, steht **Ernst Ulrich von Weizsäcker**. Er war von 1975 bis 1980 Präsident der neu gegründeten Universität Kassel, die heute noch als Meilenstein der Hochschulreform in der frühen Bundesrepublik Deutschland gilt. In seinem Beitrag macht er deutlich, welchen unersetzlichen Stellenwert die Individualität in der universitären Bildung hat und wie diese mit reformierten Studiengängen verbunden werden kann.⁷ **Hans-Georg Dederer** blickt in seinem Beitrag nicht zurück, sondern fragt danach, was die „Idee der Universität morgen“ bedeuten kann. Dieser Blick nach vorne, inspiriert durch die Idee der Humboldt'schen Universität, erbringt für ihn Antworten in sechs Dimension. Diese zeigen, im Sinne der Münkler'schen Teleskop-Metapher, dass Vorstellungen, die mehr als 200 Jahre alt sind, durchaus Einsichten enthalten, die aufgegriffen und neu interpretiert werden können.

II. Die Universität und die Wissenschaft

Jürgen Habermas hat in seinem Text „Die Idee der Universität. Lernprozesse“ von 1986 festgestellt, dass sich das Wissenschaftssystem ausdifferenziert und funktional verselbständigt hat. Es bedürfe daher nicht länger einer „normativen Integration in den Köpfen von Professoren und Studenten“ (Habermas 1986, 706). Gleichwohl bleibt die Wissenschaft das primäre Bezugssystem der Universität. Auf diesen Bezug pochen Humboldt und Jaspers. Münkler bekräftigt ihn in seinem Beitrag: „Die Idee der Universität ist [...] aus der Wissenschaft und deren Imperativen heraus zu entwickeln.“

7 Von Weizsäcker hat dies in seinem Buch „Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan“ (München 1970) dargestellt.

Die Wissenschaft fassen viele Beiträgerinnen und Beiträger als den wesentlichen und durch nichts zu ersetzenden Bezugspunkt für die Universität auf. So stellt auch **Anna Henkel** in ihrem Beitrag fest, dass sich die Wissenschaft zunehmend ausdifferenziert habe. Die Universität als formale Organisation müsse „auf diese sich ändernden Umwelтанforderungen durch Ausrichtung ihrer Struktur reagieren [...]“. Die immer feinere disziplinäre Differenzierung der Wissenschaft und damit verbunden die scientific communities bleiben die entscheidenden Bezugsgrößen für zentrale universitäre Entscheidungsfragen wie Berufungen, Forschungsprofil, Gratifikation von Reputation etc. Die Universität ist als Organisation mit „wissenschaftlicher Kommunikation nur lose verkoppelt“. Sie kommt damit Habermas nahe, der in den wissenschaftlichen Lernprozessen eine organisierende Kraft des Zusammenhalts der sich immer weiter ausdifferenzierenden wissenschaftlichen Disziplinen erkennt. Für ihn sind es die „kommunikativen Formen der wissenschaftlichen Argumentation“ die die „universitären Lernprozesse in ihren verschiedenen Funktionen letztlich zusammenhalten“ (Habermas 1985, 716).

Für **Horst Bischof** definiert sich Wissenschaft vor allem durch Forschungsleistung. Hier zeigt sich der besondere Charakter der Universität und hier kann die Universitätsleitung durch eine kluge Strategie vieles bewirken. Innovative Forschungsleistungen werden gerade von jungen Leuten erbracht. Bischof empfiehlt daher, den promovierenden Nachwuchs besonders zu fördern.

Auch für **Sabine Doering-Manteuffel** ist die Wissenschaft für die Universität als „Ort des bewussten Widerspruchs“ der primäre Referenzpunkt. Universitäten sind für sie „Ausbildungsstätten“, in denen dieser „bewusste Widerspruch“ eingeübt werden kann. Die Instrumente und Methoden dafür stellt die Wissenschaft bereit. Nicht zuletzt ist es der Philosoph Karl Popper, auf den Doering-Manteuffel verweist. Gerade heute ist es wichtig, Behauptungen zu prüfen und falsche zu widerlegen. Das Fach „Public Understanding of Science“ sollte Bestandteil dieser Ausbildung werden, weil der bewusste Widerspruch ein gesellschaftspolitisches Projekt ist und als fester Bestandteil universitärer Bildung verstanden werden soll.

Brigitte Forster-Heinlein befragt die „Kultur des bewussten Widerspruchs“ aus der Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie stellt fest, dass dies zunächst zwar nur die Wissenschaft betrifft, doch von den personalen Verhältnissen kaum zu trennen ist, einfach deshalb, weil es Abhängigkeitsverhältnisse gibt. Zudem gibt es in der Personalführung aufgrund der herrschenden „trial and error“-Methode eine „große Lücke im deutschen Universitätswesen“.

Die Universität als „Hüter der Wahrheit“ und als Agentin der „Interessen der Allgemeinheit“, diese These entfaltet **Barbara Zehnpfennig** in ihrem Beitrag. Sie begreift die Universität als Ort der entschiedenen Wahrheitssuche jenseits des bloßen Meinens und der Grundhaltung des Relativismus. Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess benötigt einen solchen Maßstab.

Auch für **Gesine Schwan** hat die Universität eine kommunikative Aufgabe, wenn auch nicht in einer systemtheoretischen Perspektive. Für sie muss die Universität Verständigung organisieren – in der Lehre und in der Forschung, und das bedeutet auch zwischen den Disziplinen. Die Universität soll damit zu einer „Selbstverständigung der Gesellschaft“ beitragen“.

Carolin Häussler diskutiert in ihrem Beitrag welche Regeln wissenschaftliche Lernprozesse einhalten müssen. Sie rekurriert hier auf die Normen von Robert K. Merton (Communitarism, Universalism, Desinterestedness und Organized Sceptizism), die nach ihm den Erfolg von Wissenschaft bedingen. Sie diskutiert auch die damit zusammenhängenden Probleme: den steigenden Wettbewerbsdruck und die damit verbundenen Verhaltensänderungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; die zunehmende Ökonomisierung und die damit verbundenen Folgen für den Transfer; die permanente Evaluierung und – im Gefolge dessen – den Verlust risikoreicher Forschung.

Auch „wissenschaftliche Lernprozesse“ und die „kommunikativen Formen der wissenschaftlichen Argumentation benötigen Regeln und müssen beständig reflektiert werden. Freilich ist dies nicht die alleinige Aufgabe der Universität. Sie hat sich aber an dieser großen Aufgabe zu beteiligen.

III. Reformansätze und Ökonomisierung

Ein zentraler Aspekt der Diskussion über die Universität sind Diagnosen und davon abgeleitete Reformvorschläge. In der Passauer Reihe „Die Idee der Universität – heute (in Passau)“ konnte dies nicht anders sein. Denn das Bemühen, die Universität zu verändern und natürlich zu verbessern, indem sie entweder an die Erfordernisse der Zeit angepasst oder auf ihren Kerngehalt – die Idee – zurückgeführt werden soll, ist mindestens seit den Schriften Humboldts und weiterer Vertreter des deutschen Idealismus zu erkennen.

Die Diagnose von **Herfried Münkler** stellt eine „Überdehnung“ fest: „Die Universität „soll alles sein“ und ihr fehlen die finanziellen Mittel, diese Unzahl von Aufgaben gut zu bewältigen. Münkler schlägt deshalb vor, den „Wildwuchs“ zu beschneiden, um die verschiedenen Formen des Wissens wieder miteinander ins Gespräch zu bringen.

Richard Münchs Diagnose basiert auf einer jahrzehntelangen Forschung zum Gegenstand. Er stellt einen Trend der umfassenden Ökonomisierung der Universität fest und kann dies auch mit einem beeindruckenden empirischen Material untermauern. Er diagnostiziert zum ersten einen zunehmenden institutionellen Wettbewerb zwischen den Universitäten (den individuellen Wettbewerb zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gibt es schon lange und er ist ein wesentliches Element des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts). Zum zweiten stellt er eine „zunehmende Überlagerung der internen durch die externe

Qualitätssicherung“ fest. Drittens stellt er den Aufstieg der Drittmittel-Universität fest, was zur Bildung von Forschungsteams und Forschungsverbänden führt. Damit wird die Einzelforschung überlagert. In der Summe würden diese drei Trends zu einer Überausstattung der Spitzenuniversitäten und einer Unterausstattung in der Breite führen.

Wolfgang A. Herrmann, der emeritierte Präsident der TU München, plädiert in seinem Beitrag für das Modell der „unternehmerischen Universität“, wobei klar sein sollte, dass er dies nicht im Sinne eines Wirtschaftsunternehmens versteht. Diese Vorstellung einer „unternehmerischen Universität“ verbindet er mit „institutioneller Souveränität“, „Allianzfähigkeit“ und strategischer Führung. Damit sollte das Gegenbild einer behördlichen Universität geschaffen werden. „Institutionelle Souveränität“ bedeutet für Herrmann „die Agenda selbst in die Hand zu nehmen“ – und zwar alle Gruppen, Studierende, Professoren, Mittelbau und Beschäftigte. „Allianzfähigkeit“ heißt für ihn, dass die Universität in der Lage sein soll, sich mit anderen zusammenzuschließen, um Synergieeffekte zu schaffen und im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Dies erfordert insgesamt einen „unternehmerischen Spirit“, der sich in der strategischen Führung zeigt.

Einen ganz anderen Weg geht **Ernst Ulrich von Weizsäcker**. Als einer der ersten und prägenden Präsidenten der neu gegründeten Universität Kassel hat er mit seinem Hochschulplan, der auch in seinem Beitrag als Referenz dient, ein Modell für eine Studien- und Universitätsorganisation entwickelt. Sein Ziel ist es, dass im großen Trend der Verschulung Individualität – und das umfasst für ihn u. a. Eigenständigkeit, Neugier, Mut zum Widerspruch – lebbar wird. Natürlich muss diese Individualität Wissenschaft, d. h. methodisches Vorgehen in der Erkenntnisgewinnung, respektieren.

VI. Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz

Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz ist am 1. Januar 2023 nach langer Diskussion in Kraft getreten. Es setzt den Universitäten für ihr Handeln einen neuen Rahmen, der größere Möglichkeiten eigenständigen Handelns bietet.

Bernd Sibler, der damalige bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, wirbt in seinem Beitrag für das neue Gesetz. Er verdeutlicht, dass es dem Gesetzgeber nicht darum geht, den Weg für eine unternehmerische Universität zu bahnen, sondern mehr Agilität und Flexibilität zu fördern. In diesem Sinne kann das Gesetz als Antwort der Bayerischen Staatsregierung nach der angemessenen Organisationsweise der Universität verstanden werden.

In seiner Replik auf den Beitrag des Ministers betont **Heinrich Oberreuter** die Aktualität des Humboldt'schen Universitätsverständnisses. Für ihn ist die Basis der Universität „das Streben nach Wissen um seiner selbst willen“ und er hält den Transferbegriff, den das Gesetz verwendet, für „unglücklich“. Das Gesetz sei zu

sehr vom Geist der TU München geprägt, ihr Einfluss auf die Wissenschaftspolitik „überbordend“ und für die Hochschullandschaft „spaltend“.⁸

Auch **Karsten Fitz** spricht sich in seinem Beitrag gegen eine Einführung des Wettbewerbs zwischen Universität und gegen die Ausrichtung am Leitbild der „unternehmerischen Universität“ aus.

V. Die Universität der Studierenden

Nach Humboldt ist eine Universität eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Ohne Studierende ist sie nicht denkbar. Die Zeppelin-Universität in Friedrichshafen ist eine der ganz wenigen Universitäten, die einen studentischen Vizepräsidenten hat. **Simon Pagany** berichtet in seinem Beitrag über die Ausgestaltung des Amtes als erster hauptamtlicher Vizepräsident an dieser Privatuniversität. Seine Aufgabe bestand darin, die Verbindung der Universitätsleitung mit den Studierenden, der zahlenmäßig größten Stakeholdergruppe, zu intensivieren. Ist eine solche studentische Vizepräsidentschaft auch an der Universität Passau möglich? In ihrem Beitrag liefern **Lorena Pujja** und **Sophia Rockenmaier** eine flammende Begründung dafür. Sie entwickeln einen konkreten Vorschlag, wie diese Idee in die Tat umgesetzt und wie die Stimme der Studierenden besser zu Geltung gebracht werden könnte.

Die Universität ist auch ein Ort, an dem die Studierenden in eine neue Lebensphase eintreten und wertvolle Erkenntnisse und Erfahrungen gewinnen können, die sie gar nicht gesucht haben. In seinem Beitrag empfiehlt **Thomas Girst** daher – gerade angesichts der engeren Taktung und zunehmenden Verschulung – auch Umwege zu machen und nicht immer den kürzesten Weg einzuschlagen. Es muss möglich sein, sich auf die Suche machen zu können, um etwas zu finden, nach dem man gar nicht gesucht hat.

In ihrer Replik auf Thomas Girst macht **Birgit Beumers** deutlich, welche eminente Bedeutung dieser Umweg – sie verbindet ihn mit Neugier, Zufall, Spürsinn, der Beschäftigung mit riskanten Fragen – für den Forschungsprozess auch heute noch hat. Ohne Neugier, ohne Umwege gibt es keine neuen Erkenntnisse. Ohne Neugier, dem Nachspüren und den zufälligen Funden gibt es für die Studierenden keine Erfüllung. – Wer sich nur der verschulerten Taktung hingibt, bleibt unter seinen Möglichkeiten, so auch Thomas Girst.

8 Oberreuter bezieht sich in seinem Beitrag noch auf den ersten Entwurf des Gesetzes. Dieser wurde verändert, nachdem Bernd Sibler durch Markus Blume am 23. Februar 2022 als Staatsminister für Wissenschaft und Kunst abgelöst wurde.

VI. Die Universität als Organisation

Die Universität heute ist nicht mehr die des beginnenden 19. Jahrhunderts. Damals studierten etwa 5 Prozent eines Jahrgangs, heute sind es mehr als 50 Prozent. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Universitäten heute einer entsprechenden Organisationskultur bedürfen. **Ulrike Beisiegel** spricht in ihrem Beitrag deshalb von einer „professionellen Governance“, damit die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden entsprechend gestaltet werden kann. Im Mittelpunkt steht für sie der Begriff der Verantwortung, den sie für die Universität in vier Richtungen entfaltet. Ihr Begriff der „professionellen Governance“ zielt nicht nur auf die Universitätsleitung, sondern auch auf die Gremien und alle Bereiche der Selbstverwaltung.

Eng verwandt mit dem Begriff der „professionellen Governance“ ist der des „strategischen Managements“. Diesen verwendet **Andreas König** in seinem Beitrag. Für das strategische Management, einer Aufgabe, die der Universitätsleitung zukommt, ist es unverzichtbar, sich immer wieder die Frage nach dem Kern, d. h. nach der Idee der Universität zu stellen. Daher bietet eine Reihe wie „Die Idee der Universität – heute (in Passau)“ Orientierungspunkte, nicht nur für die Universitätsleitung, sondern für alle ihre Mitglieder, Lehrende, Lernende und Mitarbeiter in der Verwaltung.

VII: Der Bezug zur Gesellschaft

Transfer wird prominent im Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz als neue Aufgabe der Universitäten formuliert. In dieser Reihe wurde die Prominenz des Begriffs kontrovers diskutiert. Eine Reihe von Beiträgen begrüßt ihn jedoch und fordert, dass sich die Universitäten dieser neuen Aufgabe tatkräftig stellen.

Dazu zählt der Beitrag von **Uwe Schneidewind**, der Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie war und nun Oberbürgermeister der Stadt ist. Er fordert dazu auf, die Third Mission, den Transfer, zu stärken und die Universität noch intensiver mit der Stadt – hier mit Passau – zu verbinden. Sein Ziel ist es, die Wissenschaft als transformative Kraft weiterzuentwickeln.

Martina Padmanabhan nimmt den Faden von Uwe Schneidewind in ihrem Beitrag auf und sucht nach Verbindungen der Universität zur Umwelt im Licht von Transdisziplinarität. Sie sieht im Masterstudiengang Nachhaltigkeit, der noch nicht realisiert ist, den Entwurf einer paradigmatischen Umsetzung des Konzepts, Akteure aus der Praxis und „lebensweltliches Wissen“ miteinzubeziehen. Damit soll die Universität vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Für **Micha Teuscher** agiert die Universität aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Aufgrund dieser Stellung ergeben sich für ihn bestimmte Anforderungen, die die Governance, d. h. die Steuerung der Universität (1), die Forschung (2) und die

Lehre (3) betreffen. In allen drei Dimensionen versuchen die Universitäten den damit verbundenen Erwartungen - durch die Verbesserung der Strategiefähigkeit, in der auch die individuelle Wissenschaftsfreiheit respektiert wird (1), durch Entwicklung von Lösungsvorschlägen für gesellschaftliche Probleme (2) und durch eine hochschulische Bildung, mit der Absolventinnen und Absolventen für die Arbeitswelt befähigt werden – gerecht zu werden.

In ihrem Beitrag plädiert **Hannah Schmid-Petri** dafür, dass die Universität die Schnittstelle zur Gesellschaft durch Wissenskommunikation aktiv gestaltet. Wissenschaftliche Ergebnisse sollen in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert und damit die Informationsbasis für gesellschaftliche Diskurse bereichert werden.

Auch nach **Manfred Brocker** soll der Gesellschafts- und Politikbezug der Universität weiter ausgebaut werden. In seinem Beitrag plädiert er für eine stärkere politische Rolle der Universitäten. Sie sollen zu „Lobbyisten des Gemeinwohls“ werden. Die Universitäten sollen sich zu „Agenturen der Zukunft“ weiterentwickeln. So könnte ein Institut der „öffentlichen Rüge durch Universitäten“ eingeführt werden, wenn ein „Missbrauch der Wahrheit“ festgestellt wird. Eine derartige Erweiterung der Aufgaben würde aber eine entsprechende Finanzierung voraussetzen.

Ebenfalls für eine Stärkung der Verantwortung der Wissenschaft plädiert **Alexander von Gerner** in seinem Beitrag. Die Universitäten müssen sich als Botschafterinnen in die Gesellschaft begreifen. Er verdeutlicht dies für das Fach Informatik. Es würde eben nicht reichen, nur „Arbeitskräfte für die Wirtschaft“ auszubilden. Doch es gibt auch die Gegenrichtung. Auf wissenschaftsskeptische „Gegenöffentlichkeiten“ in den neuen Medien macht **Florian Töpfl** in seinem Beitrag aufmerksam. Er fordert dazu auf, „wissenschaftsskeptische Nutzerkommentare“ die zunehmend sowohl in den alten als auch in den neuen Medien vorkommen, nicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung zu nehmen.

VIII. Der besondere Platz der Universität Passau

Diese Reihe verstand sich insbesondere auch als Reflexionsraum für die Weiterentwicklung der Universität Passau. Im Rahmen der Vorträge sind zahlreiche Vorschläge dazu entstanden. So hat Herfried Münkler angeregt, die „hausinterne Exzellenz“ durch ein „Institute für Advance Studies“ zu verbessern. Mit PICAIS ist dies inzwischen erfolgt. Schneidewind hat mit Blick auf die Stadt Passau vorgeschlagen, mit der „Idee von Reallaboren [...] gesellschaftliche Experimentier- und Ausprobierräume“ zu schaffen.

In eine andere Richtung geht der Vorschlag von **Christian Thies**. Er plädiert für einen Abschied von Humboldt, für die bereits im Gang befindliche Differenzierung und die Hausbildung von Spitzenuniversitäten, für mehr außeruniversitäre

Forschungseinrichtungen und die Gründung von Pädagogischen Fakultäten und konsequenterweise staatlichen Lehrerbildungsakademien.

Im Gegenteil dazu hält **Hans-Georg Dederer** an Humboldt fest, will ihn aber um einige Elemente ergänzen. In seinem Beitrag plädiert er, wie Humboldt, auf ein „auf Persönlichkeitsbildung gerichtetes Bildungsideal“ mit weiteren Elementen: „Öffentlichkeit, Translation, Verantwortlichkeit, Vielfalt, Internationalität und Interkulturalität“. Von ihnen können wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der Universität Passau ausgehen.

Mit dem im Entstehen begriffenen „Medizincampus Niederbayern“ ergeben sich nach **Michael Grimm** neue Möglichkeiten an Zusammenarbeit der Medizin mit den Sozialwissenschaften und der Informatik. An zwei Beispielen macht er in seinem Beitrag deutlich, welchen Chancen sich gerade beim Thema Gesundheitsökonomie eröffnen, wenn die Kosteneffizienz im Blick behalten wird.

Der Anlass für „Die Idee der Universität“

Zum 1. April 2020 hat Prof. Dr. Ulrich Bartosch die Präsidentschaft an der Universität Passau übernommen. Wie von ihm bereits ausgeführt, gingen diesem Start Entwicklungen voraus, die einerseits schon seit längerem im Gange waren und die andererseits neu und unerwartet eintraten und Anlass für die im Rahmen der Vorträge dargelegten Überlegungen boten. Hierzu gehört die Frage nach den Möglichkeiten, die eigene Forschungsstärke auszubauen angesichts der geringen Chancen im gegenwärtigen Durchgang des Exzellenz-Wettbewerbs.

Zudem steht die Universität Passau vor der Herausforderung, die Möglichkeiten, welche sich aus der von der Landesregierung ausgerufenen Hightech Agenda (HTA) ergeben, möglichst umfassend zu nutzen, um ihre Forschungsschwerpunkte weiterzuentwickeln und das Forschungsprofil zu stärken.

Die letzten Jahre waren auch von den Diskussionen um das Hochschulinnovationsgesetz geprägt. Die Universitäten in Bayern sollten mit mehr Autonomie eine neue Grundlage ihres Handelns bekommen. Es hat viele Debatten in der einen oder anderen Richtung geprägt und in seiner endgültigen Fassung ist es seit dem 1. Januar 2023 in Kraft.

Ganz unerwartet und synchron mit dem Amtsantritt ist das COVID-Virus über die Gesellschaft und die Hochschulen hereingebrochen. Die Pandemie führte zu einem allgemeinen Lockdown und zwang auch die Universität Passau in einen Prozess der aktiven Digitalisierung ihres gesamten Angebots in Lehre und Verwaltung. Niemand konnte sich darauf vorbereiten, am Ende war es aber doch ein gewaltiger Entwicklungsschub nicht nur für die Lehre, sondern auch für beinahe alle organisationalen Prozesse. Die Vorlesungsreihe „Die Idee der Universität – heute (in Passau)“ war auch davon geprägt. Als digitale Veranstaltung versuchte

sie Impulse zu setzen und mit den neuen und ungewohnten Bedingungen kreativ umzugehen. Im Zusammenhang mit der Pandemie konnte angesichts des Zeitdrucks bei der Implementierung neuer Lehr- und Lehrformen bisher noch keine Reflexion über ihre Zielsetzung erfolgen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen erschien es angemessen, über die „Idee der Universität“ neu und öffentlich nachzudenken. Von Januar 2021 bis Juli 2021 fanden 17 digitale Veranstaltungen statt. Sie waren so organisiert, dass der Präsident sie moderiert und eingeleitet hat. Den Auftakt bildete ein 20- bis 30-minütiger Vortrag eines externen Gastes. Die etwas kürzere Replik erfolgte von Mitgliedern der Universität Passau (in der Regel von Professorinnen und Professoren). Die Themenstellung für die einzelnen Veranstaltungen wurde konzeptionell im Vorhinein festgelegt.

Durch diesen Blick von außen sollte ein konstruktiver Diskurs zwischen Selbstvergewisserung und Neuausrichtung angestoßen und durch die Repliken die Anschlussfähigkeit der Ideen sichergestellt werden.

Von den einzelnen Vorträgen wurden Transkripte erstellt, die den Vortragenden für die Ausarbeitung ihrer Beiträge zur Verfügung standen. Nahezu alle Vortragenden haben die schriftliche Ausarbeitung ihres mündlichen Vortrags für diese Publikation eingereicht. Die verschriftlichen Beiträge sind daher in Stil und Duktus sehr an den mündlichen Vortrag angelehnt.

Die Beiträge sind schließlich nicht entlang der ursprünglichen Struktur gruppiert worden, sondern entlang einer thematischen Gliederung.

Literatur

- Humboldt, W. von (2017): Antrag auf Errichtung der Universität Berlin. In: G. Lauer (Hrsg.): *Schriften zur Bildung*. Stuttgart, 80.
- Jaspers, K. (2016): Gesamtausgabe. Band I/21. In: T. Fuchs, J. Halfwassen & R. Schulz (Hrsg., im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaft Göttingen). Basel, 1-68.
- Paletschek, S. (2002): Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Historische Anthropologie* 10, 183-205.
- Weizsäcker, E. U. von (1970): *Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan*. München.

Autorenangaben

Rudolf Speth, PD Dr., Universität Passau, Büro des Präsidenten
email: rudolf.speth@uni-passau.de

I. Die historische Tiefendimension

Herfried Münkler

Ein virtueller Brückenschlag aus der europäischen Universitätsgeschichte in die Zukunft der Universität Passau

Vielen Dank für die Einladung, mir über die Universität und deren Selbstverständnis ein paar Gedanken zu machen! Die Idee der Universität steht ganz zweifellos in einem gewissen Spannungsverhältnis zur administrativen Politik, die ihre eigenen Pläne entwickelt und dabei darauf bedacht ist, den Anforderungen der Gesellschaft entsprechend auf die Universität Einfluss zu nehmen. Die Idee der Universität ist hingegen aus der Wissenschaft und deren Imperativen heraus zu entwickeln. Ich habe mich deswegen entschlossen, zunächst einmal, da ich ja den Aufschlag mache, einen Blick auf die Geschichte der Universität zu werfen, weil ich zu dem Ergebnis gekommen bin, die Universität sei so etwas wie ein Teleskop, also etwas, was man auseinanderziehen und zusammenschieben kann, wo frühere Elemente im Gegenwärtigen noch enthalten sind, erneuert, stärker gemacht oder aber vielleicht auch abgeschraubt und beiseitegelegt werden können. Deswegen beginne ich zunächst einmal mit einigen Etappen der Universitätsgeschichte, aus denen heraus sich dann die Idee der Universität von heute ergibt, bei denen man aber auch sagen muss, jede einzelne dieser Etappen hat ebenfalls ihre spezifische Idee gehabt, die mehr oder weniger in der institutionellen Gestalt von Universität ihren Ausdruck gefunden hat.

1 Erste Etappe

Im Allgemeinen beginnen die Darstellungen der Geschichte der Universität im Hohen Mittelalter; sie beginnen mit den beiden großen Gründungsuniversitäten in Europa, nämlich Paris und Bologna. Bologna ist ja vor etwas mehr als einem Jahrzehnt noch einmal auf die politische Tagesordnung gesetzt worden, als die Gründungsuniversität Bologna zum Namensgeber des Bologna-Prozesses geworden ist. Hier sind die Wurzeln einer neuartigen Institution zur Weitergabe und Neuformierung des Wissens zu finden, die im Hohen Mittelalter an die Stelle der bloßen Wissensarchivierung in den Klosterbibliotheken getreten ist, als im 6. nachchristlichen Jahrhundert, unter Anführung des Cassidor, der ins Kloster Monte Cassino ging, die großen Gelehrten sich aus den Städten als den Zentren

des gesellschaftlichen Lebens zurückzogen und in die Klöster gingen und dort ihr Wissen, ihre Bücher zumal, archivierten. Das änderte sich seit dem 12./13. Jahrhundert, als die ersten Universitäten entstanden und an die Stelle der, jedenfalls in Konkurrenz zu den Klosterbibliotheken traten. Die Universität steht dabei für einen Bruch in der „Ordnung des Wissens“, um diesen Begriff von Michel Foucault aufzugreifen, insofern sie nicht nur die Vergangenheit pflegt, also den antiken Wissensbestand ordnet, sondern über die Pflege des Wissens hinaus im Modus des Disputs, also einer bestimmten Form der konfrontativen Auseinandersetzung, dieses Wissen in Form bringt, neu konturiert und organisiert.

Dabei blieben die Universitäten freilich zunächst auf die Wissensbestände der Antike festgelegt, also auf Platon und Aristoteles, auf die Schriften der Patristik, vor allem in der Theologie, wo aber auch Platon und insbesondere Aristoteles, den man sich im Mittelalter eigentlich nur mit Tonsur vorstellen konnte, eine zentrale Rolle spielten, oder auch auf die Texte der berühmten Ärzte der Antike, Hippokrates und Galenos, sowie die Rechtsammlungen der Römer, vor allen Dingen die des Justinian. Das ist der Bestand, um den sie kreisen, aber sie ordnen den Bestand neu, und ich glaube auch, dass man sagen kann, der Modus des Disputs ist etwas, das einen europäischen Sonderweg darstellt gegenüber anderen Kulturkreisen, wie dem islamischen oder dem chinesischen Kulturkreis: eben nicht nur reine Pflege des vorhandenen Wissens, sondern diskursive Auseinandersetzung zwecks Aneignung. Sicherlich ist noch die empirische Forschung hinzuzufügen, die natürlich nicht in den heutigen Bahnen ablief, die es aber auch gegeben hat. Sie findet damals jedoch außerhalb der Universitäten statt. Sie kommt epistemologisch gegen die Theorie nicht an; das ist also eine Zeit, in der eher die Theorie dominiert. Die Experimente, die durchgeführt werden, bekommen teilweise eine pejorative Bezeichnung: Das sind die Alchemisten – die machen da irgendetwas Eigentümliches, das gelegentlich mit dem Versprechen von wunderbarem Reichtum einhergeht, aber derlei findet nicht an der Universität statt.

Die Universität ist damals in vier Fakultäten gegliedert, die Theologische Fakultät, das ist die erste und wichtigste, die Medizinische sowie die Juristische Fakultät und dann noch die Septem Artes Liberales, die ein bisschen abgesetzt sind, denn sie haben kein Promotionsrecht. Promotionsrecht haben nur die Theologie, die Medizin und die Jurisprudenz. Die Septem Artes Liberales schließen ab mit dem Baccalaureus bzw. dem Magister. Sie sind einerseits Vorbereitungsstufe für die drei anderen Fakultäten, andererseits aber auch das eigentliche Eingangstor für die Akademisierung neuen Wissens; hier findet die kontroverse Auseinandersetzung statt, etwa – in Paris zumal – um Fragen der Endlichkeit der Welt oder des Anfangs der Welt im Schöpfungsakt, Fragen, die dann schon im 13./14. Jahrhundert sehr kontrovers diskutiert werden. Darüber könnte man viel sagen, denn das ist eine institutionell spannende Geschichte: Die Universität, vor allem die Pariser Artistenfakultät, ist ein Ort der Häresie, weswegen von Seiten der Orthodoxie

immer wieder „Säuberungen“ organisiert werden. In der Binnengliederung der Universität gibt es vier Nationen für die Studierenden. Es gibt häufig Auseinandersetzungen zwischen den Nationen, aber das muss uns hier und jetzt nicht weiter beschäftigen. Wichtig ist: hier wird eine Institution geschaffen, die europaspezifisch ist, sie steht unter der Aufsicht der römischen Kurie, d. h., diese Universitäten können nur mit päpstlicher Genehmigung gegründet werden, sie bedürfen des päpstlichen Privilegs, um anerkannt zu werden. Die Kurie ist so etwas, modern gesprochen, wie die europäische Zertifizierungsagentur der damaligen Zeit. Das zeigt auch gleichzeitig das Spannungsverhältnis zwischen dem Innovativen und dem, wenn Sie so wollen, Konservativen, weil man natürlich von Rom aus darauf achtet, dass diese Universitäten nicht aus dem Ruder laufen. Rom wacht über die Universitäten und ihr Wissen.

2 Zweite Etappe

Mit der Reformation ist die Abhängigkeit von der Anerkennung durch die römische Kurie zu Ende. Selbst in katholischen Ländern werden die Universitäten unter die Kontrolle des Territorialstaates gebracht. Der passt die Universität seinen Bedürfnissen an, d. h.: Zurückfahren der Internationalität, die vorher da war, als die Studierenden und Professoren aus „aller Welt“, der europäischen Welt, kamen, eine Zeitlang blieben und dann weitergezogen sind. Jetzt bildete die Universität eher das Personal aus, das der seit dem 16. Jahrhundert neu entstehende Territorialstaat für seine Erfordernisse braucht, nämlich Mediziner, Juristen, Theologen. Letztere sind im Zeitalter der Konfessionalisierung besonders wichtig, wo man als katholischer Staat keine protestantische Theologie gebrauchen kann und umgekehrt; und innerhalb des Protestantismus kommt es ebenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Lutheranern und Reformierten usw. Also, es ist eine landesherrliche Universität, um die es hier geht, und bei vielen Universitäten kann man das ja noch an der Namensgebung erkennen: Ludwig Maximilian, Friedrich Wilhelm, Philipp usw. Diese Universitäten sind wesentlich Ausbildungsstätten für das, was der Territorialstaat an Personal für seinen Betrieb braucht: Pfarrer, Richter, Verwaltungsbeamte sowie Ärzte und allmählich auch Lehrer an höheren Schulen. Hier wird so etwas wie eine Staatselite geformt, die neben der herkömmlichen Aristokratie im Sinne einer Geburtselite eher eine Leistungselite ist. Damit hat die Universität auch einen anderen Charakter bekommen, als sie ihn in der ersten Phase hatte. Sie ist das Zentrum einer neuen Elite. Das ist, glaube ich, wichtig, weil ein Aspekt, der immer wieder auftaucht. Aber: das gehobene und das höchste Wissen ist in dieser Etappe nicht an der Universität angesiedelt, sondern in den Akademien, die auf territorialer Ebene dann auch bald gegründet werden. Da ist die Preußische Akademie, da ist die Bayerische Akademie – die Französische Akademie natürlich, die Académie française. Wer als Herrscher etwas auf sich

hält, versucht auf dieser Ebene, aber außerhalb der Universität und teilweise auch gegen die Universität, die Gelehrsamkeit an sich zu binden. Die Universitäten dienen nach innen, die Akademien schmücken nach außen. Ein Teil der Exzellenz, wie wir heute sagen würden, die während der ersten Etappe ein Bestandteil der Universität war, wird in die Akademien ausgegliedert, und die Universität wird eine reine Lehr- und Ausbildungsinstitution.

3 Dritte Etappe

Die Universität der zweiten Etappe gerät in den großen Auseinandersetzungen nach der Französischen Revolution in die Krise, und es entsteht in Preußen eine Leitidee, die mit dem Namen Wilhelm von Humboldt verbunden ist. Der schafft eine Universität neuen Typs, die nicht mehr eine bloße Ausbildungsanstalt für Staatspersonal ist, sondern unter dem Motto der Einheit von Lehre und Forschung versucht, auch das, was zuvor allein in den Akademien stattfand, in die Universität zu inkorporieren: Exzellenz. Gleichzeitig entwickelt Humboldt ein neuhumanistisches Ideal, wonach Wissensvermittlung und freie Charakterbildung miteinander verbunden sein sollen, was auf eine Neukonturierung des Eliteprojekts hinausläuft, das stärker staatsfern ist, das sich nicht nur auf Dienstleistungen für den Staat konzentriert, sondern eine staatsunabhängige, teilweise auch staatskritische Elite zur Leitidee hat. Das heißt freilich nicht, dass man nicht weiterhin Personal für den Staat ausbildet. Das tut man sehr wohl, und dazu werden auch neue Eingangsvoraussetzungen, etwa ein bestimmter Typus von Abitur, festgelegt, die schärfer gefasst sind, als das vorher der Fall war. Man begrenzt den Zugang, indem man ihn formalisiert. Gleichzeitig aber öffnet sich die Universität auch in die Gesellschaft hinein, etwa in der Form, dass in Vorlesungen auch Nicht-Studenten anwesend sind. An den berühmten Vorlesungen Hegels nehmen Beamte und Offiziere teil, aber auch so ein frei flottierender Geist wie Heinrich Heine, der darüber berichtet. Oder als Schelling aus München nach Berlin geholt wird, „um die Drachensaat des Hegelianismus auszurotten“, wie der König schreibt, sitzen in der Vorlesung auf der einen Seite Engels (der eigentlich als Einjährig-Freiwilliger bei einem Artillerieregiment in Berlin dient), und auf der anderen Seite der notorische Revolutionär Bakunin – was für die Attraktivität dieses Typs von Universität für die Gesellschaft steht, zumindest für die gebildeten Kreise der Gesellschaft. Diese Universität entwirft auch so etwas wie die Utopie einer Republik der Bildung und Selbstbildung, die damit ins Spiel kommt, und sie stellt so etwas wie die Institutionalisierung des Projekts der Aufklärung dar. Aufklärung wird damit etwas, das mehr betrifft als ein paar Aufklärer, die vor sich hinschreiben, sondern Aufklärung wird institutionell. Institutionen sind auf Dauer gestellte Ideen. Das heißt, es geht dann auch um die Fragen der Deutungshoheit von dem, was ist, und dem, was sein soll, zwischen dem Staat

und der Universität, die eigentlich jetzt in einem zunehmenden Spannungsverhältnis zueinander stehen, denn man kann sagen, die Universität ist in mancher Hinsicht die Speerspitze im Kampf der bürgerlichen Gesellschaft um ihre Autonomie gegenüber dem Staat. Aber sie ist andererseits auch ein Ort der Kontrolle des zulässigen Wissens, das der Staat zu reglementieren versucht. Das schwankt immer wieder hin und her. Gleichzeitig allerdings geht es auch um den Anspruch, wer die besten Köpfe hat. Das ist nicht uninteressant, weil hier schon relativ früh eigentlich immer eine Konkurrenz zwischen der Universität in München und der Universität in Berlin besteht in der Frage, wer bekommt welche Berufung hin und wer nicht – und wo gehen vor allen Dingen dann auch die Studenten hin, angezogen durch die besten Köpfe auf den Professuren. Wenn ich gesagt habe, Staat und bürgerliche Gesellschaft kämpfen um die Dominanz, so kann man sagen, der Staat hat mit seinen Staatsexamina, die ja nicht der Universität unterliegen, „die Hand drin“, aber auf der anderen Seite hat auch die Universität ihre eigene Kompetenz, bei der der Staat nicht hereinredet, nämlich vor allen Dingen bei den Promotionsverfahren. Wir können hier das erste Mal beobachten, wie die Geschichte der Universität teleskopartig funktioniert, was natürlich eine Metapher dafür ist, um diese unterschiedlichen Etappen nicht als abgelegte Schlangenhäute, die irgendwo in der Geschichte herumliegen, zu begreifen, sondern als etwas, was in mancher Hinsicht überwunden ist, aber dann doch bleibt, also eine Metapher für die Hegelsche Denkfigur des „Aufgehobenseins“.

4 Gegenwart

Seit den 1960er Jahren – wir nähern uns also der Gegenwart – kommt diese Humboldtsche Universität einer Verbindung von Lehre und Forschung gegenüber dem gesellschaftlichen und politischen Druck, auch dem Druck aus der Wirtschaft, immer mehr in die Defensive. Man kann sagen, das Teleskop Universität reißt auf bzw. zerbricht. Da ist zunächst der allgemeine Akademisierungsschub; die Universität als Elite-Einrichtung wird Massenuniversität, und das führt zu einer notorischen Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses. Wenn man bössartig sein will, kann man sagen, die Universität wird mehr und mehr zu einer Zertifizierungsmaschine, die über den Zugang zu Berufschancen, zu Lebenschancen entscheidet. Gleichzeitig wandern große Teile der naturwissenschaftlichen Forschung aus der Universität in eigene Institute aus. Das hat eigentlich schon um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert begonnen, als Institute gegründet wurden, die heute unter den Namen von Planck, Helmholtz, Leibniz als Namenspatrone organisiert sind. Was hier entstanden ist, ist eine universitätsaparte, distante Struktur von Forschung mit dünnen Anbindungen an die Universität, die, indem sie das Promotionsrecht für sich behauptet und auch das Recht des Professorentitels, diese Forschungsinstitute locker über so genannte

S-Professuren, also Sonderprofessuren, an sich binden kann. Gleichzeitig entstehen gewaltige Finanzströme, die an den Universitäten vorbei in diese Forschungsinstitute fließen. Als die Universitäten merken, dass das für sie auf Dauer ein Problem darstellt, klinken sie sich zunehmend in diesen Prozess der Drittmittelakquise ein, der zunächst in den Natur- und insbesondere auch den Ingenieurwissenschaften eine große Rolle spielt. Noch heute kann man sagen, normale Universitäten haben es schwer, mit Technischen Universitäten in der Gesamtakquise von Mitteln zu konkurrieren, weil die TUs einfach ganz andere Summen einwerben. Aber auch die Geistes- oder, wenn Sie so wollen, die Kulturwissenschaften und daneben die Sozialwissenschaften lassen sich zunehmend auf den Prozess der Drittmittelakquise ein. Dennoch kommen die Universitäten als Zertifizierungsmaschinen unter Druck, und es kommt zu einer Gründungswelle von Privatuniversitäten, die aber eigentlich keine Universitäten im klassischen Sinn sind, in dem sie die „universitas“ des Wissens abbilden und integrieren, sondern sich eher auf ein Fach oder ein Fächerbündel konzentrieren und in diesem Sinn eher „schools“ darstellen. Sie nutzen für sich die englische Bezeichnung „university“, die nicht geschützt ist, um sich Reputation zu verschaffen. In der Regel sind das Institutionen, die ausbilden und zertifizieren, in denen aber keine Forschung im engeren Sinne stattfindet. Die Universität im klassischen Sinne ist nicht mehr in der Lage – das war sie, wie ich zu zeigen versucht habe, freilich immer nur in begrenztem Maße –, die Summe des Wissens und die Einheit von Forschung und Lehre darzustellen, sondern es fällt alles auseinander. Viele Universitäten versuchen, durch die Einrichtung von „Institutes of Advanced Studies“ dagegen zu halten, um das Elite-Element in ihrer Identitätsbeschreibung zu behalten, also so etwas wie eine hausinterne Exzellenzeinrichtung zu schaffen, mit der sie sich gegen die Gefahr schützen, zum bloßen Massenbetrieb zu werden. Dann kommt es aber spätestens mit dem Exzellenzwettbewerb zu einer Differenzierung zwischen den Universitäten, die, wenn man so will, neben der intra-universitären Diversifizierung zu einer inter-universitären Diversifizierung führt. Das ist damals sehr kritisch diskutiert worden. In gewisser Hinsicht war und ist das ein Versuch, auf die Internationale Reputationskonkurrenz und die Herrschaft der Rankings zu reagieren und die Strukturen so zu reorganisieren, dass wenigstens einige deutsche Universitäten da mithalten können.

5 Und heute?

Was heißt das jetzt für heute? Das ist der abschließende Punkt, in dem ich zu zeigen versuche, was man mit diesem Teleskop dann doch vielleicht anfangen kann oder warum es nützlich ist, es sich vor Augen zu halten, wenn man über die gegenwärtige Situation der Universität nachdenkt. Man kann die jüngste Entwicklung – „jüngst“ heißt: die letzten 50 Jahre – als Ausdifferenzierung beschreiben. Wenn man das tut, dann beschreibt man die Geschichte der Universität anhand einer internen Dynamik, der Dynamik des Wissenschaftssystems oder der Wissensorganisation. Man kann aber genauso gut, und das ist wirklich nur eine Frage der Perspektive, diese Entwicklung als „Wildwuchs“ bezeichnen, bei dem nicht interne, sondern externe Faktoren ausschlaggebend sind, also das permanente Hereintragen von wissenschaftsexternen Aspekten, sei das nun regionale Strukturpolitik („da muss man jetzt noch eine Universität gründen“), oder seien es Anforderungen der Gesellschaft, seien es Anforderungen der Wirtschaft, seien es Vorgaben der UNESCO, Vorgaben, an denen gemessen wird, wie viele akademische Abschlüsse in einem Land sein müssen, und derlei mehr. Das Hereintragen immer neuer Anforderungen von außen hat zu einer Krise der Universität geführt, die eigentlich nicht mehr weiß, was sie ist und was sie sein will, und die permanent hin- und herschwankt zwischen wissenschaftsinternen und wissenschaftsexternen Anforderungen. Dante hat das in anderem Zusammenhang einmal beschrieben. Ich beziehe das jetzt nicht auf die Florentiner Verfassung, wie Dante es getan hat, sondern auf die Universität: Sie gleiche einer Kranken, die sich, um sich von Ihren Schmerzen zu befreien, ständig von der einen auf die andere Seite wälze und glaube, auf diese Weise das Problem zu lösen. Das ist in mancher Hinsicht eine ganz treffende Beschreibung der Universitätsgeschichte, wie ich sie seit Beginn meines eigenen Studiums im Frühjahr 1972 erlebt habe.

Man kann auch sagen: Universität ist der Ort von etwas geworden, was man als Überdehnung, als „over stretch“, bezeichnen kann; sie soll alles sein, ist aber gleichzeitig finanziell unterausgestattet, und wenn irgendein Problem auftaucht, welcher Art auch immer, dann kommt immer auch die Universität ins Spiel, die sich verändern soll. Ich glaube, dass die Idee der Universität, wenn es so etwas denn noch geben soll, gewissermaßen als Maßgabe, wie man den Wildwuchs ein bisschen beschneidet oder auch umpflanzt, auf die Überlegung hinausläuft: Wie kann man diese diversen Entwicklungen wieder zusammenbringen, wie ist es möglich, nicht nur die wissenschaftlichen Zweige, sondern auch diese diversen Anforderungen in eine Synergie miteinander zu bringen, wie das in den Anfängen der Universität war, also eine Institutionalisierung hinzubekommen, die die diversen Entwicklungen in ein Geflecht miteinander bringt und sie optimiert. Ist dieses europäische Projekt aus dem 12./13. Jahrhundert – „wir bringen verschiedene Formen des Wissens in ein Gespräch miteinander“ (sonst braucht man ja keine

Universität, sondern richtet einzelne Schulen ein) – noch weiterzuschreiben oder ist dieses Vorhaben am Ende? Sollten wir das Teleskop ins Museum geben oder aber sagen, „damit kann man schon noch etwas anfangen“?

Ich glaube, dass die Antwort darauf abhängig ist von den Möglichkeiten der Universität, mit den universitätsausgegliederten Forschungseinrichtungen in ihrer räumlichen Nähe zu kommunizieren, die, wenn man so will, als Spezialisierungskanäle dienen, und (wenn man das gut hinkommt) sowohl für die weitere Förderung von Studenten, die man ausgebildet hat, hilfreich sind, als auch Inputs in die eigene Lehre und Forschung darstellen. Ich habe das in Berlin (das ist natürlich eine besondere Situation, die so auf Passau nicht übertragbar ist) als Sozialwissenschaftler in der Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum, mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, mit der Stiftung Wissenschaft und Politik und anderem mehr immer wieder erlebt, wo man relativ früh Studenten und Studentinnen hinschicken konnte, damit sie dort Praktika machen, von denen aber auch eine Reihe der Kollegen über S-Professuren bei uns, also an der Universität, „angebunden“ waren. Das ist jetzt die spezifische Wahrnehmung eines Sozialwissenschaftlers, das ist aber in anderen Wissenschaften mit Max-Planck-Instituten und anderen Forschungseinrichtungen so ähnlich. Das heißt, die Universität ist hier so etwas wie das Zentrum einer *Forschungslandschaft*, bestehend aus diversen Institutionen, sie hält diese zusammen, verhindert, dass sie allein ihren Eigenlogiken, die natürlich nach wie vor eine Rolle spielen – was auch wichtig ist – folgen, sondern kommuniziert die wissenschaftlichen Kontakte, die Austausch in diese spezialisierten und manchmal auch blind für größere Probleme seienden Institutionen. Aber diese Ausdifferenzierung, und damit komme ich dann auf Passau, ist abhängig von regionalen Gegebenheiten: Es gibt da natürlich Räume, die in ganz anderer Weise Forschungslandschaften organisieren oder von ihnen partizipieren können als jene Universitäten, die nicht umgeben sind an Max-Planck-Instituten oder anderen Forschungseinrichtungen. Die müssen sich dann etwas anderes überlegen, was nicht heißt, dass sie sich abfinden müssen mit dem, was ist, sondern sie können durch entsprechende Ausgründungen oder aber durch Ideen, was da einzurichten wäre, sich diese zusätzlichen Kanäle in Wissenschaft und Gesellschaft aufbauen. Was aber in jedem Fall wichtig ist, ist in Anbetracht der Differenzierung auf Exzellenzniveaus – das sind Reputationsansprüche, die nicht unbedingt identisch sind mit der tatsächlichen Leistungsfähigkeit einer Institution – zu reagieren. Und deswegen glaube ich, dass jede Universität, und auch gerade Passau, schauen muss, „wie bekomme ich eine hausinterne Exzellenz hin“, um zu verhindern, dass die besten und klügsten Köpfe, männlich wie weiblich gedacht, nach einiger Zeit sagen, „ja, jetzt bin ich lange genug hier gewesen, ich hab‘ gemerkt, ich bin richtig gut, ich sollte woanders hingehen“. Das ist dann ein notorisches Ausbluten, das dazu führt, dass Universitäten auch resignieren – deswegen Graduiertenakademien oder Institutes of Advanced Studies. Die unterscheiden sich durchaus voneinan-

der: Graduiertenakademien sind allein als Zusammenfassung von Studentinnen und Studenten, die schon Abschlüsse gemacht haben und die noch weiter am Ort gehalten werden sollen, sinnvoll. Institutes of Advanced Studies sind so etwas wie eine „Weide“ für hauseigene Forscher, häufig Professoren, es können aber auch Habilitierende und andere sein. Aus meinen langen Beschäftigungen mit Fragen des Krieges bin ich natürlich auch auf die Bereitstellung von Kavallerie gestoßen, und da ist es so, dass Pferde eigentlich nur einsetzbar sind, wenn sie lange Zeit auf der Weide sind und sich ordentlich anfressen können, um dann für harte Einsätze leistungsfähig zu sein. Das wird man jetzt für Professoren so nicht organisieren können, neun Zehntel, aber wenigstens ein Zehntel der Zeit: ab auf die Weide. Und wenn es häufige Praxis ist, zu sagen, „ich habe ein Forschungsfreisemester, jetzt erhole ich mich oder ich arbeite die Dissertationen ab, die die ganze Zeit liegengeblieben sind“, oder was auch immer man macht – dann ist das dahingehend umzuorganisieren, dass man mit einem solchen Institute of Advanced Studies in die eigene Reputation, in die Lust der Forscher und Forscherinnen an der eigenen Institution investiert, um auf diese Weise jedenfalls Restbestandteile der Idee der alten Universität in den überbordenden und konsumtiven Massenbetrieb hereinzubekommen, Zeit für Forschung zu haben, sich wieder auf sich selbst zu besinnen, auf die Themen, derentwegen man Wissenschaft einmal attraktiv gefunden hat. – Und das geht eben nicht, indem man das abarbeitet, was liegengeblieben ist, sondern diese Institutes of Advanced Studies müssen dann auch so funktionieren, dass sie sagen: Du musst dein Leben und deine Forschungsprozesse so organisieren, dass du von dem Zeitpunkt des Beginns eines Freisemesters an, deiner Weide-Zeit, dich nur noch auf dieses Thema konzentrieren kannst und den ganzen Kram, den universitären Alltag, zurücklässt, um in den Feiertag des wissenschaftlichen Lebens eintreten zu können.

Das wäre auch so etwas wie eine Anregung zu einer guten Organisation der bislang bestehenden Forschungsmöglichkeiten, eine Verhinderung dessen, dass man während der Freisemester alle möglichen Freunde in aller Welt besucht und glaubt, das sei Forschung, sondern Verknüpfung der Identifikation mit der eigenen Institution. Das ist kurz und knapp und natürlich dann doch auch wieder viel zu lang, was ich zur „Idee der Universität – heute“ sagen wollte und auch speziell im Hinblick auf Passau.

Literatur

- Boockmann, H. (1999): *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*. Berlin: Siedler.
- Brandt, R. (2011): *Wozu noch Universitäten?* Hamburg: Meiner.
- Ellwein, Th. (1997): *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (2., verb. Aufl.). Wiesbaden: fourierverlag.
- Fuhrman, M. (2004): *Der europäische Bildungskanon*, Frankfurt/M.: Insel.
- Hammerstein, N. (Hrsg.) (1995): *Universitäten und die Aufklärung*, Göttingen: Wallstein.
- Koch, H. A. (2008): *Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rüegg, W. (Hrsg.) (1993-2010): *Geschichte der Universität in Europa*, 4 Bde., München: C.H. Beck., Bd. I: Mittelalter; Bd. II: Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800); Bd. III: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg; Bd. IV: Die Nachkriegszeit.
- Schwinges, R. Chr. (Hrsg.) (2008): *Universität im öffentlichen Raum*. Basel: Schwabe.

Autorenangaben

Herfried Münkler, Professor em. für Politikwissenschaft
an der Humboldt-Universität zu Berlin
email: herfried.muenkler@online.de

II. Die Universität und die Wissenschaft

Anna Henkel

Disziplinarität zwischen Wissenschaft und Universität

Aus einer soziologischen Perspektive zeigt sich die Universität zunächst einmal als eine formale Organisation mit einer spezifischen Stellenstruktur, einer spezifischen institutionellen Verfasstheit und mit spezifischen Organisationszielen, namentlich der Durchführung von Forschung und Lehre. Anders als andere formale Organisationen ist sie besonders ausgerichtet auf den gesellschaftlichen Bereich der wissenschaftlichen Kommunikation. Wissenschaft stellt sozusagen die besondere Umwelt der Organisation Universität dar. Ein Wandel der Wissenschaft wird also genauso Auswirkungen auf die Organisation Universität haben, wie Universität das mit hervorbringen wird, was dann als Wissenschaft gilt.

1 Wissenschaft und Organisation Universität

Wissenschaft verlangt allgemein gesprochen, dass Gründe für das Postulat der Wahrheit oder Unwahrheit einer Aussage angegeben werden und es sich dabei um reproduzierbare und intersubjektiv überprüfbare Gründe handelt. Konkret erfordert Überprüfbarkeit den Bezug auf anerkannte Prämissen, kondensiert in Theorien und Methoden, deren Wahrheitsgehalt bereits überprüft wurde und nun als gesetzt gelten kann. Was in diesem Sinne als gesichert gilt, bildet die Standards der *scientific communities*, die im *peer review* über die Wissenschaftlichkeit neuer Forschung entscheiden und deren Mitglieder notwendig selbst einer akademischen Ausbildung und Auswahl durch eine *scientific community* bedürfen.

In dieser Form der Erkenntnisgewinnung (und vielleicht auch in diesem Ethos) hat Wissenschaft eine themenübergreifende Wiedererkennbarkeit, eine Einheit, könnte man sagen. Diese Einheit ist Grundlage und zugleich Aufforderung zu einem Relationieren/Vergleichen/Wiederverbinden unterschiedlicher Verzweigungen wissenschaftlichen Wissens. Zusätzlich ist die Entstehung und zunehmende Differenzierung von Disziplinen eine Implikation eben dieser Form wissenschaftlicher Kommunikation. Die *scientific communities* als „wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften“ bringen im Forschungsprozess (zumindest in Summe) immer komplexere Gegenstände und immer komplexere Theorien und Methoden hervor. Dies bewirkt immer speziellere Grundlagen des *peer review* (mit der Folge der Diversifikation von *journals*) und erfordert eine immer speziellere

wissenschaftliche Ausbildung. Aus den vier bei Kant streitenden Fakultäten entsteht seit dem 19. Jahrhundert eine Vielfalt von Disziplinen der Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich in Sub-Disziplinen und Sub-Sub-Disziplinen immer weiter ausdifferenzieren (ein Blick auf die Zusammensetzung der Fachgutachtergremien der DFG verdeutlicht das Ausmaß dieser wissenschaftlichen Binnendifferenzierung).

In ihrem Kern macht wissenschaftliche Kommunikation das Aneinander-Anschließen wissenschaftlicher Publikationen aus (und zwar solcher, die dem *peer review* der jeweiligen *scientific community* standhalten). Die Organisation Universität ist mit wissenschaftlicher Kommunikation nur lose gekoppelt, denn wissenschaftliche Kommunikation ist grundsätzlich unabhängig von Universität – wissenschaftliches Publizieren und peer-review ist nicht an das Innehaben einer universitären Stelle gebunden. Jedoch ist die Organisation Universität zusätzlich ausgerichtet auf einen wissenschaftlichen Diskurs in einem übergreifenden Sinn sowie auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, und zwar in der universitären Gemeinschaft von Beginn des Studiums an. Von spezialisierten Forschungsinstituten einerseits und von Berufsschulen andererseits unterscheidet sich die Organisation Universität in beidem. Ihre zentrale Umwelt bleibt trotz nur loser Kopplung und zusätzlicher Ausrichtung die Wissenschaft. Deshalb wird die Organisation Universität maßgeblich nach Art, Umfang und Qualität des von ihr hervorgebrachten wissenschaftlichen Wissens beurteilt. Zunehmend erfolgt diese Beurteilung anhand zählbarer Indikatoren wie der Anzahl von Publikationen, Absolventen, Promovierten oder Drittmitteln. Denkt man diese Entwicklung mit der immer feineren disziplinären Differenzierung zusammen, kommt Universität nicht umhin, auf diese sich ändernden Umwelthanforderung durch Ausrichtung ihrer Strukturen zu reagieren.

2 Wissenschaftliche Differenzierung und universitärer Wandel

Die naheliegende Möglichkeit für die Organisation Universität zum Umgang mit wissenschaftlich-disziplinärer Differenzierung ist deren Abbildung in der Universitätsstruktur – für die Forschung durch größere und in sich differenzierte Institute, für die Lehre durch entsprechend fokussiertere Studiengänge. Allerdings muss die Organisation dafür größer werden (mehr Stellen, mehr Gebäude, mehr Studierende etc.). Wo entsprechende Ressourcen fehlen, ist „Profilbildung“ die (Not-) Lösung, bei der eben nur für einzelne Wissensbereiche Differenzierung nachgebildet wird und andere Wissensbereiche wegfallen oder als allenfalls Residualbereiche verbleiben. Wissenschaftlicher und universitärer Differenzierungsprozess verstärken sich wechselseitig: Gerade indem es durch Größe oder Profilbildung gelingt, Disziplinen immer kleinteiliger abzubilden, wird weitere Differenzierung ermöglicht. Zunehmende Konzentration auf wenige Standorte, Abwertung kleinerer Universitäten, Verstärkung dieser Effekte durch das Matthäus-Prinzip (wer hat,

dem wird gegeben) im Wettbewerb um Mittelzuweisungen, Studierende, Wissenschaftler und Aufmerksamkeit sind die Implikation.

Insgesamt betrachtet bringt dies einen Verlust dessen hervor, was *universitas* meinte, sei es als *universitas magistrorum et scholarium* (Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden) im Ursprungskonzept oder als *universitas litterarum* (Gesamtheit der Wissenschaften) bei Humboldt. Wissenschaft kann sich zwar differenzieren – aber diese Differenzierung ist organisational letztlich nicht nachbildbar, mit voranschreitender Differenzierung immer weniger. Denn ohnehin werden sich nur wenige den Versuch leisten können, das ganze Spektrum abzubilden, und obendrein wäre schon disziplinbezogen der eigene Fachbereich in seiner Größe sozial kaum mehr fassbar. Der Versuch einer Abbildung wissenschaftlich-disziplinärer Differenzierung in der Organisation Universität ähnelte dem von Jorge Luis Borges beschriebenen, eine Karte zu erstellen, die das Territorium in allen seinen Einzelheiten genau abbildet. So wie Karte und Territorium dann eins sind, müssten Universität und Wissenschaft eins werden. Es ist offensichtlich, dass dies nicht gelingen kann. Schon im Versuch aber wäre bedroht, dass die Organisation Universität zusätzlich zu ihrer Kopplung an wissenschaftliche Kommunikation eben auch Gemeinschaft, auch Bildungs- und Ausbildungsort, auch Ort gesellschaftlichen Diskurses ist.

In dieser Konstellation stellt sich die Frage, wie die Idee der Universität heute, unter Bedingung einer zunehmend differenzierten Wissenschaft in der formalen Organisation Universität umsetzbar ist. Herausforderungen sind für die formale Organisation Universität nicht neu. Ernst Ulrich von Weizsäcker und andere entwickelten in den 1970er Jahren mit Blick auf das Modell einer Gesamthochschule den Vorschlag eines „Baukastens gegen Systemzwänge“ (Weizsäcker et al. 1970). Eine „durch geistige Stagnation und durch Überfüllung entstandene Lage der Hochschulen“ forderte seinerzeit dazu heraus, unkonventionelle Möglichkeiten der Studienplatzvermehrung zu erarbeiten (ebd., 9). Die Grundidee bestand darin, das Studium mittels einer Anzahl von „Einheiten“ oder „Bausteinen“ zu gestalten, die ein relativ abgeschlossenes Lehrgebiet bilden, die jeweils komprimiert auf wenige Wochen sind und die durch Praktika, Kolloquien sowie Selbstbeschäftigung mit Fachliteratur, Fernstudienbriefen und Vorlesungen erarbeitet werden. Durch die Komprimierung ist die Beschäftigung in einem organisatorisch abgesteckten Programm auf etwa 20 Wochen im Jahr begrenzt und die übrige Zeit für das Studium frei (vgl. ebd., 21). Dieses Baukastenprinzip erlaubte auf der Seite der Lehrorganisation Flexibilität, indem neben fakultativen auch interfakultative Bausteine möglich sind (vgl. ebd., 22). Ebenso erlaubte es auf Seiten der Studierenden Flexibilität, indem die Hälfte der Bausteine in einem zu wählenden Hauptfach liegen, ein Viertel in benachbarten Fächern und Hilfswissenschaft und der Rest der freien Verfügung obliegt (vgl. ebd. 22f). Ein Minimalcatalog von Grundwissen (vgl. ebd. S. 25) ließ sich so verbinden mit den Anforderungen moderner Berufsbilder sowie

den Ansätzen des forschenden Lernens und des lernenden Forschens und auch mit einer Öffnung und Einbeziehung von Erwachsenenbildung.

Ein solches Baukastenprinzip vervielfacht die inhaltlichen Orientierungen. Obwohl nicht ursprünglich dafür erdacht, liegt in dieser Vervielfachung eine Möglichkeit des Umgangs der Universität als formaler Organisation mit dem Problem der Nicht-Abbildbarkeit einer sich differenzierenden Wissenschaft. Zwar erfolgt auch hier eine profildbildende Schwerpunktsetzung, jedoch erlaubt die Ergänzung der fachdisziplinären Orientierung durch eine thematische Orientierung Brückenschläge, Neuverbindungen und Anpassungsfähigkeit. Sowohl Forschung als auch Lehre ist dabei doppelt orientiert: In der *Forschung* bleiben Professuren zwar an ihren *scientific communities* orientiert, arbeiten aber themenorientiert interdisziplinär zusammen. In der Universität als formaler Organisation kann sich dies abbilden durch eine fachliche Beheimatung von Professuren in entsprechenden Fakultäten verbunden mit universitätsweiten, thematisch orientierten Forschungszentren. Eine disziplinär-thematische Doppelorientierung impliziert, die gesamte Universität als Referenzgröße wahrzunehmen und Gesprächs- und Kooperationspartner nach thematischen, intellektuellen und persönlichen Kriterien an der gesamten Universität zu suchen und zu finden. In der *Lehre* eröffnet die doppelte Orientierung an Fachdisziplinen und Themen für Lehrende und Studierende mehr Möglichkeiten, Disziplinarität mit einer eigenen relationierenden Schwerpunktsetzung zu verbinden. Vergleichsweise größere Wahlfreiheit, mehr Spielraum für das Verfolgen thematischer Interessen und heterogener gemischte Seminare gehen damit einher.

3 Fazit

Mit dem Themenbezug wird auf organisationaler Ebene ein Versuch der Integration gewagt, der eine sich zunehmend differenzierende Wissenschaft anerkennt, anstatt auf organisationaler Ebene den letztlich untauglichen Versuch paralleler Differenzierung zu unternehmen.

Dabei bleibt die Disziplinarität der Wissenschaft für die formale Organisation Universität als Herausforderung bestehen:

Thematische Fokussierungen tendieren zur Entwicklung innerorganisationaler Eigendynamiken, nämlich zur Selbstbezüglichkeit und zur thematisch eigentlich unpassenden Okkupation. Wenn die thematische Fokussierung innerhalb der Organisation Universität den Status der Disziplinarität für sich beansprucht, so dass eine *standortspezifische community* mit eigenen Selektions- und damit auch Ausgrenzungskriterien entsteht, impliziert dies potentiell eine Abkopplung von der wissenschaftlichen Kommunikation insgesamt. Für eine Universität würde das spätestens mittelfristig problematisch, weil sie als Organisation in der wissenschaftlichen Kommunikation allein nach wissenschaftlichen Kriterien beurteilt

werden wird. Aus der Disziplinarität der Wissenschaft folgt daher für die Universität als Organisation bezogen auf die *Forschung*, gerade im Zusammenhang mit thematischen Fokussierungen wissenschaftliche Kriterien, also die der *scientific communities*, in zentralen universitären Entscheidungsfragen (etwa Berufungsverfahren, universitären Forschungsschwerpunkten etc.) primär zu setzen.

Bezogen auf die *Lehre* folgt für die Organisation Universität aus der Disziplinarität der Wissenschaft, trotz Einführung thematischer Fokussierungen, den Studierenden primär den Kern wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln. Denn über Wahlmöglichkeiten und Perspektivenvielfalt hinweg bedarf es konkreter Theorie- und Methodenkompetenzen sowie der Kenntnis eines Forschungsstands, um am wissenschaftlichen Diskurs teilnehmen und dessen Produkte beurteilen zu können. Thematische Fokussierung fordert unter Bedingung der Disziplinarität der Wissenschaft also Studierenden und Lehrenden ein vergleichsweise hohes individuelles Engagement ab. Dies gilt es explizit zu reflektieren sowie durch insgesamt transparente Strukturen und verlässliche Verfahren einzubetten.

Angesichts einer immer feineren disziplinären Differenzierung der Wissenschaft stellte sich die Frage, wie die Idee der Universität heute in der formalen Organisation Universität umsetzbar ist. Eine doppelte Orientierung an thematischer Fokussierung und wissenschaftlicher Disziplinarität ist zwar eine Herausforderung für die Organisation Universität, anders als ein Versuch der Abbildung wissenschaftlicher Disziplinarität jedoch mit den Mitteln der formalen Organisation gestaltbar. Wenn es der Universität gelingt, ihre Gestaltungskraft als formale Organisation so zu nutzen, dass sie die Kreativität und Freiheit der thematischen Fokussierung ermöglicht, ohne die Orientierung an Disziplinarität und damit an Wissenschaft aufzugeben, gelingt es ihr als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, Wissenschaft voranzubringen, wissenschaftliche Bildung zu ermöglichen und so die Idee der Universität heute zu realisieren. Es lohnt, diese Herausforderung anzunehmen.

Literatur

Weizsäcker, Ernst Ulrich von & Dohmen & Jüchter u. a. (1970): Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan. München: Piper.

Autorinnenangaben

Anna Henkel, Professorin für Soziologie an der Universität Passau
email: anna.henkel@uni-passau.de

Horst Bischof

Universitäre Forschung quo vadis

1 Einleitung

Dieser kurze Artikel ist ein Plädoyer für die universitäre Forschung und insbesondere für forschungsstarke Universitäten. Ich werde darlegen, dass die Forschungsstärke ein ganz wesentliches Asset ist, und gerade im regionalen Eco-System eine ganz entscheidender Faktor ist. Das Konzept der Universität und der universitären Forschung ist zwar schon alt, Bologna und Oxford wurden 1088 bzw. 1096 gegründet, und dies sind nicht die allerersten Universitäten (um 800 gibt es bereits erste Vorläufer), aber das System funktioniert noch immer. Gerade die universitäre Forschung ist einem permanenten Prozess des sich Neuerfindens und der Erneuerung ausgesetzt und schafft es dadurch, immer am Puls der Zeit zu sein. In diesem Beitrag möchte ich drei Aspekte ganz besonders beleuchten:

1. Was ist das Besondere an der universitären Forschung
2. Was sind die wesentlichen (modernen) Ingredienzien und welche Auswirkungen auf das lokale Eco-System haben diese
3. Was kann eine Universitätsleitung dazu beitragen (und was nicht)

2 Universitäre Forschung

Was ist also universitäre Forschung und wodurch zeichnet sie sich aus? Wenn ich in diesem Artikel über universitäre Forschung rede, meine ich natürlich primär die Grundlagenforschung, bzw. im englischen werden gerne auch die treffenden Begriffe „curiosity driven research“ oder „blue-sky research“ verwendet. Also Forschung die nicht unmittelbar an einer Anwendung ausgerichtet ist, sondern Forschung um der Forschung willen. Gerade diese Art von Forschung führt zu unerwarteten Erkenntnissen und Anwendungen. Es gibt unzählige Beispiele von Forschungsergebnissen, die weite Verbreitung in gänzlichen anderen Bereichen als den ursprünglich intendierten gefunden haben, bzw. erst Jahrzehnte später einer Anwendung zugeführt wurden. Nehmen wir die Erfindung des Lasers in den 1960er Jahren, wobei bereits Einstein 1916 erste Überlegungen dazu hatte. Niemand hätte sich gedacht, wo der Laser überall Verwendung finden kann, im CD-Player oder bei der 3D-Vermessung in einem Laserscanner. Ein anderes schönes Beispiel ist das Global Positioning System, GPS, ursprünglich entwickelt für militärische Zwecke (und ohne Relativitätstheorie undenkbar), ist es heute

aus dem Straßenverkehr (Navigationssystem) oder auch beim Sport im Freien nicht mehr wegzudenken. Durch die COVID-19 Pandemie wurden wir kürzlich mit einer Reihe von Beispielen konfrontiert, die uns die Bedeutung von langfristiger Grundlagenforschung vor Augen führen. Erste Ideen für PCR (*polymerase chain reaction*) gab es in den 70er Jahren, 1983 hat Kary Mullis die erste PCR-Vervielfältigung gemacht und dann 1983 dafür den Nobelpreis bekommen. Testverfahren für Viren waren nicht die Motivation für die Entwicklung bei der PCR. mRNA Impfstoffe sind ein weiteres Beispiel für Grundlagenforschung die bereits vor Jahrzehnten (in den 90ern) gemacht wurden, und uns jetzt erlaubt haben, binnen kürzester Zeit einen COVID-19-Impfstoff zu entwickeln. Diese Liste an Grundlagenforschungsergebnissen lässt sich beliebig lang fortsetzen. All diese Erfindungen haben gemein, dass sie den Ursprung an einer Universität haben und ihr „Impact“ am Beginn erheblich unterschätzt wurde.

Was ist das Besondere an universitärer Forschung, worin unterscheidet sie sich von Forschung in einem Forschungsinstitut? Warum brauche ich eine Universität dazu? Dazu gibt es in diesem Buch einen speziellen Beitrag. Es ist die humboldtsche Idee der Universität: ein Miteinander von universitärer Lehre und Forschung. Die beiden bedingen sich. Forschung lebt von frischen Ideen, vom Hinterfragen, von neuen Fragestellungen. Junge Forschende haben einen frischen Blick. In der Lehre wird Bestehendes erklärt und hinterfragt. Neue Fragen kommen primär von den jungen Leuten, und nicht von etablierten Forschenden. Radikal neue Ideen kommen primär von jungen Leuten. Die Universität ist der einzige Ort, wo eine Spirale zwischen exzellenter Forschung und Lehre entstehen kann, permanentes Hinterfragen ist durch die Lehre institutionalisiert. Diese Spirale aus forschungsgeleiteter Lehre und Forschung stärkt sich gegenseitig. Das Rückgrat der wissenschaftlichen Forschung sind die Dissertant:innen. Daher müssen wir sehr viel Augenmerk auf den wissenschaftlichen Nachwuchs im Bereich der Dissertationen legen. Gerade die strukturierte Doktoratsausbildung ist ein wesentliches Asset von Universitäten und dient der wissenschaftlichen Erneuerung. Es gibt viele Beispiele von Forschungszentren, die, wie sie eingerichtet wurden, hervorragende Wissenschaftler hatten, aber wenn keine Dissertanten an Bord sind, dann geht mit der Zeit die Kreativität verloren, neue Ideen fehlen. Dies ist auch der Grund, warum sich Max-Planck-Institute oder auch Fraunhofer-Institute immer mit Universitäten verschränken. Der wissenschaftliche Nachwuchs ist der wesentliche Treiber für kreative Forschung. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der strukturierten Doktoratsausbildung hinweisen. Ein Dissertant einem Professor zu zuordnen ist zusehends überholt. Der Trend geht ganz klar zu größeren Teams von Doktoranden. Die jungen Forschenden sollen schon früh lernen in Teams zu arbeiten und sich auch gegenseitig zu stützen. Zusätzlich stellt es sich als Vorteilhaft heraus, dass Doktoranden neben der fachlichen Betreuung auch noch Mentoren zur Seite gestellt bekommen. Damit wird es um vieles leichter, Probleme mit dem Betreuer und dem Team zu lösen.

Es ist ganz wichtig, dass sich hochdekorierte Wissenschaftler auch in der Lehre engagieren. Einerseits um Wissen weiterzugeben, aber auch um die kritischen Fragen zu bekommen. Sie sollen im Hörsaal stehen, im Idealfall bereits bei den Erstsemestrigen und ihnen die Faszination der Wissenschaft näherbringen. Nur so kann frühzeitig die Begeisterung geweckt werden.

Neben Lehre und Forschung wird die dritte Mission für Universitäten immer wichtiger. Dieser Begriff wird sehr vielfältig verwendet. Im Kontext dieses Artikels möchte ich sehr allgemein die Wirkung der Universität für den Standort darunter verstehen. Dazu zählen unter anderem auch Patente, aber noch viel mehr was aus diesen Patenten wird. Gelingt es aus den universitären Erkenntnissen neue Produkte zu formen, sei es in Form von Start-ups und Spin-offs, oder auch durch die Übertragung an etablierte Firmen. Viele Studien zeigen, dass sich in der Nähe von Universitäten vermehrt forschungsaktive Firmen ansiedeln. Und zwar aus zwei Gründen, die Nähe zur Forschung und dem Know-how, aber vor allem wegen der innovativen Köpfe. Diese Firmen ziehen Absolvent:innen an, und der der Know-how-Transfer erfolgt dann über diese Köpfe.

Es hat vor kurzem in Österreich eine Studie über die Universitäten in Österreich vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) gegeben (vgl. Janger u. a. 2017), ich nehme einmal an, die Zahlen in Deutschland sind wahrscheinlich nicht sehr viel anders. Wenn man sich anschaut, welchen Effekt das Geld hat, das man vonseiten des Staates in eine Universität investiert, dann bringt es schon in drei bis fünf Jahren Erträge für den Staat. Die langfristigen Effekte sind natürlich erheblich größer. Universitätsstandorte haben in der Region ein um zehn Prozent höheres jährliches Wachstum in der Produktivität. All das sind Effekte, die stärker sind, je stärker die wissenschaftliche Exzellenz der Universität ist. Ich könnte noch viele weitere Aspekte aufzählen, warum die universitäre Forschung so wichtig ist und ein Vorteil für das lokale Eco-System. In Summe, exzellente Forschung ist wichtig, sie wird über (junge) Köpfe getrieben, und geht weit über die konkreten Ergebnisse der Forschung hinaus. Die Wirkung ist auf vielen Ebenen mannigfaltig.

3 Erfolgreiche universitäre Forschung und Rolle der Universitätsleitung

Welche Zutaten braucht es nun um als Universität erfolgreich in der Forschung zu sein?¹ Wie so vieles beginnt alles beim Menschen. Konkret heißt es für eine Universität, die besten Köpfe zu gewinnen. Gerne wird das auch als „War for talents“ bezeichnet. Ein Firmenchef sagte mir diesbezüglich einmal, „and the talents have

1 Für nachfolgende Betrachtungen wollen wir den Ruf nach mehr Geld ausklammern. Natürlich braucht es auch Geld, um Strategien erfolgreich umzusetzen, hier wollen wir die Rahmenbedingungen betrachten, die neben einer ausreichenden Ausstattung zusätzlich notwendig sind.

won“. Das heißt, Talente können überall hingehen. Wie schafft es nun eine Universität in diesem globalen Wettbewerb zu bestehen? Am besten natürlich über die besten Köpfe, denn dort wo gute Leute sind, gehen auch gerne gute Leute hin. Wie kann man in diesen Kreislauf eindringen?

Für die Universitätsleitung sind die Maßnahmen recht klar. Um die besten Köpfe zu gewinnen, muss ich exzellente Forschung auf allen Ebenen fördern. Dabei ist ein ganz wesentliches Thema, die Forschung kompetitiv zu fördern, auf allen Ebenen. Forschende sind es gewohnt, sich dem Wettbewerb zu stellen. Es geht um die besten Ideen und Konzepte. Das heißt auch, wenn ich universitätsintern Forschung fördere, muss ich es im Wettbewerb machen (und nicht nach Gießkanne oder Bauchgefühl oder anderen Kriterien). Forschende haben gelernt, sich dem Wettbewerb zu stellen, das einzige, das in diesem Kontext wichtig ist, ist, dass ich den Wettbewerb fair gestalte. Dies heißt auch, dass ich natürlich auch die Disziplinen berücksichtigen muss, dieselben Kriterien für die Natur- und Geisteswissenschaft (z. B. Zitationszahlen) anzuwenden, ist nicht fair. Kompetitive Mittelvergabe heißt natürlich nicht, dass ich keine strategische Steuerung als Universitätsleitung ausüben kann. Ich muss für meine Strategie die Rahmenbedingungen definieren, und entsprechend diesen Rahmenbedingungen ausschreiben, und dann anhand der definierten Kriterien evaluieren lassen. Ich selbst bin ein großer Anhänger davon, die Kreativität der Forschenden zu nutzen und die Mittel bottom-up zu vergeben, und nicht zu viele thematische/strategische Vorgaben zu machen.

Für eine wirklich gerechte Evaluierung ist in vielen Fällen die Evaluierung durch (universitätsexterne) Peers notwendig. Nur diese können den State-of-Art im Fachgebiet beurteilen, und auch faire Entscheidungen treffen, die von der Universitätspolitik unbeeinflusst sind. Dies hat einen weiteren positiven Effekt, durch internationale Peers wird der Standort bekannt gemacht, und so Forschungsleistungen am Standort in die Welt getragen.

Als Universität habe ich immer beschränkte Mittel (egal wie groß der Forschungstopf auch ist), daher ist ein probates Mittel, meine internen Forschungsmittel so zu verwenden, dass ich dadurch an größere Töpfe (national, europäisch) komme. Das heißt, meine Mittel als Hebel für andere Töpfe einzusetzen. Dies hat den positiven Effekt, dass sich Forschende dadurch dem nationalen und internationalen Wettbewerb stellen. An der TU Graz haben wir dazu das Instrument der Anschubfinanzierung entwickelt (das natürlich auch kompetitiv vergeben wird, ca. 50% der eingereichten Anträge erhalten den Zuschlag, es wird zwei Mal im Jahr ausgeschrieben): Primär junge (i.e. noch kurz an der TU Graz) Forschende erhalten maximal 10.000 €, um nationale oder internationale Anträge zu schreiben. Unsere Statistik zeigt mir, dass ich für jeden eingesetzten Euro aus der Anschubfinanzierung ca. 10 € an Projektförderung zurück bekomme. Wir sehen auch, dass Projekte, die eine Anschubfinanzierung erhalten haben, eine wesentlich höhere Förderwahrscheinlichkeit haben.

Ein anderer wesentlicher Aspekt, den wir in Graz seit geraumer Zeit praktizieren, ist es, Forschung über Fakultätsgrenzen hinweg zu fördern. Dafür gibt es zwei Gründe, erstens sind innerhalb der Disziplingrenzen meist entsprechende Fördertröpfe außerhalb der Universität vorhanden, wesentlich schwieriger ist, an Mittel für interdisziplinäre Forschung zu kommen. Und zweitens entstehen ganz neue Ideen meist an den Grenzen zwischen den Disziplinen (Grenzflächen sind nicht nur in der Materialphysik spannend). Durch das Ausschreiben von Mitteln, die nur vergeben werden, wenn mindestens zwei Fakultäten gleichberechtigt zusammenarbeiten, erreiche ich diese Zusammenarbeit innerhalb der Universität über Fakultätsgrenzen hinweg. Ich fördere damit Bereiche, die es schwer haben, Mittel bei Förderorganisationen einzuwerben. Ein typisches Beispiel wären Forschungen im Bereich des Klimawandels. Eine einzelne Disziplin kann hier keine umfassende Lösung liefern.

Ein ganz wesentlicher Aspekt in der Forschung ist Internationalität und Diversität. In der Forschung zählen nur die besten Ideen, egal von wem und woher sie kommen. Als Forschende haben wir gelernt über alle Grenzen hinweg zu kooperieren. Eine Universität muss diese Internationalität und Diversität fördern. Ein kleines Beispiel dazu aus Graz. Wir haben vor ca. 10 Jahren begonnen, unsere Masterstudiengänge auf Englisch umzustellen. Primäres Ziel war natürlich, attraktiv für ausländische Studierende zu sein, primär aus Süd-Ost-Europa. Es gab aber einen entscheidenden Nebeneffekt: In allen Studienrichtungen die wir umgestellt hatten, hatten wir bei den Berufungen einen deutlich höheren Anteil an internationalen (angelsächsischen) Bewerber:innen. Deutsch war ja nicht mehr Grundvoraussetzung für das Unterrichten. Durch die merklich gesteigerte Bewerbungslage steigt ganz automatisch die Qualität der Berufungen.

In vielen Disziplinen ist die Forschungsinfrastruktur ein Magnet für exzellente Köpfe. Diese muss vorhanden sein, um eine gewisse Art von Forschung durchzuführen. Mehr als eine Berufungsverhandlung ist bei uns in Graz schon am Fehlen von geeigneter Infrastruktur gescheitert. In den letzten Jahren haben wir sehr positive Erfahrungen mit der gemeinsamen Beschaffung von Forschungsinfrastruktur mit Firmen gemacht. Die Firmen stellen die Investitionen in die Infrastruktur, die Universität den Raum und das Personal für den Betrieb. In einem Kooperationsvertrag wird dann die gegenseitige Nutzung geregelt. Dies hat sich in als Win-Win für beide Seiten herausgestellt. Die Universität hat eine Infrastruktur die sie sich nicht leisten könnte, und die Firma hat immer die aktuellsten Forschungsergebnisse zur Verfügung. Zusätzlich werden meist Doktorate an der Infrastruktur durchgeführt.

Neben der klassischen (mechanischen) Infrastruktur ist natürlich die digitale Infrastruktur ein wesentlicher (kostenintensiver) Aspekt im modernen Forschungsbetrieb. Einerseits ist die Anbindung an das Hochleistungsrechnen für viele Disziplinen essentiell (z. B. gerade in letzter Zeit kann kompetitive Forschung

im Bereich künstlicher Intelligenz nur mehr mit entsprechenden GPU-Clustern durchgeführt werden). Neben der Rechenleistung sind entsprechende (lokale) Repositorien sowie der Zugriff auf Science Clouds für Daten und Veröffentlichung von Ergebnissen zusehends für Forschende (und Fördergeber) wichtig. Ohne den Zugriff und die Anbindung an diese digitale Welt wird es zusehends schwierig, Forschende zu holen.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Dieser Beitrag hat die Rolle der Forschung in der „modernen“ Universität zu Thema. Nur die Universität kann durch den humboldtschen Gedanken der forschungsgeleiteten Lehre für eine permanente Selberneuerung in den Personen und in den Themen sorgen. Die Universität ist ein über Jahrhunderte erprobtes und bewährtes Innovationsmodell. Ohne Universitäten wäre unsere moderne wissenschaftsbasierte Gesellschaft undenkbar.

Eine forschungsstarke Universität hat natürlich erhebliche regionale Auswirkungen. Neben der Attraktivität für die Wirtschaft durch innovative Absolvent:innen sind es auch Start-ups und Spin-offs, die die lokale Wirtschaft ankurbeln und zur Attraktivität des Standortes beitragen. Forschungsexzellenz wird natürlich primär durch die Forschenden und damit die besten Köpfe getrieben. Einerseits dienen diese Köpfe dazu, die Forschung durchzuführen, aber auch um neue Forschende auszubilden und anzuziehen. Um exzellente Forschende zu bekommen (und zu halten), bedarf es einer adäquaten Infrastruktur und einer Forschungskultur an der Universität. Wesentliche Punkte um diese Forschungsexzellenz sicherzustellen sind für die Universitätsleitung:

1. Förderung der Exzellenz auf allen Ebenen durch kompetitive Mittelvergabe mittels fairen Verfahren (z. B. Peer review).
2. Einsatz von Mitteln zur Hebelung von zusätzlichen externen Mitteln. Das bringt zusätzliche Mittel an die Universität und ermöglicht den Vergleich mit anderen Forschenden außerhalb der Universität.
3. Interne Mittel für interdisziplinäre Forschung, die sonst schwer extern eingeworben werden können.
4. Förderung des Nachwuchses, primär Dissertant:innen, in strukturierten Doktorats-Programmen.
5. Internationalität und Diversität sind in der globalisierten Welt, gerade für die Forschung, ein Muss.
6. Zur Verfügungstellung von adäquater (auch digitaler) Infrastruktur für die Forschenden.

All dies darf aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern dient dazu, die besten Köpfe zu gewinnen bzw. zu halten, denn es sind die Menschen, die den Unterschied ausmachen.

Literatur

Janger, J. & Firgo, M. & Hofmann, K. & Kügler, A. & Strauss, A. & Streicher, G. & Pechar, H. (2017): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Effekte von Universitäten (The Economic and Social Impact of Universities in Austria). Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Autorenangaben

Horst Bischof, Prof. Dr., Rektor der TU Graz
email: horst.bischof@tugraz.at

Sabine Doering-Manteuffel

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs

„Die Idee der Universität“ – sich mit diesem Thema zu befassen, halte ich für eine großartige Idee, die weit über Passau hinausreichen wird, gerade in diesen Zeiten. Wir müssen und wollen trotz sozialer Distanz im Gespräch bleiben. Die Entwicklung der Universitäten wird auch in der derzeitigen Sondersituation weitergehen, uns zahlreiche neue Einsichten verschaffen und einige Herausforderungen für die Zukunft bereithalten. Es herrscht kein Stillstand, sondern eine dynamische Transformation.

Ich habe mir ein Thema ausgesucht, das auf den ersten Blick etwas ungewöhnlich ist, denn es geht hier weder um die Finanzierung der Universitäten im Freistaat noch um Gesetze oder Karrieren, um die Pandemie oder um Lernerfolg. Es geht vielmehr um

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs.

Sie werden sich zunächst wundern, wie es zu dieser Themenwahl kam, gerade in der jetzigen Zeit. Ich kann das erklären. Sie geht auf eine Aussage Ihres Präsidenten Prof. Ulrich Bartosch zurück. Deswegen nehme ich an, dass es sich sowohl um einen Slogan, einen Programmsatz für die Universität Passau handelt, als auch um die Universität als Idee, als akademische Institution.

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs. Wie kann man sich dem Thema nähern? Ich habe zunächst gedacht, das sei sehr einfach, es sei doch klar, die Universität ist natürlich und ganz unwidersprochen ein Ort des bewussten Widerspruchs! Das muss man doch nicht eigens erklären!

Aber wie alle Leitgedanken, mit denen man sich befasst, wird auch dieser bei näherer Betrachtung komplizierter. Ich werde also zunächst ein paar Grundlagen legen und einige Überlegungen voranstellen, um dann zu ganz praktischen Beispielen überzugehen.

1 Was heißt Widerspruch?

Was heißt also zunächst einmal Widerspruch? Widerspruch sollte in diesem Zusammenhang heißen, es handelt sich um eine Fähigkeit des denkenden Menschen, abzuwägen zwischen Alternativen, um etwas Wahres daraus zu gewinnen. Das leitet sich zwar nicht von der Alltagsbedeutung „widersprechen“ ab, ist aber eine

wesentliche und notwendige Fähigkeit, um die Forschung voranzutreiben. Diese Fähigkeit ist ebenso die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer persönlichen Beziehungen untereinander. Abwägen können zwischen verschiedenen Ansätzen ist wichtig, damit wir andere Sichtweisen und andere Positionen verstehen und das Beste daraus machen. Das ist eine Grundvoraussetzung für unser Gemeinwesens.

In diesem Sinne ist der bewusste Widerspruch ein Teil einer Vernunftlehre. Wenn das Abwägen von Positionen gut geht, kann man daraus eine „Einheit der Gegensätze“ gewinnen, gewissermaßen eine Synthese. Widerspruch macht die andere Seite eines Gedankens sichtbar und fordert uns heraus, sich mit gegenteiligen Gedanken, mit einer völlig anderen Sicht der Dinge auseinanderzusetzen, um schließlich zu einer gemeinsamen richtigen Lösung zu kommen. Stimmt die eine Position, oder stimmt eine andere, oder aber gibt es vielleicht noch einen dritten Weg? In der Wissenschaft sollte ein eindeutiges Ergebnis vorgebracht werden. Etwas ist in der Welt und ist zugleich nicht in der Welt – das ist für uns kaum vorstellbar, es sei denn, Sie wollen mir jetzt bewusst widersprechen und haben dafür gute Argumente.

Der systematische Widerspruch ist nicht nur Teil einer Vernunftlehre, sondern auch Teil eines Methodenprogramms, das vielen Wissenschaften innewohnt. Das betrifft sogenannte zweiwertige Aussagen als aussagenlogisches Konstrukt, wo entweder falsch oder richtig gilt. „Falsch“ heißt, einer Aussage wird der Wert „falsch“ zugeordnet. Es geht um logische Operationen auf der Grundlage einer formalen Sprache mit dem Ziel formaler Beweise. Wegbereiter dieser Denkrichtung war Friedrich Ludwig Gottlob Frege. Das mag für Aussagen aus der Welt der Algebra leichter sein als für Aussagen aus der politischen Theorie und Praxis, wo es auch um das Abwägen, um Meinungen und Richtungen gehen kann. Frege selbst machte in Hinsicht auf formal-logische Konstruktionen darauf aufmerksam, „dass die Wiedergabe in Worten schwierig und selbst unmöglich werden kann“, wenn hinter den Buchstaben „verwickelte Functionen“ stünden (Frege 1879, 58). Aber dazu später mehr.

Man sollte also generell nicht vergessen, dass es sich beim bewussten Widerspruch um das übliche Verfahren der Wissenschaft handelt. Der Philosoph Karl Popper, geboren in Wien 1902, gestorben in London 1994 – er hat mein Studium begleitet und die wissenschaftstheoretischen Debatten bis in die frühen 1990er Jahre hinein geprägt –, war einer der maßgeblichen Figuren dieser Denkrichtung im 20. Jahrhundert. Karl Popper: Er hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass jede Behauptung, und nicht nur diejenige, die durch verallgemeinernde Theorien von empirischen Tatsachen gewonnen wird, durch kritisch-rationale Methoden entweder widerlegt oder befürwortet werden kann. Jedes theoretische Gebäude müsse in sich widerspruchsfrei sein, sonst könne man aus ihm keinen Erkenntniswert ableiten. Er nennt das eine Prüfung mit vier Richtungen. Vorgenommen

werden müsse der logische Vergleich der Folgerungen untereinander, „durch den das System auf seine innere Widerspruchsfreiheit zu untersuchen ist“, dann eine „Untersuchung der logischen Form der Theorie“, um zu vermeiden, dass diese tautologisch ist. Es folge der Vergleich mit anderen Theorien, ob die neue Theorie tatsächlich einen wissenschaftlichen Fortschritt bedeute und schließlich müsse sie sich in der Anwendung, auch mit ihren weiteren Folgerungen, bewähren (vgl. Popper 1935, 6).

Man kann nach diesen Ausführungen grundsätzlich die Frage stellen, was in einer rationalen Welt „Wahrheit“ bedeutet. Ist Wahrheit etwas, das in sich logisch und nicht im Widerspruch zu den Tatsachen steht oder ist Wahrheit mehr? Wie würden das unterschiedliche Disziplinen sehen? Wie die Mathematik, die Philosophie, die Theologie? Was bedeutet Wahrheit für die Physik, für die Germanistik des Mittelalters, für die Archäologie, für die Wirtschaftswissenschaften? Das sind universitäre Disziplinen, die sich mit der Frage auseinandersetzen müssen: Was heißt eigentlich Wahrheit? Was heißt Erkenntnis und was heißt darin bewusster Widerspruch?

Denken Sie einmal darüber nach, beispielsweise für die Archäologie oder die Alte Geschichte. Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, umso begrenzter ist die Zahl der Quellen. Wird deshalb nur ein sehr rudimentäres Bild einer vergangenen Wirklichkeit, einer vergangenen Wahrheit gezeichnet, gilt also unsere Vorstellung vom Leben im kaiserzeitlichen Rom nur so weit, wie die Quellen reichen und der Rest ist Fantasie, unter Umständen aus der Filmproduktion Hollywoods geschmiedet? Mein Bild, das ich als Jugendliche vom „Alten Rom“ hatte, stammte wahrscheinlich aus den Filmen „Cäsar und Cleopatra“ und aus „Ben Hur“. Das prägt sich ein, ob man will oder nicht und muss durch Faktenwissen revidiert werden.

Oder gibt es auch eine abstrakte, rekonstruierte Wahrheit, die auf Indizien und logischen Operationen beruht? Was ist mehr wert als Wahrheitsgarant, eine Rede Julius Caesars oder ein Grabstein am Wegesrand? Wir werden uns noch damit auseinanderzusetzen haben. Müssen wir diesen konstruierten Wahrheiten bewusst widersprechen, widerlegen, oder gelten sie so lange, bis wir etwas Besseres haben, weitere Befunde, die im Popperschen Sinne eine gängige Vorstellung widerlegen?

2 Aufruf zum Widerspruch

Wann ist man als Mitglied einer Universität dazu aufgerufen, sich im bewussten Widerspruch zu üben? Zunächst einmal ist man das im fachlichen Kontext, in der Lehre, in der Forschung. Wenn Sie ein neues Thema mit inhaltlichen Behauptungen aufgreifen, sollten Sie einmal überlegen, ob auch genau das Gegenteil wahr sein könnte, der Antagonismus. Vielleicht hat Caesar die Wirklichkeit des gallischen Krieges ausschließlich aus seiner Sicht, seiner propagandistischen Warte

gezeichnet? Vielleicht war das eher so wie im Asterix-Heft und die Gallier waren listig und schlau und ließen sich gar nicht von den Römern so einfach bezwingen? Eine leichte Übung, alles aus der anderen Warte zu sehen, aus dem Widerspruch einer anderen Wirklichkeit. Die Dinge mit den Augen und den Wahrnehmungen anderer zu betrachten, trainiert das wissenschaftliche Denken, denn über die Wirklichkeit der anderen wissen wir zunächst einmal gar nichts.

3 Erkenntnis versus Imagination

Ich bin keine Philosophin, Herr Präsident Bartosch hat das schon erwähnt, sondern gelernte Ethnologin, und als solche möchte ich mich Ihnen auch erst einmal ein wenig vorstellen: Vom Jahrgang 1957, Rheinländerin, Studium der außereuropäischen Kulturen an der Universität Köln mit einem Schwerpunkt auf Kulturen des zirkumpolaren Raums, Nebenfächer Philosophie und Politikwissenschaften, zudem noch ein weiteres Fach an der Nachbaruniversität Bonn. Es war damals möglich, an zwei Universitäten gleichzeitig zu studieren. Das war Volkskunde oder wie es heute heißt, empirische Kulturwissenschaften oder Europäische Ethnologie. Seit 1993 bin ich an der Universität Augsburg beschäftigt als Europäische Ethnologin, seit 2011 ihre Präsidentin.

Ich habe für die Universität Augsburg das Konzept der Netzwerkuniversität entwickelt, um die Sicht der anderen Disziplinen in das eigene wissenschaftliche Weltbild einzubeziehen. Falls das jemanden interessiert, es findet sich neben zahlreichen Anwendungsbeispielen gedruckt in unserer Festschrift zur 50-Jahr-Feier, die 2020 erschienen ist (Doering-Manteuffel 2020: 65 ff.). Soweit zu meinem Hintergrund. Es sind nur rudimentäre Einblicke in ein jahrzehntelanges Forscherleben.

Ich habe mich über viele Jahre hinweg neben zahlreichen anderen Themen mit den Denkweisen des europäischen Okkultismus befasst, auch das hat Herr Bartosch bereits erwähnt (Doering-Manteuffel 2008). Sie folgen der europäischen Aufklärung wie ein Schatten, und es ist nicht immer leicht, den aus unserer Sicht wirren Gedankenführungen von Hellsehern und Wahrsagern zu folgen. Es ist eine Herausforderung für eine Wissenschaftlerin, die Spreu vom Weizen zu trennen, zumal erstaunlich viele Menschen einige sonderbare Erscheinungen für wahr halten. Was bedeutet hier bewusster Widerspruch zu abstrusen Ideen? Okkultes Denken steht im Widerspruch zum wissenschaftlichen Denken. Meine Erfahrung mit diesem Antagonismus zu den Prinzipien der Wissenschaft ist, dass man sie zwar rational rekonstruieren kann, aber am Ende doch falsifizieren wird, so faszinierend sie auch im Einzelnen sein mögen.

Genau genommen ist es doch so: Was falsch ist, bleibt auch falsch. Es gibt keine Dämonen wie die nächtlichen Aufhocker, die uns vermeintlich mit Alpträumen

quälen, es gibt keine Vampire, die aus den Gräbern steigen, und keine Nachzehr, die im Grab ihr Gewand einfressen, um Lebende nachzuholen (vgl. Schürmann 1990). Die vom Vampirglauben abgeleitete Praxis einer *magia posthuma* ist wissenschaftlich gesehen falsch. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine kulturelle Praxis. Es gibt keine Naturgeister und Elfen, die in Quellen sitzen. Eine Wünschelrute ist jedem geoinformatischen Verfahren weit unterlegen, um ein weiteres Beispiel zu nennen. Der fränkische Hauszwerg ist blanke Illusion, selbst wenn man noch so intensiv daran glaubt, dass es Hausgeister geben könnte (vgl. Linhart 1995).

Man kann die Pest nicht mit einem Amulett aus einer arsengefüllten Nusschale bekämpfen. Und weitere Beispiele aus dieser illustren Welt der Vorstellungen: Da ist der Mond doktor, der in einem Berliner Hinterhof eine adelige Gesellschaft allein mit Mondlicht zu behandeln vorgab. Scharenweise standen sie in seinem Hof und haben auf Einlass gewartet, und das waren durchaus gebildete Leute. Da ist der Teufelsbeschwörer, der Poltergeister aus dem Haus vertreibt, da ist die Wahrsagerin, die vorgibt, das Schicksal von Verwandten im Krieg erkennen zu können oder den Lottogewinn vorauszusagen.

All diesen Vorstellungen und Hoffnungen ist eines gemein: sie sind ausschließlich Teil einer komplexen Krisengeschichte, individueller oder auch kollektiver Vorstellungen und bilden keine Wahrheit im wissenschaftlichen Sinne ab. Mir sind viele solcher Geschichten begegnet, mal mehr mal weniger evident. Könnte es nicht doch sein, dass es zwischen Himmel und Erde Dinge gibt, die der Mensch nicht erklären kann? Nun ja, ich bin gespannt, wie Sie das sehen! Der Mensch zweifelt gern und fügt der Wirklichkeit bisweilen noch ein Quäntchen Fantasie bei. Gibt es ein vorherbestimmtes Schicksal, etwas, das die eigene Existenz lenkt und leitet, ohne dass wir mehr darüber wissen? Mit all diesen Fragen habe ich mich im Laufe der Jahre befasst und mein Fazit lautet, dass es ein sehr gutes Training für jeden und jede in der Wissenschaft ist, sich mit der ganz anderen Welt der Fantasie zu befassen.

Kehren wir also gestärkt zurück in die Welt der kritischen Reflexion, denn auch außerhalb des Reichs der blühenden Fantasie mit ihren wundersamen Gestalten gibt es genügend Beispiele, dass diese Prinzipien von wahr und falsch nicht eingehalten werden. Und diese befinden sich quasi in unmittelbarer Nachbarschaft von Daten und Fakten, weshalb sie einer besonderen Aufmerksamkeit durch die Wissenschaft bedürfen. Es handelt sich um Fake-News, eine Gattung, die uns heute häufig begegnet und mit der wir umgehen müssen, vor allem im Sinne des bewussten Widerspruchs.

4 Fake-News

Im Lichte der Wissenschaft ist das recht schnell beantwortet, bewusste Falschmeldungen müssen entlarvt werden. Das ist der erste Teil meiner Argumentation. Die Wissenschaft ist per se ein Ort des bewussten Widerspruchs, um falsche Behauptungen zu widerlegen. Dazu braucht man, ich hatte es vorhin schon erwähnt, eine Vernunftlehre und ein Theorie- und Methodenprogramm. Nur so kommen wir gegen die Flut von falschen Nachrichten und Behauptungen an. Die verfolgen uns aber seit den Tagen der Aufklärung wie ein Schatten. Wo Licht ist, ist eben Schatten. Die Medien spielen hier seit dem 18. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Sie transportieren prinzipiell beides, Wahres und Falsches. Es wird vieles gedruckt und vieles geschrieben.

Auch wir erleben dieses Phänomen tagtäglich. Es geht zwar nicht mehr um Monddoktoren oder Wunderheiler, aber dennoch wird das Phänomen der falschen Nachrichten besonders augenfällig im Bereich der Mythen über gesundheitliche Fragen, etwa über das Impfen oder über das Thema Mensch und Umwelt, zum Beispiel über das Leugnen des Klimawandels, um nur einmal zwei Bereiche besonders hervorzuheben, die derzeit überall diskutiert werden. Es gäbe sicherlich noch zahlreiche andere.

5 Mythen und Verschwörungen

Bewusst falsche oder fehlerhafte Behauptungen laufen immer nach demselben Schema ab:

1. Es werden Prominente oder Politiker zitiert. Beide Gruppen sind für das Fachgebiet zumeist nicht einschlägig ausgewiesen und verfügen über kein vertieftes Expertenwissen.
2. Es werden falsche Schlüsse gezogen, die Argumentationslogik stimmt nicht. Deswegen brauchen wir ein Training in der Argumentationslogik – das ist ein wissenschaftliches Training.
3. Es werden Verschwörungen vermutet. Diese sind uns meistens bekannt, z. B. Bill Gates hat das alles eingefädelt mit Corona und der Pandemie. Wir werden demnächst Chips eingesetzt bekommen und werden dann steuerbar – und noch kruder und krasser: Es sind die Außerirdischen, die aus dem Universum herabsteigen und uns quälen wollen oder sogar vereinnahmen. Man kennt einige diese Motive aus der Erzählforschung, sie stammen zum Teil aus der dämonologischen Sagenwelt früherer Epochen (vgl. Petzoldt 2015).
4. Es werden wissenschaftliche Erkenntnisse generell angezweifelt, z. B. durch folgende Behauptungen:
 - * eine Corona-Impfung führt zu Genveränderungen,
 - * die Corona-Impfung führt zur Unfruchtbarkeit,

- * Impfungen überfordern das Immunsystem,
- * Tiere und Pflanzen werden sich rechtzeitig an den Klimawandel anpassen,
- * Klimaschutzmaßnahmen vernichten Arbeitsplätze,
- * es ist umstritten, ob der Klimawandel überhaupt menschengemacht ist,
- * es hat immer schon Schwankungen gegeben, z. B. die Kleine Eiszeit.

Gut – wir werden im Alltag mit vielen Behauptungen konfrontiert, möglicherweise auch mal in der Universität, wenn das Gespräch auf solche Themen kommt. Sie werden diese Argumente kennen. Karl Popper würde nun sagen, man kann jede Behauptung aufstellen, aber sie muss empirisch und logisch-rational rekonstruierbar und damit wahr sein. Und das sind die oben genannten eben gerade nicht. Der springende Punkt ist der, dass man häufig mehr als Alltagswissen braucht, um dem etwas zu entgegnen. Könnten Sie unvorbereitet etwas sagen zu dem Thema „Die Corona-Impfung führt zur Unfruchtbarkeit“? Ich wüsste es so einfach nicht. Oder: „Tiere und Pflanzen werden sich rechtzeitig an den Klimawandel anpassen.“ Mag sein, dass es manche tun, mag sein, dass es andere nicht tun. Ad hoc auf solche, vor allem naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu antworten, fällt uns allen weitgehend schwer.

Universitäten sind in diesem Sinne Ausbildungsstätten für den bewussten Widerspruch, denn sie vermitteln das entsprechende Expertenwissen und natürlich auch flexibles Wissen, damit man auf solche und ähnliche Vorstellungen reagieren kann und die entsprechende Argumentationslogik erkennt. Wichtig ist, dass man sich einmal bewusst macht, wie schwer verständlich vor allem Spezialdisziplinen der Naturwissenschaften für Laien sein können. Diese Spezialdisziplinen sind auch für andere Wissenschaften schwer zu verstehen und für Laien oft umso mehr.

6 Public Understanding of Science

Deswegen plädiere ich schon sehr lange für eine neue Disziplin an allen Universitäten, welches das öffentliche Verständnis von Fachwissen fördert, nämlich für das Fach „Public Understanding of Science“. Dieses sollte eigentlich an allen Universitäten ein Pflichtfach sein, denn wir haben auch eine moralische Verpflichtung, unsere Erkenntnisse allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu tragen und damit Fake-News besser zu begegnen. Wichtig ist ein solches Ausbildungsfach deshalb, „because scientific forms of knowledge are superior to other forms of knowledge“. Die daraus resultierende öffentliche Kommunikation braucht eine professionelle Begleitung, um Wissenschaft verständlich zu machen und wahr von falsch zu unterscheiden (Dunwoody 1992, 11).

Schauen Sie sich einmal die Homepages der unterschiedlichen Fächer an, dann werden Sie gleich feststellen, was man in dieser Hinsicht besser machen könnte. Ich habe da schon vieles gesehen: komplizierte Formeln, weil die Mathematiker es

chic finden, auf ihrer Homepage beeindruckende Formeln zu präsentieren, oder auch aus der Physik: kleinste Teilchen aus der Nanowelt, die in abstrakten Gebilden dargestellt werden. Das versteht niemand außerhalb der Fachcommunity. Vielleicht wäre es besser, diese Dinge für die interessierte Öffentlichkeit verständlicher darzustellen. Deshalb mein Vorschlag: Etablieren Sie ein Fach Public Understanding of Science, da erreicht man die interessierte Öffentlichkeit und kann manches aus der Welt räumen. Dann kann jeder und jede ein bisschen mehr mitreden, wenn es um Erkenntnisse aus der Forschung geht.

7 Gesellschaftspolitischer Widerspruch

Der bewusste Widerspruch in Bezug auf Universitäten bedeutet mehr als Richtigstellungen durch Erkenntnis. Das Recht, geradezu die Pflicht zum bewussten Widerspruch, ist auch ein gesellschaftspolitisches Projekt und im Bereich der Bildung ganz besonders bedeutsam. Universitäten haben einen Auftrag zur Wahrheitssuche und Wahrheitsfindung, aber sie sind auch Orte der Toleranz und der Demokratie.

8 Bürgermut

Ich will einmal den Begriff „Bürgermut“ verwenden. Bürgermut – ein Bild, das sich nach 1830 als eine der Bürgertugenden etablierte (*courage civil/courage civique*), vereint heute beides, sowohl ein Weltbild der rationalen Wahrheitssuche als auch den Mut, sich gegen die Feinde einer offenen Gesellschaft zu wehren. Damals, um 1830, als das Konzept des Bürgermuts entwickelt wurde, gab es noch keine offene Gesellschaft mit weitreichenden Presse- und Meinungsfreiheit, wie sie uns unser Grundgesetz ermöglicht, aber die Wurzeln wurden gelegt. Der Bürgermut ist eine Aufforderung zum bewussten Widerspruch, der sich auf die wichtigsten Elemente staatsbürgerlicher Pflichten und Handlungsoptionen bezieht. Diese Art des Widerspruchs bezieht sich auf zahlreiche Alltagssituationen,

- erstens auf den Arbeitsplatz und die persönliche berufliche Umgebung. Widerspruch bedeutet hier: Eintreten gegen ungerechte Bezahlung und für Gleichstellung, gegen Mobbing am Arbeitsplatz, gegen ungerechtes Verhalten und vor allem gegen das, was im gesetzlichen Rahmen nicht akzeptabel ist. Hier ist Bürgermut und Widerspruch angebracht und gefordert.
- Als zweites bedeutet Bürgermut an der Universität Diskussionsbereitschaft über gesellschaftspolitische Themen: Position beziehen, seine Meinung äußern, sich politisch engagieren. Sich in allen möglichen Zirkeln, Gesprächsforen und auch bei unterschiedlichen Parteien äußern. Es gilt an dieser Stelle, Widerspruch und Toleranz in Einklang zu bringen. Ich meine Themen wie:

- * gleichberechtigte Bildungschancen für alle – wie lässt sich das verwirklichen?
- * Vereinbarkeit von Beruf und Familie – etwas Wichtiges, was uns alle etwas angeht.
- * Für und Wider künstliche Intelligenz in der Pflege.
- * Verständnis zwischen den Generationen – Werte und Weltbilder.

Zu all diesen Themen gibt es unterschiedliche Meinungen und da bedarf es Bürgermut, um sie öffentlich an Universitäten zu diskutieren.

9 Partizipation

Als drittes bezieht sich Bürgermut auf die Partizipation an den Entscheidungsprozessen in Universitäten. Partizipation an den Entscheidungsprozessen – für diejenigen, die eine Sache betrifft. Das ist ein wichtiges Element, das den Gestaltungswillen fördert und auch einfordert. Das Mitgestalten der eigenen Lebenswirklichkeit kann Widersprüche hervorrufen, denn ich muss mir bewusst machen, wie mein Leben und das der anderen im Einklang verlaufen soll. Hier findet sich auch das Element der Synthese wieder, von der ich vorhin sprach.

10 Schlussgedanken

Ich will an dieser Stelle schließen. Es soll heute nur ein Zuruf sein, dem Sie gerne widersprechen können. Was mir wichtig war, möchte ich in wenigen Worten zusammenfassen:

1. Es gibt in der Wissenschaft Prinzipien, die der Wahrheitssuche dienen. Dazu gehören Vernunft- und Methodenlehren und überprüfte Inhalte, die man auch aus dem eigenen Wissen schöpfen sollte, nicht nur ad hoc aus digitalen Nachschlagewerken. Es müssen sich Ideen im eigenen Kopf entwickeln aus den Verknüpfungen dieser drei Faktoren. All diese müssen gelernt, geübt und befolgt werden. Dafür sind Universitäten da. Universitäten sind in diesem Sinne auf jeden Fall *Orte des bewussten Widerspruchs*.
2. Als Mitglieder unserer Gesellschaft sind wir dazu aufgerufen, Bürgermut zu zeigen, wenn unser Zusammenleben Schaden nehmen könnte, zu widersprechen, wenn wir etwas für falsch, ungerecht oder gefährlich halten. Auch in diesem Sinne sind Universitäten *Orte des bewussten Widerspruchs*. Es ist gerade in krisenhaften Zeiten wichtig, sich an einem solchen Leitspruch orientieren zu können, sich auch mit solch allgemeinen Fragen auseinanderzusetzen und nicht immer nur mit dem tagesaktuellen Geschehen.

Ich wünsche Ihnen allen und der Universität Passau mit ihrem Präsidenten, der diesen Spruch *Universitäten sind Orte des bewussten Widerspruchs* einmal formuliert hat, alles Gute.

Literatur

- Doering-Manteuffel, S. (2008): Das Okkulte. Eine Erfolgsgeschichte im Schatten der Aufklärung. Von Gutenberg bis zum World Wide Web. München: Siedler Verlag.
- Doering-Manteuffel, S. (2020): Wissenschaft und Kreativität. Das Konzept der Netzwerkuniversität. In: Universität Augsburg: Wissenschaft, Kreativität, Verantwortung. 50 Jahre Universität Augsburg. Regensburg: Schnell & Steiner, 65-82.
- Dunwoody, S. (1992): The challenge for scholars of popularized science communications: explaining ourselves. In: Public Understanding of Science. Vol.1, London: Sage, 11-14.
- Frege, G. (1879): Begriffsschrift. Eine der arithmetischen nachgebildete Formelsprache des reinen Denkens. Halle a. S.: Verlag Louis Nebert.
- Linhart, D. (1995): Zur Phänomenologie, Überlieferungsgeschichte und gelehrten Deutungen hilfreicher oder schädlicher Sagengestalten. Dettelbach: J.H. Röhl.
- Petzoldt, L. (2015): Kleines Lexikon der Dämonen und Elementargeister. 5. Aufl., München: Beck Verlag.
- Popper, K. (1935): Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft. Wien: Springer-Verlag.
- Schürmann, Th. (1990): Der Nachzehrer glauben in Mitteleuropa. Marburg: Elwert.

Autorinnenangaben

Sabine Doering-Manteuffel, Prof. Dr.,
Präsidentin der Universität Augsburg und ehem. Vorsitzende
der Universität Bayern e.V.
email: doering-manteuffel@t-online.de

Brigitte Forster-Heinlein

Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs – auch aus Sicht der jungen Forscherinnen und Forscher?

Bewusster Widerspruch ist mir als Mathematikerin vertraut. Widerspruchsbeweise lernen Mathematik-Studierende ab dem ersten Semester:

Seien A und B Aussagen.

Wenn nicht- A eine hinreichende Bedingung dafür ist, dass ein Widerspruch (B und nicht- B) wahr wird, dann ist nicht- A falsch.

Also ist A wahr.

In der Mathematik fordern Beweise eine ständige geistige Flexibilität. Denn wenn Mathematiker und Mathematikerinnen eine mathematische Behauptung aufstellen und zeigen wollen, „aus Aussage B folgt Aussage A “, dann wissen sie vorab natürlich noch nicht, dass A wirklich stimmt: Entweder, „aus B folgt A “ ist wahr oder es ist falsch.

Um den Wahrheitsgehalt der Aussage zu prüfen, gibt es drei klassische Vorgehensweisen: 1) Die Konstruktion eines Gegenbeispiels, um die Aussage zu widerlegen, 2) den direkten Beweis der Aussage, oder 3) den Widerspruchsbeweis, also die Annahme des Gegenteils, um dann einen Widerspruch daraus zu folgern. Eine vierte Möglichkeit, die in der Mathematik mitbedacht werden muss, ist, dass eine Folgerung „aus B folgt A “ im vorliegenden Axiomensystem unentscheidbar sein kann. Diese Gedanken auszuarbeiten und insbesondere konkrete Widerspruchsbeweise zu führen, müssen Mathematikerinnen und Mathematiker beherrschen.

Als sehr spannende Monografien zur Logik mathematischer Beweise und zu Widerspruchsbeweisen im Speziellen seien jene von Bloch (2011) und von Hofstadter (1992) empfohlen. Das Buch der Beweise von Aigner und Ziegler (2018) gibt einen wunderbaren Einblick in die Schönheit mathematischer Beweise. Der Klassiker von Pólya (1945) leitet seit Generationen (werdende) Mathematikerinnen und Mathematiker an, wie sie die geistige Flexibilität trainieren.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Die Idee der Universität heute“ an der Universität Passau habe ich mich gefragt, was bedeutet „Die Universität als Ort des bewussten Widerspruchs“ für unsere jungen Wissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, also für die Promovierenden und die Postdoktorandinnen und -doktoranden? Die Vortragsreihe fußt auf Gedanken von Karl Jaspers, siehe Jaspers (1946):

„Die Universität ist eine Schule, aber eine einzigartige Schule. An ihr soll nicht nur unterrichtet werden, sondern der Schüler an der Forschung teilnehmen und dadurch zu einer sein Leben bestimmenden wissenschaftlichen Bildung kommen. Die Schüler sind der Idee nach selbständige, selbstverantwortliche, ihren Lehrern kritisch folgende Denker. Sie haben die Freiheit des Lernens.“

Besonders der dritte Satz drängt Fragen auf:

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher heute selbständige, selbstverantwortliche, ihren Lehrern kritisch folgende Denker?

Betrachten wir zunächst den Begriff „kritisch“ genauer. Laut dem Duden bedeutet „kritisch“ erstens „nach präzisen wissenschaftlichen, künstlerischen o. ä. Maßstäben gewissenhaft, streng prüfend und beurteilend“ und zweitens „negativ beurteilend; eine negative Beurteilung enthaltend“. Das Wort kritisch beinhaltet also auch Widerspruch. (Die dritte im Duden genannte Bedeutung will ich nicht weiterverfolgen, da sie hier im Kontext nicht passt.)

Betrachten wir die weiteren genannten Attribute „selbständig“, „selbstverantwortlich“, „ihren Lehrern kritisch folgende Denker“ der idealen Schüler in analoger Weise. Wir ziehen den Duden zu Rate, und diese Begriffe und Ausdrücke aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten.

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher selbstständig?

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher allein, ohne Unterstützung, ohne fremde Hilfe? Nein, es stehen ihnen Promotions- und Habilitationsbetreuer als Diskussionspartner zur Seite. „Nachwuchsförderung ist Leitungsaufgabe“ formuliert die DFG in ihrer Denkschrift (2013). Inzwischen gehören Betreuungsvereinbarungen zum guten wissenschaftlichen Standard, um das Betreuungsverhältnis schriftlich zu regeln, siehe DFG (2019). Graduiertenzentren sind an Universitäten übliche Einrichtungen, um Nachwuchsforscher zu begleiten und zu unterstützen.

Sind unsere Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eigenverantwortlich? Zeigen sie Eigeninitiative?

Das ist, was wir erwarten. Honorieren wir ihre Eigeninitiative genügend? Als Forscher? Als Universität? Oder reicht uns der Spruch „Ned g'schimpft ist g'lobt g'nug“?

Sind unsere Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlerinnen eigenmächtig?

Üben sie eigenmächtig Kritik? Wie gehen wir mit dem eigenmächtigen Widerspruch der Nachwuchswissenschaftler um? Befristete Beschäftigung und Widerspruch – geht das zusammen? Birgt die Abhängigkeit von der Verlängerung des

Beschäftigungsverhältnisses die Gefahr, kritische Meinungen zurückzuhalten und konform nach dem Mund zu reden? Wie stellen wir sicher, dass an unserer Universität eine Kultur des eigenmächtigen Widerspruchs trotz befristeten Beschäftigungsverhältnissen etabliert bleibt? Es scheint unverzichtbar, Offenheit zu üben, geistig flexibel mit Widerspruch aktiv und konstruktiv umzugehen, und dabei die Regeln guter wissenschaftlicher Kommunikation einzuhalten.

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher selbstverantwortlich?

Sind sie autark? Sind sie unabhängig? Das Graduiertenzentrum, der DAAD und viele andere Stellen halten finanzielle Fördermöglichkeiten bereit, um dem wissenschaftlichen Nachwuchs Unabhängigkeit für seine Projekte zu bieten.

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher souverän? Sind sie emanzipiert? Sind sie ungebunden? Präsentieren wir unsere starken Nachwuchsforscherinnen und -forscher genügend sichtbar nach außen? Geben wir ihnen genügend Möglichkeiten, sich an erfahrenen Forschern zu reiben? Bieten wir ihnen in dieser Hinsicht genügend Herausforderungen im Sinne von „Fördern durch Fordern“?

Sind unsere Nachwuchsforscherinnen und -forscher ihren Lehrern kritisch folgende Denker?

Sind sie beurteilend? Sind sie prüfend? Sind sie differenzierend? Können sie Kritik üben?

Können ihre Lehrerinnen und Lehrer Kritik annehmen? Der Deutsche Hochschulverband (2021) schreibt auf seiner Seite für Führungsseminare: „Erfolg hängt in der Wissenschaft maßgeblich von guter Führung ab. Dabei erarbeiten sich Führungskräfte und Nachwuchsführungskräfte in den akademischen Bereichen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihr Führungswissen häufig autodidaktisch, durch ‚learning-by-doing‘.“ Ich füge hinzu: Führungswissen ist noch nicht Führungskönnen. Es scheint mir eine große Lücke im deutschen Universitätswesen zu sein, dass Reibungsverluste durch die oftmals „trial and error“-Personalführung in Kauf genommen werden, anstatt alle Ebenen in professioneller Kommunikation resp. Führung zu schulen und zu trainieren. Idealerweise sollte der Widerspruch nur den Diskurs in der Forschung betreffen. Eventuelle persönliche Auseinandersetzungen dürfen den wissenschaftlichen Diskurs nicht dominieren. Der Diskurs darf auch nicht durch natürlich vorhandene Hierarchien verhindert werden. Lioba Werth und Anna Steidle (2021) bemerken: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „agieren aus stark intrinsischem Interesse, denn sie streben nach Erkenntnisgewinn oder auch Selbstverwirklichung; für die meisten von ihnen ist der Beruf mehr als ein Job. All dies sind immens starke Motivatoren, die einen enormen persönlichen Einsatz nach sich ziehen.“ Diese Motivation gilt es in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung zu nähren. Es wäre relevant zu prüfen, wie und mit welchen Ergebnissen sich flächendeckendes

Kommunikations- und Führungskräfte-Training im Forschungserfolg der deutschen Universitäten messen lassen.

Sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Positionen und Hierarchie-Ebenen können an der Universität aktiv daran mitarbeiten, dass befristete Beschäftigung nicht zu widerspruchsfreien jungen Denkern führt. Wir können den Diskurs fördern, indem wir unseren jungen Forscherinnen und Forschern – auch über Fakultätsgrenzen hinweg – regelmäßig aktiv zuhören. Wir können Persönlichkeiten fördern, indem wir Eigeninitiative bewusst honorieren und Leistung sichtbar machen. Gute Ergebnisse dürfen laut gelobt werden; erfolgreiche junge Forscherinnen und Forscher sollen Wertschätzung erfahren. Im besten Fall werden so andere junge Nachwuchskräfte den sichtbaren Erfolgreichen kritisch folgen.

Literatur

- Aigner, M. & Ziegler, G. M. (2018): Das BUCH der Beweise. 5. Auflage. Heidelberg: Springer.
- Bloch, E. D. (2011): Proofs and Fundamentals. Heidelberg: Springer.
- Deutscher Hochschulverband (2021): DHV Seminare. Führung in der Wissenschaft. Online unter: https://www.dhvseminare.de/fuehrung_wissenschaft_online-workshop (Abrufdatum 1.11.2021).
- DFG (2013): Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Weinheim: Wiley-VCH.
- DFG (2019): DFG-Vordruck 1.90 – Empfehlungen für das Erstellen von Betreuungsvereinbarungen. Online unter: http://www.dfg.de/formulare/1_90/1_90.pdf (Abrufdatum 1.11.2021).
- Duden. Bibliographisches Institut GmbH. Berlin: Dudenverlag. Online unter: <https://www.duden.de> (Abrufdatum 01.11.2021).
- Hofstadter, D. R. (1992): Gödel, Escher, Bach: Ein Endlos Geflochtenes Band. München: dtv Verlagsgesellschaft.
- Jaspers, K. (1946): „Die Idee der Universität“. In: Immel, O. (Hrsg.) (2016): Karl Jaspers Gesamtausgabe: Schriften zur Universitätsidee. Band I/21. Basel: Schwabe Verlag
- Pólya, G. (1945): How to solve it – A new aspect of mathematical method. Princeton: Princeton University Press.
- Werth, L. & Steidle, A. (2021): Führung im Kontext der Wissenschaft ist komplex. In: Forschung & Lehre, Ausgabe 6/21.

Autorinnenangaben

Brigitte Forster-Heinlein, Professorin für Angewandte Mathematik
an der Universität Passau
email: brigitte.forster@uni-passau.de

Barbara Zehnpfennig

Universität und Wahrheit

Die Universität als Ort der Wahrheitssuche zu bezeichnen, dürfte nicht mehr unumstritten sein. Weder Relativismus noch Konstruktivismus akzeptieren die Rede von einer Wahrheit, die subjektunabhängig, allgemeinverbindlich und ebenso erkennbar wie überprüfbar ist. Doch auch, wenn man die Möglichkeit von Wahrheit bezweifelt, ist die Wahrheitsfrage ein Thema, mit dem sich eigentlich jeder Wissenschaftler auseinandersetzen muss, weil es sein Selbstverständnis betrifft. Immerhin hat der Wissenschaftler einen anderen Zugang zur Wirklichkeit als der wissenschaftliche Laie. Das betrifft nicht nur die Konzentration auf einen bestimmten Gegenstand und die Intensität der Befassung damit, das beschränkt sich auch nicht auf die gesichertere Methode und das systematischere Vorgehen. Es ist ein ganz anderer Anspruch auf die Angemessenheit der Welterfassung, die sich mit dem wissenschaftlichen Verfahren verbindet. Das ist der Punkt, an dem die Reflexion ansetzen muss.

Letztere kann im Folgenden natürlich nur ansatzweise geleistet werden; es wäre Thema für eine sehr umfassende Darstellung. In der gebotenen Kürze kann das Thema nur angerissen werden. Dazu soll zunächst verdeutlicht werden, was mit der Rede von „der Wahrheit“ überhaupt gemeint ist. Danach soll ein Blick in das gesellschaftliche Umfeld geworfen werden, innerhalb dessen die Universität als „Hüter der Wahrheit“ operiert. Und abschließend ist zu prüfen, ob es Faktoren gibt, die ihr bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe im Wege stehen könnten.

1 Wahrheit in der Wissenschaft

Wenn man mit Kollegen unterschiedlicher fachlicher Herkunft spricht, werden manche prinzipiell und nicht etwa, weil sie Anhänger konstruktivistischer oder ähnlicher Theorien sind, bestreiten, dass der Wahrheitsbegriff für ihr Fach relevant ist. Von Juristen bspw. bekommt man oft zu hören, in der Rechtswissenschaft könne es aufgrund deren spezifischer Anlage nicht um Wahrheit gehen, und auch Historiker lehnen das Wahrheitskriterium für ihre Wissenschaft meist ab. Worum geht es in diesen Fächern aber dann? Die Kollegen wären wohl damit einverstanden, wenn man das, wonach sie suchen, als Erkenntnis bezeichnen würde. Die Juristen wollen erkennen, welche Reichweite ein Gesetz hat, welche Strafen für welche Vergehen angemessen sind, wovor der Gesetzgeber den Bürger schützen muss und wovor nicht. Die Historiker wollen erkennen, welche Kräfte

bei gesellschaftlichen Veränderungen zusammengewirkt haben, woran bisher stabile Reiche zerbrechen, ob es das Verhalten in einer bestimmten geschichtlichen Lage rechtfertigt, nach einem Systemwechsel Restitutionsansprüche gegenüber dem Nachfolgestaat geltend zu machen usw. Es sind also völlig unterschiedliche Gegenstände, auf die das Erkenntnisstreben sich bezieht. Es sind Fakten, es sind Normen, es sind wissenschaftlich basierte Einschätzungen und vieles andere mehr. Doch kommen diese Erkenntnisse ohne Wahrheit aus?

Was ist das Allgemeine an diesen im Konkreten so unterschiedlichen Erkenntnissen? Sie gelten nur dann als Erkenntnisse, wenn sie tatsächlich etwas Reales erfasst haben, wenn sich derjenige, der Erkenntnis sucht, eben nicht getäuscht hat. Eine „falsche“ Erkenntnis ist keine, sie ist ein Irrtum. Daran ändert sich auch nichts, wenn eine Erkenntnis durch die nachfolgende Forschung vielleicht widerlegt wird. Dann wurde sie zumindest bis dahin als richtig, als zutreffend angenommen. Auch wenn man der Meinung ist, Wissenschaft bestehe in der fortwährenden Falsifikation von Forschungsannahmen, also in dem Nachweis, dass die Annahmen, von denen man ausging, nicht stimmen, hat man das Wahrheitskriterium bereits wieder angewendet: Etwas als falsch zu erweisen, bedeutet zu zeigen, dass es nicht wahr ist. Dabei ist es unerheblich, ob man den Absolutheitsanspruch des „Wahren“ zurückweist und bei der Kennzeichnung des Untersuchungsergebnisses relativierend von „richtiger“ bzw. „wahrer“ spricht. Auch in diesem Fall greift man auf das Wahrheitskriterium zurück: Die Wahrheit bleibt der Maßstab, an dem gemessen wird. Mit anderen Worten: Ob man nun von Wahrheit oder bloßer Annäherung an sie redet, und ob man von Wahrheitssuche oder Erkenntnissuche spricht – der Anspruch, nur Wahres zum entscheidenden Kriterium zu machen, ist für die Wissenschaft schlicht nicht zu umgehen. Denn das unterscheidet sie von der bloßen Meinung.

Eine Meinung ist rein subjektiv. Sie muss nicht unbedingt begründet werden, sie kann auf Vorurteilen beruhen, mit ihr kann man Fakten einfach ignorieren. So kann man z. B. die Meinung vertreten, Datenschutz sei wichtiger als alles andere. Der Jurist wird zu derartig apodiktischen Urteilen nicht gelangen, weil er jedes Gesetz vor dem Hintergrund der Verfassung betrachtet, weil er den Datenschutz gegenüber anderen Grundrechten abwägt, kurz: weil er sein wissenschaftliches Handwerkszeug anwenden muss, das ihn zur Objektivität verpflichtet. Als Wissenschaftler kann er nicht einfach seinen Vorurteilen folgen, wie immer er als Privatmann denken mag. Und eben das soll gemeint sein, wenn hier auf den Wahrheitsanspruch der Wissenschaft verwiesen wird: die Unterscheidung zwischen Meinung und Erkenntnis, zwischen Subjektivem und Objektivem, zwischen Glauben und Wissen.

2 Das gesellschaftliche Umfeld der Universitäten

Ganz offensichtlich befindet sich die moderne Gesellschaft in einer merkwürdigen Gemengelage. Auf der einen Seite besteht ein großes Bedürfnis nach Fakten, nach Wahrheit, nach zuverlässigem Wissen; die Auseinandersetzung mit „fake news“, digitalen Fälschungen und unhaltbaren, sich viral fortpflanzenden Theorien scheint das zu belegen. Auf der anderen Seite aber ist es eine verbreitete Tendenz, die Möglichkeit von Wahrheit zu leugnen und zu behaupten, alles sei rein subjektiv, es gebe keinen übergeordneten Maßstab. Diese gegenstrebigenden Tendenzen sollen nun näher erläutert werden.

Die Demokratisierung der Teilnahme am öffentlichen Diskurs durch das Internet, durch die sozialen Netzwerke etc. hat zweifellos positive Seiten. Fast alle können sich nun, ohne hohe Zugangsschranken überwinden zu müssen, öffentlich äußern, an Debatten teilnehmen, auf Weltwissen zugreifen. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass niemand die Qualität all dessen, was geäußert und veröffentlicht wird, kontrolliert. Jeder kann im Internet Meinungen als Fakten ausgeben, ungehindert Lügen verbreiten, sich Dinge auf ganz eigene Weise zusammenreimen und auf diese Weise Verschwörungstheorien entwickeln. Natürlich gibt es neben diesem Wildwuchs im Internet immer noch die Qualitätsmedien – Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender usw., die hier ein Gegengewicht bilden können. Aber durch die Konkurrenz des kostenlosen Internets sind viele der traditionellen Medien in wirtschaftliche Bedrängnis geraten und haben ihren Rechercheaufwand entsprechend reduziert. Oft greifen sie inzwischen auf nur noch eine Quelle zurück, dpa-Meldungen u. ä., oder bedienen sich ihrerseits im Internet, trotz ihres Wissens, wie heikel das ist, was die Zuverlässigkeit und Wahrhaftigkeit dieses Mediums angeht.

Weil wir uns heute zunehmend in einer Flut von ungesicherten Urteilen, absurden Behauptungen und auch schwer einzuschätzenden Fakten-Darstellungen wiederfinden, ist das Bedürfnis groß zu wissen, wie es sich tatsächlich verhält. Haben wir es bei Corona wirklich mit einer signifikanten Übersterblichkeit zu tun? Ist der Klimawandel ganz zweifelsfrei primär menschengemacht? Können wir die fossilen Energien tatsächlich vollständig durch regenerierbare ersetzen? Wirklich, ganz zweifelsfrei, tatsächlich – all das sind Begriffe, mit denen wir dem Wunsch Ausdruck verleihen, einen Bezug zur Wahrheit herzustellen. Wir wollen uns nicht täuschen lassen, wir wollen uns auch nicht selbst täuschen. Es ist ganz offenbar ein menschliches Grundbedürfnis, sicheren Boden unter den Füßen zu haben – nicht nur physisch, sondern auch geistig.

Das ist die eine Seite. Die andere aber ist, dass man im Gespräch, in Diskussionen, auch in den Medien immer wieder hört: *Die Wahrheit gibt es nicht*. Viele veranlasst die in unserer Gesellschaft erfreulicherweise vorfindbare Pluralität an Meinungen und Einstellungen offenbar zu dem Urteil, alles habe den gleichen Wert,

den gleichen Rang, und es sei nur eine Frage der persönlichen Präferenz, welcher Meinung man zuneigt. Die vorherrschende Grundhaltung, so zumindest der Eindruck, ist der Relativismus: Es ist alles relativ, es gibt keine verbindliche Wahrheit. Beides passt jedoch erkennbar nicht zusammen – das Bedürfnis, die Wahrheit über die Dinge zu erfahren, und zugleich der Glaube, dass es keine Wahrheit gibt. Nun könnte man diese Diskrepanz aufzulösen versuchen, indem man zwischen Faktenwissen und persönlichen Einschätzungen, Bewertungen usw. unterscheidet. Bei Fakten würde man dann den Wahrheitsanspruch gelten lassen, bei Einschätzungen und Bewertungen hingegen nicht. Doch so einfach ist es nicht. Wenn es *die* Wahrheit nicht gibt, gibt es auch keine Faktenwahrheit. Und andersherum: So gut wie niemand, der die Auffassung vertritt, dass alles relativ ist, würde in den entscheidenden Fragen des Lebens den *eigenen* Standpunkt relativieren wollen, etwa nach dem Motto: Ich halte diese Maßnahme zwar für ungerecht, aber wer das Gegenteil behauptet, hat ebenso recht wie ich. In der Praxis endet der Relativismus meistens bei den eigenen Absolutheitsansprüchen.

Was folgt daraus? Obwohl sich in unserer Gesellschaft viele zum Relativismus bekennen – was sie, wie sie wohl glauben, der Notwendigkeit enthebt, ihre Meinungen begründen zu müssen –, geben sie den Wahrheitsanspruch doch in bestimmten Zusammenhängen nicht preis: Weder wollen sie belogen werden und falschen Tatsachenbehauptungen aufsitzen, noch wollen sie, dass man ihre eigenen Meinungen so abtut, wie sie es bei ihnen widersprechenden Meinungen gerne machen. Offenbar kommen wir ohne Wahrheit nicht aus. Die Frage ist, ob die Universitäten der Ort sind, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen.

3 Die Universitäten als Hüter der Wahrheit

Forschung, die dem Objektivitätsideal folgt, erfordert vom Forscher immer schon, sich an etwas Allgemeinem auszurichten und subjektive Befindlichkeiten und Einstellungen hintanzustellen. Wenn man ein bestimmtes Ergebnis seiner Forschung erwartet, z. B., dass man mit der vorgesehenen Therapie in der Krebsbehandlung Erfolg hat, und die empirische Überprüfung bestätigt das nicht, muss man sich mit seinem Misserfolg abfinden. Fälscht man die Daten, um sein Scheitern zu verschleiern, begeht man schlicht Betrug. Man enttäuscht das Vertrauen der Öffentlichkeit, die darauf baut, dass die der Universität zur Verfügung gestellten Gelder sachgemäß verwendet werden und die Forscher ihrem Berufsethos, das sie zur Wahrhaftigkeit verpflichtet, auch entsprechen. Die Öffentlichkeit erwartet von den Universitäten, dass die ihr Angehörigen sich nicht von ihren eigenen Interessen leiten lassen, sondern dass sie das Interesse der Allgemeinheit vertreten. Und das besteht darin, Agent der Wahrheit zu sein, die im gesellschaftlichen Diskurs nur zu oft geopfert wird.

Nun gibt es allerdings vieles, was den Wissenschaftler vom rechten Wege abbringen kann: seine Eitelkeit, seine Abhängigkeit von möglichen außer-universitären Geldgebern, der allgemein auf ihm lastende Druck, schnell etwas Vorzeigbares und nach außen hin Sichtbares zu produzieren usw. Das sind Anreize, es in puncto Gewissenhaftigkeit nicht so genau zu nehmen, denen er ständig begegnet und gegen die er sich wappnen muss. Ein Faktor, der jedoch nicht minder an der Standfestigkeit des Forschers zerrt, ist politische Einflussnahme. Diese kann von außen oder von innen kommen, von politischen Kräften, die ihre eigene Agenda durch die Wissenschaft bestätigt sehen wollen, oder von einer Selbstkolonialisierung des Geistes durch Ideologien.

Im ersten Fall, den Erwartungen von politischer Seite, ist es ein schwieriger Balanceakt, seine wissenschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren. Wenn die Politiker z. B. in der Frage der Kernenergie eine klar ablehnende Position bezogen haben, erscheint eine weitere Forschung in Bezug auf risikoärmere Formen der Kernenergie obsolet. Vielleicht wäre sie aber dennoch sinnvoll – falls die Energieversorgung doch einmal zum Problem werden könnte, oder auch, um Ländern, die weiterhin Kernenergie verwenden, sicherere Kernkraftwerke anbieten zu können. Hier müsste man mit seiner Forschung also gegen den Strom schwimmen, wobei es bestimmt schwer würde, dafür Forschungsgelder zu bekommen. Im zweiten Fall, der Selbstkolonialisierung des Geistes, sitzt der Gegner der Wahrheit im eigenen Kopf. Wenn man sich Ideologien ergibt, hat man die Wahrheitssuche bereits verabschiedet, denn Ideologien sind Glaubenssysteme, die sich einer Überprüfung durch die Wirklichkeit widersetzen. Als Nationalsozialist glaube ich an die Wahrheit der Rassentheorie, als Marxist an die Wahrheit des historischen und dialektischen Materialismus, als Islamist an die Wahrheit des Djihadismus – die Fakten mögen sein, wie sie wollen.

In den totalitären Systemen haben wir gesehen, welche Art von „Wissenschaft“ sie hervorgebracht haben: Nichts davon war mehr brauchbar, als die Herrschaft der jeweiligen Partei endete – mit Ausnahme von Wissenschaften wie der Mathematik, die sich aufgrund der Beschaffenheit ihres Gegenstands von ideologischem Einfluss freihalten konnten. Man muss nun nicht glauben, dass das ideologische Zeitalter beendet sei und man nur von vergangenen Gefährdungen der Wahrheitssuche reden müsse. Auch in der Gegenwart gibt es Entwicklungen, die in dieser Hinsicht bedenklich sind. Gemeint ist z. B. die Identitätspolitik, die, obwohl es sich explizit um eine Politik handelt, zunehmend auch an den Universitäten Fuß fasst, wenn sie nicht dort sogar ihren Ursprung hat. Nach ihr muss die Geschichte umgeschrieben werden, und zwar gemäß der Sicht der als solche definierten Opfer-Kollektive; die Herrschaft des weißen Mannes hat der Welt nur Unheil und Unterdrückung gebracht; Universalismus und Rationalität sind bloße Herrschaftsinstrumente, und zwar solche des eurozentrischen Kolonialismus usw. Hier wird die Wahrheit nicht mehr gesucht, sie ist bereits gefunden. Wenn man

von dieser Basis aus Wissenschaft betreibt, sind die Ergebnisse präformiert, um nicht zu sagen: deformiert.

Fassen wir den Gedankengang noch einmal zusammen: Offenbar geht es in der Wissenschaft immer auf irgendeine Weise um Wahrheitssuche, auch wenn man die Verwendung des Wahrheitsbegriffs scheut und lieber auf den Begriff der Erkenntnis ausweicht. Dennoch braucht man auch für diese einen objektiven Maßstab. Innerhalb der Gesellschaft sehen wir in Bezug auf die Wahrheitsfrage gegenstrebige Tendenzen: Einmal will man die Wahrheit wissen, nicht zuletzt von den Wissenschaftlern, zum anderen aber verschanzt man sich selbst gerne in seiner Subjektivität und vertritt einen universell geltenden Relativismus, den man in der Praxis aber nicht durchhalten kann. Wenn also doch wieder alles den überragenden Wert der Wahrheit zu bestätigen scheint, sind die Universitäten als ihr Sachwalter besonders gefragt, sie sind besonders in der Pflicht. Doch die Universitäten haben ihrerseits mit Anfechtungen zu kämpfen, die Wahrheitssuche zugunsten anderer Zielsetzungen zu vernachlässigen.

Was folgt daraus? Hier sei ein persönliches Fazit gestattet: Wenn es eine Institution gibt, die auch gegen gesellschaftliche Trends, gegen politischen Druck, gegen die vermeintlichen eigenen Interessen und gegen ideologische Voreingenommenheiten Vorkämpfer für die Wahrheit sein muss, dann ist es die Universität. Sie ist als der Ort größtmöglicher geistiger Unabhängigkeit konzipiert, das ist ihre Ratio, und es liegt an ihren Vertretern, dieses Konzept mit Leben zu erfüllen. Darin hat sie eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Solange sie sich dessen bewusst ist, rechtfertigt sich auch die privilegierte Stellung derer, die an der Universität lehren. Sie dienen der Gesellschaft manchmal eben auch dadurch, dass sie sich herrschenden Trends widersetzen.

Literatur

- Zehnpfennig, B. (2021): Die Universität als Ort gesellschaftlicher Verantwortung. In: J. Brantl (Hrsg.): Personen gestalten Institutionen – Institutionen prägen Personen. Leben im Spannungsfeld individueller und sozialer Verantwortung. Festschrift für Peter Fonk. Regensburg, 153-164.
- Zehnpfennig, B. (2021): Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit – eine Chimäre? Ein Appell, zur Sache zurückzukehren. In: *Forschung & Lehre* 7, 544-546.

Autorinnenangaben

Barbara Zehnpfennig, Professorin em. für Politikwissenschaft
an der Universität Passau
email: zehnpfennig@uni-passau.de

Gesine Schwan

Was ist die Aufgabe von Universitäten?

Ganz herzlichen Dank lieber Herr Bartosch, für die sehr freundliche Einführung. In meinem neuen Buch "Politik trotz Globalisierung", das in diesem Jahr erschienen ist, habe ich mir die Frage vorgenommen, wie man über die Grenzen des Nationalstaats hinaus demokratische Politik betreiben und wie man unsere repräsentative Demokratie weiterentwickeln kann. Das hat auch einen Bezug zum heutigen Thema.

Ich habe vor, etwa 20 Minuten, höchstens 30 Minuten vorzutragen und werde dann enden mit einer persönlichen Erinnerung. Als Thema hatte ich vorgeschlagen: „Auf die Verständigung kommt es an! Die Aufgabe von Universitäten“

1 Wissenschaft gründet oft in Lebenserfahrungen

Wir merken immer wieder in unserer wissenschaftlichen Arbeit, dass sie einen engen Bezug zu unseren eigenen Lebenserfahrungen und Einstellungen zur Welt hat. Bei mir war das die Aufgabe der Verständigung in einer komplizierten, facettenreichen Familie mit zwei starken Eltern, die sehr intensiv im Widerstand wirkten, aber sich gegeneinander auch ziemlich intensiv verhielten. Da gab es unter anderem die Aufgabe der Verständigung bei diversen Treffen in der Familie, unter anderem auf einem kleinen Segelboot, einem 20 Quadratmeter Jollenkreuzer, auf dem wir am Wochenende auch übernachteten. Meine Methode, eine Verständigung hinzukriegen war dann, wenn es ganz hart wurde, dass ich ein Liederbuch auf die Knie nahm und anfang zu singen. Das führte dazu, dass alle anderen einstimmten und damit waren die Konflikte sicher nicht gelöst, aber erstmal pazifiziert. Das war mein erster Versuch von Verständigung. Aber dann mehr und mehr hatte ich den Eindruck, man muss auch den Verstand dazu einsetzen. Man muss eben verstehen, worum es in den Konflikten inhaltlich und sachlich geht, und das ist zu einem Lebensthema für mich bis heute geworden.

2 Aufgaben von Universitäten in der Geschichte

Wenn Sie jetzt fragen „Was ist die Aufgabe von Universitäten?“ und nicht völlig willkürlich verfahren wollen, dann ist es, glaube ich, vernünftig und hilfreich, wenn man zurückschaut und fragt: „Was haben denn in der Geschichte Universitäten

und Wissenschaft für Aufgaben gehabt?“ Ich glaube, dass in diesem breiten Kontext Universitäten, Wissenschaft, Wahrheitssuche immer einer ganze Reihe von Motiven oder auch Anstößen gefolgt sind, jedenfalls in Europa, seit dem griechischen Beginn. Da ist einmal in der Philosophie (die ich zur Universität zähle und auch zur Wissenschaft, obwohl sie etwas anderes ist als zumindest die empirische Wissenschaft) die Suche nach Wahrheit, nach dem was ist und nach dem, wie das, was ist, erklärt, verstanden oder vorhergesehen werden kann. Sie ist, glaube ich, ein Urtrieb von Menschen, der sich auch immer wieder Bahn bricht und da steckt Neugier, auch Spielerisches drin, aber auch, denke ich, dass durch Wahrheitssuche, durch Erkennen der Realität, durch Erkennen des Kontextes, in dem man lebt, auch Sicherheit für die eigene Person und Position erwartet wird. Wahrheit und Sicherheit gehören deshalb m. E. funktional zusammen.

3 Wahrheit und Sicherheit

Man hat nicht so viel davon, irgendwelche sehr vorübergehenden Eindrücke zu gewinnen, auf die man sich nicht verlassen kann. Und natürlich wissen wir heute, dass es keine absolute Wahrheit gibt, auch dass Wahrheit sich in der Kommunikation herstellt oder ereignet. Aber ich glaube bis heute ist der Versuch, sich an das zu halten, was man erkennen kann, wissend, dass das nie vollständig und erschöpfend ist, ein ganz zentrales Motiv dafür, dass Universitäten und Wissenschaft entstehen, also eine anthropologische Konstante, die übrigens in meiner Sicht auch wichtig ist. Denn auf diese Weise gewinnt die Universität eine viel wichtigere Bedeutung, eine ganz andere Attraktivität, als wenn man sie rein funktional betrachtete als Ausbildungsstätte oder Quelle ökonomischen Gewinns. Also wenn man nach Wahrheit sucht, grundlegend danach: „Was sind die Grundelemente der Welt?“ steht auch dahinter der Versuch von Menschen, sich in ihrer Lebenswelt zurecht zu finden und zu vergewissern.

4 Funktionale Ausdifferenzierung von Wissenschaft

Dieses Bedürfnis hat sich im Laufe der Geschichte immer stärker funktional ausdifferenziert. Wichtig war zu Beginn der Neuzeit der große Schritt hin zur Naturwissenschaft und zur technologischen Erkenntnis, auch technischen Handhabung und Umsetzung der erkannten Ergebnisse von Wissenschaft. Universitäten, wie sie sich langsam herausstellten, dienten dann auch dazu, sich diese Erde technisch untertan zu machen, sie zu beherrschen und mit ihr technologisch umgehen zu können, das Alltags leben und die ökonomische Produktion zu vereinfachen. Die praktische Anwendbarkeit wurde dann auch bald in der Sozialwissenschaft ein Thema, übrigens in der Politikwissenschaft fast immer – schon bei Platon und

Aristoteles – nach Krisen. Sie sind gute Anlässe, sich darüber klar zu werden und zu vergewissern, was ein politisches Gemeinwesen eigentlich ausmacht, warum es in Krisen gerät oder sogar zusammenbricht und warum es sich überhaupt negativ entwickelt.

So wird die Sozialwissenschaft seit dem 19. Jahrhundert neben der naturwissenschaftlich-technologisch ausgerichteten Funktionalität ein wichtiger Zweig der Wissenschaft.

5 Universität als Ausbildungsort

Daneben ist Universität immer Ausbildungsort gewesen für Politik und Staat, für Juristen, für die Verwaltung, später für die Daseinsvorsorge. Das heißt, es gab immer viele Ursprünge und funktionale Bestimmungen von Universität und Wissenschaft, aber ich denke, es gibt eben diese anthropologische Konstante, dass Menschen doch gerne herausfinden möchten, was eigentlich die Wirklichkeit ist und wie sie wirkt. Zum Beispiel kann die Grundlagenforschung gar nicht nur mit Blick auf die schnelle Anwendung praktiziert werden.

6 Bologna-Prozess: Internationalisierung, Ökonomisierung, Instrumentalisierung von Wissenschaft

Die letzte Station, auf die ich in der Entwicklung der Aufgaben der Universität kurz eingehen möchte, ist der sogenannte Bologna-Prozess, der einerseits in Europa, aber auch global, sehr stark zu einer Internationalisierung von Wissenschaft und Universitäten geführt hat und führen sollte, was im Sinne von einer nicht-begrenzten Wahrheitssuche nur zu begrüßen ist. Zugleich aber ist mit Bologna im Zuge der kulturellen und vor allem ökonomischen Globalisierung Wissenschaft vorrangig in den Dienst von ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit genommen worden. Für die Studierenden führte das vorrangig zum Ausbildungsziel der „Employability“; dass man die Studierenden auf dem Weltmarkt platzieren kann, wurde zu einer entscheidenden Ziel-Idee von Universität.

Ich sehe darin eine sehr gefährliche Verengung. Ich habe nichts dagegen, dass Wissenschaft auch zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, das war immer der Fall, auch bei regionalen Universitäten, das ist klar. Aber die grundsätzliche und forcierte Verknüpfung von Wissenschaft mit dem Wettbewerb und der Anwendbarkeit auf dem Weltmarkt, die ist schon sehr problematisch, weil damit der Gedanke der Kooperation und der unvoreingenommenen, eben nicht instrumentellen Wahrheitssuche geradezu manisch pervertiert wurde. Das steht konträr zu dem, was ich als Wesensmerkmal von Bildung und Wahrheitssuche ansehe, nämlich im Sinne von Wilhelm von Humboldt die Kooperation, das gemeinsame Suchen nach Wahrheit, das Sich-miteinander-verständigen.

Der Bologna-Turn, der ganz und gar in Richtung wirtschaftliche Anwendbarkeit ging, hat im Grunde Wissenschaft „entweiht“, seiner transzendenten Wahrheit-Wurzeln beraubt. Ich war lange Vertrauensdozentin der Studienstiftung und da habe ich immer wieder gemerkt, dass die jungen Leute in der Wissenschaft eben nicht nur im Dienste ihres Chefs ganz schnell irgendwo einen Fuß in die Tür des Arbeitsmarktes kriegen wollten, um in irgendeinen großen Unternehmen Karriere zu machen, sondern dass sie schon genauer wissen wollten, was das für eine Welt ist, in der sie leben, und wie sie sie gestalten wollen und wie sie besser sein könnte und so weiter.

7 Vorherrschaft von Wettbewerb und Marktradikalität

Im Übrigen gab es bei diesem Bologna-Grundansatz der Internationalisierung, aber eben zugleich der wirtschaftlichen Anwendbarkeit auch das Problem, dass ja mit der damals en vogue kommenden Marktradikalität der Wettbewerb nicht so sehr zwischen Unternehmen, sondern zwischen Staaten gepredigt wurde, die dann für die Unternehmen und die Entfesselung ihrer Produktivität möglichst günstig wirken, also die Kosten, Steuern und Sozialabgaben senken sollten. So gerieten Internationalisierung und die Globalisierung in Widerspruch zueinander. Staaten wollten Wissenschaft zu ihren Gunsten instrumentalisieren, die Ergebnisse sollten bis hin zu den Fragen der Patente national zugeordnet und also instrumentalisiert werden.

So bekamen wir eine globale Wissenschaft zusammen mit einer globalisierten Wirtschaft und zugleich die Vorherrschaft des Wettbewerbsgedankens zwischen den Nationalstaaten anstelle von globaler wissenschaftlicher Kooperation. Damit wird nicht nur der Gegenstand des Nachdenkens und der Wahrheitssuche sehr verengt, sondern das führt auch zu einer „Departementalisierung“ der Disziplinen, aus denen Wissenschaft besteht, weil überall auf den Märkten Spezialisten gesucht werden und weil Spezialisierung auch zu einer schnelleren Karriere verhilft. Ich meine, schon Jaspers, Sie haben das erwähnt Herr Bartosch, hat das in seinem berühmten Aufsatz „Die Idee der Universität“, scharf kritisiert und auf die Tatsache hingewiesen, dass dann die Brücken zwischen den verschiedenen Erkenntnissen, die systemischen Zusammenhänge darunter leiden.

8 Rückbindung von Wissenschaft an die Wahrheitssuche erforderlich – Brücken bauen

Aber hier ist es ein wirkliches Problem, dass da nicht nur intellektuell-theoretisch Sprünge zwischen den Disziplinen entstanden sind, sondern eben auch praktisch. Wenn wir heute fragen „Was ist die Aufgabe von Universität?“, so denke ich, dass

wir in einer Globalisierung, in der es zahllose Konflikte gibt und ganz viel auf dem Spiel steht, sehr entschieden alle Verengungen und Instrumentalisierungen von Wissenschaft vom Bologna-Prozess, aber auch von sonstigen Funktionalitäten überwinden müssen, um die Idee der Universität, die auf eine ganzheitliche Wahrheit zielt, wieder wirkmächtig und auch attraktiv zu machen. Es gibt auch unterstützende Entwicklungen dafür und auf die will ich jetzt hinweisen.

Universität, in der wir vom Wortsinn her das Universum, alles was ist, betrachten, muss also heutzutage alle Verengungen der Gebiete, der Funktionalitäten und so weiter überwinden. Sie muss versuchen, die systemischen Zusammenhänge zwischen Literaturwissenschaft und Atomphysik, obwohl sie auf den ersten Blick sehr weit voneinander entfernt zu sein scheinen, zu rekonstruieren, muss Teilungen überwinden, nur dann können wir, glaube ich, auch dieser Grundbedingung unseres guten Überlebens, nämlich der Wahrheitssuche gerecht werden.

Dabei ist es ganz wichtig, dass solche Verengungen nie total überwunden werden können. Also alle holistischen Ansätze, die den Zusammenhang insgesamt sehen wollen, sind als heuristisches Prinzip, als ein Such-Prinzip, das man verfolgt, weil man es grundsätzlich für richtig hält, gut und unverzichtbar. Aber sobald damit die Idee verbunden ist, man könne dem Prinzip auch voll gerecht werden, erliegt man einer Illusion, die sogar zu totalitären Ansprüchen führen kann.

9 Die Endlichkeit des Planeten und das Postulat der Nachhaltigkeit unterstützen die ganzheitliche Wahrheitssuche

Unterstützt werden wir in dieser Forderung, die Universität von ihren Verengungen zu befreien und ihr ihren ursprünglichen Sinn, die Wahrheitssuche, die Offenheit und auch die Verständigung, zurückzugeben, durch die Einsicht in die Endlichkeit unseres Planeten. Sie kommt indirekt zum Ausdruck im Begriff der Nachhaltigkeit. Bei diesem Begriff wie bei ähnlichen umfassenden Begriffen ist immer ein Problem, dass sie zum Allerweltswort werden. Politisch gesehen ist das gar nicht schlecht, wenn es einen Begriff gibt, der normativ erstmal breit akzeptiert wird als Referenzebene und als Grundlage gemeinsamen Handelns. Wichtig ist aber dabei, dass er nicht auf das Klima verengt wird. Das geschieht oft, obwohl schon der Brundtlandbericht unter der Federführung der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland und der Nord-Süd-Bericht von Willy Brandt in den achtziger Jahren, neben der natürlichen Umwelt, die politische und soziale Nachhaltigkeit betont haben. Dieser Gedanke, der eigentlich simpel ist, dass wir mit dem was wir tun oder womit wir wirtschaften, nicht nur bis morgen denken dürfen, sondern bis überüberübermorgen, also politisch gesprochen: dass wir bei politischen Entscheidungen langfristige Interessen auch der kommenden Generationen

im Blick behalten müssen und nicht nur kurzfristige Vorteile, das ist der Kern der Aufforderung zur Nachhaltigkeit. Unser demokratisches System verleitet aber leider dazu, dass wir kurzfristig mit Blick auf die nächsten Wahlen entscheiden, anstatt in langfristigen Lösungen zu denken.

Nachhaltigkeit ist ein Anker, aber wir müssen eben im Blick behalten, dass es um die Ressourcen, um das Klima, die Erderwärmung geht und zugleich um soziale Nachhaltigkeit. Denn ein Teil des globalen Unheils sind z. B. soziale Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen, die auch um Ressourcen gehen, die aber auch aus anderen Gründen entstehen und die eine nachhaltige Governance bzw. politische Verfassung erfordern. Sie kann freilich nicht mehr allein nationalstaatlich gedacht werden. Deswegen ist im Begriff Nachhaltigkeit die Befreiung von Verengungen angelegt in unserem Bedürfnis, zu überleben und deswegen kommt der Begriff unserem Anliegen, die Universität wieder auf eine ganzheitliche Wahrheitssuche auszurichten, entgegen.

10 Unterschied zwischen wissenschaftlicher Wahrheit, politischer Urteilstkraft und Legitimation

Wenn ich jetzt im Vorgriff sage „Die Aufgabe von Universitäten ist Verständigung“ und meine, dass das erforderlich ist, damit wir nicht nur gemeinsam überleben und möglichst friedlich überleben, sondern auch ein gutes Leben im Sinne der Griechen oder der jetzt immer wieder zitierten Hannah Arendt führen können, dann ist das auch sehr wichtig für die Politik im Dienste der Nachhaltigkeit. Es gibt nämlich manchmal ein Missverständnis, das auch auf die im Prinzip sehr heilsame Wirkung von „Fridays for Future“ zurückzuführen ist. Es liegt darin, zu denken, dass Wissenschaft, die klar den eigenverantwortlichen menschlichen Anteil am Klimawandel belegt, eigentlich auch die Politik leiten sollte. Das Thema des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik hat eine lange Tradition. Hier muss man genau unterscheiden zwischen dem, was Wissenschaft kann, und dem, was Politik beachten muss zur Legitimation ihrer Entscheidungen. Wissenschaft ist zum einen nie in sich einig, auch wenn es methodologische Konsenspunkte gibt. Es ist also irreführend, von *der* Wissenschaft zu sprechen, die die Politik leiten könnte. Vor allem kann sie demokratische Legitimation nicht ersetzen. Das politisch Richtige, dem die Gesellschaft der gleichen Freien zumindest mehrheitlich zustimmen muss, steht auch nie ein für alle Mal fest.

Nehmen wir die anstehende Transformation in der Lausitz: Der Ausstieg aus der Kohle sollte aus klima-wissenschaftlichen Gründen gestern geschehen sein. Aus politischen-sozialen Gründen hat man sich in einem komplizierten Prozess auf 2038 geeinigt. Jetzt stellt sich heraus, dass durch verschiedene Einzelfaktoren – und wer Erfahrung mit Politik hat, kann davon nicht überrascht sein –, z. B. durch das Bundesverfassungsgericht, aber auch durch ein ganz anderes Meinungsklima

infolge der Aktivitäten von Fridays for Future – es wahrscheinlich ist, dass wir noch früher den Kohleausstieg schaffen können. Das zeigt, dass die theoretischen Ansichten das eine sind, die sozialen Einsichten und Verständigungen das andere. Und dazu beizutragen, dass man das, was man jedenfalls einigermaßen verlässlich wissenschaftlich erkannt hat, dann auch in einem Verständigungsprozess mit der Gesellschaft umsetzbar macht, ist unerlässlich; so dass nicht nur die Gewinner die Notwendigkeit radikaler Schritte verstehen, sondern auch diejenigen, die Verluste in Kauf nehmen müssen. Hier müssen Perspektiven für die Überwindung dieser Verluste gefunden werden.

11 Universitäten sollen Umsetzungsprobleme in die Praxis bedenken

Hier ist ein wesentlicher Beitrag der Universitäten, nicht einfach zu reklamieren, dass sie den Königsweg kennen und alle anderen ihnen folgen müssen, sondern auch Umsetzungsprobleme in Angriff zu nehmen und überdies offen zu legen, worauf sich ihre Erkenntnisse gründen, dass sie zum Teil auch eine unsichere Basis haben. An diesem Verständigungsprozess mit der Praxis sollten Universitäten sich beteiligen, sich nicht im Elfenbeinturm aufhalten, nicht glauben, dass sie platonische Philosophenkönige sind, sondern dass sie hinausgehen müssen in die Gesellschaft, um gemeinsam Wege zu finden, wie man das Gemeinwesen mit Erfolg gestalten kann.

Das heißt, das eine sind wissenschaftliche Erkenntnisse, die nach bestimmten Prinzipien und Selbstreflexion verfahren. Das andere ist politische Urteilskraft und Orientierung am Gemeinwohl. Nichts davon ist sicher, weder ist politische Urteilskraft sicher noch die Orientierung am Gemeinwohl, das ja nicht einfach vom Himmel fällt, sondern auf das man sich verständigen muss.

Wenn wir als Voraussetzung unseres Lebens auf dem Planeten erkennen: „Für ein Überleben, aber auch für ein gutes Leben, brauchen wir Frieden“, dann stellt sich die nächste Frage: Was gehört zum Frieden, der ja nicht einfach mit einem Waffenstillstand gleichzusetzen ist. Vielmehr braucht er eine politische Ordnung, die den Menschen ermöglicht, in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität miteinander zu leben. Dies sind die leitenden demokratischen Werte in Europa seit der französischen Revolution. Dem schließt sich als nächste die Frage an: „Wie schaffen wir es, dass wir die verschiedenen Erfahrungen, die verschiedenen Einsichten, die verschiedenen sozialen Situationen, die verschiedenen Bedürftigkeiten, die Machtunterschiede, die unter uns bestehen, so miteinander austarieren, dass das große demokratische Versprechen der politischen Gleichheit erfüllt wird? Dass wir alle ein gleiches Recht auf Freiheit, auf Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Solidarität haben und dass wir sie zusammen – wenigstens so gut wie möglich – erreichen?“

12 Karrierewege für Transdisziplinarität öffnen

Darüber müssen wir uns verständigen. Und ich meine, dass Universitäten dabei eine ganz zentrale Aufgabe haben, dass sie sich eben nicht in den Dienst von Partikularinteressen stellen dürfen, sondern dass sie den ursprünglichen Bezug, der eine philosophische oder auch eine theologische Dimension hat, zu einer heuristisch als ganzheitlich verstandenen Wahrheit und zum Gemeinwohl behalten müssen. Das ist, meiner Ansicht nach, unerlässlich. Zwar wird es immer ein Spannungsverhältnis zwischen der wissenschaftlichen Spezialisierung, die überdies heute meistens karriereförderlich ist, einerseits und der systemischen ganzheitlichen Wahrheitssuche, der Diskussion über Zusammenhänge andererseits geben. Wir sollten die Spannung dazwischen nicht unterschätzen, und deshalb bedenken, dass es wichtig ist, sie so zu gestalten, dass sie auch für die Karriere förderlich ist. Es könnte als obligatorisch gelten, in Forschung und Lehre immer auch diesen ganzheitlich Zugang, der die Brücke zur Praxis schlägt – ich nenne das Transdisziplinarität – erkennbar zu machen. Für viele engagierte junge Wissenschaftler:innen, die danach streben, wäre das eine große Hilfe.

Ich bin aus einer Generation, die es sehr einfach hatte in Hinsicht der Karriere, weil ich in den Universitätsbetrieb eingetreten bin als der deutlich expandiert hat, sodass ich gar nicht in Konflikte zwischen Laufbahn und Wahrheitssuche gekommen bin. Ich war zwar relativ früh fertig, mit 31 war ich habilitiert, aber damals herrschten doch paradiesische Bedingungen, z. B. eine relativ geringe Lehrbelastung im Mittelbau, die heute nicht mehr bestehen. Hier dafür zu sorgen, dass die Karrieremuster der Aufgabe der Universität gerecht werden, das ist schwer, aber überaus notwendig. Als ich noch Universitätspräsidentin an der Europa-Universität Viadrina war, habe ich gemerkt: Das kann eigentlich gar nicht eine Universität alleine, weil diese Karrieremuster so zwingend sind und solche Orientierung vorgeben, dass sie sich einfach durchsetzen.

Deshalb müssen wir versuchen, als Universität auch im Unterschied zur reinen Forschungsinstitution – aber es gibt ja inzwischen auch viele Kooperationen zwischen beiden –, dieses komplexe, politisch-verantwortliche Wahrheitsverständnis als Aufgabenverständnis wieder ins Gedächtnis zu rufen. Ich glaube, dass wir da jetzt viel besser dran sind als vor ca. 25 Jahren, als es eine starke Entpolitisierung gegeben hat. Die ist jetzt nicht mehr das Hindernis. Wir können vielmehr an vielen politischen Interessen und auch vitalen Bedürfnissen wie eben der Erhaltung dieses Planeten anknüpfen und nach Verständigungsfähigkeit streben.

13 Zweifacher Sinn von Verständigung

Also: „Auf die Verständigung kommt es an!“ Damit meine ich *erstens*, dass Universitäten in der Lehre und in der Forschung verstehen müssen und lehren müssen

zu verstehen, worum es in der Sache geht. Und da darf man auch keine Illusionen hegen. Man wird verschiedene Brückenstationen zwischen den Disziplinen brauchen. Man wird sich als Philologe nicht automatisch mit einem Kältheoretiker über das jeweilige Fach verständigen können. Aber wir brauchen Zwischenstationen der Verständigungen und ich stelle mir das eher als ein Netzwerk und nicht als eine Hierarchie vor. In dem Netzwerk können wir uns gegenseitig in der gesellschaftlichen Diskussion erläutern, erklären, warum es geht. Kooperativ und nicht um die anderen zu beschämen: Was sind die Probleme? Wo liegen die Pferdefüße unserer eigenen Position, denn es gibt überhaupt gar keine Erkenntnis, die absolut sicher wäre. Also verstehen, worum es geht, das ist sozusagen das originär-kognitive von Universitäten.

Zweitens geht es aber auch darum, *sich -verständigen zu wollen*. Denn im deutschen Wort „verständigen“ steckt, dass man nicht aneinander vorbeiredet, sondern dass man sich auch verstehen will. Das kennen wir alle aus dem Alltag aber auch aus der Wissenschaft. Man kann jemanden völlig fertig machen und ihm oder ihr scheinbar zuhören, und doch kommt man überhaupt nicht zu einer Verständigung. Sich hineinzusetzen, was die andere Person meint, aus welchem Kontext sie diskutiert, ist eine allgemeine gesellschaftliche Aufgabe, aber auch erst recht eine wissenschaftliche.

14 Erinnerung an 1988

Zum Abschluss will ich von einer kleinen Erinnerung sprechen. Ich war ja 1968 an der Freien Universität in Berlin. Da ging es ziemlich hoch her. Ich war damals schon eine politische Reformistin und im Kontext der damaligen Studentenbewegung galt ich als eine Rechte, eine rechte Sozialdemokratin. Ich war weder für eine Revolution, daran habe ich nie geglaubt, noch habe ich gefunden, dass wir das Neue von oben diktieren können. Und 20 Jahre später, 1988, bin ich gebeten worden in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker die Jubiläumsrede für die Freie Universität Berlin, die 1948 gegründet worden war, zu halten. Ich konnte das Thema frei wählen. Als Thema habe ich gewählt „Vom politischen Beruf der Universität“, in Anlehnung an Max Weber. Mir lag daran, den Unterschied herauszuarbeiten zwischen einer notwendigen und unverzichtbaren Politisierung von Universität im Sinne der Verantwortung für das politische Gemeinwesen einerseits und einer schlechten und schädlichen Politisierung, die eben nicht mehr alle die genannten systemischen Zusammenhänge sah, sondern nur aus einer Perspektive polemisierte und eigentlich den Gegner an die Wand reden wollte.

Das hatte ich mir zur Hauptaufgabe gemacht, und ich weiß, dass ich damals zu dem Schluss gekommen bin, dass die Universitäten zur „Selbstverständigung der Gesellschaft beitragen“ sollen. Das ist ein relativ ein bescheidenes Ziel. Aber das

finde ich nach wie vor richtig. Universitäten können und sollen nicht die Gesellschaft lehren, was sie zu tun hat. Wir haben inzwischen so breite wissenschaftliche Erfahrungen und Wissen auch in den Gesellschaften jenseits des Wissenschafts-systems, dass ein so einseitiges Verhältnis unangemessen wäre. Aber Universitäten haben viel mehr Freiraum als alle, die sonst im Berufsleben stehen, sich Gedanken zu machen über die Voraussetzungshaftigkeit ihres Denkens, ihrer Suche, ihrer Forschung. Und sie können, wenn sie dieses Ethos ernst nehmen, zur Verständigung in der Gesellschaft beitragen, ohne selbst ein partikulares Ziel zu verfolgen. Natürlich sind wir alle keine Übermenschen, wir haben unsere Ziele und auch Interessen. Aber zur Selbstverständigung der Gesellschaft beitragen – das können wir. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur

Schwan, G. (1995): *Wissenschaft und Politik in öffentlicher Verantwortung. Problemdiagnosen in einer Zeit des Umbruchs*. Baden-Baden: Nomos.

Autorinnenangaben

Gesine Schwan, Prof. Dr., Präsidentin und Mit-Gründerin
der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Berlin
email: office.schwan@governance-platform.org

Carolin Häussler

Wissenschaft: Normen, Spannungsfelder und die Dissemination von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Wirtschaft

1 Einführung

Universität lebt von Debattieren, Diskutieren und Kontrastieren. Obwohl mein Forschungshintergrund nicht die Wissenschaftsphilosophie ist und ich auch keine Soziologin oder Historikerin bin, ja sogar Betriebswirtin, bin ich dankbar, mich als leidenschaftliche Wissenschaftlerin zu äußern. Diese Gelegenheit nehme ich gerne wahr, um über das Wissenschaftssystem zu reflektieren. Dabei werde ich im ersten Teil auf die Normen von Robert K. Merton eingehen und diese im Hinblick auf Brücken zur Ökonomie diskutieren. Daran anschließend werde ich getreu dem Motto „Theorie trifft auf Praxis“ darlegen, inwiefern einige Normen in der Wissenschaftsrealität erodieren können und schließlich das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren.

2 Freiheit als Privileg der Wissenschaftler:innen und Normen als Leitplanken

Aber nun zunächst zu dem, was Wissenschaftler:innen meines Erachtens sehr stark charakterisiert, nämlich Neugierde. Als Wissenschaftlerin bin ich, wie alle meine Kolleginnen und Kollegen, neugierig. Ich suche nach interessanten, komplexen und eben nicht offensichtlichen Zusammenhängen. Dabei genießen die Wissenschaftler:innen ein großes Privileg, nämlich die Freiheit, sich die Fragestellungen sowie den Forschungsansatz weitgehend selbst auszusuchen. Dies mag an der ein oder anderen Stelle eingeschränkt sein, wenn bestimmte Fragen sich nur mit bestimmten Kompetenzen oder Ressourcen erforschen lassen. In der Ökonomie wird dies als „Budgetrestriktion“ bezeichnet. Aber dennoch besteht diese außergewöhnliche Freiheit. Freiheit benötigt jedoch auch Leitlinien und Normen, die den Beteiligten bei der Auswahl, der Erarbeitung und in gewissen Teilen auch mit dem Umgang der erarbeiteten Erkenntnisse oder Ergebnissen helfen sollen. Auf diese „Leitplanken“ möchte ich in meiner ersten Reflexion eingehen und dabei insbesondere die von Robert K. Merton vorgestellten Normen der Wissenschaft (vgl. Merton 1979; 1985) fokussieren. Nach Merton erfolgt Wissenschaft einge-

bettet in einem sozialen Gefüge, welches die Menschen in ihrem wissenschaftlichen Arbeiten beeinflusst. Der von ihm bezeichnete Ethos der Wissenschaft soll die Wissenschaftler:innen leiten. Vier Normen, auch als CUDOS-Normen bezeichnet, substantiieren dieses Ethos. CUDOS steht für Communitarism, Universalism, Desinterestedness und Organized Scepticism.

3 Communitarism bzw. Kommunitarismus

Die Kernidee des Kommunitarismus ist, dass die gewonnene wissenschaftliche Erkenntnis ein Ergebnis kooperativer Anstrengungen vieler Beteiligten ist und somit die Ergebnisse grundsätzlich allen Mitgliedern der Wissenschaftsgemeinschaft bedingungslos jederzeit zur Verfügung stehen sollen. Nur dann, wenn Wissen frei und offen allen zur Verfügung steht, kann es falsifiziert, repliziert, kritisiert und erweitert werden. So soll diese Norm dazu führen, dass Wissen einen Beitrag zum Allgemeinwohl leistet und somit verhindern, dass Wissen ausschließlich zum Wohl einzelner verwendet werden kann.

4 Universalismus

Die Norm des Universalismus fordert, dass wissenschaftliche Forschung unabhängig von der Person oder den sozialen Attributen des forschenden Menschen erfolgen sowie bewertet werden soll. Das Ergebnis wissenschaftlicher Bemühungen soll unabhängig von Ort und Zeit sowie vor allem objektiv sein. Damit soll Partikularismus sowie eine „nationale“ Wissenschaft ausgeschlossen werden.

5 Desinterestedness bzw. Uneigennützigkeit

Disinterestedness stellt die dritte Norm dar. Diese spricht die Motivation der Forschenden an. Diese soll nicht durch Eigennutz genährt werden, sondern vor allem durch Leidenschaft zu wachsender Erkenntnis, Neugier an objektiven, kausalen Zusammenhängen und dem Willen die Wohlfahrt der Menschen zu verbessern. Die Wissenschaftler:innen sollen sich rein der Wahrheit verpflichten und Ergebnisse sowie den Entdeckungsprozess offen und transparent darstellen. Ergebnisse dürfen nicht erfunden, verfälscht oder einseitig dargestellt werden.

6 Organized Skepticism bzw. organisierter Skeptizismus

Die vierte Norm verlangt Skepsis. Es darf kein abschließendes Urteil gefällt werden, bevor nicht alle nötigen Fakten zur Verfügung stehen und gewissenhafter Überprüfung Stand halten. Wissenschaftler:innen sollen nicht nur neugierige

Menschen sein, sondern auch systematische Zweifler. Das heißt jede Aussage darf nicht nur, sondern soll grundsätzlich kritisiert und angezweifelt werden.

Nur wenn Wissenschaftler:innen diesem Ethos, also diesen vier Normen folgen, kann Wissenschaft ihr Ziel, die Erweiterung abgesicherten Wissens, erreichen.

7 Theorie trifft Praxis – Spannungsfeld zwischen Anerkennung und Kommunitarismus

Trotz der über Normen aufgespannten Leitplanken finden wir Spannungsfelder in der wissenschaftlichen Praxis. Jedoch helfen uns Normen, diese Spannungsfelder zu identifizieren und auch besser zu verstehen. In der Wissenschaft gibt es eine ganze Reihe an Spannungsfeldern. Exemplarisch soll hier die Entlohnung der Wissenschaftler:innen herausgegriffen werden. Wie erfolgt die Entlohnung von Wissenschaftler:innen? Anders als in der Wirtschaft nicht monetär, sondern über Anerkennung und Respekt. Anerkennung erhält der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin für Forschungserkenntnisse und dazu müssen diese veröffentlicht werden. Durch die Veröffentlichung stehen diese Erkenntnisse, getreu der Norm des Kommunitarismus, allen zur Verfügung. Andere Wissenschaftler:innen können dann wiederum auf den Ergebnissen aufbauen. Der bzw. die Erschaffer:in wird zitiert und erhält darüber Anerkennung. Zitationen in der Wissenschaft sind eine Art Währung. Das klingt zunächst stimmig, erzeugt bei genauerer Betrachtung jedoch Spannungsfelder. Denn der- oder diejenige, der oder die als erste neue wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht, bekommt den Preis, also die Anerkennung. Dies impliziert zunächst etwas Positives: je schneller veröffentlicht, desto schneller können andere darauf aufbauen. Allerdings setzt dies viele Wissenschaftler:innen einem Rennen unter teilweise enormen Wettbewerbsdruck aus. Besonders ausgeprägt ist dies für den Nachwuchs. Und was resultiert daraus? Geheimhaltung während des Forschungsprozesses. Anstatt offen zu teilen, wird nicht geteilt oder wenn, dann nur mit vertrauten Kolleg:innen. Getreu dem Kommunitarismus wird womöglich das Endergebnis geteilt, aber nicht notwendigerweise auch Zwischenergebnisse auf dem Weg dorthin. Es werden somit nur selektiv Wissen und Erkenntnisse sowie gesammelte Datensätze, Materialien etc. geteilt. Wissenschaft ist also nicht so offen, wie dies der Norm entsprechen sollte, zumindest nicht im Prozess der Wissensproduktion. Dies zeigen auch meine eigenen empirischen Forschungsergebnisse. Je mehr Wettbewerb wir im Wissenschaftssystem induzieren, desto mehr halten Wissenschaftler:innen Ergebnisse zurück (vgl. Häußler et al. 2014; Thursby et al. 2018). Zudem zeigt sich, dass sich Wissenschaftler:innen mit zunehmenden Erfolgsdruck, vor allem/besonders in der Qualifikationsphase, häufiger unfair verhalten.

8 Transfer und die Ökonomisierung der Wissenschaften

Wenn über Ökonomisierung der Wissenschaft geschrieben und gesprochen wird, dann steht dies meist im Zusammenhang mit Transfer oder Kommerzialisierung von Ergebnissen. Den aufmerksamen Leser:innen ist sicherlich aufgefallen, dass das geschilderte Spannungsfeld zwischen Offenheit und Geheimhaltung nichts mit Transfer oder Kommerzialisierung zu tun hat.

Im Wissenschaftssystem haben wir auch ganz ohne politische Einflussnahme oder ökonomische Verwertungsgedanken Spannungsfelder.

Allerdings können jedoch auch Spannungen hervorgerufen werden, wenn wir politische Einflussnahme oder auch ökonomische Einflussnahme haben. Merton hat dies bereits 1938 diskutiert und gewarnt, dass der Platz der Wissenschaft in der Gesellschaft nicht nur gefährdet wird, wenn der Wert nach politischer Angemessenheit taxiert wird, sondern auch, wenn ihr ökonomischer Nutzen im Vordergrund steht. Wenn nur die ökonomische Seite betont wird, kann es nicht ausbleiben, dass die Wissenschaft in der Gesellschaft genau danach bewertet wird und Wissen beziehungsweise Erkenntnis nach quantitativen Parametern vermessen wird. Wenn Wissenschaft allein aus Eigennutz im Sinne von ökonomisch-monetärem Antrieb heraus erfolgt, dann verstößt dies gegen die Norm der Eigennützigkeit (Desinterestedness). Allerdings muss ausdrücklich davor gewarnt werden, jede:n Wissenschaftler:in, der/die seine/ihre Erkenntnisse in die Wirtschaft transferiert, sogleich Eigennutz zu unterstellen. Forschen aus Eigennutz führt nämlich nicht zu herausragenden neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dies kann nur Leidenschaft zu wachsender Erkenntnis, Neugier im positiven Sinne und altruistisches Interesse am Wohlergehen der Menschen.

Wenn Biografien von Menschen untersucht werden, die herausragende Entdeckungen gemacht haben und diese in die Gesellschaft transferiert haben, dann ist leicht zu erkennen, dass sie diese Erkenntnisse nicht durch monetären Antrieb erreicht haben. Ich denke dabei beispielsweise an Louis Pasteur, der nicht nur die Pasteurisierung, sondern auch entscheidende Beiträge zur Immunisierung durch Impfung geleistet hat. Er sah sich verpflichtet, diese Errungenschaften auch in die Anwendung zu bringen. Ich denke auch an die Nobelpreisträgerinnen in Chemie im letzten Jahr. Emmanuelle Charpentier und Jennifer Doudna haben mit der Genschere ein Werkzeug entwickelt, welches erlaubt, Gene einfach ein- und auszuschalten. Beide sind Grundlagenforscherinnen. Ihre Entdeckungen haben sie in der Mikrobiologie gemacht. Sie waren meilenweit von jeglichen Gedanken an den ökonomischen Wert ihrer Entdeckung entfernt als sie Tage und Nächte im Labor verbrachten. Nach ihrer Entdeckung erkannten sie dennoch schnell, dass ihr neues Werkzeug die Genetik revolutionieren wird und sie die Errungenschaft auch zur Anwendung führen möchten. Jennifer Doudna erklärte, dass sie sich verpflichtet fühle, dass diese Entdeckung zu Wohle der Menschen angewendet

werde. Zur Anwendung führen bedeutet häufig enorme Investitionen, um die Transformation des Wissens in Produkte und Prozesse zu ermöglichen. Investitionen in Form von Geld, Zeit, Mühe. Meist müssen sowohl Kooperationspartner und Mitstreiter als auch Investoren gewonnen werden (vgl. Häußler et al. 2014). Um für diese Gruppen interessant zu sein, werden Erkenntnisse mit ökonomischem Wert, sofern möglich, patentiert. Und auch die beiden Nobelpreisträgerinnen haben vor der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse bereits Patentanmeldungen eingereicht. Knapp neun Jahre nach der Entdeckung der Genschere sind nun die ersten klinischen Studien gestartet. Beispielsweise begann in Regensburg eine Studie zur Sichelzellanämie. Das ist eine Krankheit, bei der Menschen lebenslang häufig Bluttransfusionen oder eine Stammzelltransplantation erhalten mussten, um plötzliche Schmerzanfälle und multiples Organversagen zu verhindern. Mithilfe der entwickelten Genschere veränderten die Forscher:innen diese Blutstammzellen von Betroffenen, sodass sie modifiziertes Hämoglobin herstellen konnten. Der Effekt ist enorm. Der neue Therapieansatz mit Hilfe der Genschere hat das Potenzial, sehr viel Leid zu lindern. Denn weltweit werden jährlich 200.000 Kinder geboren, die an solch einer Sichelzellanämie leiden. Von der Krankheit besonders betroffen sind die Entwicklungsländer Afrikas, in denen bis zu 40 Prozent der Bevölkerung Träger eines mutierten Sichelzellgens sind. Insofern ist dies eine Technologie, die sehr bedeutend für viele Menschen ist bzw. sein wird. Rein ökonomisch gesehen wurde jedoch bislang noch keine einzige Medikamentendosis in diesem Bereich verkauft. Auch nach neun Jahren muss weiterentwickelt werden. Wir haben durch die Corona-Pandemie zwar gelernt, dass Impfstoffe auch innerhalb von acht Monaten entwickelt, produziert und verimpft werden können, doch ist dies meist nicht der Fall, leider besonders wenn es um Krankheiten geht, die selten sind oder vorwiegend ärmere Länder betreffen. Zurück zur Ökonomie: Die drei Unternehmen mit den weitest fortgeschrittenen CRISPR-Technologien steigerten, nachdem die positiven Ergebnisse der Sichelzellenstudie veröffentlicht wurden, ihren Börsenwert um insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Alle drei Unternehmen sind Ausgründungen von Wissenschaftlern. Jeweils ein Unternehmen wurden von den Nobelpreisträgerinnen gegründet und ein weiteres von Feng Zhang (Broad Institute).

Mit welchen Normen stehen der Transfer und die Ökonomisierung hier im Konflikt? Der „Desinterestedness“ womöglich? Also Forschung rein aus monetärem Eigennutz? Dies würde ich keinem bzw. keiner der Wissenschaftler:innen unterstellen. Kommunitarismus, die Verbreitung der Erkenntnisse, wird freilich durch die Patentierung eingeschränkt. Die Publikationen sind aber der Öffentlichkeit zugänglich. Organisierter Skeptizismus wird gelebt, da die beiden Entdeckerinnen zugleich zu den kritischsten Stimmen in Bezug auf die Grenzen – inklusive der Ethik – ihrer Entdeckung zählen. Dennoch ist es eine Entdeckung, mit der die Hoffnung auf Heilung vieler Krankheiten einhergeht.

Diese Diskussion könnte ich mit beliebigen Beispielen fortführen. Beispiele, die uns die Spannungsfelder in der Wissenschaft mit oder ohne Blick auf die Wirtschaft vor Augen führen.

9 Transfer als dritte Mission der Universitäten

Neben Forschung und Lehre wurde den Universitäten als dritte Mission der Transfer ins Pflichtenheft geschrieben. Der eigentliche Gedanke ist, dass wissenschaftliche Erkenntnis zum Wohle der Menschen in die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft transferiert werden soll. Und es ist auch gut, wenn Wissenschaft dazu führt, dass die Menschheit mit Pandemien, Umweltkatastrophen, Erkrankungen, Einschränkungen etc. besser umgehen kann. In aktuellen Untersuchungen zeigt sich, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend eine bedeutende Basis für Innovationen und Anwendungen darstellen (vgl. Marx und Fuegi 2020). In Abbildung 1 wird die zunehmende Anzahl an wissenschaftlichen Quellen, die in Patentanmeldungen am US-Patentamt (USPTO) zu finden sind, dargestellt. Der Anstieg ist enorm und verdeutlicht, dass Wissenschaft zunehmend die Basis für wirtschaftliche Neuerungen ist. Dies zeigt sich beispielsweise auch darin, dass zwischen 60 und 70 Prozent der Biotechnologieunternehmen Ausgründungen aus universitären Laboren sind. Dadurch ergeben sich enorme Chancen. Allerdings begleiten diese auch Gefahren, sobald der Transfer zu eng interpretiert wird.

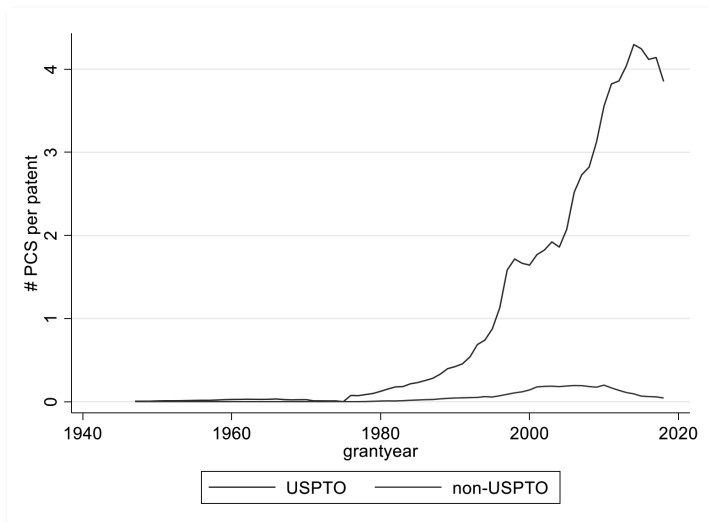


Abb. 1: Durchschnittliche Anzahl von wissenschaftlichen Zitaten pro Patent, nach Erteilungsjahr #PCS – Patent Citations to Science; USPTO=US Patent and Trademark Office; Quelle: Marx & Fuegi (2020).

Dies ist meines Erachtens derzeit der Fall in Deutschland. Transfer wird in Deutschland hauptsächlich im Sinne von Lizenzen und Gründungen taxiert. Jedoch geht es im Prinzip um weitaus mehr, nämlich um die generelle Dissemination, die Verbreitung der Erkenntnisse in die Gesellschaft hinein. Dies inkludiert alle Arten von Wissen, welche über formale, aber vor allem auch informelle Kanäle von der Gesellschaft aufgenommen werden. Die zu enge Sichtweise verkennt den wahren Wert der Wissenschaft für die Gesellschaft und engt den Transfergedanken nur auf bestimmte Fachgebiete ein. Zudem besteht große Gefahr bei Versuchen, die Wissenschaft zu vermessen. Das kann schnell zu einer reinen Output-Orientierung führen und entwertet die Wissenschaft, die keine unmittelbare (formale) Verwertungsmöglichkeit hat. Aber häufig starten neue Theorien und/oder Technologien ohne direkte Verwertung (vgl. Häussler & Assmus 2021). Auch die Genschere wurde in der Grundlagenforschung entwickelt. Wenn die Wissenschaft zu nah an der Verwertung gedacht wird, kann dies zu ihrer Marginalisierung führen. Der Fokus liegt dann meist nur auf inkrementellen Neuerungen. Die herausragenden Neuerungen, die uns vor allem innovativ machen, entstehen hauptsächlich durch Leidenschaft zu wachsender Erkenntnis. Gefahren sehe ich auch in der zunehmenden kurzfristigen Projektfinanzierung von Forschung auf Kosten der Grundfinanzierung. Kurzfristige, schnell realisierbare Projekte werden favorisiert. Investitionen in langfristige Projekte werden verdrängt. Aber genau diese sollen durch Wissenschaftler:innen initiiert werden, um großartige Erkenntnisse hervorzubringen. Doch diese benötigen Zeit. Ich sehe allerdings auch eine Gefahr, wenn wir den Transfer vordergründig als Bedrohung sehen. Wir vergeben uns dann die Chance auf die Nutzung großartiger Erkenntnisse. Zudem verkennen wir, dass Wissenschaft auch den Menschen dient, in dem sie großartige Neuerungen hervorbringen kann. Doch das passiert eben nicht allein in universitären Laboren. Dafür bedarf es Menschen, Organisationen, die viel Zeit, Geld und Mühe in diese Translation hin zur Anwendung investieren.

10 Fazit

Die Spannungsfelder in der Wissenschaft sind vorhanden. Chancen und Risiken liegen häufig nahe beieinander. Gerade deswegen ist es wichtig, dass wir einen offenen Diskurs halten, diskutieren, debattieren, kontrastieren. Die Idee der Universität bedeutet für mich einen solchen Ort: ein Ort des Diskurses, der Debatten, des Pluralismus.

Literatur

- Häussler, C. & Assmus, A. (2021): Bridging the gap between invention and innovation: Increasing success rates in publicly and industry-funded clinical trials. In: *Research Policy* 50 (2), 104155.
- Häussler, C. & Jiang, L. & Thursby, J. & Thursby, M. (2014): Specific and general information sharing among competing academic researchers. In: *Research Policy* 43 (3), 465–475.
- Häussler, C., Harhoff, D. & Mueller, E. (2014): How patenting informs VC investors – The case of biotechnology. In: *Research Policy* 43 (8), 1286–1298.
- Marx, M. & Fuegi, A. (2020): Reliance on science: Worldwide front-page patent citations to scientific articles. In: *Strategic Management Journal* 41 (9), 1572–1594.
- Merton, R. K. (1985): *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Merton, R. K. (1979): *The Normative Structure of Science.* In: ders. (Hrsg.), *The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations.* Chicago: University of Chicago Press.
- Merton, R. K. (1938): *Science, Technology and Society in Seventeenth Century England.* In George Sarton (Hrsg.), *OSIRIS: Studies on the History and Philosophy of Science and on the History of Learning and Culture.* Brügge: The St. Catherine Press, 362–632.
- Thursby, J. G. & Häussler, C. & Jiang, L. & Thursby, M. C. (2018): Prepublication disclosure of scientific results: Norms, competition, and commercial orientation. In: *Science Advances*, 16: eaar2133.

Autorinnenangaben

Carolin Häussler, Professorin für Betriebswirtschaftslehre
an der Universität Passau
email: carolin.haeussler@uni-passau.de

III. Reformansätze und Ökonomisierung

Richard Münch

Alle Macht dem Präsidium! Von der Herrschaft der Ordinarien zur unternehmerischen und total administrierten Universität?

1 Einleitung

Das neue bayerische Hochschulinnovationsgesetz soll alles auf neue Beine stellen und soll der große Wurf sein, soll für die Universitäten die große Freiheit bringen, soll deregulieren, Bürokratie abbauen und damit das Forschungs- und Lehrpotential der bayerischen Universitäten nach vorne bringen und international wettbewerbsfähig machen. Wir erkennen hier einen Trend, der schon lange besteht. Insofern ist das neue bayerische Hochschulinnovationsgesetz nichts Neues. Es setzt nur einen internationalen Entwicklungstrend fort, der mit Margaret Thatcher und ihren Beratern von der Public-Choice-Theorie angefangen hat. Das ist die Institutionalisierung von New Public Management, d. h. die Umstellung öffentlicher Einrichtungen auf betriebswirtschaftliches Management. In Großbritannien hat man damit viel früher angefangen und man hat es dort konsequenter umgesetzt als in Deutschland.

Hier sollen die folgenden drei Punkte dieser Entwicklung behandelt werden: Erstens bewegen wir uns in die Richtung eines verstärkten institutionellen Wettbewerbs zwischen unternehmerischen Universitäten um die zirkuläre Akkumulation von Geld und Prestige, der den immer schon genuin die wissenschaftliche Forschung bestimmenden individuellen Wettbewerb zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um Erkenntnisfortschritt und die Anerkennung von Beiträgen zu diesem Fortschritt überlagert. Das kennzeichnet die unternehmerische Universität. Zweitens zeigt sich eine zunehmende Überlagerung der internen durch externe Qualitätssicherung. Zur Wissenschaft gehört zwangsläufig Qualitätssicherung durch Kritik. Es gibt keine Wissenschaft ohne Kritik. Diese ist das Fundament der wissenschaftlichen Qualitätssicherung. Sie findet sich konkretisiert im Peer Review, das allerdings auch Konformitätszwänge ausübt. Das muss man berücksichtigen. Diese interne akademische Qualitätssicherung wird nun zunehmend überlagert durch eine externe administrative, an Rankings orientierte Qualitätssicherung (vgl. Hazelkorn 2011). Das kennzeichnet die Audit-Universität. Drittens beobachten wir den Aufstieg der Drittmittel-Universität bzw. Cluster-Universität, die Profilbildung betreibt und zu diesem Zweck Forschungscluster

schaffen muss, was eine Überlagerung der Einzelforschung oder von kleineren Forschungsteams durch Forschungsverbände zur Folge hat.

2 Die unternehmerische Universität

Fangen wir also mit der unternehmerischen Universität und der Überlagerung des individuellen wissenschaftlichen Wettbewerbes durch den institutionellen Wettbewerb an. Was ist das Objekt dieses Wettbewerbs? In der Wissenschaft ist das genuin ein Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt. Es geht zunächst einmal um Validität. Das bedeutet, sich auf die methodisch sauber lösbaren kleinen Probleme zu beschränken. Nach der Wissenschaftstheorie Thomas Kuhns (1967) ist das die Lösung kleiner Rätsel im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb. Der weitaus größte Teil der Wissenschaftler:innen ist damit beschäftigt. Sie stehen im Wettbewerb um Anerkennung für Ihre Beiträge zur Steigerung der Validität des wissenschaftlichen Wissens. In Kuhns Worten betreiben sie „Normalwissenschaft“. Das zweite Objekt des Wettbewerbs ist Priorität, das heißt, etwas Neues zu schaffen. Wer war der Erste oder die Erste bei einer wissenschaftlichen Entdeckung oder der Durchsetzung eines neuen Paradigmas? Nach Kuhn ist es Sache einer neuen Generation, das von der Vorgänger-Generation etablierte Paradigma zu verdrängen und ein neues Paradigma zur Vorherrschaft zu bringen. Der Paradigmenwechsel erfolgt durch die Ablösung der alten Generation durch eine neue in den Schaltzentralen des akademischen Feldes, auf den Lehrstühlen, in den Zeitschriften-Herausgeberschaften, in den Förderorganisationen und den Akademien. Bei beiden Wettbewerben geht es um Anerkennung innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Diese Anerkennung zeigt sich in Zitationsquoten und Einladungen, in Preisen und dergleichen. Bezüglich der ungleichen Zuteilung von Anerkennung für Beiträge zum Erkenntnisfortschritt gibt es ein Korrektiv innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses auf dieser autonomen Seite der Wissenschaft. Das sind die von Robert Merton (1942; 1973) identifizierten Grundnormen der Wissenschaft. Merton hatte eine große Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaftssoziologie und war einer der führenden amerikanischen Soziologen der 1940er bis 1960er Jahre. Er nennt vier Grundnormen der wissenschaftlichen Arbeit: Universalismus, intellektueller Kommunismus, organisierter Skeptizismus und Uneigennützigkeit. „Universalismus“ bedeutet, dass die Forschung nach wissenschaftlichem Wissen von universeller Gültigkeit strebt. „Intellektueller Kommunismus“ betrachtet wissenschaftliches Wissen als Gemeinschaftsgut. Deshalb ist es für die Wissenschaft vollkommen gleichgültig, wo neue Erkenntnis entsteht, solange sie ein Gemeinschaftsgut ist. Für alle ist es gleich verfügbar. „Organisierter Skeptizismus“ heißt, dass alle Erkenntnis in Frage zu stellen und der kritischen Prüfung zu unterwerfen ist, gleichviel, wie reputiert die Quelle der Erkenntnis ist. „Uneigennützigkeit“ meint, dass alles Erkenntnisstreben nur aus Neugierde und keinen

sekundären Interessen geschieht und aus Erfolgen der Erkenntnissuche kein persönlicher Nutzen gezogen wird. Wir können noch das Prinzip des wechselseitigen kollegialen Respekts hinzufügen, das sicherstellt, dass alle Wissenschaftler:innen unabhängig von ihrer Reputation gleichberechtigt am wissenschaftlichen Diskurs teilnehmen und nicht Reputation oder Macht, sondern allein das überzeugende Argument über die Geltung von Wissen entscheidet. Das ist die ideale Sprechsituation im Sinne von Jürgen Habermas (1971).

Jetzt beobachten wir aber zunehmend einen sekundären institutionellen Wettbewerb zwischen Universitäten, der den primären individuellen Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt überlagert. Die Universitätsleitungen forschen nicht und lehren nicht, vielmehr müssen sie dafür akademisches Personal gewinnen. Sie befinden sich demgemäß in einem Wettbewerb um Köpfe, um Forschungsgelder, schließlich um Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Universitäten, d. h. um Monopolrenten. Man verschafft sich Wettbewerbsvorteile, mit denen man andere Wettbewerber übertrumpfen und dadurch dann noch mehr Prestige gewinnen kann. Die Universitäten zielen auf eine zirkuläre Akkumulation von ökonomischem und symbolischem Kapital, d. h. Forschungsgeldern und Prestige. Wir können dieses Phänomen als „akademischen Kapitalismus“ bezeichnen (Slaughter & Leslie 1997; Slaughter & Rhoades 2004; Münch 2007; 2009; 2011; 2014; 2020). Je reicher im materiellen ökonomischen Sinn eine Universität ist, umso leichter fällt es ihr, die besten Köpfe an sich zu ziehen, sowohl bei den Wissenschaftler:innen als auch bei den Studierenden. Mit dem bestmöglichen Personal kann man die größten Erfolge erzielen und größtes Prestige gewinnen. Das schafft wiederum die Voraussetzung dafür, dass mehr Forschungsgelder akquiriert werden können.

Mit welcher Art von Markt haben wir es hier tatsächlich zu tun? Es ist ein hochgradig vermachteter Markt, kein idealer Markt. Die kapitalkräftigsten Universitäten werden noch kapitalkräftiger und marginalisieren die weniger kapitalkräftigen. Mit ihrem akkumulierten materiellen und symbolischen Kapital (Geld und Prestige) beherrschen sie das Feld. Der akademische Markt ist geprägt durch Kartelle, Oligopole und Monopole (vgl. Young et al. 2008). Es entsteht so eine Art akademischer Monopolkapitalismus.

Wir können das neue bayerische Hochschulinnovationsgesetz so verstehen, dass es den institutionellen Wettbewerb zwischen unternehmerisch von starken Präsidien geführten Wettbewerb verstärkt und zu einer weitreichenderen Überlagerung des individuellen Wettbewerbs um Erkenntnisfortschritt durch den institutionellen Wettbewerb führt. Dementsprechend ist auch zu erwarten, dass die skizzierten Folgen dieser Überlagerung verstärkt eintreten: mehr Ungleichheit, die Verengung von Forschung und Lehre auf das, was durch Kennzahlen gemessen wird, und die Einengung des Spielraums der Forschenden entweder durch Einbindung in große Forschungsverbände oder ihre Ausschließung aus der sichtbaren Forschung,

wenn Sie nicht in solche Verbünde eingebunden sind. Die Verteilung von ökonomischem und symbolischem Kapital wird ungleicher. Die einen gelangen in eine Aufwärtsspirale, die anderen in eine Abwärtsspirale. Es wird der von dem schon erwähnten Robert Merton (1968) für die Wissenschaft prägnant beschriebene Matthäus-Effekt wirksam: Wer hat, dem wird gegeben. Das schafft für die Erfolgreichen Wettbewerbsvorteile, die sich derart in Monopolrenten ummünzen lassen, dass sie weit überproportional zu ihren tatsächlichen Leistungen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Dagegen werden die Verlierer des Wettbewerbs überproportional zu ihren Leistungen mit Missachtung bestraft. Beachteter Erkenntnisfortschritt entspringt wenigen Quellen, was immer auch die Gefahr der Vereinseitigung und des Verlustes an Vielfalt bedeutet und das Potential für Erkenntnisfortschritt schrumpfen lässt.

Gerade für Bayern ist eine große Ungleichheit in der Verteilung von ökonomischem und symbolischem Kapital zwischen den beiden Münchner Universitäten und dem Rest der bayerischen Universitäten charakteristisch. Diese Struktur des bayerischen Hochschulsystems steht in einem diametralen Gegensatz zur Struktur des Hochschulsystems im benachbarten Baden-Württemberg. In Bayern herrscht schon aus historischen Gründen Zentralismus und Unipolarität, in Baden-Württemberg ebenso aus historischen Gründen Dezentralisierung und Multipolarität. Der durch das neue bayerische Hochschulinnovationsgesetz intensivierte Wettbewerb findet schon unter der Startbedingung großer Ungleichheit statt. Deshalb hat etwa die TU München in diesem Wettbewerb nicht nur innerhalb Bayerns, sondern in ganz Deutschland die besten Voraussetzungen, um weiter erfolgreich zu sein. Dagegen haben kleinere Universitäten wie Passau oder Bamberg viel größere Schwierigkeiten, in dem intensivierten sekundären institutionellen Wettbewerb mitzuhalten. Sie können sich nur durch Nischenbildung behaupten. In Passau ist das die Konzentration auf die Geisteswissenschaften, in Bamberg ist es die Konzentration auf die Geistes- und Sozialwissenschaften und die Wirtschaftsinformatik sowie weitere Angewandte Informatik. Das internationale Feld ist indessen gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften durch große Ungleichheit der Aufmerksamkeit für die englischsprachige Publikationswelt und damit auch für die englischsprachige Kultur geprägt. Auch in dieser Hinsicht tut sich eine Technische Universität viel leichter, weil Natur- und Ingenieurwissenschaften in einem weitgehend sprach- und kulturfreien Raum operieren.

3 Überausstattung an der Spitze, Unterausstattung in der Breite

Es wird von den Universitätsreformern erwartet, dass der verschärfte institutionelle Wettbewerb zwischen den Universitäten zu einer Leistungssteigerung des gesamten Hochschulsystems führt. Das ist jedoch in Frage zu stellen. Wir bekommen

einen zunehmenden Reichtum an der Spitze, aber eine Verarmung in der Breite. Es macht sich dadurch verstärkt ein kurvilinearere, umgekehrt u-förmiger Verlauf des Verhältnisses zwischen Forschungsgeldern und Publikationen bemerkbar, und es ergibt sich insgesamt eine sinkende Produktivität: Überausstattung in der Spitze, Unterausstattung in der Breite. Viele Fachbereiche sind unterausgestattet und deshalb weniger produktiv. Wenige Fachbereiche sind optimal ausgestattet, haben genau so viel Forschungsmittel, dass damit die größten Effekte in Gestalt von Publikationen pro aktivem Wissenschaftler erzielt werden. Einige Fachbereiche sind überausgestattet, sodass sie gemessen an den Publikationen pro Wissenschaftler weniger produktiv sind als die optimal auf mittlerem Niveau ausgestatteten, allein schon wegen des gesteigerten Koordinationsaufwandes, der impliziert, dass mehr Personal mit administrativen Aufgaben und nicht mit Forschungsarbeit beschäftigt ist. Wo genau die optimale Ausstattung erreicht wird, variiert von Fach zu Fach. Beispielsweise benötigt die Experimentalphysik viel mehr Ausstattung als die Mikroökonomik (vgl. Jansen et al. 2007; Münch 2014) (Abbildung 1).

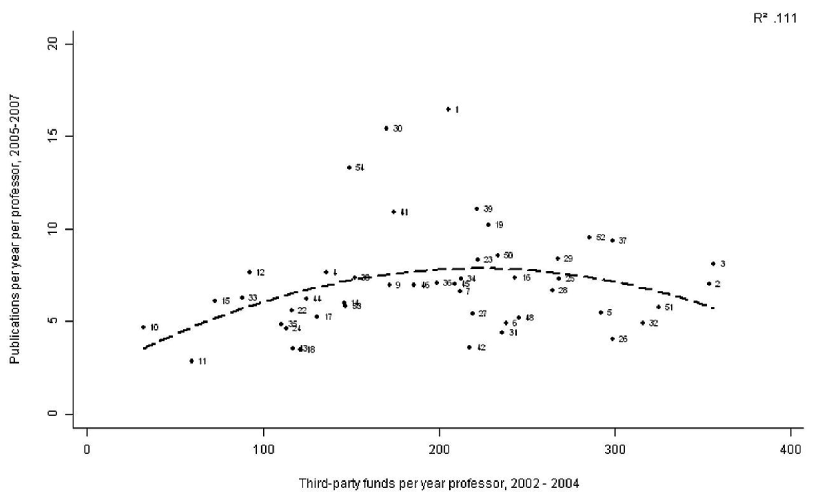


Abb. 1: Der umgekehrt u-förmige Zusammenhang zwischen investierten Drittmitteln und Publikationen pro Jahr und Professor. Quelle: Münch 2014, S. 224, Figure 7.3. Bemerkungen: Drittmittel sind gemessen pro Jahr in tausend Euro.

Als sehr interessant stellt sich ein Vergleich zwischen Bayern und Baden-Württemberg dar. Da sehen wir unmittelbar, wie weit der bayerische Zentralismus im Vergleich zu einem dezidiert dezentral und multipolar organisierten Land wie Baden-Württemberg trägt. Man hat in Bayern zwar den Zentralismus etwas abgebaut, indem verschiedene Behörden breiter über das Land verstreut wurden. Und

es wurden neue Universitäten wie Passau, Bamberg, Regensburg und Bayreuth gegründet. Die neue, auf die Förderung von Exzellenz ausgerichtete Strategie geht allerdings wieder einen Schritt zurück zum Zentralismus. Im Vergleich zwischen der Performanz von Bayern und Baden-Württemberg beim Wettbewerb um Exzellenz, gemessen an den Erfolgen bei der Einwerbung von DFG-Mitteln und bei der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern und in internationalen Rankings wie dem sogenannten Shanghai-Ranking, erkennen wir jedoch, dass die multipolare Struktur Baden-Württembergs mehr Erfolge bringt als die unipolare Struktur Bayerns. Beide Bundesländer sind im Hinblick auf Bevölkerungsgröße, Zahl der an Universitäten beschäftigten Wissenschaftler und Zahl der Universitäten sehr nahe beieinander und dadurch gut miteinander zu vergleichen. Wenn wir die neusten Zahlen von 2018 nehmen, dann hat Baden-Württemberg aber vier sogenannte Exzellenzuniversitäten und Bayern nur zwei. Und in Baden-Württemberg sind diese Universitäten auch auf vier Standorte verteilt (Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Konstanz), in Bayern sind sie nur an einem Standort (München) lokalisiert. Sogenannte Exzellenzcluster gibt es in Baden-Württemberg zwölf an sieben Standorten, in Bayern fünfeinhalb an zweieinhalb Standorten. Würzburg in Bayern und Dresden in Sachsen teilen sich ein Exzellenzcluster, weshalb dieses Exzellenzcluster nur zur Hälfte für Bayern zählt. Dieselben Vorteile Baden-Württembergs sind bei der weiteren Einwerbung von DFG-Mitteln und bei den Publikationsdaten des internationalen Shanghai-Rankings zu erkennen. Nach diesem Vergleich kann man nicht sagen, dass die Exzellenzstrategie für Bayern ein Erfolg war (Tabelle 1).

Tab. 1: Leistungsvergleich zwischen Bayern und Baden-Württemberg nach verschiedenen Kennzahlen. Quelle: Münch 2014, S. 174, Table 5.12, aktualisiert.

	Baden-Württemberg	Bayern
Einwohner in Mio.	10	11,6
Staatliche Universitäten	9	9
Wissenschaftler	19.161	19.203
Wissenschaftler HD/FR und LMU/TUM	6.618 HD/FR	9.229 LUM/TUM
Historische Polarität	multipolar	unipolar
Universitäten in 3. Förderlinie der Exzellenzinitiative 2013 (2021)	3 (4)	2 (2)
Anzahl Standorte	3 (4)	1 (1)
Exzellenzcluster 2013 (2018)	7 (12)	6 (5,5)

	Baden-Württemberg	Bayern
Anzahl Standorte	5 (7)	2 (2,5)
Graduiertenschulen 2013	12	9
Anzahl Standorte	7	6
DFG-Sonderforschungsbereiche 2013 (2021)	49, 15 HD (61, 18 HD)	46, 27 LMU/TUM (58, 34 LMU/TUM)
Anzahl Standorte	8	5
DFG-Gelder in Mio. Euro, 2005-2007	987,4; 380,9 HD/FR; 38,6%	845,1; 449,4 LMU/TUM; 53%
DFG-Gelder in Mio. Euro, 2008-2010	1.141,0; 448,4 HD/FR; 39.3%	962,7; 513,8 LUM/TUM; 53,4%
Shanghai Ranking 2012		
Pro-Kopf-Publikationswert	132,4	123,7
Publikationswert gesamt	245	225,8
Publikationswert in Nature & Science	119,4	106,4
Häufig zitierte Forscher	90,9	93,3
Nobelpreise & Field Awards	45,5	41,9
Alumni mit Nobelpreisen und Field Awards	77,1	84,2

Legende: HD = Uni Heidelberg; FR = Uni Freiburg; LMU = Ludwig-Maximilians-Universität München; TUM = Technische Universität München

4 Die Audit-Universität

Betrachten wir jetzt die Audit-Universität (vgl. Power 1997). Eine starke Universitätsleitung braucht auch eine starke Administration, da das Präsidium nicht alles machen kann. Sie muss ihre Strategie intern in Forschung und Lehre umsetzen. Für diesen Zweck wird administratives Personal benötigt. Dementsprechend wächst der Bestand an administrativem Personal, das mit internem Service und internen Kontrollen oder externer Kommunikation beschäftigt ist. Das lässt sich gut in Ländern beobachten, die mit dem Ausbau der strategischen und operativen Kapazitäten des Universitätsmanagements früher angefangen haben und weiter vorangeschritten sind als Deutschland. Es zeigt sich exemplarisch in einem Vergleich zwischen einer Reihe ausgewählter, etwa gleich großer britischer und deutscher Universitäten. Die britischen Universitäten verfügen über eine ungefähr doppelt so große Administration wie die deutschen. Die Universität Bielefeld, beispielsweise, hat etwas mehr als 1.000 Mitarbeiter in der Administration, die etwa gleich große Universität Warwick jedoch über 2.000. Sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten gibt es zunehmende Kritik am Wachstum

der universitären Administration und ihrem Eingreifen in die Bereiche von Forschung und Lehre zwecks Positionierung der Universität in Rankings. Es ist schon seit geraumer Zeit die Rede von der „All-administrative University“ und der Entmachtung der Professorenschaft durch die universitäre Administration. Zugleich wird beklagt, dass die Universitätsmanager jeder neuen Mode hinterherlaufen und in den Fachbereichen implementieren wollen, und dies ohne Sensibilität für die genuinen Anforderungen von Forschung und Lehre. Es wird den Administratoren nachgesagt, dass sie im Dauermeeting um sich selbst kreisen, ohne Bezug zur Realität von Forschung und Lehre (vgl. Ginsberg 2011; Tuchman 2009).

Die universitäre Administration benötigt Kriterien, um Entscheidungen treffen zu können. Sie fragt: Wo wollen wir investieren? Was sind unsere besten Fachbereiche? Das kann nur durch fortlaufende Evaluationen festgestellt werden, die standardisiert sein müssen, damit Vergleichbarkeit hergestellt werden kann. Noch so große Bemühungen, die Evaluationen sehr nahe an der Forschung durchzuführen, nämlich qualitativ und nicht nur rein quantitativ, führen trotzdem in die Richtung einer zunehmenden Standardisierung. Das können wir z. B. beim britischen Research Excellence Framework beobachten (vgl. Schäfer 2019). Dieses im Abstand von vier bis sechs Jahren durchgeführte Evaluationsverfahren zur Verteilung der öffentlichen Forschungsgelder unter den Universitäten betreibt einen riesigen Aufwand an Peer Review und möchte qualitativ sein. Trotzdem besteht eine hohe Korrelation zwischen der qualitativen Bewertung der Fachbereiche im Peer Review und der Zahl von Publikationen in sogenannten High Impact Journals. Deswegen gibt es zweierlei Kritik. Die einen sagen, das beweise, dass das qualitative Verfahren doch latent standardisiert abläuft und nicht so sensibel für die Besonderheiten unterschiedlicher Forschungszeige ist, wie behauptet wird. Die anderen meinen, dass man sich den Aufwand sparen kann und gleich quantitative, anhand von Indikatoren standardisierte Verfahren einsetzen sollte (vgl. Bence & Oppenheim 2004; Butler & McAllister 2009; Enslin & Hedge 2018; Feldman & Sandoval 2018; Hesabi et al. 2020; Lee et al. 2013; Stuart 2015; Tragag & Waltman 2019). Auf jeden Fall sehen wir daran, dass die Forschung umso mehr Standardisierungszwängen unterworfen ist, je mehr im Sinne der Audit-Universität evaluiert wird (vgl. Dora 2012; Fleck 2013; Espeland & Sauder 2007; Sauder & Espeland 2009).

Nehmen wir als Beispiel das Forschungsrating Soziologie, das 2008 vom Wissenschaftsrat (2008) veröffentlicht worden ist. Das Rating ist von 2006 bis 2008 von einer Bewertungsgruppe durchgeführt worden. Es wurden 257 Forschungseinheiten, das waren überwiegend Lehrstühle, und 54 Forschungseinrichtungen, das waren überwiegend Fachbereiche bzw. Institute, evaluiert. In wenigen Fällen waren die Forschungseinheiten und die Forschungseinrichtungen identisch. Bei den Forschungseinheiten ging es um Forschungsqualität, bei den Einrichtungen um Impact, Effizienz, Nachwuchsförderung, Wissenstransfer in die Praxis und

Wissensvermittlung in die Öffentlichkeit. Das Forschungsrating wurde als ein durch Drittmittel-, Publikations- und Transferdaten informiertes Peer Review durchgeführt und sollte dadurch sensibel für die Unterschiede zwischen verschiedenen Forschungszweigen und ausdrücklich multidimensional sein. Es war jedoch schwierig, diese höhere Qualität und Multidimensionalität qualitativer Peer Reviews im Vergleich zu standardisierten Verfahren zu erreichen (vgl. Münch & Baier 2009). Unter verschiedenen Faktoren, wie eingeworbene Drittmittel, Beiträge zu Sammelwerken oder Monographien, erklärt allein die Zahl publizierter Aufsätze in begutachteten Fachzeitschriften die Bewertung der Forschungsqualität einer Forschungseinheit durch die Bewertungsgruppe des Wissenschaftsrats. Alles andere fällt weg: Beiträge zu Sammelwerken, Monographien und auch die eingeworbenen Drittmittelprojekte erklären nichts. Auch die Multidimensionalität in der Bewertung der Forschungseinrichtungen im Sinne der Eigenständigkeit der verschiedenen Indikatoren wurde nur ungenügend erreicht. Zwischen Impact, Effizienz, Nachwuchsförderung, Wissenstransfer in die Praxis und Wissensvermittlung in die Öffentlichkeit besteht eine sehr hohe Korrelation. Das heißt, sie messen ungefähr das Gleiche. Der begutachtete Fachzeitschriftenaufsatz überlagert weitgehend die anderen Bewertungskriterien (vgl. Münch & Baier 2009).

5 Die Drittmittel-Universität

Schließlich zur Drittmittel-Universität: Die Universität muss ein Profil bilden, um im Wettbewerb sichtbar zu sein. Zu diesem Zweck werden Forschungscluster eingerichtet. Das wurde schon in den letzten Jahren erheblich ausgebaut, und es wird sich noch weiter verstärken. Dieser Trend wird stark durch die Förderformate der DFG unterstützt. Bei der DFG besteht eine Dominanz der sogenannten koordinierten Programme und der Exzellenzstrategie: 57,3 Prozent der Forschungsgelder gingen im Zeitraum von 2017 bis 2019 in Forschungszentren, Sonderforschungsbereiche, Schwerpunktprogramme, Graduiertenkollegs, Forschungsgruppen, Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und Zukunftskonzepte (vgl. DFG 2021, 28, Tabelle 2-3). Das fördert speziell in Deutschland oligarchische Strukturen, weil dadurch das hier herrschende Lehrstuhlssystem – im Kontrast zum Departmentsystem der USA - nochmals erweitert wird. Schon gut mit Mitarbeiter:innen ausgestattete Lehrstühle bekommen noch mehr Mitarbeiter:innen, die alle unter der Anleitung des Lehrstuhlinhabers forschen und nicht die Chance zu eigenständiger Forschung haben. Das schränkt das Potential für Innovationen und ihre Diffusion ein. Beispielhaft lässt sich das an der Entwicklung und Diffusion der Verhaltensökonomik als neue Subdisziplin der Ökonomik zeigen. Auch wenn man berücksichtigt, dass in den Vereinigten Staaten etwa eine dreieinhalbfache größere Zahl von Wissenschaftlern tätig ist als in Deutschland, hat sie sich in den Vereinigten Staaten schneller und umfangreicher verbreitet als in Deutschland,

gemessen an der institutionellen Herkunft der Autoren verhaltensökonomischer Aufsätze in neun einschlägigen Fachzeitschriften (Abbildung 2). Das ist nicht dadurch zu erklären, dass es in den USA besonders reiche Eliteuniversitäten in einem hochstratifizierten Hochschulsystem gibt, sondern dadurch, dass das dort herrschende Departmentsystem mit einer Junior Faculty und einer Senior Faculty jungen Wissenschaftler:innen viel früher die Chance gibt, selbständig nach eigenen Vorstellungen zu forschen. Dieses System erlaubt es, viel breiter zu forschen und in Grenzbereichen zu anderen Disziplinen auch Professuren einzurichten, als das bei dem in Deutschland vorherrschenden Lehrstuhlssystem möglich ist. Auch das in den USA im Gegensatz zu Deutschland fest institutionalisierte Graduiertenstudium (Promotionsstudium), bei dem Forschung und Lehre integriert sind, trägt zur schnelleren Verbreitung von Neuerungen bei. Und darüber hinaus findet die Forschung in den USA ganz überwiegend an den Universitäten und nicht in außeruniversitären Forschungseinrichtungen statt. Deutschland hat dagegen den großen Nachteil, dass 40 Prozent der Forschung an außeruniversitäre Institute ausgelagert sind (vgl. Ben-David 1971).

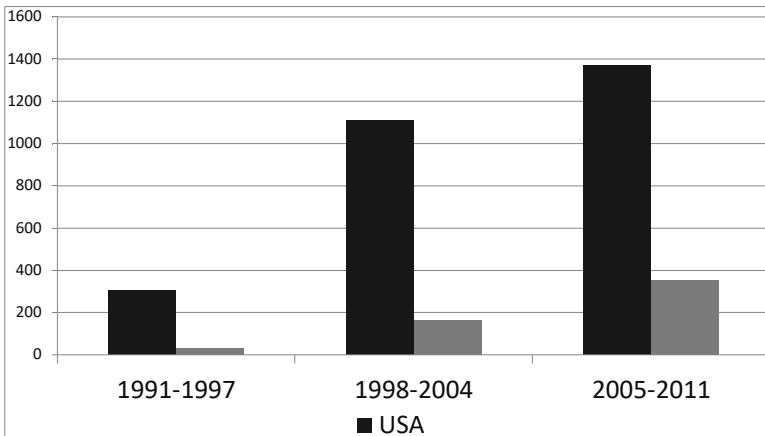


Abb. 2: Die Diffusion der Verhaltensökonomik in den USA und in Deutschland
Quelle: Quelle: Eigene Berechnungen mit Raphael Heiberger

Erläuterung: Ausgangspunkt sind 20 wirtschaftswissenschaftliche Journals, deren Kerninhalte Azar (2007) explizit in der Verhaltensökonomik verortet und gemäß verschiedener bibliometrischer Methoden rankt. Abgerufen wurden die Angaben zu den Autoren und deren institutionelle Zugehörigkeit von der Datenbank des Web of Science, in der jedoch nur neun der obigen Journals vorhanden sind, darunter allerdings auch die beiden mit Abstand bedeutendsten, das Journal of Economic Behavior & Organization sowie das Journal of Economic Psychology. Insgesamt besteht die Stichprobe aus ca. 8700 Artikeln. Pro Artikel wurden alle Co-Autoren gezählt, ihre nationale Zugehörigkeit wurde über den Sitz der angegebenen Institution ermittelt.

6 Fazit

Das neue Bayerische Hochschulinnovationsgesetz ist so angelegt, dass es die beschriebenen Trends zur unternehmerischen Universität, zur Audit-Universität und zur Drittmittel-Universität verstärkt. Das bedeutet die Beherrschung von Forschung und Lehre durch oligopolistische Strukturen, die verstärkte Produktion und Reproduktion von Ungleichheit durch das Hochschulsystem, die zunehmende Unterwerfung von Forschung unter externe administrative Kontrollen und die Einschränkung der Forschungsfreiheit durch die Zwangsvereinigung von Forscher:innen in Forschungsclustern und durch die Verfestigung oligarchischer Lehrstuhlstrukturen.

Literatur

- Azar, O. H. (2007): Behavioral economics and socio-economics journals: A citation-based ranking. In: *The Journal of Socio-Economics* 36 (3), 451-462.
- Ben-David, J. (1971): *The Scientist's Role in Society: A Comparative Study*. Englewood Cliffs, N. J.: Prentice-Hall.
- Bence, V. & Oppenheim, C. (2004): The role of academic journal publications in the UK Research Assessment Exercise. In: *Learned Publishing* 17 (1), 53-68.
- Butler, L. & McAllister, I. (2009): Metrics or peer review? Evaluating the 2001 UK research assessment exercise in political science. In: *Political Studies Review* 7 (1), 3-17.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2021): Förderatlas 2021. <https://www.dfg.de/sites/foerderatlas2021/>. (Abrufdatum: 13.10.2021).
- DORA. (2012): San Francisco Declaration on Research Assessment. <https://sfedora.org/read/>. (Abrufdatum: 10.09.2021).
- Enslin, P. & Hedge, N. (2018): On peer review as the 'gold standard' in measuring research excellence: From secrecy to openness? In: *Journal of Philosophy of Education* 52 (3), 379-396.
- Espeland, W. N. & Sauder, M. (2007): Rankings and reactivity: How public measures recreate social worlds. In: *American Journal of Sociology* 113 (1), 1-40.
- Feldman, Z. & Sandoval, M. (2018): Metric power and the academic self: Neoliberalism, knowledge and resistance in the British university. *tripleC: Communication, Capitalism & Critique*. In: *Open Access Journal for a Global Sustainable Information Society* 16 (1), 214-233.
- Fleck, C. (2013): The impact factor fetishism. In: *European Journal of Sociology/Archives Européennes de Sociologie* 54 (2), 327-356.
- Ginsberg, B. (2011): *The Fall of the Faculty: The Rise of the All-Administrative University and Why it Matters*. New York, NY: Oxford University Press.
- Habermas, J. (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie kommunikativer Kompetenz. In: Habermas, J. & Luhmann, N. (Hrsg.): *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 101-141.
- Hazelkorn, E. (2011): *Rankings and the Reshaping of Higher Education: The Battle for World-Class Excellence*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hesabi, S. & Sotudeh, H. & Yousefi, Z. (2020): A correlation study of bibliometric-based and informed-peer-review university rankings: The case of UK Research Excellence Framework (REF) and World's Prestigious University Ranking Systems. In: *Scientometrics Research Journal*. 10.22070/RSCI.2020.5836.1437.
- Jansen, D., Wald, A., Franke, K., Schmoch, U. & Schubert, T. (2007): Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (1), 125-149.

- Kuhn, T. S. (1967): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lee, F. S. & Pham, X. & Gu, G. (2013): The UK Research Assessment Exercise and the narrowing of UK economics. In: *Cambridge Journal of Economics* 37 (4), 693–717.
- Merton, R. K. (1942/1973): The normative structure of science. In: Merton, R. K. *The Sociology of Science*. Chicago, IL: University of Chicago Press, S. 267-278.
- Merton, R. K. (1968): The Matthew Effect in Science. In: *Science* 159 (No. 3810), S. 56-63.
- Münch, R. (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münch, R. (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, R. (2011): Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, R. (2014): *Academic Capitalism: Universities in the Global Struggle for Excellence*. London und New York: Routledge.
- Münch, R. (2020): Academic Capitalism. In: *Oxford Research Encyclopedia Politics*. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.15>. (Abrufdatum: 10.09.2021).
- Münch, R. & Baier, C. (2009): Die Konstruktion der soziologischen Realität durch Forschungsrating. In: *Berliner Journal für Soziologie* 19 (2), 295-319.
- Power, M. (1997): *The Audit Society: Rituals of Verification*. Oxford: Oxford University Press.
- Sauder, M. & Espeland, W. N. (2009): The discipline of rankings: Tight coupling and organizational change. In: *American Sociological Review* 74 (1), 63-82.
- Schäfer, L. O. (2019): *Universitäten Im Leistungswettbewerb*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Slaughter, S. & Leslie, L. L. (1997): *Academic Capitalism: Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*. Baltimore: JHU Press.
- Slaughter, S. & Rhoades, G. (2004): *Academic Capitalism and the New Economy: Markets, State, and Higher Education*. Baltimore: JHU Press.
- Stuart, D. (2015): Finding “good enough” metrics for the UK’s research excellence framework. In: *Online Information Review* 39 (2), 265-269.
- Traag, V. A. & Waltman, L. (2019): Systematic analysis of agreement between metrics and peer review in the UK REF. *Palgrave Communications* 5 (1), 1-12.
- Tuchman, G. (2009). *Wannabe U: Inside the Corporate University*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Wissenschaftsrat. (2008): *Pilotstudie Forschungsrating. Empfehlungen und Dokumentation*. Köln: Wissenschaftsrat.
- Young, N. S. & Ioannidis, J. P. & Al-Ubaydli, O. (2008): Why current publication practices may distort science. In: *PLoS Med* 5 (10), e201.

Autorenangaben

Richard Münch, Professor für Gesellschaftstheorie und comparative Makrosoziologie an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen
email: richard.muench@zu.de

Wolfgang A. Herrmann

Die unternehmerische Universität

Lieber Herr Kollege Bartosch, Herr Kollege Fitz, meine Damen und Herren, alle, die heute zusammgekommen sind, um meine unmaßgeblichen Gedanken über „Die Idee der Universität heute“ anzuhören und hoffentlich nachher auch zu diskutieren. Wenn man in die Heimat Niederbayern eingeladen wird, dann kommt man natürlich, und wer hätte gedacht, dass uns Corona auch zu Möglichkeiten des Dialogs führt, die wir früher nie gedacht hätten. Das wiederum ist eine Errungenschaft der Technik.

1 Die Universität im Wandel

Sie haben Ihre Veranstaltungsreihe unter den schönen Oberbegriff „Die Idee der Universität“ gestellt. Das ist ein Vortragstitel von Karl Jaspers aus dem Jahr 1946, unter dem Eindruck der Kriegszerstörungen und der verheerenden Wirkungen des Nationalsozialismus. Neubesinnung auf die Werte der Academia. „Universität ist eine Schule, aber eine einzigartige Schule“, hat Karl Jaspers damals gesagt. Das ist ein zentraler Satz in seiner großen Rede. Und sie bezieht sich eigentlich auf eine Neuinterpretation der Humboldtschen Idee. Wilhelm von Humboldt, der 1809 in Berlin die neue Universität gestartet hatte, als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Das war das Prinzip, das letztlich zum Aufstieg Deutschlands in der Wissenschaft auch unter Einbeziehung der technischen Wissenschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts geführt hat. Wenn man die „Unternehmerische Universität“ in den Blick nimmt, dann muss man nur 25 Jahre zurückschauen. Die TU München sieht heute völlig anders aus als vor 25 Jahren, und sie wird sich auch weiter ändern. Warum? Weil sich die Menschen, die diese Universität gestalten, in einem kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen Umfeld rascher ändern als je zuvor, und weil die Gesellschaft diese Änderungen erzwingt. Der Historiker Thomas Nipperdey hat einmal konstatiert, dass die Universität Ende des 19. Jahrhunderts „nicht in der Peripherie, sondern im Zentrum des geistigen Haushalts der Nation“ war. Das ist eine schöne Beschreibung für das, was Universität zum damaligen Zeitpunkt in der Umsetzung der Humboldt'schen Idee schon geleistet hatte. Und damals, das wird oft vergessen, haben unsere Universitäten, auch die neuen Technischen Universitäten, zur Völkerverständigung beigetragen, die TH München vor allem nach Russland und Osteuropa. In meiner Jugend gab es den Eisernen Vorhang, der hat die Verbindungen zu Osteuropa und Zentral-

asien abgeschnitten, die alten kulturellen Traditionen ausgeblendet. Und China war damals ohnehin ganz weit weg für uns. Das hat sich alles massiv geändert. Die Mobilität der Menschen ist größer geworden. Man kam und kommt leichter zusammen und tauscht sich aus. Wenn ich sage, die TU München hat sich massiv geändert, ja, das sieht man daran, dass innerhalb von 25 Jahren die Studierendenzahl von 20.000 auf rund 50.000 gestiegen ist. Die Professuren von 350 auf über 650. Die Forschungsdrittmittel sind von jährlich ca. 150 Millionen auf 350 Millionen Euro gestiegen. Worauf ich besonders stolz bin: Von einem Prozent weiblichen Professorinnen auf 18 Prozent. Das hat im Übrigen durchaus nicht nur mit Konzepten, sondern auch mit Führung zu tun. Und wir waren dreimal erfolgreich in der Exzellenzinitiative, nachdem eine erste Reformphase 2006, als dieser große Wettbewerb losging, bereits abgeschlossen war und wir die gewonnenen Erfahrungen nutzen konnten.

2 Interdisziplinarität, Internationalisierung und Entrepreneurship

Nun, diese letzten 25 Jahre, auf die man jetzt aufbauen kann, waren geprägt vor allem durch Interdisziplinarität. Die Fächer, die zusammengewachsen sind, an den Schnittstellen, die oft längere Zeit unerkannt waren; nehmen Sie dazu nur einmal das Beispiel Straubing: Nachwachsende Rohstoffe, ein multidisziplinäres Feld. Und das ist auch der Grund dafür, warum die klassischen Disziplinen vorher nicht zusammengekommen waren, von der Landwirtschaft über die Chemie, die Biologie, die Betriebswirtschaft und das Ingenieurwesen. Das zweite Reformmotiv war die Internationalität, die Öffnung der Universität, vor allem nach Asien. China wurde gerade bei uns an der TUM ganz entscheidend zum Fokus der internationalen Erschließung, bis hin zu einer eigenen Dependence in Singapur, um die ich mich heute besonders kümmere: die TUM Asia Pte Ltd und die aus ihr abgeleitete TUM CREATE, als verlängerter „asiatischer Forschungsarm“. Das hat auch dazu geführt, dass wir eben nicht mehr, wie in meiner Studienzeit, im wesentlichen deutsche Studierende haben, sondern mittlerweile an die 35 Prozent internationale Studierende. Was natürlich die Vielheit, die Buntheit, die Diversität erhöht hat. Und das dritte Motiv, zusammen mit Internationalität und Interdisziplinarität, ist Entrepreneurship, verankert im *unternehmerischen Spirit* – ein Begriff freilich, der zu vielen Missverständnissen geführt hat, weshalb ich dankbar bin, diese Missverständnisse auch heute wieder aufklären zu können. Die drei genannten Reformmotive sind die Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit, und ich denke, der Wettbewerb der Einrichtungen hat die größte Erfolgsgeschichte im akademischen und wirtschaftlichen System. Vor mir hat ja Staatsminister Sibley in dieser Serie gesprochen. Eigenverantwortlich, wettbewerbsfähig, engagiert in der Talentförderung, hat er gesagt. Ich hoffe, er hat mit den Talenten nicht nur

die Jungen gemeint, die stehen an erster Stelle natürlich, sondern auch die Alten. Einbeziehung der Emeriti in die Arbeit der Universität, das hat auch etwas mit Talentförderung, Talentnutzung zu tun.

3 Wettbewerbllichkeit

Wettbewerbllichkeit ist oft geknüpft an Maßzahlen wie die Rankings. Ich habe immer gesagt, wenn man in den Rankings gut dasteht, dann mag man sie. Aber diese Rankings, in denen meine Universität sehr gut wegkommt, sind differenziert zu sehen. Erstens sind sie von der Größe der Einrichtung abhängig. Sehr kleine Einrichtungen haben kaum eine Chance, wenn sie nicht eine ganz herausragende Spezialität und ein paar Nobelpreisträger haben. Diese Rankings, das ist mein Hauptkritikpunkt, fragen nicht nach der Qualität der Lehrer, die wir ausbilden und die später unsere Kinder unterrichten; fragen nicht nach den Ärzten, die wir ausbilden, die in den Kliniken und in den Praxen tätig sind und sich um die kranken Menschen kümmern; und fragen nicht nach der Qualität der Ingenieure, die in unseren kleinen und mittleren Betrieben, auch in unserem Heimatumfeld, tätig sind, sondern fragen im Wesentlichen nach dem wissenschaftlichen Output, nach Spitzenforschung, internationaler Anerkennung und möglicherweise nach der Qualität der Ausbildung. Allerdings auch hier nur summarisch. Diese Rankings aber sind präsent, nicht zuletzt in den Medien, und so muss man sich mit ihnen beschäftigen. Da werden Sie sagen: „Passau, wir haben da überhaupt keine Chance. Wir sind eine kleine Universität, und wir sind auf Vielfalt ausgerichtet. Die einzelnen Einheiten sind deshalb eher noch kleiner.“ Da sage ich aber, es kommt darauf nicht an. Sondern worauf es ankommen wird in der Zukunft, und das will ich über meine Ausführungen stellen, ist *institutionelle Souveränität*. Ich sage bewusst nicht Autonomie, weil Autonomie oft individuell heruntergebrochen wird und dann zur Durchsetzung schnöder Eigeninteressen missbraucht wird. Es geht vielmehr darum, dass institutionelle Souveränität von der Gemeinschaft der Menschen gestaltet wird, die an dieser Institution mitwirken, vom Studierenden über die Mitarbeiterschaft bis zur Professor:innenschaft. Und Autonomie heißt ja nichts anders als dass man innerhalb eines gewissen, vom Eigentümer der Einrichtung gesetzten Rahmens selbst gestalten kann. Ich komme hier zum Begriff der „unternehmerischen Universität“, die vor 25 Jahren von meiner Seite aus gedacht war als Gegenmodell zur „behördlichen Universität“ als nachgeordneter Behörde. Behördliche Zwangsmechanismen sind inkompatibel mit der wissenschaftlichen Forschung. Das ist nicht verträglich mit institutioneller Souveränität und Autonomie des Handelns. Es war also damals bewusst ein provokativer Akzent gegen die ministeriellen Uniformitätserwartungen an die Universität als nachgeordnete Behörde. Dennoch ist die „unternehmerische Universität“ kein Wirtschaftsbetrieb, was oft unterstellt wird. Vielmehr ist sie geprägt von unternehmerisch tickenden Persönlichkeiten. Und das wiederum heißt: die Agenda selbst in die

Hand zu nehmen! Im Übrigen hat auch Wilhelm von Humboldt schon gesagt: „Man soll so handeln, als käme es ganz allein auf einen selbst an.“ – auch wenn der große Humboldt hier die Stärke des Teameffekts unterbewertet. Dass man die Agenda in die Hand nimmt, dass man nicht ausschließlich nur jammert, weil angeblich zu wenig Geld da ist, sondern schaut, dass man – wenn schon – noch mehr Geld herbringt. Unternehmerische, erfolgreiche Professor:innen und erfolgreiche Wirtschaftsunternehmer:innen haben viele Charakterelemente gemeinsam: Sie rennen um die halbe Welt, um ihre Produkte, Verfahren und Dienstleistungen an den Mann/ an die Frau zu bringen; sie wollen in das obere Segment der Wertschöpfung und wollen dort erfolgreich sein. Ein erfolgreicher Unternehmer und ein erfolgreicher Professor – die kümmern sich nicht zuletzt um ihre Leute. Das wird oft vergessen. Alles das sind Attribute des Unternehmertums und deswegen passt das zu einer modernen Academia, wenn man sie nicht als *Wirtschaftsunternehmen* missversteht. Aber ein *Wissenschaftsunternehmen*, das soll man sein! Es kommt nicht auf die wirtschaftliche Bilanz am Ende an, sondern auf die akademische Bilanz in der ganzen Breite. – Forschung, Lehre, akademischer Nachwuchs, Transfer in die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Und da will ich jetzt ein paar Begriffe verwenden und ein paar Themen herausgreifen, von denen ich glaube, dass sie wichtig sind. Institutionelle Souveränität ist nicht: Man tut was man will. Vielmehr: Man tut das Beste in Ausgestaltung der akademischen Freiheit aber auch im Kontext einer wohlverstandenen institutionellen Souveränität. Nehmen wir die Lehrerbildung. Ob wir eine Lehrerbildung haben an der Universität – und Passau hat eine sehr gute, das soll die Institution entscheiden, und so habe ich damals mit den Gremien entschieden, dass die Lehrerbildung an der TU München wieder eingeführt wird. Wie die Lehrerbildung gemacht wird, das ist dann eine Frage der Freiheit der Forschung und Lehre, der institutionell gesetzten Rahmenbedingungen und freilich auch des beruflichen Bedarfs, was die Inhalte betrifft.

4 Profilbildung

Profilbildung ist ein Attribut der institutionellen Souveränität in der unternehmerischen Universität. Schwerpunktsetzung: Beispiele wie die Bioökonomie in Straubing hatte ich schon genannt. Die Biogenen Rohstoffe, die Lehrerbildung bei Ihnen, das sind profilbildende Linien, die man zur extremen Ausprägung bringen kann und damit Reputation erlangt. Zweitens: Allianzfähigkeit, die heute gegeben sein muss, um im nationalen und internationalen Kontext zu punkten. Synergieeffekte schaffen bedeutet das ja. Sich kompetenzmäßig einander zu ergänzen in einer komplexen Welt von Wissenschaft und Technik. Die Welt ist so komplex geworden, dass einzelne Talente und einzelne Expertisen nicht mehr genügen, um uns voranzubringen. Nehmen Sie die künstliche Intelligenz: neben den vielen neuen Professuren ist hier eine geordnete, funktionierende Verbundstruktur angesagt, um ein national und international leistungsfähiges Gebilde zu schaffen (Cluster).

Ebenso bei der Medizin. Da haben wir ja momentan die „Niederbayern-Medizin-Diskussion“. Ich denke hier kann man durch Verbund tragfähige Lösungen finden, die als allianzfähige Systeme kritische Massen schaffen. Nehmen Sie etwa die Gesundheitssystemwissenschaft, die bisher kaum ausgeprägt ist auf nationaler Ebene (Präventionsaspekte wie vor allem Ernährung und Bewegung). Die gehört künftig in das Umfeld starker Medizinfakultäten, einschließlich sinnvoll akademisierter ärztlicher Assistenzberufe. Welch ein Jammer, dass Orthoptisten, die dem Ophthalmologen zur Seite stehen, oder andere ärztliche Assistenzberufe mit der Notwendigkeit eines technischen Hintergrunds, nicht Bachelor-Studiengänge an Universitäten machen können. Das liegt auch daran, dass hier die Universitätsmediziner noch immer auf einem sehr hohen Ross sitzen. Man könnte sich in Niederbayern ein wundervolles Verbundsystem von Spitzenforschung und Gesundheitssystemwissenschaft einschließlich der Ausbildung von ärztlichen Assistenzberufen vorstellen, und zwar als Gemeinschaftsprogramm der Universitäten und der regionalen Kliniken. Und endlich hätte der Bachelor seinen berufsbehebenden Charakter. Hingegen wäre eine eigene, neue Medizinfakultät in Passau kompletter Unsinn, und auch nicht originell. Leider gibt es auch unkluge Gegenbeispiele: Eine „digitale Landwirtschaft“ in Ruhstorf wird isoliert nicht konkurrenzfähig sein, weder national und schon gar international. Spitzenergebnisse setzen die Allianz mit Spitzenforschung voraus, die es zu diesem Thema allenfalls bei der TUM in Weihenstephan gibt, oder eben jenseits unserer Landesgrenzen.

5 Internationale Präsenz

Ich komme, drittens, zur internationalen Präsenz. Was ich damit meine sind Dependancen im Ausland, auch um deutsche akademische Qualität, Ausbildungs- und Forschungsqualität sichtbar zu machen. Wir haben als TUM eine solche Dependance in Singapur. Aber es ist klar, dass hier viel Geduld, langer Vorlauf erforderlich war, Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz seit der Gründung vor 20 Jahren. Die dortige TUM Asia Pte Ltd ist vollkommen selbstfinanziert, zahlt also ihre Dozenten und die Forschung wie auch die Ausbildung. Natürlich kann das nur auf Basis von finanziellen Studienbeiträgen gelingen, und zwar nach Vollkosten. Diese internationale Präsenz macht Deutschland als Bildungsnation fernab der Heimat sichtbar. Umgekehrt sollen wir Möglichkeiten schaffen, um internationale Student:innen in unsere Hochschulen und Universitäten zu bringen. Und da hat Passau viel Attraktivität. Es müsste hier nur staatlicherseits ein wesentlich größeres Budget für die studentische Unterstützung, für Doktorand:innen-Stipendien usw. geleistet werden.

Viertens möchte ich die Gründerkultur als Signum institutioneller Souveränität hervorheben. Das ist auch etwas, was nach Passau passt aufgrund des hier vorhandenen Fächerspektrums (z. B. Informatik plus BWL). Ich weiß, dass da viel Geduld und Ausdauer erforderlich ist. Als ich vor 25 Jahren Präsident wurde,

wurde vielfach bestritten, dass Firmenausgründungen eine Sache der Universität sei. Dennoch waren wir der Meinung, die jungen Menschen haben heute einen wesentlich stärker ausgeprägten unternehmerischen Spirit als meine Generation, die sich vor allem für Groß- und Mittelbetriebe hat ausbilden lassen. Ich wollte Chemiker bei Hoechst werden, zum Beispiel. Die jungen Leute sind heutzutage viel stärker daran interessiert, ihr wirtschaftliches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Mittlerweile, um die Geschichte kurz zu halten, haben wir nahezu 100 Firmenausgründungen (spin-offs) jährlich allein an der TUM. Da sind auch einige sog. Unicorns und Decacorns dabei, das sind Firmen, die an der New Yorker Börse mit über einer Milliarde bzw. 10 Milliarden US-\$ bewertet werden, und die sind zum Teil kaum zehn Jahre alt. Natürlich haben wir durch Ermutigung und Förderung eine Atmosphäre geschaffen, die solche Unternehmen letztlich hervorbringt.

6 Unternehmenskultur

Schließlich zur Unternehmenskultur: Sie hat die TUM in voller Breite auf allen Ebenen erfasst. Ich fange an mit den attraktiven Berufungsverfahren. Natürlich muss man nicht nur Professuren haben, sondern auch eine vernünftige, wettbewerbsfähige Ausstattung. Sonst kriegt man die Top-Leute nicht. Man muss auf dem Tenure-Track-Gebiet vorankommen. Im Übrigen haben wir auf diese Weise, als wir das Tenure-Track begannen, einen enormen Schub an tüchtigen, jungen Professorinnen bekommen. Man muss die Besoldungsflexibilität nutzen. Das ist auch eine Frage der Führung. Für Besoldungsentscheidungen kann man keine Gremien brauchen. Das muss der Häuptling selber machen und auch verantworten, und wenn er vieles falsch macht, dann muss man ihn halt wieder loswerden. Im Übrigen, zur Governance komme ich nachher gleich noch einmal. Man muss zum Thema Unternehmenskultur, was in ganz Deutschland heute noch ein Defizit ist, zum Beispiel den akademischen Mittelbau gezielt, d.h. systematisch entwickeln. Denn das sind die Leute, die letztlich das Rückgrat der Universität bilden und Stabilität schaffen, wie die Seitenruder bei einem Hochseetanker. Die Mittelbaukarrieren werden bisher nirgends systematisch entwickelt, was aufgrund des Entwicklungspotentials dieses Personals einer Verschwendung geistiger Ressourcen und Talentreserven gleichkommt. Hier ergreifen wir eine Initiative in der Exzellenzstrategie 2018 der TUM in Gestalt einer systematischen Entwicklung des Mittelbaus in einem dreistufigen Verfahren: Qualifizierung und Aufstieg, auch monetär. Diese Art der Karriereentwicklung ist interessens- und begabungsgeleitet. Ich empfehle Ihnen, diesen Weg an der Universität Passau aufzugreifen, denn das geht an einer kleineren Universität genauso gut.

Ein weiteres Entwicklungsfeld, das wir auch in der Exzellenzstrategie 2018 eröffnet haben, ist das Life Long Learning. Das ist ein kompliziertes Gebiet, das brach lag. Eines der Motive besteht darin, die Alumni auf diese Weise wieder an die Universität zurückzuführen. Berufsmärkte sind instabil geworden. Umschulungen,

neue Kenntnisse angesichts des rapiden Wandels des Wissens aufs Neue abzuholen, das tut man natürlich gerne dort, wo der emotionale Bezug besteht, also bei der eigenen Alma Mater. Weiterführender Gedanke: Aus zufriedenen Alumni werden treue Verbündete und gelegentlich auch edle Stifter.

Zu guter Letzt ist mir die Wertschätzung für die Emeriti jetzt nicht deshalb einen Gedanken wert, weil ich jetzt selbst schon einer bin, nein, weil ich schon als junger Präsident vor 25 Jahren gesehen hatte, dass man Talente verschwendet, wenn mit der Ruhestandsurkunde das Interesse an den Emeriti endet. Die haben oft 20 Jahre und länger dieser Einrichtung gedient und sind es wert, dass man sie wertschätzt und dass man sie einbezieht in die Arbeit. Ich habe deshalb den Kreis der „TUM Emeriti of Excellence“ gegründet. Das sind ausgewählte Kollegiumsmitglieder, die in der Lehre tätig sind, die mich als Präsidenten zum Beispiel im Ausland vertreten, die sich vielfach in das Leben der Universität aktiv einbringen. Das kann auch eine kleinere Uni wie Passau machen. Diese Art der Wertschätzung zahlt sich aus!

7 Ausblick

Für den Schluss meiner Ausführungen haftet am Rand meiner Notizen ein kleiner Zettel mit der Aufschrift „Ministerium“. Was will ich dazu sagen? Ein Ministerium ist natürlich mit der Vielfalt der Universitäten und deren rapiden Entwicklung überfordert. Es ist nicht einmal in der Lage, die besten Standards, die an einer bestimmten Universität erfunden oder belebt werden, auf die anderen zu übertragen. Es fehlt das elementare Benchmarking-Prinzip – weil man nichts von Wettbewerb hören will. Sie haben beispielsweise in Passau ein wunderbares Verfahren zur Auswahl der Lehramtsstudierenden. Das sollte längst Standard in ganz Bayern sein. Die Internationalisierung, den Transfer in die Wirtschaft – davon ist ein Ministerium zu weit entfernt. Ein Ministerium müsste gute Initiativen gedeihen lassen, sie aber im Erfolgsfall auf das Gesamtsystem übertragen. Sich stattdessen auf die Autonomie hinauszureden ist zu billig, kaum ein Ministerium hat letztlich Verantwortung für die Qualität des Gesamtsystems.

Nun noch: Wer mit Geld nicht vernünftig umgeht, der kann eine Universität nicht niveauvoll betreiben, weil die staatlichen Mittel, und wenn sie noch so gut sprudeln – und die bayerischen staatlichen Kassen sprudeln ja nicht schlecht, sind wir mal ganz ehrlich – für das internationale Spitzenniveau nicht genügen. Dafür sind die Drittmittel da. Die TU München ist dazu übergegangen, für jedes Projekt, auch Industrieprojekte, 20 Prozent Overhead zu nehmen, ansonsten wird das Projekt nicht akzeptiert. Und diese 20 Prozent geben wir natürlich nicht 1:1 an die sog. Einwerber, also die verantwortlichen Professor:innen, weiter. Wir zahlen zwar Forschungsprämien an Professor:innen, wenn das abgedeckt ist im Vertrag, ansonsten aber gestalten wir mit dem Overhead (der jährlich in Millionenhöhe anfällt) die Universität. Im Übrigen: Die weniger drittmittelfähigen Fächer, die

Geistes- und Sozialwissenschaften, erhalten bei uns aus dem globalen Overhead kräftig Unterstützung, und auch Belange von Kunst und Kultur werden so an der Universität unterstützt. Also: Geld muss nicht unbedingt stinken, wenn man ordentlich damit umgeht und wenn man es eben in jenen Bereichen verwendet, die wirklich Bedarf haben und die gleichzeitig das Profil der Universität erweitern, stärken und – wenn Sie so wollen – auch verschönern. Die Governance einer Universität muss so organisiert sein, dass neue Themen gesetzt und zügig auf den Weg gebracht werden können. Auch dazu braucht man Anschubfinanzierung. Da bin ich ein Verfechter des Matching-Prinzips: Wenn man einen Euro aus der Gemeinschaftskasse gibt, sollen diejenigen, die das Projekt voranbringen wollen, auch selber einen Euro beisteuern, durch Einsparungen bei weniger Wichtigem. Das geht, wenn man nur will. Jedenfalls ist dieser planvolle, zukunftsorientierte, flexible Umgang mit Geld ein wichtiges Erfolgskriterium für die Führung einer Universität. Dabei muss in jeder Veränderungsphase vertrauensbildend gearbeitet werden, letztlich als unternehmerisches Grundmotiv. Da sind wir eigentlich zurück bei Karl Jaspers und Wilhelm von Humboldt: die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, die ohne Vertrauen nicht möglich ist. Und ich habe in den 24 Jahren Präsidentschaft oft erlebt, dass Skepsis in Zustimmung umgeschlagen ist, wenn eine zunächst ungewöhnlich erscheinende Idee gut erklärt wurde und dann gezündet hat. Etwa bei den staatlichen Ersatzmitteln für die Studienbeiträge, als ich vorschlug: „Jetzt kriegen wir 21 Millionen im Jahr. Ich multipliziere das mal mit fünf, denn diese Laufzeit kommt gewiss. Das sind dann 105 Millionen. Damit werden wir wohl um Gottes willen nicht nur Reagenzgläser kaufen, sondern lasst uns doch Gebäude bauen, in denen Ihr Studierende arbeiten könnt.“ Die „StudiTUM“-Gebäude stehen heute an jedem Standort der TUM, finanziert zur Hälfte aus dem Drittmittel-Overhead. Dieser unternehmerische, nachhaltige Umgang mit Geld hat unseren Studierenden eingeleuchtet und stets kam es darauf an, dass Präsident und Kanzler das handlungsfähige Führungsduo waren.

Literatur

- Finanzierungsmodelle versus Forschungsfreiheit. München: TUM.University Press, 225-230.
- Herrmann W. A. (2020): Orientierungskodex: Der akademische Leitbildgedanke. München: TUM. University Press.
- Herrmann, W. A. (2020): Forschungs- und Wirtschaftskooperationen. Selbstverständnis und Selbstvertrauen der Universität. In: ders. (Hrsg.): Geld für die Wissenschaft
- Herrmann, W. A. (2020): Was bedeutet die „Unternehmerische Universität“ und wo sind ihre Grenzen? München: TUM.University Press.

Autorenangaben

Wolfgang A. Herrmann, Prof. Dr. Dr. h. c. mult, Präsident Emeritus TUM
email: president.emeritus@tum.de

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Virtueller Brückenschlag in die Zukunft der Universität Passau

Ich habe auf Bitten der Veranstalter einen Titel für das heutige Gespräch gewählt, nämlich „Qualität heißt mehr Individualität und weniger Verschulung“. Das ist im folgenden Beitrag auch meine These. Aber ich beginne mit der fast gegenteiligen Feststellung, dass die Verschulung etwas sehr Vernünftiges war. Sie war relativ bequem aber auch funktional für die Schule, auch für die Hochschule. Sie war eben auch eine Möglichkeit für formale Gerechtigkeit zu sorgen, weil emotional motivierte Ungerechtigkeit bei Leistungsnoten eingeschränkt wird. Wenn alles hinreichend objektiviert ist, dann wird sich niemand über mögliche emotional begründete schlechte Bewertung beklagen können. So steht Verschulung auch für eine Vergleichbarkeit von Noten, für den reibungslosen Wechsel von einer Hochschule zur anderen und sogar ins Ausland. Das heißt also, Verschulung hatte ihren Sinn, jenseits der negativen Konnotation, die auch damit zusammenhängt. Für die heutige Konzeption einer Hochschule ist auch zu bedenken, dass das deutsche Bildungswesen weltweit insbesondere für seine Berufsschulen gepriesen wird. Dort ergänzen sich die Lernschule und die berufliche Tätigkeit gegenseitig. Es gibt praktisch kein anderes Land, wo das in dieser Form der Fall ist. Wenn ich mit deutschen Entwicklungshelfern rede, dann sagen die mir häufig, „ja, das Erste, was gefragt sein wird, ist das deutsche Berufsschulwesen“. Im Grunde ist aber die wohlverstandene Einbindung der Lernschule in die berufliche Praxis während der Berufsschulzeit auch eine Art von Absage an eine eng gedachte, rein wortreiche Verschulung.

1 Die digitale Revolution

Nun zu unserem engeren Thema: Die heutigen Herausforderungen finden sich nicht nur in einer Polarität zwischen Individualität (im Sinne individueller Bildungswege und -ziele) und Verschulung (im Sinne eingeschränkter Wahlmöglichkeiten und vorbestimmter Qualifikationsprozesse). Die Digitalisierung erzeugt besondere Herausforderungen. Jörg Dräger von der Bertelsmann Stiftung, im Vorstand für Bildung zuständig, hat ein Buch dazu geschrieben: „Die digitale Bildungsrevolution“. Und er sagt, man komme um die digitale Dimension überhaupt nicht herum. Wer das noch versucht, praktiziert sozusagen „Mittelalter“.

Er gibt ein ganz schönes Beispiel dafür, wie wirksam das heute schon ist. Er weist darauf hin, dass es viele Konzerne, insbesondere in Amerika, gibt, die bei Bewerbungen, den Erkenntnissen aus 20 Minuten Computer-Spielen mehr vertrauen, als sämtlichen Zeugnissen und Abschlussnoten, weil im Computerspiel die Anforderungen sozusagen so kondensiert werden können, dass man die Fähigkeiten der Bewerber ganz schnell erkennen könnte. Also: diese Varianten von Effizienz stecken auch in der Digitalisierung. Es geht nicht immer um das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, was ja in der öffentlichen Diskussion häufig das Wichtigste ist. Aber: Derselbe Mann, Jörg Dräger, war vorher parteiloser Bildungssenator in Hamburg und hat in dieser Funktion Sachen gesagt, die ich völlig falsch finde. Er hat gesagt: „Also, wozu brauchen wir eigentlich die Geisteswissenschaften?“ In der heutigen technischen Welt brauchen wir im Wesentlichen die MINT-Fächer.“ Und es gibt viele Leute in der deutschen Bildungslandschaft, die ständig nur über MINT reden, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik. Die rein technische Ausrichtung, das ist heute wahnsinnig populär, dafür kriegt man Geld. Für Digitalisierung wird Geld rausgeschmissen, jede Menge. Das ist die heutige Situation, die Jörg Dräger im Prinzip richtig beschreibt. Aber ich habe genau in dieser Zeit, als er Hamburger Senator war und die Geisteswissenschaften an der Universität vernachlässigt hat, von der Handelskammer in Hamburg, in anderen Städten heißt das Industrie- und Handelskammer, gehört: „Das ist eine Katastrophe, was dieser Dräger da macht. Wir brauchen für unsere internationalen Gesprächspartner selbstverständlich ein gutes Verständnis von Geisteswissenschaften.“ Das heißt also, diese „Anbetung“ von Digitalisierung und Technik und Technologie kann total falsch sein.

Jetzt will ich aber noch ein bisschen tiefer gehen in meinen fürchterlichen Aussagen. Ich habe vor ein paar Tagen einen Aufsatz von Shoshana Zuboff gelesen, Professorin an der Harvard Business School. Sie warnt in aller Schärfe vor Dominanz der sozialen Medien. Sie nennt sie „anti-social media“. Und sie führt sogar die versuchte Eroberung des Capitols durch verrückte Trump-Spinner auf die anti-social media zurück. Also „anti-social media“ sind ein Teil von, wie sie es nennt, Überwachungsimperien, die vom Silicon Valley aus agieren. Sie höhlen die Demokratie so lange aus, bis die Lügen-Konsortien in den sozialen Medien auf einmal ernster genommen werden als die reale Demokratie. Also: Vorsicht! Auch Digitalisierung bildet ja einen wesentlichen Teil von diesen anti-social media.

Wer die digitale Revolution weiterdenkt, kommt nicht an Ray Kurzweils Vision der „Singularity“ vorbei. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das schon einmal angesehen hat. Singularity ist nach Kurzweil jener Zeitpunkt, von dem ab die intelligenten Maschinen die Intelligenz der Menschen überholen – und er ist begeistert von dieser Idee! Er hat die Singularity Universität gegründet, mit Google-Geld, wahnsinnig viel Geld. Die Singularity Universität hat eine Restriktion: es geht nur um Wissenschaft und Technik, die exponentielles Wachstum aufweist – ja!

„Exponential technologies“, lautet das sprachliche Selbstlob der Singularity University. Also, ich will damit auch sagen, meine Vorstellung von einer guten Universität ist völlig anders gelagert. Ich kann mir aber sehr wohl vorstellen, dass diejenigen, die Ministerpräsident Söder womöglich an der TU München bewundert, genau die gleiche Mentalität aufweisen, wie sie an der Singularity University gilt. Da erhält man Patente, wahnsinnig viel Geld usw. Das ist ja vielleicht genau das, was ein Ministerpräsident will. Also: Vorsicht!

2 Verschulung und Individualität

Ich weiß natürlich, dass man mit so einer Schimpfkanonade für die heutige Diskussion nicht viel ausrichten kann. Deshalb kehre ich nach meinem etwas makabren Einstieg zurück zur Polarität zwischen Verschulung und Individualität. Ich frage mich natürlich – und frage Sie alle: Wenn Individualität Qualität bedeuten soll, muss sie dann nicht gepaart sein mit anderen Tugenden, z. B. Eigenständigkeit, Neugier, Mut zum Widerspruch? Das sind Qualitäten bzw. Eigenschaften, die man in der heutigen realen Welt unbedingt braucht. Und dann ist Individualität etwas Gutes. Dagegen weist die Art von Individualität, von der Jörg Dräger geredet hat, in die Gegenrichtung. Er lobt die Digitalisierung, weil sie alles individualisiert. Für ihn sind damit die alte verschulte Universität oder Schule einfach von Vorgestern. An dieser Stelle bin ich freilich ein Stück weit bei ihm. Aber er versäumt es, die notwendigen Fähigkeiten miteinzubeziehen, die zur Individualität gehören. Durch sie wird Individualität erst positiv und wertvoll.

Individualität in der Bildung an der Hochschule, muss mit hohem Respekt für wissenschaftliche Methoden einhergehen. Sonst wäre der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet. Auch hier liegt aber eine Herausforderung. Zu 95 Prozent sind wissenschaftliche Methoden, muss man leider sagen, disziplinar. Ein Wesensmerkmal für gute Individualität ist also der Respekt vor Methoden, die leider hauptsächlich disziplinar sind und verschult eingesetzt werden. Und dann noch ein Weiteres: Wenn die Individualität nicht zu Egoismus und Eigenbrötlerei führen soll, dann muss sie mit Teamarbeit kombiniert sein. Das heißt also, eine Hochschule, in der im Wesentlichen Individualismus gepredigt und praktiziert wird, ist idiotisch, wenn sie nicht zugleich und eigentlich Entwicklungen in Richtung Kooperation und Teamarbeit unterstützt. Soweit einige allgemeine Bemerkungen.

3 Baukasten gegen Systemzwänge

Und nun will ich doch das, was Ulrich Bartosch in seiner Einführung freundlicherweise gleich erwähnt hat, ganz kurz streifen. Das betreffende Buch nennt sich „Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan“. Es ist etwa

vor 50 Jahren erschienen. Das war eine „wilde“ Idee von mir – aus Verärgerung über die Verschulung meiner eigenen bisherigen Studienfächer Physik und Biologie. Ich fand als Biologie-Interessierter z. B. Umwelt wahnsinnig interessant. Aber das kam im damaligen Curriculum gar nicht vor. Und in der Physik fand ich die Verbindung zur Biologie oder auch zur Ökonomie brennend interessant. Auch sie kam nicht vor. Das heißt also, ich war selbst neugierig auf Zusammenhänge meiner Fächer mit anderen Disziplinen. So wollte ich, dass auch Studierende die Möglichkeit haben, außerhalb der eng gesetzten Grenzen ihres Hauptfaches ihrer Neugier zu folgen. Und im Extremfall, habe ich gesagt, warum sollte nicht jeder individuelle Studierende, jede Studentin ein eigenes Curriculum entwickeln? Als ich mit solchen Vorschlägen angekommen bin, auch in der Universität Kassel, hat man natürlich erst einmal gedacht, „der spinnt, der ist ja vollkommen verrückt“. Und dann kam begrifflicherweise die Forderung, dass es mindestens so etwas wie Vorschlagsstudiengänge gibt, also Mindestforderungen, und dass man wenigstens ein Hauptfach hat. Trotzdem fand ich es sehr wichtig, dass man immer wieder Elemente ganz anderer Art mit ins Studium einbaut. Also, ich dachte mir auch, eine deutsche Studentin verliebt sich in einen persischen Studenten. Das ist legitim. Und dann möchte sie als Nebenfach, meinerwegen zum Hauptfach Psychologie, Persisch lernen. Warum eigentlich nicht? Das heißt also, ganz fachlich „fremdartige“ Leistungen sollen ermöglicht werden. Ich will jetzt nicht die ganze Geschichte erzählen, aber dann habe ich gesagt, man braucht im Hauptfach auch eine Auswahl von Hauptkriterien, die beherrscht werden müssen. Ich habe das dann für Physik, für Ökonomie und verschiedene andere Fächer vorbuchstabiert. Also in der Physik muss z. B. das Element der Genauigkeit, der genauen Messung behandelt werden, aber, ob das in der Optik oder in der Quantentheorie oder in der Mechanik oder Festkörperphysik gemacht wird, das ist ziemlich egal. Man muss nur wissen, dass es einen Wert hat, sehr genau messen zu können. Und dann braucht man natürlich die Quantenphänomene. Und man muss selbstverständlich auch die Festkörperprobleme bearbeiten. All dieses gehört dazu. In welcher Form das dargestellt und behandelt wird, steht nicht in einem Lehrbuch, sondern ist dann im Wesentlichen den Professoren überlassen. Und im Übrigen sollten nur 50% der Workload im Hauptfach sein, 25% in Neben- und Hilfswissenschaften, also z. B. für einen Physiker ein bisschen Mathematik oder Chemie oder irgendetwas, und 25% total frei, also z. B. Persisch oder Theologie oder irgendetwas. Diese Idee hat sich nirgends durchgesetzt, obwohl es in Amerika eine ganze Reihe von Hochschulen gibt, die doch dieser Idee folgen. Und der amerikanische Bachelor of Liberal Arts, der ist ja das, was die amerikanischen Universitäten groß gemacht hat. Das ist übrigens der Humboldt'schen Universitätsidee recht verwandt. Es enthält geradezu die Aufforderung, das individuelle Studium ganz breit aufzubauen. Der Bologna-Prozess war viel später leider ein stümperhafter Versuch, die Glorie des Bachelor of Liberal Arts nach Europa zu transportieren. Aber das Gegenteil

wurde, insbesondere in Deutschland, gemacht. Man dachte, ein Bachelor muss berufsqualifizierend angelegt sein und ganz eng gefasst, verschult. Im Ergebnis bedeutete dies eine groteske Wahrnehmung davon, wofür der Bachelor seinen Ruhm erreicht hat. Das muss heute wieder korrigiert werden. Also die Verschulung, insbesondere in der Bachelorausbildung, muss rückgängig gemacht werden. Man kann dann noch weitergehen und die disziplinierte Charakteristik von Wissenschaft bedenken: Die heutigen Probleme der Welt sind nicht diszipliniert. Zwar gibt es disziplinäre Klimaforschung, gar keine Frage. Aber die Antwort auf die Frage, „Wie können wir das Klima schützen?“, kommt vor in der Psychologie, in der Elektrotechnik, in der Fahrzeugtechnik, in der Biologie, in der Atmosphärenforschung usw. Das heißt also, die heutigen Probleme, für das Klima nur ein Beispiel ist, sind als Probleme interdisziplinär oder transdisziplinär. Wenn man nun Schülern und Studenten nicht erlauben wollte, im transdisziplinären Milieu ernsthaft zu arbeiten, freilich stets mit Respekt für die strenge Beachtung wissenschaftlicher Methoden, dann ergäbe das eine schlechte Hochschule. Anders aber, ergibt sich mehr „Qualität durch Individualität anstelle von Verschulung“. Mit diesen Äußerungen, die auch etwas als Karikatur gefasst sind, beende ich jetzt, damit ich dann auch noch Frau Professorin Henkel zuhören kann.

Literatur:

- Dräger, J & Müller-Eiselt, R (2015): Die Digitale Bildungsrevolution: Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können. München: DVA.
- Kurzweil, R. (2005): The Singularity Is Near: When Humans Transcend Biology. London: Lola Books.
- Von Weizsäcker, E. U. (1970): Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan. München: Piper.
- Zuboff, S. (2021): The coup we are not talking about. We can have democracy, or we can have a surveillance society, but we cannot have both. In: The New York Times, 29. Januar 2021.

Autorenangaben

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr., u. a. Gründungspräsident
der Gesamthochschule/ Universität Kassel
email: ernst@weizsaecker.de

IV. Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz

Bernd Sibler

Erfolgreiche Hochschulen brauchen exzellente Rahmenbedingungen

Bayern ist ein überaus erfolgreicher und international beachteter Wissenschaftsstandort. Seit unserer letzten Hochschulrechtsreform im Jahr 2006 haben sich jedoch zentrale Faktoren in Staat, Gesellschaft und Umwelt mit hoher Dynamik verändert. Das stellt die Hochschulen vor große Herausforderungen. Insbesondere Globalisierung, technischer Fortschritt, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimawandel sowie jüngst die Covid19-Pandemie erfordern eine hohe Agilität und Flexibilität in vielen Bereichen.

Auch an den Hochschulen selbst hat sich seit der letzten Reform vieles verändert. Die Studierendenzahlen sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Ein tiefer Einschnitt waren hier die Jahre 2011 und 2012, als die Absolventinnen und Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs an den Hochschulen angekommen sind. Auf diesen Zuwachs von Studierenden war man damals sehr gut vorbereitet. Der erwartete Peak bei den Studierendenzahlen hat sich über die Jahre jedoch verstetigt. Derzeit erleben wir, dass weniger internationale Studierende in Bayern studieren – insbesondere im Bereich des Austauschstudiums. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir diese mit geeigneten Maßnahmen wieder dafür gewinnen können, einem Studium vor Ort in Bayern nachzugehen. Mit unserer Initiative „restart – willkommen zurück“ haben wir beispielsweise nach den digitalen Semestern die Vernetzung, das unmittelbare Miteinander und den persönlichen Austausch innerhalb der Hochschulfamilie mit rund einer halben Million Euro unterstützt.

Im Frühjahr 2020 mussten unsere Hochschulen angesichts des Infektionsgeschehens sehr plötzlich von Präsenzveranstaltungen auf digitale Lehre umstellen. Das war eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten und es war wirklich beeindruckend, wie hervorragend diese gemeistert wurde. Bayernweit konnten rund 90 Prozent der Veranstaltungen virtuell stattfinden. Das ist eine stolze Zahl und ich bin sehr froh über die steile Lernkurve, die wir hier erlebt haben. Das Wissenschafts- und Kunstministerium stand dabei in engem Kontakt mit den Hochschulen, um die organisatorischen und didaktischen Fragestellungen zu begleiten. Gleichzeitig investieren wir kraftvoll, um die digitale Lehre und die technische Ausstattung weiter zu verbessern. Als ausgebildeter Lehrer ist mir bewusst, dass eine Präsentation über digitale Medien nicht automatisch einer guten digitalen

Lehre entspricht. Hier wollen wir ganz gezielt ansetzen, um den Innovations-schub durch Corona zu verstetigen und nachhaltig zu nutzen. Auch mit Blick auf die weitere Konzeption digitaler Prüfungsformate waren die Erfahrungen der digitalen Semester eine wertvolle Grundlage. Das große Engagement unserer Hochschulen hat es möglich gemacht, hier in kürzester Zeit viel zu bewegen. Und mit einer entsprechenden Rechtsverordnung haben wir in Bayern als erstes Bundesland Planungs- und Rechtssicherheit bei digitalen Fernprüfungen geschaffen. Den erfolgreichen Weg wollen wir gemeinsam konsequent weitergehen. Deshalb unterstützt das Wissenschaftsministerium die Einrichtung von zwei neuen baye-rischen Kompetenzzentren für digitale Prüfungen zum weiteren Ausbau digitaler Prüfungsformate an den Hochschulen.

1 Mit der Hightech Agenda Bayern machen wir den Freistaat zukunftsfähig

Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hat mit seinen Ressortzuständigkeiten für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes eine herausra-gende strategische Bedeutung. Und mit der Hightech Agenda Bayern hat unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Bereich Hochschulen und Forschung zu einem zentralen Schwerpunkt der Landespolitik in der laufenden Legislatur-perioden gemacht. Gerade die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind Me-gathemen unserer Zeit. Diese Felder sind ganz entscheidend für den wirtschaft-lichen und sozialen Wohlstand von morgen, deshalb müssen wir schon heute die Weichen stellen, damit wir in Bayern auch weiterhin so gut leben können. Und wir wollen dabei die Entwicklungen aktiv nach unseren europäischen Maßstäben gestalten. Es ist mir ein zentrales Anliegen, dass wir hier unsere christlich-abend-ländischen Wertvorstellungen einbringen. Insbesondere die christliche Soziallehre mit ihren grundlegenden Prinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität ist auch für die Ausgestaltung der digitalen Welt ein wichtiger Leitfaden. Konzepten einer maximalen Ökonomisierung oder Überwachung wollen wir hier ein dezi-dierte an unseren ethischen Vorstellungen orientiertes Verständnis entgegensetzen. Das ist allerdings nur möglich, wenn wir uns dem Wettbewerb aktiv stellen und international wahrnehmbare Beiträge leisten sowie Standards definieren können. Und das ist genau der Anspruch unserer Hightech Agenda Bayern. Es ist mir per-sönlich ein zentrales Anliegen, dass bei allem technischen Fortschritt immer der Mensch im Mittelpunkt steht. Deshalb wollen wir auch die fächerübergreifende Zusammenarbeit an den Hochschulen weiter stärken und die Rückkopplungen etwa der Geisteswissenschaften oder der Rechtswissenschaften zu den technischen Fächern intensivieren. Eine wichtige Vorreiterrolle wird hier auch die neu gegrün-dete Technische Universität Nürnberg spielen.

In das Hochschul- und Innovationssystem Bayerns fließen im Rahmen der Hightech Agenda Bayern im Zeitraum 2020 bis 2023 zusätzlich zwei Milliarden Euro. Das Programm umfasst insgesamt 2.500 neue Dauerstellen, davon 1.000 neue Professuren. Zudem schaffen wir über 13.000 neue Studienplätze. Und auch das Finanzvolumen für Baumaßnahmen haben wir auf nunmehr 670 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Das ist ein wuchtiger Aufschlag, der national und international vernommen worden ist. Das zeigen uns unter anderem Bewerbungen aus aller Welt auf die neuen Professuren, vor allem auch aus den USA und dem Vereinigten Königreich.

Um auf die vielen neuen Herausforderungen und Aufgaben zu reagieren, brauchen wir hervorragende Professorinnen und Professoren, wir brauchen aber auch einen gut aufgestellten Mittelbau. Aus diesem Grund machen wir aus 1.240 befristeten Stellen Dauerstellen. So setzen wir nicht nur einen wichtigen hochschulpolitischen Akzent, sondern geben auch einen ganz wesentlichen sozialpolitischen Impuls. Das ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen und zeigt ganz deutlich: Unsere Hochschulreform ist nicht mit Kürzungen, Verknappung und Stellenabbau auf Kosten des Mittelbaus verbunden. Wir haben mit der Hightech Agenda Bayern ein klares Bekenntnis für Hochschule und Bildung abgegeben. Und unsere Maßnahmen sind dabei fest im Haushalt verankert.

Als im Frühjahr 2020 die Coronakrise begann, haben wir die Hightech Agenda Bayern nicht etwa mit Blick auf die Finanzsituation ausgesetzt. Vielmehr haben wir sogar noch antizyklisch beschleunigt und sie mit der Hightech Agenda Plus um weitere 900 Millionen Euro aufgestockt. Die Hightech Agenda Bayern ist Ausdruck unserer Grundüberzeugung, dass für die Zukunftsfähigkeit des Landes und unserer Gesellschaft das Vertrauen in und die Förderung von Wissenschaft maßgeblich ist. Die Hightech Agenda Plus sagt aus, dass dies in Zeiten von Krisen noch wichtiger ist – auch bei finanziell engeren Spielräumen.

Hier an der Universität Passau bedeutet die Hightech Agenda Bayern beispielsweise einen Zuwachs von 26 Professuren sowie 36,9 Stellen für weiteres Personal und 6,8 Millionen Euro Sachmittel. Darin sind auch drei Stellen für Professuren enthalten, die die Universität Passau in unserem bayernweiten KI-Wettbewerb einwerben konnte. So kann die Universität ihre Schwerpunkte Digitalisierung, Vernetzte Gesellschaft und Europa auf dem Gebiet der KI konsequent und nachhaltig ausbauen. Und mit rund 400 neuen Studienplätzen für Informatik werden in Passau die dringend benötigten Fachkräfte von morgen ausgebildet. Im Rahmen der HTA ermöglichen wir auch den Neubau des Internationalen Wissenschaftszentrums am Spitzberg.

Ein zentraler Bestandteil der Hightech Agenda Bayern war von Anfang an auch eine umfassende Hochschulrechtsreform, die Antworten auf neue Fragestellungen in einer sich rasant verändernden Welt gibt. Denn neben den Ressourcen, die der Staat bereitstellt, ist insbesondere der Rechtsrahmen für das Hochschulwesen entscheidend.

2 Das Hochschulinnovationsgesetz schafft den rechtlichen Rahmen für den Erfolg unserer Hochschulen

Unsere Hochschulreform hat großes öffentliches Interesse geweckt. Ich freue mich sehr, dass sich so viele Akteure aktiv in den Prozess eingebracht haben. Alle Mitglieder der Hochschulfamilie haben sich dafür eingesetzt, dass ihre jeweiligen Interessen in unserem neuen Hochschulgesetz berücksichtigt werden. Wir haben hier von Beginn an den Austausch gesucht und dabei auch völlig neue Kommunikationswege beschritten, etwa mit einem Livestream, in dem ich Fragen zur Reform beantwortet habe.

Wir wollen mit unserer Hochschulreform eine zeitgemäße Ausgestaltung der Aufgaben der Hochschulen mit stärkeren Akzenten unter anderem bei den Themen Nachhaltigkeit, Gleichstellung, Vielfalt, Internationalisierung und Transfer. Ganz wichtig ist mir dabei: Wir wollen den Charakter der Hochschulen als soziale Bildungseinrichtungen dieses Landes beibehalten und dabei ein Stück erweitern. So können wir neue Antworten auf die Herausforderungen in einer Welt im Wandel geben. Gleichzeitig geben wir den Hochschulen weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei gilt: Diese können weiter beim bisherigen Modell bleiben und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch Änderungen vornehmen. So stärken wir unsere Hochschulen und geben ihnen Handlungsspielräume, ohne sie dabei völlig allein zu lassen oder ihnen Modelle aufzuzwingen, die sich nicht für sie eignen.

Mit unserer Hochschulreform wollen wir Talente fördern. Wir stärken den wissenschaftlichen Nachwuchs unter anderem durch die Einführung neuer Qualifikationswege zur Professur über Tenure-Track, Nachwuchsgruppenleitung oder HaW-Nachwuchsprofessur. Das sind entscheidende Punkte für gesicherte akademische Perspektiven. Für den Mittelbau werden die Hochschulen auch eigene Karrierezentren einrichten. Unsere Kunsthochschulen können in Zukunft auch hybride wissenschaftlich-künstlerische Promotionen sowie wissenschaftliche Habilitationen durchführen. Für Forschungsprofessuren wird es bei der Lehre entsprechende Verrechnungseinheiten geben, um Spitzenforschung zu ermöglichen. Auch die Aufgabe der angewandten Forschung und Entwicklung erfährt eine deutliche Betonung und Aufwertung. Besonders forschungsstarken Bereichen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften eröffnen wir ein eigenes Promotionsrecht – mit Evaluierung und klarem Qualitätsanspruch. Nicht zuletzt müssen die 2.500 Stellen, die wir schaffen, auch besetzt werden. Damit dies zügig möglich wird, werden wir im Hochschulrecht neue Möglichkeiten beschleunigter Besetzungsverfahren schaffen. Denn die Erfahrung zeigt: Hier verlieren wir allzu oft wertvolle Zeit, hier müssen wir schneller werden!

Ein weiterer zentraler Aspekt unserer Hochschulreform ist die Frauenförderung. Beim Frauenanteil in der Professorenschaft in Bayern können wir mit rund 20

Prozent nicht zufrieden sein. Im neuen Hochschulinnovationsgesetz soll daher die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft ein selbstverständliches Leitprinzip sein. Hier werden wir zum einen die Infrastruktur in den Fokus nehmen, denn Kinderkrippen, Kindergärten und Betreuungsangebote schaffen Möglichkeiten. Aber es ist auch eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, die Gleichstellung von Frauen tatsächlich umzusetzen. In allen Gremien – auch in der Hochschulleitung und in den Berufungsausschüssen – müssen Frauen angemessen vertreten sein. Mich überzeugt hier ein Kaskadenmodell, um das Durchbrechen gläserner Decken zu ermöglichen. Auch hier werden wir mit unserer Hochschulrechtsnovelle kraftvolle Akzente setzen, denn wir brauchen alle Talente.

In unserem Hochschulinnovationsgesetz formulieren wir einen Dreiklang von Forschung, Lehre und Transfer. Der Transfer ist dabei dezidiert nicht im ökonomischen Sinne zu verstehen. Gerade die Geisteswissenschaften können zum Beispiel bei der Karrierebildung einen ganz entscheidenden Beitrag leisten. Unter Transfer verstehen wir aber beispielsweise auch, dass Unternehmensgründungen aus den Hochschulen heraus einfacher gelingen können als bisher. Das wollen wir mit unserer Hochschulreform ermöglichen. Selbstverständlich gilt dies nur für Bereiche, in denen kommerziell nutzbare Ausgründungen überhaupt denkbar sind. Unser Ziel ist: Dort wo es machbar und sinnvoll ist, sollen die guten Ideen auch in Bayern zur Anwendung gebracht und produziert werden. Studierende sollen deshalb im Rahmen von Ausgründungen länger auf die Labore und die Infrastruktur der Universitäten zurückgreifen können, als das bisher noch der Fall ist. Es geht uns darum, mehr Ausgründungen zu ermöglichen und dabei auch schneller zu werden. Das heißt jedoch nicht, dass Universitäten wie DAX-Konzerne geführt werden sollen. Das Hochschulinnovationsgesetz schafft beim Thema Transfer somit keinen Gegensatz zwischen den technischen Wissenschaften und den Geistes- und Sozialwissenschaften, vielmehr setzen wir hier auf Synergieeffekte. Ich kann versichern: Wir werden keine unternehmerische Hochschule auf den Weg bringen. Stattdessen werden wir Möglichkeiten eröffnen.

Bei der internen und der externen Governance wollen wir die Freiheit und die Eigenverantwortung der Hochschulen ebenfalls stärken. Das Ministerium wird sich noch stärker als bisher auf die strategische Steuerung und Aufsicht zurückziehen – das aber konsequent und aufgrund seiner Verantwortung. Wir werden deshalb bei der externen Governance die Möglichkeit eröffnen, dass die Rechtsform hin zu einer reinen Körperschaft des öffentlichen Rechts geändert werden kann. Diese Entscheidung kann aber jede Hochschule für sich selbst treffen. Hochschulen können dann auch in einen Globalhaushalt überwechseln, der bei der Administration mehr Gestaltungsfreiheit ermöglicht, oder die Bauherreneigenschaft beantragen. Das stärkt einmal mehr ihre Eigenständigkeit. Wichtig ist: Die Hochschulen können sich hier verändern, sie müssen es aber nicht. Die verschiedenen Gestaltungsformen werden in Zukunft gleichberechtigt nebeneinander existieren.

Und der Freistaat Bayern bleibt Arbeitgeber für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen in Bayern.

Die interne Governance sollen die Hochschulen unter Einhaltung von reduzierten gesetzlichen Mindestvorgaben weitgehend selbst ausgestalten können. Wir setzen Leitplanken, die den Hochschulen freie Fahrt bei der Ausgestaltung der universitären Demokratie ermöglichen. Es wird aber weiterhin Hochschulleitungen, einen Hochschulrat und natürlich auch einen Senat geben. Und wir werden zusätzlich Gremien der akademischen Selbstverwaltung ermöglichen. Das kann eine Fakultät sein oder auch ein Department, hier können die Hochschulen eigene Akzente setzen. Hinsichtlich der Frage der studentischen Mitsprache werden wir eine Studierendenvertretung auf Landesebene einführen, keine verfasste Studierendenschaft. So wollen wir den sehr guten Austausch zwischen der LandesAsten-Konferenz und dem Wissenschafts- und Kunstministerium stärker formalisieren.

Die bayerischen Hochschulen weisen mit Blick auf ihre Größe, ihren Fächerkanon und ihre Forschungsschwerpunkte eine große Heterogenität auf. Dementsprechend brauchen wir insgesamt mehr Flexibilität und Variabilität, um unterschiedlichen Geschwindigkeiten, Gestaltungsmöglichkeiten, Notwendigkeiten und Bedürfnissen Raum zu geben. Deshalb streben wir auch eine Deregulierung durch die Zusammenführung und Verschlankung der beiden zentralen Landesgesetze an: des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes. Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen im neuen Hochschulrecht wollen wir es unseren Hochschulen im Freistaat ermöglichen, sich im nationalen und internationalen Wettbewerb noch besser zu positionieren.

Wir wollen, dass sich jede Hochschule standortadäquat und profilspezifisch weiterentwickeln kann. Jeder Hochschulstandort soll sein Potenzial voll ausschöpfen können und so bestmöglich zum Wohl aller beitragen. Gesetzliche Regelungen führen nicht automatisch zu größerem wissenschaftlichen Erfolg. Aber sie bilden dafür die Grundlage. Und die wollen wir optimieren. Wir haben uns im Wissenschaftsministerium und im Kabinett Zeit genommen, um allen Mitgliedern der Hochschulfamilie die Möglichkeit zur Mitwirkung an unserer Hochschulreform zu geben. Als Ergebnis wird die Hochschulreform als ein wesentlicher Baustein der Zukunftsoffensive Hightech Agenda Bayern die bayerische Wissenschaftslandschaft in allen zentralen Bereichen national wie international schlagkräftig und wettbewerbsfähig aufstellen.

München, im September 2021

Literatur / weiterführende Links

Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz: <https://www.stmwk.bayern.de/wissenschaftler/hochschulen/hochschulrechtsreform.html> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Hightech Agenda Bayern: <https://www.bayern.de/politik/hightech-agenda/> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Autorenangaben

Bernd Sibler, Landrat, Staatsminister a.D., ehem. Mitglied des Bayerischen Landtags

email: Landrat@LRA-DEG.Bayern.de

Heinrich Oberreuter

Wissenschaft als Dienst am Wissen

Angesichts der zugespitzten Diskussionslage erscheint zunächst einmal die gar nicht so sehr zugespitzte Darlegung des Herrn Ministers überraschend und auch keineswegs provozierend. Jedenfalls ist eher eine Berufung auf die Humboldt'sche Universitätsidee zu erkennen als ihre Verabschiedung. Über weite Strecken schien sie ja in Deutschland in Vergessenheit geraten zu sein. Die Nationalsozialisten hatten sie sogar unterdrückt, wie natürlich die Kommunisten auch. Weltweit hatte sie ehemals ihren Siegeszug angetreten. In den besseren amerikanischen Universitäten – so viele sind es gar nicht – ist sie ein Orientierungspfeiler bis auf den heutigen Tag. Diese Orientierung zielt auf die Verbindung von Bildung und Wissenschaft, von Forschung und Lehre sowie auf die Wissenschaftsfreiheit. Humboldt ist, was kaum jemand weiß, Bildung als Element sozialer Gerechtigkeit nicht fremd gewesen: Sie solle dem Sohn des Tagelöhners ebenso offenstehen wie dem des Kaufmanns. Mit Humboldt bewegen wir uns nicht in der Geschichte, sondern mitten im Kernbereich der Diskussion der letzten Monate, die eine Fülle von Widersprüchen und Widerworten hervorgerufen hat. Der vorhin gehörte Hinweis, es handle sich im Grunde um die zeitgerechte Ausformung der immer gleichen Idee, besitzt durchaus Berechtigung.

1 Gesellschaftliche Relevanz

Das gleiche gilt auch für die gesellschaftliche Relevanz unseres Gegenstandsreichs. Denn Humboldts Auftrag ist es nicht gewesen zu philosophieren, sondern einem gedemütigten und darniederliegenden Land Zukunftsfähigkeit durch Bildungsreform zu erschließen. Insofern dürften eigentlich auch heute gesellschaftliche Anfragen an die adäquate Leistungsfähigkeit des Wissens- und Bildungssystems nicht überraschen, wie wir sie in allen Reformwellen der letzten Jahrzehnte erfahren haben. Mit der High Tech Agenda begegnet uns aktuell also ein beständig wiederkehrendes Motiv. So lässt sich fragen, ob alle Worte und Widerworte der Diskussion hinlänglich bedacht sind.

Auf zwei Probleme weise ich hin: Zum einen schalten sich, was oft Artikulationschärfen nach sich zieht, Betroffene viel zu spät in den öffentlichen Diskurs ein, Wissenschaftler speziell, die mit ihrem Fach beschäftigt sind, aber oft auch diesen Diskurs ihrem Intelligenzniveau nicht für angemessen erachten. Zum zweiten hätte aber auch das Ministerium seine Position in der Vielfalt der Perspektiven in

der Komplexität von Traditionsorientierung und Reformperspektiven deutlicher darstellen sollen – und müssen. Herr Sibley ist dieser Komplexität heute jedenfalls gerechter geworden. Kann man ihn beim Wort nehmen, entfällt eine Reihe von Diskussionspunkten. Zumindest erleichtert es die Möglichkeit zu einer vertieften Diskussion zwischen Wissenschaft, Ministerium und Politik und eröffnet die Chance, Irrtümer zu beseitigen und gegensätzliche Positionen, die allzu gegensätzlich vielleicht gar nicht sind, besser zu verstehen oder sogar zu überwinden.

2 Wissen um seiner selbst willen

Gleichwohl bleibt die Frage legitim, ob mancher Versuch, die Universität in zeitgemäße Form zu bringen, nicht doch dazu geeignet ist, die ihr zugrundeliegende Idee – die zu erhalten (wie gehört) Absicht des Ministers ist – herauszufordern. Jedenfalls wird diese Idee keineswegs gedeckt von Vorstellungen der Universität nach dem Vorbild eines wirtschaftlichen Unternehmens oder einer administrativen Hierarchie. Die innere Rechtfertigung der Universität liegt in der Erkenntnis, dass Wissen für die Existenz von Mensch und Gesellschaft notwendig und gut ist. Natürlich dient sie mit ihren spezifischen Leistungen der Gesellschaft, ohne dass letztere die völlige Dienstbarkeit der Hochschule beanspruchen dürfte. „Transfer“ als Funktion besitzt absolut keinen Neuigkeitswert. Zu Recht erwartet die Gesellschaft die Schöpfung und Vermittlung von Wissen, begleitet von Ausbildung – doch wohl grundsätzlich zeitgerecht, weil wissensbasiert. Voraussetzung dafür ist aber andererseits die Schöpfung und Vermittlung von Wissen, das zunächst um seiner selbst willen erstrebenswert ist und nicht unmittelbar am Maßstab aktuellen gesellschaftlichen Nutzens gemessen werden kann. Ist es nicht sogar eher so, dass solch selbständiges Wissen anwendungsorientierten gesellschaftlichen Erwartungen vorausgeht? D. h., das Streben nach Wissen um seiner selbst willen ist primär Basis der Universität und sekundär Voraussetzung gesellschaftlichen Nutzens. Und ohne diese Basis schränkt sich eben auch der Nutzen ein. Jenseits dessen bleibt die Anerkennung eines über die gesellschaftlich-politische Nützlichkeit hinausweisenden geistigen Bereichs und damit der Begrenzung externer Ansprüche aus Politik und Gesellschaft Voraussetzung für einen Kulturstaat.

3 „Unternehmerisch“ im Kontext der Universität

Minister Sibley hat ausdrücklich auf die normativen Grundlagen dieses Kulturstaates hingewiesen, die sozialen Wandel, Digitalisierung und Fortschritt einzuhegen haben: „Konzepten einer maximalen Ökonomisierung oder Überwachung wollen wir hier ein dezidiert an unseren ethischen Orientierungen orientiertes Verständnis entgegensetzen.“ Im Wesentlichen wollen das aber auch jene, die kritisch einer Machtstärkung der Hochschulleitung wie einem Funktionswandel in

Richtung Unternehmensuniversität mit einer Veränderung der Prioritätenfolge des Nutzens für „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Eckpunktepapier) entgegneten: die Gesellschaft zuletzt und die Universität quasi als Zulieferin der Wirtschaft. Der Minister hat hier beides nicht vertreten. Organisatorisch soll es autonom bestimmbare Alternativen geben, ideell eine Bewahrung wissenschaftlichen Selbstverständnisses. Wie nötig der Kulturstaat dessen Einstrahlung auf den gesellschaftlichen Diskurs hat, zeigen uns um sich greifende Tendenzen öffentlicher Entrationalisierung nicht nur in der Pandemie. Wirtschaftlich unternehmerisch wird man ihnen nicht begegnen können, wissenschaftlich unternehmerisch schon eher. D. h., was im Kontext der Universität präzise als unternehmerisch verstanden werden soll, bedarf der Klärung jenseits des Ökonomischen.

Es soll nicht als Ausdruck der Undankbarkeit wissenschaftlicher Institutionen verstanden werden, die sich über ein Wachstum an Stellen und Finanzen natürlich freuen: die Hauptpunkte der Auseinandersetzung sind ja nicht Stellenvermehrung und Verbesserung der Karrierewege für den Mittelbau. Es geht in erster Linie um Begriff und Inhalt von Transfer und zum zweiten um Governance und den vorbildhaften Charakter der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Herr Sibling hat dazu einiges gesagt, was im Referentenentwurf des Ministeriums steht, in der öffentlichen Diskussion bisher noch nicht hör- und greifbar geworden ist: z. B. Regelungen zu Partizipation, zu Struktur und Organisation von Universitäten und Fakultäten. Wir benötigen das Wissen um die Details, um uns damit auseinanderzusetzen zu können und vielleicht auch das Argument entkräften zu können, dass durch dieses Projekt unter dem Signum der Modernisierung die Gefahr heraufbeschworen werden könnte, autoritäre Führungsstrukturen zu etablieren – einerseits; und dass es andererseits von der eigentlichen Universitätsidee weg- und zur Ökonomisierung einer Bildungsinstitution hinführen könnte. Gerade davon hat sich der Minister gerade distanziert.

4 Transferbegriff

In diesem Kontext halte ich den Transferbegriff für unglücklich. Denn vieles, eigentlich fast alles, was Universitäten machen, dient dem Transfer in die Gesellschaft – Bildung, Ausbildung, Wissen. Konkretisierungen wie z. B. Lehrerbildung, Öffentlichkeits- und Politikberatung, Bereitstellung von (etwa) natur-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichem Orientierungs-, Projekt- und Anwendungswissen sind ein Unterfall dieses aus wissenschaftlicher Autonomie folgenden grundsätzlich gesellschaftlich nützlichen Transfers. Das gesellschaftliche Interesse daran ist durchaus sektoral. Wenn dieser Transferbegriff derart zentral sein soll, konnte man sich dieser Tage z. B. nach der Transferleistung eines Faches wie der Archäologie fragen, weil vor einer Woche in Ägypten eine versunkene Stadt ausgegraben worden ist: Worin besteht der gesellschaftliche Nutzen von

diesem wissenschaftlichen Gewinn? Er wird – nehmen wir einmal oberflächlich den Fremdenverkehr aus, relativ schwer zu finden sein. Der wissenschaftliche Gewinn aber bleibt unberührt. Daher ist die Aussage des Ministers bemerkenswert wie beruhigend: „Wir meinen unter dem Begriff des Transfers nicht diese krude ökonomische Verwertbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnis.“ Eine solche würde nämlich die Wissenschaft in sich spalten, weil gar kein Zweifel daran besteht, dass die einen Fächer z. B. eher Firmen gründen und ökonomisch Verwertbares produzieren können als die anderen. Auf eine derartige Spaltung sollte sich weder die Wissenschaft einlassen, noch sollte die Politik sie anzielen.

5 Interdisziplinarität

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, mehrere andere zur Seite schiebend. In manchen Papieren und im Vortrag Herrn Sblers ist vom Kästchendenken die Rede gewesen als einem Schandbegriff, von dem sich Interdisziplinarität absetzen soll. Ich verteidige überkommene Strukturen sicher nicht um ihrer selbst willen und habe selbst viel Faible für Interdisziplinarität. Kaum etwas hat mich so aufgeregt wie die Tatsache, dass ich in Dresden einige interdisziplinär orientierte, für die Technikwissenschaften offene Professuren geschaffen habe, und die Kollegen nachher nichts Besseres zu tun hatten, als sie wieder abzuschaffen und in rein geisteswissenschaftliche umzuwidmen: welch ein Fehler. Aber es bleibt dabei, dass Interdisziplinarität zunächst einmal die Stärke der Disziplin voraussetzt. Man muss auch hier in der Diskussion keinen Gegensatz kreieren, sondern vor allem auch in künftigen Strukturen die Voraussetzungen schaffen, dass Disziplinen sich in Forschung und Lehre stark entfalten können – und kooperieren. Dass sie sich frei entfalten können und nicht unter Ökonomisierungszwängen (wie hier ja versprochen worden ist), und das im Rahmen einer Universitätsstruktur, in der nicht Seilschaften und starke Interessenträger sich gegen die Autonomie kleiner aber wissenschaftlich wie kulturell wesentlicher Fächer durchsetzen, wie, um beim genannten Beispiel zu bleiben, etwa die Archäologie. Für das Spektrum von Interdisziplinarität scheint mir das wesentlich.

6 Bedeutung des offenen Diskurses

Zum Schluss noch eine Nebenbemerkung, die sich mir nach dem Studium vielfältiger Resolutionen aufdrängt, die hier nicht dargestellt werden können. Eine davon ist die gemeinsame Stellungnahme und Antiposition der Senatsvorsitzenden aller bayerischen Universitäten, oder vielmehr nicht aller. Denn nicht unterschrieben hat der Senatsvorsitzende der Technischen Universität München. Das bestätigt eine Beobachtung, die mich seit der Ära Stoiber begleitet: dass ein überbordender wissenschaftspolitischer Einfluss der TU gewachsen ist, der insoweit

die Hochschullandschaft spaltet. Auch dieses Projekt atmet, wie der Presse zu entnehmen ist, den Geist der TU. Als Leuchtturm ist sie unbestritten, aber als Maßstab für alle kann sie angesichts der ganz unterschiedlichen Voraussetzungen nicht dienen.

Von diesen unterschiedlichen Voraussetzungen aus scheint es mir, zusammenfassend, sinnvoll, den Diskurs zwischen den Institutionen, Gremien und Verantwortungsträgern so offen zu führen, wie das hier der Fall gewesen ist. Mir scheinen die persönlichen Kommunikationstalente des Ministers ziemlich offen und über die Papiere hinausgehend, die öffentlich gehandelt werden. Kommunikation ist ein wunderbarer Prozess, den man inneruniversitär, interdisziplinär und zwischen Politik und Wissenschaft hervorragend führen kann, gegenseitigen Respekt vorausgesetzt.

Literatur

Kostner, S. (Hrsg.) (2022): Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10. Baden-Baden: Nomos.

Autorenangaben

Heinrich Oberreuter, Professor em. für Politikwissenschaft
an der Universität Passau
email: heinrich.oberreuter@t-online.de

Karsten Fitz

Die Universität und die Grenzen des Wettbewerbs

Wolfgang Herrmann spricht sich aus der langen Erfahrung der Leitung der Technischen Universität München (TUM) vehement für die ‚unternehmerische Universität‘ aus. Diese Vision hat er in 24 Jahren als Rektor und Pionier der deutschen Hochschullandschaft sehr erfolgreich umgesetzt. Die Frage nach den Grenzen des Wettbewerbs der ‚unternehmerischen Universität‘, die Herrmann in seinem Beitrag mit dem Titel „Was bedeutet die ‚Unternehmerische Universität‘ und wo sind ihre Grenzen?“ (2020, 17-39) selbst aufwirft, produziert aber automatisch Folgefragen: Sind Forschung und Lehre immer noch die eigentlichen Kernaufgaben von Universität, oder ist die Kernaufgabe Forschung und Transfer? Wohin erfolgt dieser Transfer? An den Meistbietenden? An den, der das größte Renommee und Prestige verspricht?¹ Und: Ist die einzige Alternative zur „behördlichen Universität“ mit ihren vielen wissenschaftsfeindlichen Attributen, bürokratischen Trägheitsmomenten und ineffizienten Steuerungsmechanismen“ (2020, 19f.), wie es Herrmann formuliert, tatsächlich die ‚unternehmerische Universität‘? Gibt es hier alternativlos nur schwarz und weiß? Oder ist auch ein Mittelweg in grau möglich?

1 Die unternehmerische Universität

Vielen Aspekten, die Wolfgang Herrmann immer wieder adressiert hat, und die er selbst sehr konsequent in die Praxis umgesetzt hat, kann ich ohne Weiteres zustimmen: größtmögliche Freiheit der Universitäten, mehr Eigenverantwortlichkeit, weniger Steuerung von außen, weniger Bürokratie, schnellere Abläufe. Ich denke dies sind Dinge, auf die man sich recht schnell einigen kann. Ich vermisse in vielen der die unternehmerische Universität enthusiastisch befürwortenden Beiträge allerdings immer wieder Anmerkungen zu den oben angesprochen Grenzen, vor allem zu den Grenzen der Übertragbarkeit. So zum Beispiel die Grenzen

1 Im Imagefilm der TU München heißt es: „[S]eit 150 Jahren erfüllen wir einen wichtigen Auftrag: Der Wirtschaft den zündenden Funken der Wissenschaft zu bringen.“ (TUM Filmportrait, 2:32). Auch wenn man den Imagefilm als Gattung nicht überbewerten sollte, denke ich nicht, dass es vor allem die Kernaufgabe von Universität ist, der Wirtschaft zu dienen. Was ist mit Gesellschaft, mit Umwelt und Klima, mit Grundlagenforschung – mit dem Wettbewerb von Ideen jenseits monetärer Überlegungen?

der Übertragbarkeit von dem über viele, viele Jahre überaus erfolgreichen Fallbeispiel der TU München auf andere, insbesondere kleinere und nicht technisch orientierte Universitäten. Das Konzept der unternehmerischen Universität steht ja vor allem auch für das *out-of-the-box thinking*, also das innovative über den Tellerrand Hinausschauen. Es ist bekannt, dass auch ein Bahnbrecher wie Wolfgang Herrmann im Jahr 1995, als er erstmals zum Rektor der TU München gewählt wurde, mit seinen Ideen nicht immer offene Türen eingerannt hat. Aber er war gewissermaßen ein Pionier, auch wenn er bereits im Ausgangspunkt seines Unterfangens eine recht komfortable Startsituation vorgefunden hat, da die TUM bereits seit der Umbenennung von Technische Hochschule München in Technische Universität München im Jahre 1970 eine gewisse Ausnahmestellung innehatte.

2 Hochschulinnovationsgesetz

Nun ist aber die konkrete Situation, die diesen Wettbewerbsgedanken neu auf die Tagesordnung gebracht hat, eine andere, eine neue. Neu in Form eines Eckpunktepapiers vom Oktober 2020, dessen finale Version noch 2021 im bayerischen Landtag als Hochschulinnovationsgesetz (im Folgenden mit HIG abgekürzt) beschlossen werden wird, in dem ein klares Bekenntnis zur unternehmerischen Universität auf der Basis von Wettbewerb vorliegt. Und obwohl nun der Begriff „unternehmerische Universität“ nicht mehr explizit auftaucht, wie es Staatsminister Sibler nicht müde wird zu betonen, so ist der *Geist* des Papiers natürlich nicht verschwunden. Man weiß zwar auch nach mehreren Vorträgen von Staatsminister Sibler zum Thema nicht, was eigentlich die Auswirkungen des HIG sein werden. Aber die Grundphilosophie des Vorhabens ist deutlich vernehmbar: Es geht um gesteigerte Ergebnisorientierung, eine Einführung vergleichbarer Indizes, die eigentlich nicht vergleichbar sind, um Gründungsförderung und um Gründungsfreisemester, die doppelt so lang sein sollen wie Forschungsfreisemester (vgl. HIG, Art. 45, Abs. 2).

3 Interdisziplinarität und Internationalität

Zwei der vom Kollegen Herrmann stets hervorgehobenen Säulen kann jede Universität, kann ich aus meiner Position als Senatsvorsitzender und auch aus der Perspektive meines Faches, der Amerikanistik, eins zu eins unterschreiben: Interdisziplinarität und Internationalität! Auf ganz simple Kernaussagen reduziert: Monodisziplinär lassen sich die komplexen Probleme unserer Zeit wie Klimawandel, die Grenzen des Wachstums, die aggressive wirtschaftliche Expansion Chinas, Hungersnöte, Flüchtlingsströme, die exorbitant auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich, die Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung etc. nicht lösen. Es braucht also interdisziplinäres, problem- und

lösungsorientiertes, aber vor allem innovatives Denken und Handeln. Dass diese Herausforderungen nicht an nationalen Grenzen Halt machen, auch wenn das so mancher nationalpopulistische Politiker suggeriert, ist eine Binsenweisheit. Und dass die Universitäten in dieser Entwicklung eine treibende Kraft sein müssen, ist selbstverständlich. Aber Interdisziplinarität und Internationalität ist sicherlich kein Alleinstellungsmerkmal der unternehmerischen Universität.

4 Wettbewerb und Intersektionalitätsansätze

Die dritte Säule jedoch, die Herrmann als zentral adressiert, der Wettbewerbsgedanke, der am Ende ja der eigentliche Motor dieser Steuerung sein soll, ist keineswegs so einspruchsfrei. Bei halbwegs vergleichbaren Ausgangsbedingungen ist der Wettbewerbsgedanke ein sehr gutes Prinzip – selbstverständlich immer vorausgesetzt, dass alle die Fairplay-Regeln akzeptieren und befolgen. Mit Bezug auf den Kulturraum, mit dem ich mich als Amerikanist selbst in Lehre und Forschung beschäftige, den USA, lässt sich hier eine Analogie herstellen: Dort suggeriert der unglaublich wirkmächtige Alltagsmythos des *American Dream*, der amerikanische Traum, den Menschen seit Nationsgründung im späten 18. Jahrhundert, dass Jeder und Jede den sozialen Aufstieg nach ganz oben schaffen kann, wenn er/sie nur hart genug dafür arbeitet. Im Volksmund wird dafür immer noch oft das Sprichwort *From Rags of Riches*, im Deutschen frei übersetzt als „Vom Tellerwäcker zum Millionär“, herangezogen.

Womit wir beim nie Realität gewordenen Versprechen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wären, die die ideelle Basis für die säkularisierte Vorstellung vom amerikanischen Traum darstellt: Die Idee nämlich, dass ‚alle Menschen gleich geschaffen sind‘ und dass sie es nach ganz oben schaffen können, wenn sie sich nur auf sich selbst verlassen und hart an sich arbeiten. Und wenn sie tatsächlich ‚alle vom Schöpfer mit den gleichen unveräußerlichen Rechten ausgestattet‘ sind, nämlich ‚Leben, Freiheit und das Streben nach Glück‘, dann ist alles in Ordnung, denn außer Wettbewerb als Motor sowie Willen, Einsatz und Durchhaltevermögen braucht es ja nichts weiter. Nur ist dies eben ein Mythos, der strukturelle Ungleichheiten negiert und deshalb in der Summe im Wesentlichen den Status Quo sichert. Wie die Soziologinnen Patricia Hill Collins und Sirma Bilge (2016, 10) feststellen, gibt es in dieser Art von Weltanschauung Gewinner und Verlierer:

‚Gewinner haben Talent, Disziplin und Glück, und Verlierer leiden unter mangelndem Talent, minderer Selbstdisziplin und/oder Pech. Diese Sichtweise legt nahe, dass ein fairer Wettbewerb zu gerechten Ergebnissen führt. Mit dieser Weltanschauung über Gewinner und Verlierer ist es nur ein kleiner Schritt, diesen Rahmen zur Erklärung der sozialen Ungleichheit selbst zu verwenden.‘ (meine Übersetzung)

Mehr als alles andere ist dieses Framing von dem Collins und Bilge sprechen, auch ein ideologischer Rahmen, in dem ‚All men are created equal‘ für die gleichen Ausgangsbedingungen stehen. Die beiden Soziologinnen nennen dies den ‚myth of the level playing field‘-Effekt, also den Mythos der gleichen Ausgangsbedingungen, der nichts anderes ist als ein Synonym für den Mythos des amerikanischen Traums. Es ist die Absicht von Intersektionalitätsansätzen, die Collins und Bilge (vgl. 2016, 10f.) verfolgen, diese „Schieflage“ des Spielfeldes (‚the tilted playing field‘, auf dem beispielsweise Afro-Amerikaner:innen bergauf spielen müssten), offen zu legen. Ebenso ist das Ziel von Intersektionalitätsansätzen, das komplexe Zusammenspiel von Machtverhältnissen zu entschlüsseln, die als vorgegebener, gesetzter Rahmen dienen und dazu beitragen, den Status Quo zu verfestigen. In der sozialen Realität sind beispielsweise ethnische Minderheiten in den USA – Afro-Amerikaner:innen, Latinos/Latinas, die indigene Bevölkerung, aber auch Weiße der Arbeiterklasse – strukturell benachteiligt. Diese Benachteiligung ist meist historisch und/oder sozial tief verwurzelt. Zurück zum Wettbewerb der Universitäten: Als Triebfeder, die dem universitären Wettbewerbsgedanken Kraft verleihen soll, bezeichnet Wolfgang Herrmann nun ausgerechnet die Möglichkeit der ‚Selbstgestaltung‘ (‚am selbst Anpacken hindert einen keiner‘). Dieser Gedanke, der ebenso positiv konnotiert im Vorschlag für das Bayerische HIG suggeriert wird, quasi als fairer Konkurrenzkampf auf Augenhöhe zwischen den Universitäten, ist aber ebenfalls ein Mythos.

5 Strukturnachteile

Da wir mit Patricia Hill Collins‘ Begriff der „Schieflage des Spielfeldes“ bei den gern und oft benutzten Sportmetaphern sind, sei eine kurze Fußballanalogie erlaubt. Ist also beispielsweise der SC Freiburg ein schlecht geführter Verein, weil er nicht elf Mal hintereinander Deutscher Meister geworden ist? Oder weil er in seiner gesamten, fast 120-jährigen Vereinsgeschichte bisher weder eine deutsche Meisterschaft noch jemals den DFB-Pokal gewonnen hat? Hätte der Verein nicht einfach das Konzept des FC Bayern übernehmen können und wäre dann genauso erfolgreich gewesen? Oder liegt das an anderen Dingen? Man könnte bei Erklärungsversuchen zum Beispiel damit beginnen, dass der FC Bayern in der laufenden Saison (2020/2021) 90 Millionen Euro an TV-Geldern erhält, der SC Freiburg aber nur knapp unter 53 Millionen Euro, aber das ist freilich nur einer von vielen strukturellen Parametern. (Selbst in den als Paradebeispiel für Wirtschaftsliberalismus und Kapitalismus geltenden Vereinigten Staaten von Amerika sind die TV-Gelder der Profisportteams übrigens auf alle Vereine gleichmäßig verteilt und die schlechtesten Teams der Vorsaison dürfen zuerst die besten Spieler der Colleagueams für die neue Saison in ihren Kader wählen.) Ich glaube es ist unstrittig unter Experten, dass der SC Freiburg als sehr gut geführter und erfolg-

reicher Verein gilt, mit einem hervorragenden Trainer, der so lange im Amt ist wie derzeit kein anderer in der Bundesliga, mit einer allseits anerkannten Struktur, zu der eine erstklassige Talentförderung gehört. Und es ist durchaus möglich, dass ein Spieler vom SC Freiburg zum FC Bayern wechselt, um dort Karriere zu machen. Es ist aber unmöglich, dass der SC Freiburg als Profiverein die Rolle des FC Bayern übernimmt oder den Bayern einen ihrer besten Spieler abkauft.

Ein Wettbewerb, der auf ungleichen Ausgangsbedingungen basiert, wird auch an den Universitäten zwangsläufig mittel- und langfristig die Unterschiede zwischen „den Großen“ und „den Kleinen“ weiter vergrößern, was ja auch Studien zur Exzellenzinitiative bestätigen (vgl. Mergele & Winkelmayr 2019). Wenn wir diesen Wettbewerb also auf ungleichen Bedingungen basierend ausüben, dann schaffen wir wahrscheinlich in absehbarer Zeit eine Situation wie sie in der U.S.-amerikanischen Universitätslandschaft normal geworden ist. Ivy League-Absolvent:innen bekommen Assistant Professorships an anderen Universitäten und, wenn sie erfolgreich sind, geht es vielleicht zurück in die Ivy League. Aber kleinere staatliche Universitäten werden kaum Wissenschaftler:innen aus Harvard oder Princeton zurückgewinnen können. In Deutschland sind wir glücklicherweise noch nicht so weit – und das sollte man sich auch bewahren. Man muss also überlegen, wie in dieser bereits in den Ausgangsbedingungen ungleichen Situation ein Fairplay ins Spiel kommt und wer hier als Schiedsrichter fungiert. Der freie Wettbewerb allein kann diese Rolle des Schiedsrichters nicht erfüllen.

6 Geistes- und Sozialwissenschaften

In seinem Buch *Geld für die Wissenschaft* spricht Wolfgang Herrmann (2020, 38) davon, dass ‚arme Fächer‘, womit er die Geistes- und Sozialwissenschaften meint, durch Erträge ‚aus der industriefinanzierten Drittmittelforschung, die bei den Ingenieurwissenschaften besonders zu Buche schlagen,‘ gefördert werden können. Außerdem betont er an anderer Stelle erfreulicherweise explizit, wie wichtig es sei, dass ‚die Geistes- und die Sozialwissenschaften ihre eigene Wertigkeit prominent gewinnen‘, und zwar ‚nicht untergeordnet, sondern als Begleiter und Wegweiser‘ (vgl. Groß-Lobkowicz 2020). Aber zum einen haben nicht alle Universitäten die drittmittelstarken Ingenieurwissenschaften, zum anderen haben sehr wahrscheinlich auch nicht alle Universitätsspitzen ein so großes Herz für die Geistes- und Sozialwissenschaften wie Wolfgang Herrmann. In dem Umfang aus Overheads zu profitieren, wie dies die TU München vorbildlich umsetzt, ist in Einrichtungen mit einer weniger drittmittelaffinen Ausrichtung und Struktur wie der Universität Passau schlichtweg nicht möglich. Wir reden bei der TUM von einer Universität mit über 45.000 Studierenden, mehr als 11.000 Beschäftigten sowie über 600 Professorinnen und Professoren, die zudem über ein Vielfaches an Manövriermasse verfügt, über die kleinere und mittlere Universitäten mit

einem geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrprofil, denen es teilweise darüber hinaus noch an der Grundausrüstung mangelt, nicht verfügen. Man hört in Lobeshymnen auf die unternehmerische Universität wenig bis gar nichts dazu, wie diese Strukturnachteile fair und ausgleichend berücksichtigt werden könnten.

7 Fazit

Ich denke nicht, dass das humboldtsche Universitätsmodell mit seinen drei Säulen von Freiheit der Wissenschaften, Einheit von Forschung und Lehre und Bildung durch Wissenschaft zugunsten einer ‚unternehmerischen Universität‘ aufgegeben werden muss, um im 21. Jahrhundert wettbewerbsfähig zu sein. Wenn hinter einem Motto auch ein Leitbild steht, wovon allgemein ausgegangen wird, denn sonst wäre das Motto sinnentleert, dann ist folgender Vergleich aussagekräftig: Das Motto der Harvard Universität ist ‚veritas‘; das Motto der Stanford University ist – interessanterweise auf Deutsch! – ‚Die Luft der Freiheit weht‘; das Motto der TU München ist ‚die unternehmerische Universität‘. Es scheint also, dass die beiden U.S.-amerikanischen Spitzenuniversitäten, die oft als Modell für die gesamte Welt gelten, dem humboldtschen Universitätsideal weit mehr verpflichtet sind als die deutsche Topuniversität. Und da wir gerade bei Mottos sind: *E pluribus unum* („Aus vielen eines“) ist der Wappenspruch im Großen Siegel der Vereinigten Staaten von Amerika, dem offiziellen Dienstsiegel und Hoheitszeichen der USA; die Europäische Union hat im Jahr 2000 mit *in varietate concordia* („Einigkeit in Vielfalt“) einen ähnlichen Leitspruch gewählt, der als Europamotto bekannt ist. Vielleicht lässt sich aus diesem Vielfalts- und Einigkeitsgedanken ja etwas für unsere Diskussion ableiten. Wäre es nicht möglich ein Wettbewerbskonzept für Universitäten zu ersinnen, in dem Forschung, einschließlich Grundlagenforschung, Lehre und Transfer gleichermaßen berücksichtigt werden? Ein Konzept, in dem ernsthaft und verantwortungsvoll dem Prinzip Rechnung getragen wird, das Unvergleichbare nicht zu vergleichen und zu honorieren, dass es für eine funktionierende und wettbewerbsfähige Universitätslandschaft der gesamten Breite, Diversität und Vielfalt bedarf? Aber vielleicht sind die Überlegungen von Wolfgang Herrmann ja genau so gemeint – und es fehlt bisher nur an den geeigneten Umsetzungsmechanismen?

Literatur

- Balzer, I. (2019): Interview mit Gesine Schwan: Die Exzellenzinitiative ist kein Qualitätswettbewerb. In: ZEIT Campus 24.07.2019. Online unter: <https://www.zeit.de/campus/2019-07/gesine-schwan-exzellenzuniversitaeten-ostdeutschland-tu-dresden>. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: „Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz“. Online unter: https://www.google.com/search?q=Gesetz+%C3%BCber+Hochschule%2C+Forschung+und+Innovation+in+Bayern&rlz=1C1GCEV_enDE865DE865&oq=Gesetz+%C3%BCber+Hochschule%2C+Forschung+und+Innovation+in+Bayern&aqs=chrome.69i59.1305j0j1&sourceid=chrome&ic=UTF-8#. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- Bilge, S. & Collins, P.H. (2016): What is Intersectionality? In: Bilge, S. & Collins, P.H.: Intersectionality. Cambridge: polity press, 1-30.
- Groß-Lobkowicz, S. (2020): Interview mit Wolfgang A. Herrmann: Wir müssen mehr in die Zukunft der Bildung investieren. In: The European 23.09.2020. Online unter: <https://www.theeuropean.de/stefan-gross/prominenter-european-gespraechspartner-der-woche-interview-mit-wolfgang-a-herrmann/>. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- Herrmann, W.A. (2020): Was bedeutet die „Unternehmerische Universität“ und wo sind ihre Grenzen? In: Herrmann, W.A. (Hrsg.): Geld für die Wissenschaft: Finanzierungsmodelle versus Forschungsfreiheit. München: TU Munich University Press, 17-39.
- Lünstroth, M. (2021): Für jeden ein Angebot – und was zu Meckern: Zu viel Ökonomisierung, zu wenig Mitbestimmung. In: DUZ, Ausg. 6, 12-14.
- Mergele, L. & Winkelmayer, F. (2019): The Relevance of the German Excellence Initiative for Inequality in University Funding. In: Higher Education Policy 19.04.2021. Online unter: <https://doi.org/10.1057/s41307-021-00233-1>. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- National Archives: Declaration of Independence (1776): <https://www.archives.gov/founding-docs/declaration-transcript>. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- Technische Universität München (2020): Filmportrait: Die Technische Universität München. Online unter: <https://www.tum.de/die-tum/>. (Abrufdatum: 18.10.2021).
- Wigger, B. (2015): Unternehmerische Universität: Wissensfabriken sind keine Würstfabriken. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/das-missverstaendnis-der-unternehmerischen-universitaet-13712629.html>. (Abrufdatum: 18.10.2021).

Autorenangaben

Karsten Fitz, Professor für Amerikanistik/Cultural and Media Studies
an der Universität Passau
email: karsten.fitz@uni-passau.de

V. Die Universität der Studierenden

Simon Pagany

Die Anfänge der studentischen Vizepräsidentschaft an der Zeppelin Universität

1 Einleitung

Ich hatte das Privileg 2009/2010 als erster Student an der Zeppelin Universität (ZU) für ein Jahr im Präsidium der Universität mitzuwirken und der Rolle des studentischen Vizepräsidenten an der ZU den Anfang zu geben. Eine Zeit, auf die ich gerne zurückblicke, und der Austausch zur Entwicklung dieser partizipativen Rolle hat mir große Freude bereitet. Es ist schön zu sehen, Anfang und Teil von etwas zu sein, was sich stets weiterentwickelt hat. In diesem Beitrag möchte ich meine Erfahrungen der Anfänge dieser doch sehr speziellen Rolle an einer Universität aus meiner persönlichen Perspektive festhalten und reflektieren, inwiefern solch eine Möglichkeit der Mitgestaltung an mehr Hochschulen und Universitäten ein Platz bekommen sollte. Denn noch sind Studierende in einer Hochschulleitung oder einem Universitätspräsidium viel zu selten.

2 Der Nährboden für den ersten studentischen Vizepräsidenten

Für mein Master-Studium an der ZU hatte ich mich unter anderem für diese private Universität entschieden, weil sie einiges anders zu machen schien. Im Studium aber auch in der Einbindung aller Anspruchsgruppen an der Universität. So gab es schon ziemlich bald nach der Gründung der Zeppelin Universität 2003 vielfältige partizipative Instrumente und Mitwirkungsmöglichkeiten. Es gab zum Beispiel die sogenannten „Zones“, die im Kern Arbeitsgruppen für aktuelle Themen in der Universitätsentwicklung darstellten. Das Konzept wurde aber teilweise institutionalisiert, indem man mindestens einen Fürsprecher aus dem Senat für die Gründung einer solchen „Zone“ benötigte und gleichzeitig Ergebnisse aus dieser Arbeitsgruppe im Präsidium und im Senat zumindest behandelt werden mussten. Darüber hinaus musste Sorge getragen werden, dass alle relevanten Anspruchsgruppen für das Thema in der „Zone“ vertreten sind. Das heißt, man musste Themen, die dort erarbeitet wurden, diskutieren. Meiner Meinung nach ein sehr interessantes Konzept, das mich direkt zu Anfang begeistert hat. Grundsätzlich war natürlich der Draht zwischen der Universitätsleitung und den anfangs wenigen hundert Studierenden aufgrund der Größe relativ kurz

und direkt. Neben viel direktem Austausch, teilweise auch auf direktem Wege zwischen einzelnen Mitarbeitenden oder Studierenden mit beispielsweise dem Präsidenten, war die formelle Einbindung relativ minimalistisch: Studentische Vertreter gab es im Senat und den Prüfungsausschüssen, politische Organisationen der Studierenden gab es, sie waren aber eher aus dem politischen Interesse begründet und nicht einem hochschulpolitischen Interesse geschuldet. Mit dem relativ schnellen Wachstum auf zwischenzeitlich bis zu 1.000 Studierende war jedoch irgendwann die Frage auf konkretere Einbindung der Studierenden in die Entscheidungen relevant geworden. So waren 2009 die Studierenden aktiv geworden, sich aufgrund des Wachstums der Studierendenanzahl, aber auch der Studienrichtungen, in Fachschaften und einem eigenen Gremium zu organisieren, was am Ende der „Student Council“ wurde. In ihm waren die bereits vorhandenen studentischen Vertreter aus dem Senat und den Prüfungsausschüssen vertreten, aber auch die jeweiligen Fachschaften repräsentiert.

Der damalige Präsident, der initiierte schon parallel und unabhängig davon die Idee, die Rolle einer hauptamtlichen Vizepräsidentenschaft zu schaffen, die jeweils auf 12 Monate aus den Reihen der Studierenden besetzt wird, um studentische Interessen, Perspektiven und Themen in die Leitung und Entwicklung der Universität einzubringen. Dabei war die Devise „erstmal machen und ausprobieren“, ohne jedes Detail vorab schon klar zu haben und zu formalisieren.

3 Die Auswahl und der Anfang

Die damalige Ausschreibung zur Funktion des studentischen Vizepräsidenten war für ein Jahr mit Pausieren des Studiums angesetzt, so dass man sich auch auf diese Aufgabe konzentrieren kann. Auch war damit ein Entgelt verbunden. Ich hatte vorher schon Erfahrungen an der Universität Eichstätt-Ingolstadt in der Fachschaft von meinem damaligen Studium, in der Zusammenarbeit auch mit diversen Bologna-Themen, mit diversen Themen, die in der Studierendenvertretung diskutiert wurden. Daher fand ich es umso spannender, eine solche Rolle auszuprobieren. Faszinierend war vor allem, dass eine derartige Beteiligung der Studierenden an der Universitätsgestaltung neu war und gleichzeitig eine direkte Einbindung in die Arbeit des Präsidiums in Vollzeit vorsah. Das war erstmal der Reiz, der mich damit dann auch zu einer Bewerbung für die Aufgabe brachte.

Die Ausschreibung und Auswahl an sich waren ganz im Sinne „einfach mal machen“. Diese Rolle wurde tatsächlich einfach als eine Stelle vom Präsidium universitätsintern ausgeschrieben. Keine Wahl durch Studierende und kaum Einschränkungen an Kriterien. In dem ganzen Auswahlprozedere hatte ich dann mehrere Gespräche mit verschiedenen Präsidiumsmitgliedern der Zeppelin Universität, und die waren wie ganz normale Vorstellungsgespräche. Der Hauptfokus dabei war, den Kandidaten oder die Kandidatin kennenzulernen. Und welche Themen

würde ich denn in so eine Rolle mit reinnehmen? Was ist die Motivation dafür? Und wie könnte ich mir das vorstellen? Da gab es Gespräche mit verschiedenen Kandidaten und am Ende wurde ich ausgewählt. Im Nachhinein betrachtet, ist es vielleicht nicht die gelungenste Art und Weise, da aus meiner Erfahrung eine Beteiligung der Studierenden wichtig ist. Zu dem Zeitpunkt 2009/2010 war aber nun mal die Idee im Präsidium geboren: „Wir wollen so eine Rolle. Gut, dann schreiben wir es halt einfach aus. Wir starten das jetzt einfach mal, ohne das jetzt so intensiv zu hinterfragen.“ Mit einem Blick auf die folgenden Jahre lässt sich vorwegnehmen, dass die Studierendenvertreter und der Senat mittlerweile im Auswahlverfahren und bei der Bestätigung der Besetzung intensiver involviert sind.

4 Das Ankommen in der Realität

Die Spontaneität des Präsidiums für eine solche Initiative und das einfache Auswahlverfahren kam dabei nicht bei allen Anspruchsgruppen in der Universität gut an. Das hat natürlich auch für einige Herausforderungen gesorgt, weil die Akzeptanz dieser Rolle von Studierendenseite von Anfang an nicht einfach war. Auf persönlicher Ebene war es zwar mit allen Beteiligten an der Universität immer sehr positiv und auch konstruktiv, aber man hat gemerkt, dass diese Aufgabe mit einiger Skepsis begleitet wurde. Alles, was dieses neue Präsidiumsmitglied anging, wurde hinterfragt.

Was waren jetzt in diesem ersten Jahr die Schwerpunkte? Das Ziel von meiner Seite war es, vor allem die Verknüpfung der Studierenden mit dem Präsidium noch enger hinzubekommen, weil ich auch mitbekommen hatte, dass die Studierenden sich untereinander ein bisschen mehr organisieren wollen. Also wie können wir das hinbekommen? Wobei ich nicht die Studierenden organisiert habe, das haben die schon selbst auf den Weg gebracht. Es wurde dann an der Zeppelin Universität der genannte Student Council gegründet. Das war eine Art Fachschaftsrat oder wie man es auch in unterschiedlichen Universitäten oder Hochschulen nennt. Mit den Vertretern in diesem Gremium habe ich immer den Dialog gesucht, wenn Themen anstanden. Diese Themen konnte ich dann in Richtung Präsidium mitnehmen und einbringen oder mit direkten Ansprechpartnern in Gremien der Universität oder mit den Verwaltungsmitarbeitern ansprechen. Aufgrund der regelmäßigen Präsidiumssitzungen, Klausuren, aber auch Einzelterminen mit den jeweilig zuständigen Präsidiumsmitgliedern konnte man alles Notwendige immer thematisieren.

Themen kamen dann nach und nach eigentlich fast von selbst. Die waren jetzt nicht nur durch mich von vornherein gesteuert. Nun aber zu ein paar Beispielen für Universitätsentwicklung und Themen in dem besagten Jahr:

Für den Bereich Universitätsentwicklung stand damals ein großes Projekt an, der Bau eines neuen Campus auf einem ehemaligen Kasernengelände in Friedrichs-

hafen. Da war die Einbindung der Studierenden sehr wichtig. Da habe ich auch einen großen Teil daran, wie wir dort die Ideen nicht nur von Studierendenseite, sondern auch von den Mitarbeitenden bekommen und in den ganzen Architekturwettbewerb und Entwicklungsprozess einfließen lassen können. Unter anderem auf meine Initiative hin gab es dazu eine interaktive große Mindmap, die im Foyer der Universität frei zugänglich war und zum „Ideen spinnen“ einlud. Über mehr als einen Monat hinweg konnten hier Studierende und Mitarbeitende ihre Ideen hinzufügen und weiterentwickeln. Am Ende wurden die Ideen dokumentiert und die Resultate auch den Architekten weitergegeben.

Wir hatten schon damals eine sehr starke Kultur an studentischen Initiativen und Startups an der Zeppelin Universität. Die Universität hat schon früh versucht, diese Initiativen und Gründungen zu unterstützen. Diese Unterstützung sollte mit einem organisatorischen Rahmen weiter gestärkt werden, auch, um die Studierenden begleiten zu können und da war die erste Stufe damals, das mit aufzubauen und zu begleiten.

Ein weiterer großer Punkt war auch die Verantwortungsübernahme für das Thema Einführungswochen der Studierenden, was sich bis heute im Verantwortungsbereich des studentischen Vizepräsidenten befindet. Ein großes Themenfeld war auch die Strategieentwicklung der Zeppelin Universität mit Fokus auf die Lehre und das Studiengangsportfolio. Und dabei habe ich dann auch versucht, weitergehend dafür Sorge zu tragen, dass auch weitere Studierende und Studierendenvertreter miteinbezogen werden oder durch andere partizipative Formate die Gelegenheit haben, ihre Interessen, aber auch Ideen für eine zukünftige Universität einzubringen. Gerade zu diesem Thema Strategie gab es dann auch so verschiedene Tage, wo wir mehr Zeit in Anspruch genommen hatten, wo auch alle Mitglieder der Universität teilnehmen konnten, und da habe ich ebenfalls eine gewisse Rolle innerhalb dessen übernommen. In Bezug auf die Studiengangsweiterentwicklung war eine starke vermittelnde Rolle gefragt, da einige Veränderungen diskutiert wurden und geplant waren. Dabei ging es weniger um die Details der jeweiligen Studiengänge, sondern mehr um die Struktur und grundsätzliche Ausrichtung der Studienprogramme an der Zeppelin Universität. Auch hier war die Einbindung der Studierenden zu gewährleisten, und weil die Zeppelin Universität zu dem Zeitpunkt natürlich in dem Prozess war, akkreditiert zu werden, auch in Richtung Promotionsrecht anerkannt zu werden, war natürlich hier das Thema Master- und Doktorandenprogramme sehr wichtig.

Ein weiterer Teil der Rolle eines studentischen Vizepräsidenten war die Repräsentation der Zeppelin Universität. Das war ein Aspekt, der mir jedoch bei der Bewerbung nicht so bewusst war. Die Zeppelin Universität war schon von Beginn an sehr auf Kommunikation und ihr Außenbild bedacht und dabei sehr proaktiv. Das heißt, sobald klar war, es gibt zum ersten Mal an der Zeppelin Universität einen Studierendenvertreter im Präsidium, wurde das gezielt in Richtung Medien

genutzt (Zeitung, Radio etc.), um diese innovative Rolle auch für den Image-Faktor der ZU zu nutzen. Für mich war das sehr interessant, aber eigentlich fast schon zu viel des Guten. Aber es gehörte auch dazu, die Universität nach innen und außen zu repräsentieren, was sich über die Jahre auch immer weiterentwickelt hat. Dies war auch für mich eine wertvolle Erfahrung, sich auszuprobieren. Weit schwieriger war die Repräsentation der Universität bei Veranstaltungen oder bei der Moderation von Gremien oder Arbeitsgruppen. Die interne Repräsentation hat sich dabei auch in den Jahren nach meiner Amtszeit als die bedeutendere Rolle gezeigt. Die Präsentation nach außen war wohl insbesondere zum Anfang von besonderem Interesse.

Ich halte das jedoch für einen wichtigen Bestandteil, hier auch den Studentischen Vizepräsidenten als gleichwertiges Präsidiumsmitglied auftreten zu lassen und zu akzeptieren. Dadurch gewinnt die Rolle auch weiter als wertgeschätzte Position an Akzeptanz. Die Wertschätzung der Aufgabe und der Person, die das Amt innehat, spielt zudem im Rahmen des Präsidiums eine entscheidende Rolle für den Erfolg einer Amtszeit. Somit war und ist die Aufnahme im Präsidium durch die anderen Präsidiumsmitglieder sehr wichtig. Mir wurde das damals sehr leicht gemacht. Die Kollegin und Kollegen waren sehr offen und konstruktiv. Es gab eigentlich nur ganz wenige Themen, wo ich nicht stark involviert war oder wurde. Eine Verantwortung für irgendein Referat oder ähnliches gab es anfangs nicht, was sicherlich auch nicht in der ursprünglichen Idee der Rolle lag. Aber das hat sich mit Fokus auf die Interessen der Studierenden über die Jahre weiter ausgebaut, was sicherlich mit den über 10 Jahren Erfahrung mit dieser Rolle und dem damit einhergehenden Vertrauen zu tun hat.

5 Ein Ende oder doch die nachhaltige Weiterentwicklung

Gegen Ende meiner Amtszeit sollte ich zum einen die Übergabe an meine Nachfolgerin vorbereiten und zum anderen das erste Jahr des studentischen Vizepräsidenten reflektieren. Neben der Übergabe von noch laufenden Themen und Projekten war es interessant zu sehen, was ich mir vorgenommen hatte, was ich aber auch davon umsetzen konnte. Viele Themen waren aber auch vorher nicht absehbar gewesen oder in einem Jahr abzuschließen. Für mich gingen damals 2010 spannende 12 Monate zu Ende, mit vielen angefangenen Themen und einer Rolle, die sich erst noch finden musste. Ich habe natürlich die Entwicklung der Rolle in den weiteren Jahren mit Interesse beobachtet und sehe nun mit Freude, wie sie sich weiterentwickelt und über elf Jahre hinweg etabliert hat. Ich weiß auch, dass die Sinnhaftigkeit dieser Funktion immer wieder hinterfragt wurde. Teilweise als „Luxus“ den man sich an einer privaten Universität leisten will oder nicht. Die größte Herausforderung dadurch war sicherlich die Legitimation, die zu Beginn

nicht vollumfassend vorhanden war. In der Weiterentwicklung wurde dieses Dilemma größtenteils mit Beteiligung der Studierenden und dem Senat gelöst. Zwar endet die Amtszeit eines studentischen Vizepräsidenten oder -präsidentin jeweils nach 12 Monaten, das Amt lebt dadurch auch durch die sich etablierenden regelmäßigen Aufgaben, aber insbesondere durch die sich wechselnden Schwerpunkte, die die Amtsinhaber oder -inhaberinnen mit sich bringen und während des Jahres entwickeln. Dadurch entwickelt sich auch das Amt stetig weiter. Die Art und Weise, wie dadurch eine studentische Perspektive gegenüber allen Anspruchsgruppen in der Universität eingebracht werden, kann aber insbesondere im Präsidium ihren Platz finden und ist die Besonderheit dieser Aufgabe. Dadurch kann sich aus meiner Erfahrung eine Universität nur positiv weiterentwickeln. Warum kann es daher so eine Rolle nicht an allen Hochschulen und Universitäten geben? Der finanzielle Aufwand ist wohl verhältnismäßig gering und zahlt sich auf lange Sicht aus. Leider geben es nicht alle Landeshochschulgesetze her, sollten es jedoch. Immerhin stellen die Studierenden in der Regel die größte Anspruchsgruppe innerhalb einer Universität oder Hochschule. Wie dieses Amt an der jeweiligen Institution genau zu besetzen und zu legitimieren ist, könnte sich dabei durchaus unterscheiden und der Kultur der Organisation gerecht werden. Wie sich die Rolle jeweils inhaltlich ausgestaltet und weiterentwickelt, muss sich zeigen und orientiert sich daran, welche Themen und Schwerpunkte die Studierenden an den jeweiligen Institutionen beschäftigen. Je mehr Verantwortung man dabei den Studierenden und einem derartigen Amt zukommen lässt, desto mehr wird der Austausch der Anspruchsgruppen davon profitieren. Ich bin gespannt, wie sich die Rolle an der Zeppelin Universität aber auch darüber hinaus entwickeln wird.

Literatur / weiterführende Links

Raffaele, C. & Rediger, P. (2021): Die Partizipation Studierender als Kriterium der Qualitätssicherung in Studium und Lehre (HoF-Arbeitsbericht 117), unter Mitarbeit von Sebastian Schneider. Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität. Halle-Wittenberg.

Zeppelin Universität: <https://www.zu.de/> zur Hochschulleitung: <https://www.zu.de/universitaet/organisation/organisation.php> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Autorenangaben

Simon Pagany erster Studentischer Vizepräsident der Zeppelin Universität
email: post.pagany@gmail.com

Lorena Pujja und Sophia Rockenmaier

Mitgestaltung auf Augenhöhe: Eine studentische Vizepräsidentschaft für die Universität Passau

1 “Den linken Sumpf” trockenlegen: Rechtliche Rahmenbedingungen in Bayern

Mitte der Siebziger Jahre entschied man sich in Bayern, die Verfasste Studierendenschaft abzuschaffen. Der damalige Kultusminister Hans Maier (CSU) begründete den Schritt damit, „den linken Sumpf an den Universitäten trocken [zu] legen (Bayerischer Landtag, 2017, S. 9166)“. Selbstorganisierte Studierende schienen der CSU vor dem Hintergrund der 68-er Bewegung ein Dorn im Auge zu sein, also nahm man ihnen jede finanzielle und satzungrechtliche Autonomie. Bis heute kann die Studierendenvertretung als solche beispielsweise keine Verträge unterzeichnen oder Räumlichkeiten anmieten. Jede Ausgabe muss vorab von den Studierenden selbst geleistet werden, wird anschließend geprüft und erstattet, wenn sie den strikten Haushaltsrichtlinien der Universität entspricht. Damit wird die Arbeit der bayerischen Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASTen) auch durch die Finanzstärke ihrer Mitglieder begrenzt. Auf Gremienebene besteht die Studierendenvertretung an bayerischen Universitäten aus einem beschlussfassenden, einem ausführenden sowie jeweils einem fakultätsinternen Gremium. Dazu studentische Senator:innen, die in Senat und Universitätsrat die Studierenden repräsentieren. Die Zusammensetzung dieser Gremien sowie die professorale Mehrheit für sämtliche Belange sind nach wie vor Gegenstand ständiger Kritik, auch von Seiten der Studierenden. Andere Bundesländer integrieren ihre Statusgruppen effektiver, beispielsweise durch eine Viertelparität nach Thüringer Vorbild für Entscheidungen, die weder Forschung noch Lehre betreffen. Insgesamt sind die Gestaltungsmöglichkeiten durch die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen derart begrenzt, dass eine angemessene Beteiligung kaum möglich ist. Jede Form der Mitbestimmung, die die Passauer Studierendenvertretung über das gesetzliche Mindestmaß hinaus besitzt, hat sie sich beharrlich und mühsam erstritten. Beispielsweise wurde den studentischen Senator:innen 2018 der Sitz in der Erweiterten Hochschulleitung entzogen, bevor sie ihn erst 2020 nach langen Bemühungen wieder erhielten. Die Hoffnungen der bayerischen Studierendenvertretungen lagen lange Zeit auf der Novellierung des Bayrischen Hochschulgesetzes (BayHSchG). Dieses soll ersetzt werden durch ein “Hochschulinnovationsgesetz”

(BayHIG). Nach mehreren Anhörungen und einer intensiven Debatte muss leider festgestellt werden: das BayHIG bringt keine Verbesserung, es eröffnet im Gegenteil die Möglichkeit zur vollständigen Abschaffung einer funktionierenden Hochschuldemokratie. Durch die weitreichende Deregulierung bleibt es künftig den Universitäten selbst überlassen, für eine „effektive Mitwirkung“ (Art. 34 BayHIG) zu sorgen. Damit entfällt die gesetzliche Garantie für ein Stimmrecht aller nicht-professoralen Statusgruppen.¹ In diesen Zeiten bietet sich in Passau die Chance, voranzugehen und ein Zeichen für eine starke studentische Mitbestimmung zu setzen. Mittels der sogenannten Experimentierklausel (Artikel 106 BayHschG) wäre es unter anderem möglich, von den gesetzlichen Vorschriften zur Zusammensetzung der Universitätsleitung abzuweichen. Passau wäre nicht die erste Universität, die diese Klausel anwendet, sie wäre jedoch die erste, die damit den Weg frei macht für eine studentische Vizepräsidentschaft. Wir wurden gebeten, unsere Vision eines solchen Amtes in Form eines Beitrags zur Vortragsreihe „Die Idee der Universität – heute (in Passau)“ zu präsentieren. Ausgehend davon ist der folgende Beitrag entstanden.

2 Studentische Beteiligung an der Universität Passau

Aktuell bekleiden die studentischen Senator:innen das höchste Amt der Studierendenrepräsentation an der Universität Passau. Sie werden direkt von den Studierenden während der Hochschulwahl über eine separate Liste für ein Jahr gewählt und besitzen je ein Stimmrecht im Senat und im Universitätsrat. In der erweiterten Universitätsleitung sind sie derzeit lediglich als ständige Gäste ohne Stimmrecht beteiligt. Innerhalb der Studierendenvertretung sind die studentischen Senator:innen sowohl im Studierendenparlament als auch im AStA aktiv. Traditionell besteht zwischen den verschiedenen Organen der Studierendenvertretung eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung. Eine transparente Zusammenarbeit ist insbesondere deshalb wichtig, weil durch die verschiedenen Gremien Informationshierarchien entstehen, die die Arbeit der Studierendenvertretung als Ganzes behindern. Wie erfolgreich die Arbeit der Studierendenvertretung ist, ist oft von einem guten Verhältnis zu der aktuellen Universitätsleitung abhängig. Da der gesetzliche Rahmen die Mitbestimmung auf ein Minimum festschreibt, hängt die Beteiligung der Studierenden in vielen Angelegenheiten von der Kulanz höherer Stellen ab. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Entscheidungen oftmals in kleinen Kreisen diskutiert und getroffen wurden und anschließend aus reiner Formalität in den eigentlich zuständigen Gremien diskutiert wurden. Da wir Studierenden oft kein gesetzliches Anrecht auf Einbeziehung haben, fehlt in der Konsequenz unsere

1 Nach anhaltenden Protesten gegen die geplante Neuregelung wurden in die finale Version des Gesetzes wieder feste Sitze für alle Statusgruppen integriert.

Perspektive bei solchen Entscheidungen. Aktuell kann die Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung als positiv und gegenseitig wertschätzend beschrieben werden. Regelmäßige Treffen gewährleisten, dass die Studierendenvertretung in alle relevanten Prozesse eingebunden ist. Auch bei inhaltlich kritischen Themen wie dem Entwurf zum BayHIG wurden Vertreter:innen der Studierenden in die universitätsinternen Diskussionen einbezogen und eingegangene Kritikpunkte ernst genommen. Nach außen, etwa in der Kommunikation mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, wird die Studierendenvertretung als Partner:in auf Augenhöhe präsentiert, beispielsweise indem bei Besuchen des Staatsministers von vornherein Zeit für ein Gespräch mit den Studierendenvertretung eingeplant wird. So positiv das Fazit für die derzeitige Arbeit auch ausfallen mag, kann es nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein permanentes Abhängigkeitsverhältnis zur Universitätsleitung und anderen universitären Stellen besteht. Während dies in der aktuellen Situation gut funktioniert, lehren uns gegenteilige Erfahrungen, dass studentische Gremienarbeit unabhängig von der Besetzung gewisser Posten abgesichert sein muss. So schnell Zugeständnisse gemacht werden, so schnell können sie der Studierendenvertretung auch wieder entzogen werden. Diese instabile Basis ist ungeeignet, um effektiv studentische Interessen zu vertreten. Es ist daher dringend notwendig, die gesetzlich verankerte studentische Mitbestimmung auszubauen.

3 Die Vision einer studentischen Vizepräsidentschaft in Passau

Im Wahlkampf um die Präsidentschaft 2019 ging die Studierendenvertretung mit der Forderung nach einer stärkeren studentischen Beteiligung in die Verhandlungen. Dabei entstand die Idee, Studierende auch auf höchster Ebene in die Gestaltung unserer Universität einzubinden. Nun, da der Wille zur Veränderung besteht, müssen Rahmenbedingungen für dieses in Bayern bislang einmalige Amt festgelegt werden.

4 Legitimation

Ein Amt, welches den Anspruch hat, als oberste Vertretung und Stimme der Studierenden zu agieren, muss selbstverständlich eine starke Legitimation vorweisen können. Die naheliegende Option wäre eine Direktwahl durch alle Studierenden. Zweifelsohne ist diese unmittelbare Wahl ohne eine zwischengeschaltete Instanz die stärkste Legitimation, auf die sich Studierendenvertreter:innen berufen können. Dennoch soll an dieser Stelle für eine andere Form plädiert werden. In Passau existiert eine Kultur der politischen Hochschulgruppen. Die Wahl der studentischen Vertreter:innen wird somit maßgeblich von politischen Inhalten beeinflusst.

Die Arbeitsweise der Vizepräsident:innen unterscheidet sich jedoch so stark von der Arbeitsweise der Studierendenvertretung, dass eine Wahl nach politischen Inhalten sich geradezu verbietet. Ein:e studentische:r Vizepräsident:in muss stets das gesamtuniversitäre Wohl im Blick haben. Die dabei zu treffenden Entscheidungen sind dermaßen komplex, dass sie sich nicht auf einzelne Wahlversprechen oder politische Richtungen herunterbrechen lassen. Zudem sind die universitären Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse, an denen ein:e Vizepräsident:in mitwirkt, von außen kaum zu überblicken. Für eine informierte Wahl müsste das entsprechende Wissen zunächst allen Studierenden ausreichend vermittelt werden. Die hochschulpolitische Bildung der Studierenden ist zwar Aufgabe der Studierendenvertretung, jedoch sind speziell in diesem Punkt Defizite erkennbar. Zudem muss eine Person, die in einer Hochschulwahl kandidiert, keinerlei gesonderte Qualifikationen vorweisen, lediglich die Hochschulwahlordnung ist zu beachten. Kandidat:innen für eine studentische Vizepräsidentschaft sollten jedoch vorzugsweise sowohl Erfahrung in der Verwaltung und/oder Studierendenvertretung als auch Kenntnisse über die Passauer Hochschullandschaft beweisen, um sich für dieses Amt zu qualifizieren. Statt also eine Direktwahl abzuhalten, sollte sich die Wahl des:der studentischen Vizepräsident:in daher an den Regelungen für die Wahl der übrigen Vizepräsident:innen orientieren, jedoch in einer Form, die der besonderen Bedeutung des Amtes für die Studierenden Rechnung trägt. Vorzugsweise soll eine offene Bewerbungsphase, die entkoppelt von den übrigen Hochschulwahlen ist, stattfinden. Für die schlussendliche Wahl sollte ein eigens dafür geschaffenes Gremium unter Beteiligung aller Statusgruppen zuständig sein, in dem die Studierenden eine Mehrheit der Stimmen halten. Durch jene Wahl wäre das Amt nur mittelbar durch die Studierenden legitimiert. Dabei überwiegen die Vorteile einer offenen, kompetenzorientierten Bewerbung unter Beteiligung aller Statusgruppen, mit der ein:e studentische:r Vizepräsident:in künftig zusammenarbeiten soll.

5 Aufgabenbereich

Derzeit existiert kein Ressort, welches der:die studentische Vizepräsident:in übernehmen könnte. Der Aufgabenbereich muss unter Beachtung der jeweiligen Kompetenzen auf diesen Posten neu zugeschnitten werden. Es ist fraglich, ob ein:e studentische:r Vizepräsident:in wie die übrigen Vizepräsident:innen ein eigenes Ressort erhalten sollte. Wir begreifen den Zuständigkeitsbereich des:der studentischen Vizepräsident:in als Querschnitt aller bereits existierenden Ressorts. Dabei soll auf die Fähigkeiten und Qualifikationen des:der gewählten Studierenden eingegangen und eine freie Ausgestaltung des Amtes ermöglicht werden. Folglich soll die Person den bereits bestehenden Ressorts in der Universitätsleitung zuarbeiten und dabei besonders das Wohl der Studierenden berücksichtigen. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn der:die studentische Vizepräsident:in

als niederschwellige Ansprechperson sowohl für Studierende als auch den Mittelbau dient und ein festes Bindeglied zur Universitätsleitung darstellt. Studierende sollen die Möglichkeit erhalten, auf Augenhöhe mit Entscheidungsträger:innen zu kommunizieren. Dies trägt dazu bei, Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten und den Studierenden die Funktionsweise der Universität näher zu bringen. Insgesamt erhoffen wir uns dadurch eine höhere Akzeptanz von Entscheidungen unter den Studierenden und ein gesteigertes Bewusstsein für die eigenen Repräsentant:innen. Ungeachtet der tatsächlichen Ausgestaltung im Detail ist bereits jetzt absehbar, dass sich ein:e zukünftige:r studentische:r Vizepräsident:in in einem Spannungsfeld befinden wird. Neben der Repräsentation der Studierenden wäre diese Person gleichzeitig verpflichtet, bei zukunftsweisenden Entscheidungen das Wohl der ganzen Universität zu berücksichtigen. Das kann in einigen Fällen dazu führen, dass Entscheidungen zu Ungunsten von Studierenden ausfallen. Ein Beispiel dafür ist die Einstellung kleiner Studiengänge unter dem ständigen Druck der Wirtschaftlichkeit. Den Mittelweg zwischen einer angemessenen Repräsentation der eigenen Statusgruppe und dem Fällen notwendiger Entscheidungen zum Wohl der Universität als Ganzes zu finden, wird zweifelsohne zu den schwierigsten Aufgaben gehören, denen sich ein:e studentische:r Vizepräsident:in stellen muss. Mit der Einführung eines zusätzlichen Postens ergibt sich automatisch die Frage nach dem Bestehen von und der Anknüpfung an bereits existenten Posten. Nennenswert sind hierbei vor allem die studentischen Senator:innen, die durch ihr Amt in vergleichbaren Strukturen arbeiten wie der:die zukünftige studentische Vizepräsident:in. Dieses Amt jedoch abzuschaffen, stünde der Idee einer verstärkten studentischen Mitbestimmung diametral entgegen. Denn anders als die Vizepräsident:innen besitzen die studentischen Senator:innen ein Stimmrecht im Senat und Universitätsrat und sind daher für eine angemessene Repräsentation unentbehrlich. Außer Frage steht dabei, dass beide Stellen eng zusammenarbeiten müssen, um Informationshierarchien auszugleichen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

6 Wirkung für die studentische Mitbestimmung

Durch die geringen realpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der bayerischen Studierendenvertretungen sinkt gleichsam das Bewusstsein der Studierenden für ihre Repräsentant:innen. Bemerkbar macht sich das vor allem durch eine niedrige Wahlbeteiligung und ein generell geringes Interesse an hochschulpolitischen Vorgängen. Ein großer Teil der Arbeit läuft weitgehend unbemerkt im Hintergrund ab. Ein:e studentische:r Vizepräsident:in hätte darum sowohl realpolitischen Einfluss als auch einen symbolpolitischen Charakter. Zunächst bedeutet so ein Amt eine offensichtliche Besserstellung der Studierenden in Form eines Stimmrechts in der Universitätsleitung und erweiterten Universitätsleitung sowie einer zusätzlichen

Repräsentation in Senat und Universitätsrat. Statt nur über bereits getroffene Entscheidungen informiert zu werden, könnte der:die studentische Vizepräsident:in die Universität auf höchster Ebene formen und gestalten. Die studentische Perspektive fehlt viel zu häufig in richtungsweisenden Entscheidungsprozessen innerhalb von Universitäten. Bezieht man aber Studierende in diese Prozesse ein, so wächst gleichsam damit das Bewusstsein aller Studierenden für die eigene Position. Universitäten sind neben Forschungseinrichtungen auch Bildungseinrichtungen und die Studierenden somit die wichtigste (und größte) Statusgruppe. Es wäre darum auch die Aufgabe des:der studentischen Vizepräsident:in, für Sichtbarkeit dieser Statusgruppe in den Organisationsstrukturen der Universität zu sorgen. Zu lange wurde studentische Mitbestimmung als Kampf von Studierenden gegen ihre Universitätsleitung betrachtet. Für die Universität Passau ist es wünschenswert, dass die Repräsentant:innen der Studierenden Hand in Hand mit der Universitätsleitung und fest eingebunden in universitäre Strukturen arbeiten. So können Universitäten Vertrauen signalisieren und die Kompetenz ihrer studentischen Vertreter:innen anerkennen und würdigen.

7 Fazit: Ein Amt mit Außenwirkung

Im Vorangegangenen wurde auf die aktuellen Strukturen und Aufgaben der studentischen Senator:innen eingegangen, die insbesondere vom Wohlwollen der Universitätsleitung abhängig sind. Unserem Verständnis nach sucht ein:e Präsident:in aktiv die Mitwirkung von Seiten der Studierendenvertretung, wenn er:sie auf die Meinung der Studierenden ernsthaft wert legt. Dennoch bleibt der Studierendenvertretung der Einblick in Entscheidungen der Universitätsleitung oftmals verwehrt, da diese Sitzungen wie alle universitären Gremien der Geheimhaltung unterliegen. Die Lösung muss darum folglich eine Integration der Studierenden in diese Gremien sein. Es wurde bereits der Gedanke einer Symbolwirkung für die studentische Repräsentation im Allgemeinen aufgeworfen. Die Universität Passau hat die Chance, mit einer studentischen Vizepräsidentschaft eine Vorreiterrolle einzunehmen. Angesichts der Entwicklungen rund um das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz ist es wichtig, dass Universitäten sich klar zu ihren Studierendenvertretungen bekennen und diese eigenverantwortlich fördern, wo der Staat dies durch Gesetze zu behindern versucht. Durch die weitgehende Deregulierung der demokratischen Strukturen an Hochschulen ermöglicht die bayerische Staatsregierung – möglicherweise auch unbeabsichtigt – Studierenden den Zugang zu Ämtern auf höchster Ebene. Wenn das umstrittene Gesetz in Kraft tritt, sollten die bayerischen Hochschulen sich daher bemühen, der Tendenz der Entdemokratisierung entgegenzuwirken. Eine studentische Vizepräsidentschaft in Passau wäre ein klares Bekenntnis für mehr Mitbestimmung. Es ist zu erwarten, dass

andere Universitäten diesem Beispiel folgen werden. Nach über 45 Jahren mit nur mangelhaften Gestaltungsspielräumen ist die Zeit reif, den Status quo auf den Prüfstand zu stellen.

Literatur / weiterführende Links

Bayerischer Landtag (2017). Plenarprotokoll der 103. Sitzung des bayerischen Landtages (17/103).

https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Protokolle/17%20Wahlperiode%20Kopie/17%20WP%20Plenum%20Kopie/103/103_PL_001_gesetzentwurf-16463.pdf

Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz: <https://www.stmwk.bayern.de/wissenschaftler/hochschulen/hochschulrechtsreform.html> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Der Bayerische Landesstudierendenrat: <https://www.stmwk.bayern.de/studenten/meldung/7037/historischer-tag-fuer-bayerns-studierende-landesstudierendenrat-konstituiert-sich-im-bayerischen-landtag.html> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Studierendenvertretung an der Universität Passau: <https://www.uni-passau.de/universitaet/leitung-und-gremien/studierendenvertretung> (Abrufdatum: 08.09.2023)

Autorinnenangaben

Sophia Rockenmaier und Lorena Puqja,
ehemalige studentische Senatorinnen an der Universität Passau
email: lorena.puqja@gmail.com; email: sophia.rockenmaier@googlemail.com

Thomas Girst

Umweg statt Abkürzung: Über das Prinzip funktionaler Serendipität für die Lehranstalten der Zukunft

In unseren Universitäten ist zu beobachten, wie die Studiengänge immer verschulter und die Studierenden in ein Korsett mit einem rigorosen Zeitregime gedrängt werden. Der Unterschied zur Schule wird zunehmend kleiner, wo es doch eigentlich darum geht, dass die Universität ein Ort sein soll, an dem sich die Studierenden entfalten können, die Chance haben sich auszuprobieren und auch etwas ganz Neues anpacken können. Die Studierenden beginnen einen neuen Lebensabschnitt, der mit dem Dasein als Schülerinnen und Schüler kaum mehr etwas zu tun hat und haben sollte. In der Perspektive der jungen Menschen eröffnet sich eine neue Lebensphase mit eigenen Entwicklungsmöglichkeiten, Herausforderungen und einer eigenen zeitlichen Dynamik. In der Universität öffnet sich ein einzigartiges Arrangement von Lehrenden und Lernenden, was in der Schule in der Regel nicht gegeben ist. Endlich darf man den eigenen Interessen nachgehen, im Bestfall, ohne sich dabei von Beginn an festlegen zu müssen, welche diese ganz genau sind. Weswegen das Lernen an Universitäten auch einen Schonraum des Scheiterns bieten sollte, der es erlaubt, umzudenken, sich zu entfalten und den Mut zu haben, auch wieder ganz von vorne zu beginnen.

Indes verlangen die Bologna-Reform und die neuen Regelstudienzeiten den Studierenden ab, ihre Zeit effizient zu nutzen und weder nach links noch nach rechts zu sehen. Auch damit rückt das Studium näher an die Schule und ist letztlich die Fortsetzung derselben. Diese Sichtweise herrscht vor allem dann vor, wenn die Berufsausbildung in den Mittelpunkt gestellt wird.

Wie kann nun eine ideale Lernsituation aussehen, die diesem Trend entgegensteht, und wie können Studierende, die mehr wollen als eine möglichst effiziente Ausbildung, ihre Zeit an der Universität gestalten?

Das Studium sollte nicht als der kurze und schnelle Weg in Richtung Arbeitsmarkt verstanden werden. Es sollte mehr sein als eine Abkürzung, denn Studierende sollen lernen, nicht hinter ihren Möglichkeiten zurückzubleiben, sie sollten ihre Potentiale ausschöpfen. Sie können dabei versagen, solange sie gleichsam lernen, wieder aufzustehen und aus eben dieser Erfahrung neue Kraft schöpfen. Was manchmal als Umweg erscheint, ist mehr und kann zu Einsichten und „glücklichen Funden“ führen, von etwas, das man gar nicht gesucht hat, was sich aber im

Nachhinein als wertvoll für den eigenen weiteren Lebensweg herausstellt. Solche Erfahrungen können wesentliche Bausteine in der eigenen biografischen Entwicklung sein.

Zur Kennzeichnung einer solchen Haltung wird häufig der Begriff der Serendipität verwendet. Gemeint sind damit die überraschenden Entdeckungen, die uns weiterbringen und unser Leben prägen. Wir finden etwas, was wir gar nicht gesucht haben und dieses etwas stellt sich als überaus bedeutsam und wegweisend für uns heraus. Aber wir müssen uns die Zeit eben dafür nehmen dürfen, zu suchen und empfänglich zu sein für diese unerwarteten Funde.

Erwin Panofsky und Steve Jobs

Für diese Haltung gibt es eine Fülle von Beispielen. Es war Erwin Panofsky, der von den Nazis vertriebene, herausragende Kunsthistoriker, der dann in Princeton sein neues Zuhause als Professor und Lehrer fand. Als er das amerikanische und das deutsche Lehrsystem an den Universitäten miteinander vergleicht, stellt er fest, dass in Amerika alles durchgetaktet ist, während das Bildungssystem in Deutschland Zeit gibt. Man könne so viele Semester studieren, wie man mochte. Das Studium war so strukturiert, dass Studierende Gelegenheit und Antrieb hatten, auch über den Tellerrand zu schauen. Das ist mittlerweile Vergangenheit, weil Deutschland sich in der Organisation des Studiums an Amerika orientiert. Wir müssten also somit nur den Blick in die Vergangenheit unserer Universitäten richten, um für die Gegenwart eine Vorstellung für die Zukunft der Lehranstalten zu bekommen.

Panofsky publizierte diese Beobachtungen vor mehr als 60 Jahren. Sein Buch „Meaning in the Visual Arts“ erschien 1955. Ich beziehe mich vor allem deshalb auf dieses Buch, weil Panofsky dort von etwas spricht, das für mein Thema wichtig ist. In diesem Buch schlägt er eine andere Grundhaltung vor: In diesem Standardwerk schreibt er im Epilog darüber, wie es eben nicht die Pflichtlektüre eines bestimmten Seminars sei, die das Feuer in uns entfacht, sondern „eine Zeile von Erasmus von Rotterdam, oder Spenser, oder Dante, oder eines obskuren Mythenschreibers aus dem vierzehnten Jahrhundert“ die zu mehr Erkenntnisgewinn führen kann. „Dort wo wir nichts verloren und nichts zu suchen haben, genau dort finden wir“, schreibt Panofsky (1955, 341). Eben diese Erfahrung ist ein Argument für längere Studienzeiten, für die Freiheit der Lehre und auch gegen eine Verschulung etwa der Geisteswissenschaften. Die werden immer wieder wegen ihres vermeintlich fehlenden Nutzens belächelt, stoßen aber in der Wirtschaft neuerdings wieder auf Interesse, nicht zuletzt wenn bei Führungskräften Slow Management, soziale Kompetenzen und Soft Skills gefragt sind. Man vermutet bei den Absolventen humanistischer Denktraditionen ein gesteigertes Empathievermögen, weil sie sich über Jahre durch tausende Seiten Weltliteratur und Philosophie gearbeitet haben.

Wer Simone de Beauvoirs *Das andere Geschlecht* verinnerlicht, die Zerrissenheit von Zadie Smiths Protagonisten durchdrungen oder das christlich-allegorische Bildprogramm der Deckenfresken Michelangelos in der Sixtinischen Kapelle erfasst hat, wurde dabei von Leidenschaft und Passion geleitet. Von was auch sonst? Schließlich hat man sich nicht von den Eltern zuflüstern lassen, mit VWL, BWL oder Jura wenigstens etwas „Vernünftiges“ zu erlernen, sondern ist bei der Wahl des Studiums das Wagnis eingegangen, womöglich als Teil des Prekariats zu enden – und damit kaum in der Lage zu sein, sich selbst geschweige denn eine Familie ernähren zu können. Dieser Mut zum Risiko wird andernorts händeringend gesucht. Ebenso der Kompass innerer Überzeugungen inmitten tausender Fähnlein im Winde. Nur wer liebt was er tut und sich die Zeit dafür nehmen kann, schafft Herausragendes. Was wiederum auf dem Arbeitsmarkt als wertschöpfende Kombination aus hohem Anspruch, intrinsischer Motivation, Verantwortungsgefühl und Entscheidungsfreude gehandelt wird. Mag die Erwartung der Wirtschaft an die Geisteswissenschaft auch überzogen oder suspekt anmuten, wer gegen jedwede Widrigkeiten dergestalt langen Atem und Konzentrationsvermögen unter Beweis gestellt hat, der ist zeitlebens zumindest gegen eine allzu kurze Aufmerksamkeits-spanne gefeit.

Andererseits birgt ein allzu eng abgesteckter Adressatenkreis einer möglichst zeiteffizienten, verschulden geisteswissenschaftlicher Forschung, die in Teilen nicht zuletzt durch schwer verständliche Diskursvokabular die Tür aus reinem Selbsterhaltungstrieb von innen zustemmt, die große Gefahr reiner Selbstreferentialität – wir sind hier weit entfernt von Henri David Thoreaus Aufforderung zum „Simplify, Simplify!“ (2004, 89), was die eigentliche Aufgabe eines *public intellectuals* doch ausmachen sollte. Und ist nicht auch eine Forschung denkbar, die trotz Emotionen nichts an Komplexität und Anspruch verliert, die ihren Forschungsgegenstand dadurch nicht verwässert? Wo findet sich denn das Ausrufezeichen außerhalb der eckigen Klammer, die das „sic“ umfasst, das „sic erat scriptum“ mit dem auf Rechtschreibbefehler in geisteswissenschaftlichen Arbeiten zitierten literarischen Quellen verwiesen wird? Sollten wir das Ausrufezeichen nicht vielmehr für eine empathischere Wissenschaft und Lehre nutzbar machen, die es vermag, mehr Menschen zu erreichen, ohne sich über deren Bildungsstand zu erheben? Wir alle müssen doch die Hemmschwelle vor der Hochkultur nehmen helfen. Wir begehen sonst Verrat an den nicht zuletzt durch die Verschulung im freien Fall befindlichen Geisteswissenschaften, an ihren Errungenschaften, ihrer Bedeutung und an ihren Forschungsgebieten.

Wesentlich bleibt Panofskys Erkenntnis, dass die Dinge, die wir uns nebenbei bei unseren Entdeckungsreisen aneignen, für uns wertvoll und wichtig werden. „Who will light our candle“, wie der Kunsthistoriker schreibt, wer führt uns zu neuen Einsichten? Er beruft sich dabei auf Cicero, der schreibt: „Mihi enim liber non videtur, qui non aliquando nihil agit“ („der scheint mir nämlich nicht frei zu sein,

der nicht hier und da einmal gar nichts tut“). Panofsky redet hier mitnichten der Faulheit das Wort, auch wenn es diese „glücklichen Funde“ sind, die Zeit brauchen, die sich aber eben nicht zwingend durch eine absichtsvolle und systematische Suche ergeben. Bildung entsteht erst durch solche Einsichten und mit einer solchen Haltung. Über Funde, die zunächst gar keinen Sinn ergeben, die aber dann für das eigene Leben, den eigenen Weg, eine Bedeutung erlangen, die nicht von Anfang an ersichtlich war. Eine solche Haltung erfordert auch einen anderen Umgang mit der Zeit, dem eigenen Leben und – was hier besonders wichtig ist – eine andere Organisation des Studiums.

Ein weiteres Beispiel für eine solche Haltung ist Steve Jobs, der Gründer von Apple. 2005, einige Jahre vor seinem Tod hält er die Commencement Address an der Stanford University, um die Studierenden zu verabschieden. Das Video dazu wurde mittlerweile knapp 100 Millionen Mal im Netz angeklickt (vgl. Jobs 2005). Und wovon spricht er? Davon, wie er nach nur sechs Monaten das Studium am Reed College schmiss, aber noch eineinhalb Jahre länger auf dem Campus in Portland an der US-Westküste abhing. Ohne immatrikuliert zu sein, verdankte er die Teilnahme an einer Klasse über die Kunst der Kalligraphie dem reinen Zufall. So sehr ihn auch das Studium der Serifen und Schrifttypen faszinierte, wusste er doch nicht, was er jemals damit anfangen oder wie er sein neu erworbenes Wissen dazu jemals praktisch anwenden sollte. Erst ein Jahrzehnt später kam es schließlich dazu. Als Jobs Anfang der 80er Jahre den ersten Macintosh entwirft, kommt ihm sein Know-How über Design und Typographie zugute. Gestaltung und Ästhetik aller Produkte von Apple sind seither essentieller Bestandteil des unglaublichen Erfolgs jenes Technologieunternehmens, das im August 2018 an der Börse als erstes Unternehmen überhaupt mit einem Wert von mehr als einer Billion Dollar notiert wurde. Steve Jobs Beispiel ist auch in Bezug auf Panofsky von Interesse, wenn es darum geht, wie man am College, wie man an Universitäten lehrt. Er riet den Studierenden, den eigenen Intuitionen zu folgen und immer neugierig zu sein. Alle haben Ideen, aber den Willen und die Ausdauer, diese umzusetzen, dazu bedarf es der Zeit. Dies bedeutet auch Umwege zu gehen und den Mut zu haben, immer wieder neu anzufangen.

Information und Bildung

Die Universität und das Studium sind nicht dazu da, möglichst viele Informationen zu sammeln und zu vermitteln. Universitäten sind Einrichtungen der Bildung, in denen die Studierenden ihrem eigenen Weg folgen sollen. Sie sind mehr als nur Ausbildungsstätten.

Ich möchte mich für den Umweg stark machen, in einer Zeit, in der es immer nur um die Abkürzung geht, und zwar möglichst zu den Dingen hin, die wir kaufen und konsumieren sollen. Und dort, wo uns ein Algorithmus bei der Suche nach

Informationen lenkt, möchte ich mich für das Prinzip der Serendipität starkmachen. Denn dieses begründet für mich auch den Unterschied zwischen Information und Bildung. Ich positioniere mich damit nicht gegen die wunderbaren Errungenschaften dessen, was wir online, was wir im Internet, was wir über all diese Wissensquellen, die uns zugänglich sind, zumindest in westlichen Demokratien, über einen kleinen Klick erreichen können. Das verkürzt die Zeit, in der wir oft über Wochen recherchiert, über Fernleihe auf Bücher gewartet haben. Viele von diesen Dingen sind nun sofort verfügbar, ohne auch nur einen Schritt tun zu müssen. Aber was erhältlich ist, ist Information. Diese steht uns im Technologiezeitalter immer und überall zur Verfügung, Wissen gilt es sich zu erarbeiten. Das Ergebnis dieses Wissens ist Bildung. Die Universitäten sollten darum bemüht sein, ihren Studierenden nicht nur Information zu bündeln, sondern sie auch zu bilden. Bildung ist etwas, was die gesamte Person im Blick hat. Und sie nimmt Zeit in Anspruch, weil die Studierenden sich zu Persönlichkeiten entwickeln sollen, die viel mehr im Blick haben als nur ihr fachliches Wissen. Und natürlich nimmt mit dem Wissen um das Wissen auch das Wissen um das Nicht-Wissen zu. Es war Shakespeare, der in „Wie es euch gefällt“ schrieb: „Der Narr hält sich für weise, aber der Weise weiß darum, ein Narr zu sein“ (1994). Die Studierenden sollten lernen, sich damit auseinanderzusetzen und sich dessen bewusst werden, dass unser Wissen immer auch vorläufig ist und morgen andere Einsichten an seine Stelle treten können.

Die eigene Zeit

Die heutigen Universitäten geben den Studierenden ein immer detaillierter werdendes inhaltliches Korsett und Zeitregime vor. Regelstudienzeiten müssen eingehalten werden, für die einzelnen Semester werden die Kurse mit ihren Inhalten vorgeschrieben. Wer länger braucht, der muss sich erklären. Er passt nicht mehr in die vorgegebenen Bahnen.

Gerade die Umwege, das Folgen der eigenen Intuitionen benötigen jedoch Zeit, und zwar im eigenen Rhythmus. Diesen müssen Studierende entdecken können, auch gemeinsam untereinander sowie für sich selbst, um herauszufinden, wie die eigene Zeit gestaltet und gefüllt werden kann. Es wird ein Wechsel von Ent- und Beschleunigung sein, immer entlang der eigenen Bedürfnisse. Um Unvorhergesehenes zu entdecken, um im Sinne von Panofsky entlegene Gedanken nachzuvollziehen, um Dinge zu entdecken, die man gar nicht gesucht hat, dazu bedarf es der Zeit, der Muße, des Suchens, ohne der Ökonomisierung der Zeit und der Beschleunigung zu verfallen.

Die Zeit, die die Studierenden an der Universität verbringen, ist ihre eigene Lebenszeit. Ein Drittel der Studierenden beendet sein Studium nicht – so wie Steve Jobs. Es ist zu wünschen, dass auch diese, wie alle anderen, ihre Zeit sinnvoll

nutzen, und eben auch ihre Um- und Irrwege gehen dürfen. Universitäten sollten diese Wege aufzeigen, sie sind ein transdisziplinärer Nährboden an Möglichkeiten, und darauf achten, dass sich die Studierenden, die ihr Studium nicht beenden, nicht einfach verlieren. Die eigene Zeit im eigenen Rhythmus zu nutzen, erfordert von den Studierenden mentale Stärke, zu der die Universität mit Blick auf „Bildung statt Ausbildung“ auch beitragen kann.

Nicht hinter seinen Möglichkeiten bleiben

Die Umwege im Studium ermöglichen den Studierenden, sich auszuprobieren, etwas zu finden, was sie gar nicht gesucht haben und ihren Intuitionen zu folgen. Aber sie sollten dabei nicht hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben.

Ein gutes Beispiel in dieser Hinsicht mag der französische Landpostbote Ferdinand Cheval (1836–1924) sein. Er war ein einfacher Postbeamter, der im Südosten Frankreichs, in Hauterives in der Auvergne, sechs Tage die Woche die Post ausgetragen hat. Dieser Mann ging nachweislich über Weiler, über Felder, über Täler hinweg, über kleine Bäche und trug dabei in drei kleinen Orten die Post aus, was ihn fast 20 Kilometer pro Tag laufen ließ, jeden Arbeitstag. Und der gute Mann war bereits 43 Jahre alt, als er etwa Mitte des 19. Jahrhunderts über einen Stein stolperte. Und dieser Stein war sehr groß und er grub ihn mit seinen Händen aus dem staubigen Boden, nahm ihn hoch, sah ihn sich an und entdeckte auf einmal in diesem Stein alle mythischen Gestalten, Flora, Fauna, Menschen, Formen – und er nahm den Stein mit. Das war sicher schwer angesichts seines großen Rundgangs, aber er nahm ihn unterm Arm mit. Ab diesem Zeitpunkt nahm er immer wieder Steine mit, Kiesel, Muscheln, die er auf dem Weg fand. Er baute sich sogar einen Schubkarren und lud die gesammelten Steine ab auf seinem kleinen Gemüsegarten am Flussufer der Galaure. Zu dem ersten Stein kamen immer mehr hinzu. Aus ihnen erbaute er in seinem Gemüsegarten innerhalb von 33 Jahren den Palais idéal. Der erste Stein, den er auf seinen beschwerlichen Fußmärschen aufhob und mitnahm, ruht heute auf einem kleinen Altar auf der Terrasse des Palais idéal. Dieser Stein hatte ihn zum Bau des märchenhaften Palastes inspiriert.

Ferdinand Cheval war kein Architekt, sondern ein Postbote. Sein Palais idéal hätte in den 1960er Jahren abgerissen werden sollen. Zum Glück war André Malraux Kulturstaatsminister in Frankreich und sprach sich für den Erhalt des Palastes aus. Der Palast ist ein völlig eklektisches Gebäude, ein Monument menschlicher Phantasie und Beharrlichkeit. Er ist ein wunderbares Beispiel für Folk Art in Frankreich. Über 200.000 Menschen pilgerten in präpandemischen Zeiten jedes Jahr nach Hauterives, um sich diesen Palais idéal des Postboten Cheval anzuschauen und sie können mit eigenen Augen sehen, wie Cheval in seinem Palais idéal alle möglichen Einflüsse aufnimmt: Moscheen, Hindutempel, Kirchen. Was bewegte

ihn dazu? Als Postbote sah er die Fotografien auf den Postkarten, den Magazinen, alles Erfindungen seiner Zeit. Damit ließ Ferdinand Cheval sich von den Architekturen in anderen Ländern dieser Welt inspirieren. Dies war die Grundlage für sein Unternehmen, innerhalb von 30 Jahren mit gefundenen Steinen einen Palast zu bauen. Als ich den Palais idéal besuchte, konnte man natürlich T-Shirts, Aschenbecher, Schlüsselanhänger mit dem Bild des Palais idéal kaufen. Sie können aber auch einfach über die Felder gehen, die noch genauso aussehen wie vor über 100 Jahren, als Cheval den Palais idéal baute, und Sie können auf einem der Felder einen Stein aufheben, so wie ich das getan habe. Diesen Stein habe ich mir auf meinen Schreibtisch gelegt und gedacht, wenn ein einziger Mensch in der Lage ist, aus einem Stein, aus ständig gesammelten einzelnen Steinen, einen solchen Palast zu bauen, dann ist das mir Anreiz und Motivation, nicht hinter meinen Möglichkeiten zurückzubleiben. Das sage ich allen meinen Studierenden: Wenn ihr genug zu essen habt, ein Dach über dem Kopf, gesund seid und keinen Liebsten verloren habt, dann ist es eure Pflicht, nicht hinter euren Möglichkeiten zurückzubleiben. Erst an den ausfranselnden Randgebieten unserer Selbst wird es spannend, werden Persönlichkeiten entwickelt. Um dort hinzukommen, bedarf es jedoch der Arbeit, der Konzentration, aber es bedarf eben auch der Zeit. Und diese Zeit sollte es auch beim Lernen geben, die sollte es insbesondere auch an der Universität geben.

Funktionale Serendipität

Wer sich heute in eine Universität einschreibt, sollte mehr als nur eine Berufsausbildung erhalten. Er oder sie sollte lernen, dass die Suche ein wesentliches Moment des Lebens ist, das auch die Zeit an der Universität prägt. Mit dieser Haltung gelangen wir zu neuen Erkenntnissen und können etwas finden, nach dem wir gar nicht gesucht haben. Eine solche Haltung sollte unverzichtbarer Teil der Bildung werden, die Universitäten anstreben. Wir finden etwas, nach dem wir überhaupt nicht gesucht haben. Diese Haltung sollte die Wissenschaft und auch die Persönlichkeit der Studierenden prägen, die ein universitäres Studium durchlaufen haben. Serendipität bezeichnet dieses Phänomen, etwas zu finden, nach dem man gar nicht gesucht hat. Um diese Haltung auszubilden, zu unerwarteten Entdeckungen und überraschenden Erkenntnissen zu gelangen, ist intensive Übung notwendig. Vielleicht ist dies sogar das Wichtigste, das während eines Studiums „gelernt“ werden kann. Eine Universität hat damit nicht nur die Aufgabe, Diplome und Urkunden für absolvierte Studiengänge zu verteilen, sondern diese Haltung zu vermitteln und einzuüben. „Wer viel einst zu verkünden hat, / schweigt viel in sich hinein. / Wer einst den Blitz zu zünden hat / muss lange Wolke sein,“ beobachtete Friedrich Nietzsche (2003, 998). Das steht nicht in den durchgetakteten Lehrplänen und doch ist eben diese Vermittlung die vielleicht

wichtigste Aufgabe einer Universität, und zwar der gesamten Universität, insbesondere ist sie aber die Aufgabe der Lehrenden.

Der Beitrag beruht auf einer geringfügig angepassten Transkription des gleichnamigen Vortrags vom 6. Mai 2021 in der Berliner Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen anlässlich des 150. Geburtstags der RWTH Aachen.

Literatur

- Jobs, Steve (2005): Stanford Commencement Address. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UF8uR6Z6KLc&t=1s> (Abrufdatum: 29.04.2022).
- Nietzsche, Friedrich (2003): Briefwechsel, Kritische Gesamtausgabe III 7/1. Berlin: Walter de Gruyter.
- Panofsky, Erwin (1955): Meaning in the Visual Arts. New York: Doubleday.
- Shakespeare, William (1994): Wie es euch gefällt (ca. 1599). In: Shakespeare. Sämtliche Werke in vier Bänden (Bd. 1).
- Thoreau, Henry David (2004): Walden (1854). In: Jeffrey S. Cramer. Walden. A Fully Annotated Edition. New Haven: Yale University Press.

Autorenangaben

Thomas Girst, Prof. Dr., BMW Group Corporate Communications
Global Head of Cultural Engagement, email: thomas.girst@bmwgroup.com

Birgit Beumers

Serendipität und Funktionalität?

Professor Girst hat in seinem Beitrag den Vorzug von Umwegen statt Abkürzungen in der Wissenschaft aufgezeigt und dazu den Begriff der „funktionalen Serendipität“ benutzt. Bevor ich auf das Prinzip der Serendipität und ihrer möglichen „Funktionalität“ in der Wissenschaft eingehe, muss ich vorausschicken, dass sich meine Kenntnis des deutschen Universitätssystems auf knapp zwei Jahre an der Universität Passau beschränkt, davon anderthalb im Online-Modus. Daher werde ich im Wesentlichen auf meine langjährige und weitreichende Erfahrung in Großbritannien zurückgreifen. Jedoch hilft vielleicht gerade diese geografische Distanz bei den Betrachtungen der Wege für Lehre und Forschung, und nicht nur die Auslandserfahrung, sondern auch die damit einhergehenden Versuche der Interdisziplinarität – einem Schlagwort der 1990er und 2000er Jahre. So habe ich schon immer versucht, die Grenzen der Disziplinen zu überschreiten, nicht nur innerhalb der Philologie (als die Abteilung für Slavistik Teil einer „Schule für Moderne Sprachen“ wurde), sondern auch der Wechsel von der Universität Bristol in ein Forschungszentrum für Film-, Theater- und Medienwissenschaft nach Aberystwyth, dem größten und ältesten seiner Art in Großbritannien. Durch diesen Disziplin-Wechsel habe ich viel gelernt, aber hier schwingt das Risiko eines Umwegs mit, denn jeder Fachbereich hat seine besonderen Spezialisten, seine eigene Grundausbildung, seine spezifischen Methoden, die von Grund auf beherrscht werden wollen.

1 Konzept der Zeit für Recherche und Forschung

Professor Girst betont die Nützlichkeit der Zeit für Umwege bei der Recherche, die oft herausragende Ergebnisse bringen. Doch möchte ich hier insgesamt das Konzept der Zeit für Recherche und Forschung hinterfragen. Die Würdigung der Zeit als wertvoller Einsatz ist lobenswert, aber leider zählen in der Organisation wissenschaftlicher Arbeiten heute mehr die Ergebnisse und deren Nützlichkeit oder Anwendbarkeit. Zeit allein bringt noch keine Antriebskraft hervor, um etwas Neues zu erforschen und um andere oder neue Wege zu gehen. Dies sei dargestellt vor dem Hintergrund der recht strengen zeitlichen Vorgaben im britischen Bildungssystem, das ich selbst durchlaufen habe: ein Bachelor-Studium von drei Jahren, vier beim Fremdsprachenstudium bedingt durch ein Jahr Auslandsaufenthalt; die Zeitvorgabe für ein Doktorat beträgt ebenfalls vier Jahre

– die maximale Zeit, die nach den Vorgaben des AHRC (Arts and Humanities Research Council) dafür in der Förderung zur Verfügung steht, ohne dass die Universität wegen Fristversäumnis die Doktorandenförderung verliert. Persönlich habe ich unter dieser Zeitvorgabe nicht besonders gelitten; viel wichtiger als der zeitliche Rahmen erscheint mir die Neugier, oft durch Leistungsdruck (und nicht Zeitdruck) eingeschränkt. Diese Neugier ist ein einfacher Begriff, der vielleicht gar nicht in den akademischen Diskurs passt, aber diese Neugier ist ausschlaggebend nicht nur für die Forschung, sondern auch die Fragestellung, die die Forschung antreibt. Leider hört man immer öfter von den Studierenden: „Wie hätten Sie es denn gerne?“ Bei einer solchen Fragestellung sind schon jede Neugier und Eigenständigkeit zerstört: es wird getan, was angeordnet wird und nicht überlegt, was man tun könnte; es wird auf Noten gespielt und nicht auf Wissen; es wird die Universität zu einer Quizsendung gemacht.

2 Begriff der „Serendipität“

Als Philologin möchte ich noch an einer anderen Stelle ansetzen, nämlich bei dem Begriff der „Serendipität“, der aus der englischen Sprache ausgeliehen wurde, wo das Wort „serendipity“ herkommt. Dies ist ein wunderschönes und ganz besonderes Wort, welches zur Abwechslung einmal nicht aus dem Griechischen oder Lateinischen abgeleitet ist, sondern seine Bedeutung von einem Märchen ableitet, und damit einem Aspekt der Kultur- und Literaturgeschichte, den ich sowohl in der Forschung als auch in der Lehre hochschätze. „Serendipity“ wurde von Walpole in die englische Sprache eingeführt und geht zurück auf das Märchen von den „Drei Prinzen aus Serendippo“, wobei Serendippo ein anderes Wort für Sri Lanka oder Ceylon ist. Dieses Märchen handelt von drei Königssöhnen, die vom Vater gut ausgebildet werden; um die Qualität der Ausbildung zu prüfen, schickt der König die drei Prinzen in die Welt. Durch ihr Wissen und getrieben von Neugier deuten sie Spuren und ziehen Schlüsse: sie erledigen gute Detektivarbeit. Diese Kompetenz bringt ihnen zum einen Misstrauen, zum anderen aber auch Anerkennung. Wie es sich für ein gutes Märchen gehört, gelangen sie von der ersten Herausforderung zu einer zweiten und dritten, und finden mit jeder Lösung für jedes der Königskinder eine Prinzessin in heiratsfähigem Alter in Persien und Indien, wodurch sie das eigene Königsreich vergrößern, besiegelt mit der ebenfalls für das Märchen klassischen Rückkehr nach Hause (vgl. Propp 2001). Aber diese Spurendeutung ist in der märchenhaften Lesart der Serendipität zweideutig: sie birgt Risiken in sich. So beschreiben die Prinzen einem Kamelführer genau, wie sein verlorenes, gestohlenes Kamel aussieht und werden deshalb des Diebstahls verdächtig. Das heißt, sie haben zu viel Wissen, was auch Gefahren bergen und Nachteile haben kann. So werden die drei Prinzen zunächst ins Gefängnis gesteckt und fast zum Tode verurteilt, bis sie dem König vorgestellt werden und sich der

Diebstahl aufklärt. Für ihre nächste Aufgabe stehen sie im Dienst des fremden Königs, um einen Verräter zu enttarnen. Das Wissen, welches sie errungen haben, wird eingesetzt von den Mächtigen. Auch diese Wendung des Märchens über die „Serendipität“ dieser Prinzen hat für Wissenschaftler eine Bedeutung: was, wenn sie unbequeme Fragen stellen, die vielleicht nicht so gestellt werden sollten. Fragen, auf die wir vielleicht keine Antworten haben, vor allem keine vorgefassten Antworten, denn meist weist die Fragestellung auf eine bestimmte Art und Weise der Antwortfindung hin, die eine einschränkende Wirkung hat. Das Konzept der Serendipität beinhaltet so auch die Gefahren der Recherche (oder Detektivarbeit), und sieht auch die Erweiterung des Kulturkreises im Sinne der Interdisziplinarität vor, da die Prinzen all ihr Wissen zum Einsatz bringen. Ein schönes Märchen, welches aber auch die Kehrseite der Serendipität aufzeigt, der Gefahren und Abhängigkeiten. Inwiefern steht der Wissenschaftler (der kluge Märchenprinz) mit seiner Fragestellung im Dienst eines Geldgebers (im Märchen: des Königs)? Stelle ich als Wissenschaftler mit ungewissen Forschungsfragen ein Risiko dar? Riskiere ich mit den falschen Fragen meine eigene Forschungsfinanzierung? Bei der Übertragung der Märchenhandlung, die den Begriff der Serendipität definiert, auf die Forschungsebene werden auch aktuelle Probleme aufgeworfen. Diese lassen sich auch auf die Lehre übertragen, das heißt auf die organisatorischen Strukturen in einer Hochschule: die bereits angesprochene Angst der Studierenden etwas zu fragen und die Angst etwas falsch zu machen, die sich in der Frage verbirgt: „Wie hätten Sie es denn gerne?“ Wie vermittele ich im Rahmen einer universitären Ausbildung mit dem ihr eigenen Leistungsdruck, das dies eine Zeit für Serendipität ist, für das Hinterfragen und nicht das Antworten, wenn sich gleichzeitig aber Studierende auch selber Druck machen, in einer bestimmten Zeit etwas leisten zu wollen und gute Noten zu bekommen. Letztendlich können wir den Druck in einer leistungsorientierten Gesellschaft nicht zur Seite schieben: es werden bestimmte Forderungen gestellt, ob vom Dozenten oder von der Forschungsstelle.

3 Verlust von „Neugier“ und Flexibilität

In der Forschung sehen wir deutlich diesen Verlust an „Neugier“, an „Spürsinn“, an der Möglichkeit einmal, wie es Professor Girst nennt, an die Ränder dessen zu gehen, was dem Mainstream der Forschung zugeordnet wird. Diese Fokussierung auf etablierte und definierte Themen sehen wir in der Forschungsfinanzierung und in der Formulierung von Forschungsfragen, wo es oft wenig Flexibilität gibt: Forschungsanträge sind detailliert, Projekte genau aufgeteilt in Fragen und zu erwartende Antworten, und vor allem durch den zeitlichen Rahmen begrenzt. In dieser minutiösen Planung gibt es weder Raum noch Zeit für Abweichungen oder Umwege. Je mehr Detail in Forschungsprojekten abgefragt wird, desto weniger hat der Forscher die Möglichkeit, ins Umfeld oder gar in andere Richtungen zu schauen.

4 Originelle Forschung

In unseren Forschungsprojekten sollen wir Lücken füllen, aber oft kennen wir diese gar nicht; daher interessieren gerade solche Löcher in der Kulturgeschichte und was sich dahinter verbirgt: warum sich hier Lücken auftun, nicht unbedingt um sie zu füllen, vielmehr um zu erörtern, weshalb bestimmte Fragen noch nicht gestellt wurden. Natürlich können Lücken nicht der Gegenstand eines Forschungsantrags sein. Die Zeit der Forschungsanträge des frühen 20. Jahrhunderts, wo der Herr Professor ein kleines handgeschriebenes Zettelchen präsentierte: „Ich hätte gerne 500 Pfund und drei Jahre sabbatical für meine Forschung,“ die gibt es leider nicht mehr. Natürlich müssen Drittmittelvergabestellen detaillierte Angaben haben, um Entscheidungen zu treffen; aber in der Forschung lässt sich nicht alles vorhersehen, und nur wenige Forschungsstipendien erlauben es, vom Plan abzuweichen. Ich möchte gern ein Beispiel aus meiner Forschung anführen, als ich die Finanzierung erhalten hatte für ein Forschungsprojekt über die Anfänge des russischen Trickfilms – ein Thema, welches erst einmal von den Kollegen belächelt wurde (inzwischen gibt es Lehrstühle und Abteilungen für Animation mit Praxis und Theorie). Mein Projekt wurde finanziert, und dann passierte, was laut Antrag nicht hätte geschehen dürfen: ich stieß unerwartet auf ein privates Archiv mit Amateurfilmen, die den Beginn des Puppentrickfilms um drei Jahre zurücksetzen sollten. Mit nachträglicher Genehmigung durfte ich das Projekt in diese Richtung weiterführen: ich restaurierte, kuratierte und publizierte zu den Trickfilmen von Alexander Schirjaew, einem Choreografen am Mariinski Theater in Sankt Petersburg, der mit dem großen Marius Petipa zusammengearbeitet hatte (vgl. Beumers & Bocharov & Robinson 2009). Schirjaew erwarb bei einer Deutschlandreise eine Filmkamera der Firma Ernemann. Damit wollte er Ballettaufführungen filmen und die Choreografen notieren, doch die Kamera gehörte damals in einen ganz anderen Bereich des Lebens: zu den Attraktionen auf den Festplatz, aber nicht in ein Kaiserliches Theater. So baute sich Schirjaew ein Puppentheater, in dem er zwischen 1906 und 1909 Tänze mit selbstgemachten Puppen rekonstruierte in Stop-Motion-Technik filmte. Der offizielle Beginn des Puppentrickfilms war jedoch datiert auf 1910 mit Władysław Starewicz's *Lucanus Cervus*. In diesem privaten Archiv gab es neben den Puppentrickfilmen eine Anzahl an Filmen, die zunächst gar nicht gesichtet werden konnten, da sie auf 17,5 mm Film aufgezeichnet worden waren – einem Format, das nicht projiziert werden konnte, so dass nur die Digitalisierung diese Bilder wieder sichtbar machen konnte. Das mündete dann in einen zweiten Teil dieses Forschungsprojekts, einer Retrospektive beim Stummfilmfestival in Pordenone. Ein solch zufälliger Fund ist nicht vorhersehbar, aber solche glücklichen „Unfälle“ bringen oft etwas Wichtiges zum Vorschein. Das macht originelle Forschung aus, die getrieben wird von der Faszination der Lücke und des Unerwarteten, so wie auch die Prinzen auf dem Weg nach Serendippo durch die Aufdeckung des Diebstahls eines Kamels unerwartet etwas fanden, wonach sie gar nicht suchten:

Länder, Glück, und den Sinn ihres Wissens. Solche Entdeckungen passieren nicht nach Plan, nach Vorschrift, nach Anfrage, und dennoch bereichern sie die Wissenschaft.

5 Plädoyer für Neugier und Freiheit

Als lehrende und forschende Wissenschaftler sollten wir uns und unseren Studierenden die Neugier erhalten und auch einmal ein Risiko eingehen dürfen. Dies wird leider oftmals verhindert, nicht nur durch Leistungsdruck, sondern auch durch die Suche mit Computersystemen, die immer stärker von Algorithmen gesteuert wird und so auch den Benutzer steuert: Cookies kennen uns besser als wir selbst und geben vor, was wir suchen sollen oder wollen, ohne dass wir es wussten. Ich bin sehr skeptisch, dass diese Werkzeuge unsere Neugier wecken oder erweitern; eher steuern sie uns und unsere Fähigkeit, etwas zufällig zu entdecken. Die glatte Oberfläche, die schöne Strukturierung, die einwandfreie Präsentation sind sicher positive Leistungen, doch auch auf dem Weg nach Serendippo lief nicht alles perfekt: wir wissen aus der Kunst, dass die Faszination nicht ausgeht von dem high-resolution Bild auf dem Computer, sondern von dem Ölgemälde mit seinem nachvollziehbaren Pinselstrichen, mit seinen Brüchen in der austrocknenden oder ausgetrockneten Farbe: Spuren, die die Zeit auf dem Gemälde hinterlassen hat. Diese Brüche, Kratzer und Unebenheiten machen die Faszination aus, nicht die glatten und polierten Oberflächen, in denen man sich selbst widerspiegelt. Leider ist es das „perfekte“ Bild, welches Systeme sehen wollen. In diesem Bereich wäre es sinnvoll anzusetzen und etwas von diesem Leistungsstreben wegzunehmen, denn Leistung ist nur möglich, wenn wir die Neugier behalten und die Freiheit haben, auch mal etwas falsch zu machen. Ich lerne am meisten, wenn ich Fehler mache.

Literatur

- Beumers, B. & Bocharov, V. & Robinson, D. Hrsg. (2009): *Alexander Shiryayev: Master of Movement*. Gemon: Le Giornate del Cinema Muto.
Propp, V. (2001): *Morphology of the Folktale*. Austin: University of Texas Press.

Autorinnenangaben

Birgit Beumers, Prof. Dr., Vertreterin des Lehrstuhls für Slavische Literaturen und Kulturen an der Universität Passau
email: birgit.beumers@uni-passau.de

VI. Die Universität als Organisation

Ulrike Beisiegel

Herausforderungen der Universitäten der Zukunft

1 Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit

Universitäten in Europa haben eine lange und sehr interessante Geschichte, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Aufgreifen möchte ich jedoch den Gesichtspunkt, dass unsere heutigen Universitäten, ganz im Sinne von Wilhelm von Humboldt, als ‚Gesamtheit der Wissenschaften‘ gelten. Vor der Zeit Humboldts sprach man von der ‚Gemeinschaft der Lehrer und Schüler‘. Eine solche Gemeinschaft der Lehrenden und Studierenden ist für mich auch heute der eigentliche Kern der Universitäten. Das voneinander lernen, also auch das Lernen von den Studierenden, hat mich als Hochschullehrerin immer gereizt. Das heißt: Universitäten müssen als Ganzes lernende Organisationen sein.

Vorweg soll klargestellt werden, dass die aktuellen großen Herausforderungen durch die Digitalisierung und die Globalisierung zwar sehr wichtige Themen in allen Bereichen der Universität sind, sie aber hier nicht besprochen werden können. Als relevante spezifische Handlungsfelder in Forschung und Lehre muss es dazu eigene Kapitel geben.

Und, um auch das gleich vorwegzunehmen, eine auskömmliche Finanzierung ist Grundlage der Entwicklung der Universitäten. Bund und Länder müssen hier deutliche Zeichen setzen, damit die Universitäten die Herausforderungen der Zukunft auch annehmen und sich erfolgreich entwickeln können.

Ich will Ihnen hier meine Gedanken zur Universität der Zukunft vorstellen. Die Herausforderungen, die auf die Universitäten zukommen und Ideen, um diese anzunehmen und erfolgreich zu meistern. Ich tue dies aus der Sicht einer Universitätspräsidentin, die neun Jahre eine autonome Stiftungsuniversität geleitet hat und über langjährige Erfahrung in den verschiedensten Positionen im Wissenschaftssystem verfügt.

Die im Grundgesetz verankerte Hochschulautonomie und das Recht auf Selbstverwaltung geben den Universitäten als Institution eine große Freiheit und den Professor:innen die Freiheit der Forschung und Lehre. Dies ist, wenn die Politik die Autonomie wirklich gewährt, ein hohes Gut.

Diese Freiheit geht jedoch auch mit einer großen Verantwortung einher. Diese Verantwortung der Wissenschaft gehört m.E. ganz grundsätzlich zur Idee der Universität. Die Verantwortung bezieht sich auf vier Bereiche:

- Verantwortung für die Qualität der Forschung und Lehre
- Verantwortung für die Redlichkeit im Umgang mit Ergebnissen und Kooperationspartnern
- Verantwortung für die Kommunikation der Erkenntnisse in die Gesellschaft
- Mitverantwortung für die Anwendung und den Einsatz der Erkenntnisse

Die Verantwortung bezieht sich einerseits auf die Universität als Institution, andererseits aber auch auf die einzelnen Forschenden und Lehrenden. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung ist eine große Herausforderung für beide Seiten. Eine funktionsfähige universitäre Selbstverwaltung ist eine wichtigste Voraussetzung für die Annahme der Herausforderungen und die Umsetzung von gemeinsamen Ideen. Die Erfahrung lehrt, dass Selbstverwaltung nicht ohne eine professionelle Governance erfolgreich sein kann.

Bei der zukunftsfähigen Leitung einer Universität geht heute nicht mehr nur um ‚akademische Selbstverwaltung‘, sondern vielmehr – auch wenn das nicht alle Beteiligte hören wollen – um die Leitung einer oft sehr großen akademischen Einrichtung. Im Umfang der Personalverantwortung und der Finanzverwaltung entspricht dies durchaus großen wirtschaftlichen Unternehmen. – In Passau sind das über tausend Mitarbeitenden und mehr als 10.000 Studierenden, sowie die Verantwortung für große komplexe Infrastrukturen. – Und oft sind Universitäten noch wesentlich größer! Göttingen hat so mehr als 30.000 Studierende und weit über 10.000 Mitarbeitende in Universität und Universitätsklinik.

Für die Governance einer so großen akademischen Einrichtung, muss es die richtige ‚Idee‘ für die zukünftige Entwicklung geben. Es müssen geeignete Strukturen etabliert werden und in diesen müssen geeignete Persönlichkeiten professionell agieren. Die Leitungspersönlichkeiten einer Universität müssen, wie in anderen großen Unternehmungen, ausgewiesene Führungsqualitäten besitzen. Darüber hinaus müssen sie aber auch, um der Freiheit und Verantwortung der Professor:innen gerecht zu werden, die Fähigkeit zur partizipativen Führung mitbringen. Universitätsleitungen sollten daher starke und verantwortlich handelnde Leitungsteams sein, in denen Männer und Frauen in einem ausgewogenen Verhältnis zusammenarbeiten. Hier ist wichtig zu betonen, dass es noch lange nicht genug Frauen in Führungspositionen in der Wissenschaft gibt. Es braucht einen deutlichen Kulturwandel im Wissenschaftssystem, um von den mehr als 50% Studentinnen mehr in Führungspositionen zu bringen! Doch auch dies ist ein Thema für einen eigenen Beitrag.

Probleme in den Universitäten entstehen oft durch eine fehlende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung. Eine effiziente und zielführende Kommunikation zwischen den Verwaltungsangestellten und den Forschenden und Lehrenden ist eines der wichtigsten Probleme in den Universitäten und es ist eine große Herausforderung dies zu überwinden. Es bedarf einer professionellen,

wissenschaftsorientierten Governance, um die beiden Seiten zusammenzuführen. Hier ist der Begriff des Wissenschaftsmanagement zu erwähnen, das in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Es kann ein wichtiges Bindeglied zwischen Verwaltung und Wissenschaft werden und durch professionelle Koordination komplexer Verbände und wissenschaftlicher Einrichtungen das Wissenschaftssystem deutlich effizienter machen.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Gremien professionell besetzt werden, mit Mitgliedern, die nicht Einzelinteressen, sondern das Gesamtinteresse der Universität vertreten. Alle müssen kooperieren, um zusammen die Universität weiterzuentwickeln und Entscheidungsprozesse zu erleichtern und zu beschleunigen. Für die Umsetzung der Zukunftsideen für die Universität ist das auf das gleiche Ziel gerichtete Zusammenwirken der Universitätsleitung mit den Forschenden und Lehrenden, der Verwaltung und den Gremien, absolut notwendig. Das heißt geeignete und zukunftsfähigen Governance-Strukturen in der Selbstverwaltung und ein professionelles Wissenschaftsmanagement sind Voraussetzung für die Annahme der Herausforderungen und die Umsetzung aller zukunftsweisenden Ideen in einer Universität.

Das gilt natürlich für die Entwicklungen in Forschung und Lehre, doch ganz besonders auch für die übergreifenden Themen, wie Familienfreundlichkeit, Gleichstellung, Diversität, gute wissenschaftliche Praxis, Qualitätsmanagement, ethische Fragestellungen, sowie die eingangs schon genannten Bereiche Digitalisierung und Globalisierung.

2 Herausforderungen für die Forschung

Bei der Beschreibung der Herausforderungen für die Forschung vermeide ich bewusst den Begriff der Exzellenz, der nicht nur in seiner Definition fraglich ist, sondern auch in der letzten Zeit eher überstrapaziert wurde. Doch natürlich muss die Forschung von hoher Qualität sein und die Ergebnisse richtig und nachvollziehbar. Das ist in einer Zeit, in der der institutionelle und zeitliche Druck immer größer wird, an sich schon eine große Herausforderung, der sich die Forschenden und die Forschungseinrichtungen stellen müssen. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeforderte gute wissenschaftliche Praxis muss die leitende Idee sein, um diese Herausforderung zu meistern. Innovation und Kreativität sind die treibende Kraft der Wissenschaft, sie dürfen jedoch nicht zu Unredlichkeiten führen und müssen in Bezug auf ihren grundsätzlichen Wahrheitsgehalt und die möglichen gesellschaftlichen Konsequenzen geprüft werden. Die Empfehlungen der DFG zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis geben hier wichtige Handlungsanweisungen. In der Wissenschaft gilt ganz besonders die Ehrlichkeit gegenüber anderen, aber auch gegenüber sich selbst. Nur dann bleibt die Wissenschaft für die Gesellschaft vertrauenswürdig.

Unter der ‚Gesamtheit der Wissenschaften‘ ist heute nicht mehr das reine Nebeneinander der Fakultäten oder Fächer zu verstehen, sondern in besonderem Maße auch deren Vernetzung und Zusammenwirken. Durch die Komplexität der Forschungsfragen, auch in der Grundlagenforschung, reicht es oft nicht mehr, eine Fragestellung nur aus der Perspektive eines einzelnen Faches zu sehen. Es sind vielmehr interdisziplinäre oder transdisziplinäre Ansätze in der Forschung wichtig, um umfassende neue Erkenntnisse zu gewinnen. Das Zusammenführen von Ansätzen, Denkweisen oder Methoden verschiedener Wissenschaftsbereiche ist für deren erfolgreiche interdisziplinäre Nutzung notwendig. Dabei ist das Zusammenwirken von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Expertisen eine ganz besondere Herausforderung, die Überwindung der Unterschiede in den jeweiligen Fachkulturen und eine Verständigung, trotz ganz unterschiedlicher Sprachen in den verschiedenen Fächern.

Ein aktuelles Beispiel hierzu ist die Herausforderung durch die Covid-19-Pandemie. Neben der Expertise aus Medizin und Naturwissenschaften, sind hier die Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften sowie Geschichtswissenschaft und Psychologie von Bedeutung für eine Erfassung aller Komponenten und der Auswirkungen der Pandemie. Nur durch effektives interdisziplinäres Zusammenwirken können die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um als Gesellschaft die Pandemie bestmöglich zu überstehen.

Transdisziplinäre Forschung geht meist von gesellschaftlichen Herausforderungen aus und berücksichtigt neben der Wissenschaft auch die Sichtweisen und Stimmungen der ‚Wissengesellschaft‘. Ein wichtiges Beispiel hier ist die Nachhaltigkeitsforschung. Die Ergebnisse der oft fachspezifischen Grundlagenforschung müssen in die interdisziplinäre Bearbeitung der komplexen Fragestellungen des Klimawandels oder der sich weiter reduzierenden Biodiversität einfließen. Dabei können die wissenschaftlichen Ergebnisse nur dann erfolgreich in den Entwicklungsprozess eingebracht werden, wenn sie sich in der Praxis als umsetzbar erweisen. Dazu ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz notwendig, ohne die keine effiziente Umsetzung möglich ist.

Bisher sind die Strukturen in den Universitäten noch weitgehend auf die traditionellen disziplinären Expertisen und Fachkulturen, also auf die Fakultäten, ausgerichtet. Die Herausforderung ist daher, geeignete strukturelle Rahmenbedingungen zur Unterstützung der inter- und transdisziplinären Forschung zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, eine Politik der offenen Kommunikation und Transparenz zu fördern und vor allem gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Das gilt insbesondere auch dort, wo Kooperationen mit anderen Einrichtungen nötig werden, mit anderen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Nicht zu unterschätzen ist die individuelle Herausforderung für die Forschenden, die sich dem inter- oder transdisziplinären Diskurs stellen und ihre Forschungs-

fragen den anderen Disziplinen vermitteln müssen. Dazu gehört als erstes eine geeignete Kommunikation, die die Fragestellung auch Fachfremden verständlich macht. – Die Komplexität in der Forschung ist heute so groß, dass selbst in der eigenen Fakultät Spezialbereiche existieren, die nicht für alle Kolleg:innen leicht verständlich sind und es auch hier schon einer besonderen Kommunikation bedarf. – Wenn wir ehrlich sind, ist inter- und transdisziplinäre Forschung für die Forschenden eine besondere intellektuelle Herausforderung, die durchaus anstrengend ist und auch mehr Zeit kostet als die disziplinäre Forschung. Sie macht aber auch großen Spaß und kann im Ende, hoffentlich, die großen Fragen unserer Zeit beantworten.

Es wird seit Jahren im Wissenschaftssystem diskutiert, wie eine ideale Balance zwischen disziplinärer fachlicher Tiefe und interdisziplinärer Offenheit und Breite zu erreichen ist. – Bei vielen gutachterlichen Bewertungen, lag das Gewicht bisher eher bei der fachlichen Tiefe und interdisziplinäre Forschung hatte es relativ schwer in den Begutachtungsprozessen. Ich würde mir wünschen, dass es hier in Zukunft zu einer besseren Balance kommt.

Forschung wird immer mehr zur Teamarbeit – in allen Fächern. Es sind nicht mehr nur die Naturwissenschaften, die gemeinsam an Großgeräten forschen, sondern es braucht in allen Fachgebieten die Perspektiven und Expertisen aus anderen wissenschaftlichen Bereichen. Und das gilt nicht nur für die Zusammenarbeit der Wissenschaftler:innen. In die Teams gehören neben den Forschenden auch Promovierende, unterstützendes oder technisches Personal sowie Personen aus dem Wissenschaftsmanagement. Diese Abkehr von den ausgeprägten Hierarchien im deutschen Wissenschaftssystem stellt eine wesentliche Veränderung dar, die sich sehr positiv auf die Forschungserfolge auswirken kann.

Einen hohen Stellenwert im Wissenschaftssystem muss die Nachwuchsförderung haben. Promovierende und Postdocs müssen Partner in den Forschungsteams sein und dürfen nicht mehr als Hilfskräfte missbraucht werden. Sie müssen in Ihrer Kreativität gefördert und es müssen ihnen Karriereperspektiven aufgezeigt werden. Karrierewege innerhalb und außerhalb der Universitäten. Doktorand:innen und vor allem Postdoktorand:innen müssen die Möglichkeit zur eigenständigen Profilierung bekommen. Gerade für diese Gruppen ist es wichtig, dass ihnen bei der Einstellung klar und transparent kommuniziert wird, welche Aufgaben sie haben, welche Leistungen erwartet werden und wie lange die Verträge laufen können. Denn Qualifikationsstellen sind notwendiger Weise befristet und es muss denjenigen, die eine Qualifikation anstreben, klar kommuniziert werden, dass diese Positionen nur ein Schritt auf dem Weg zu einer wissenschaftlichen Laufbahn sind und nicht automatisch zu einer Universitätskarriere führen.

Kooperation und interdisziplinäre Zusammenarbeit ist ganz besonders in der Lehrerbildung notwendig. Es gibt kaum eine wichtigere Ausbildung in unserer Gesellschaft als die für den Lehrerberuf. Die Lehrer:innen bestimmen durch die

Ausbildung der nächsten Generation die Zukunft unserer Gesellschaft. Hohe fachliche und pädagogische Qualitäten müssen zusammenkommen mit einer großen Offenheit und Flexibilität, um unsere Kinder fit für die Zukunft zu machen. Die Herausforderung der Universitäten ist die Entwicklung integrierter und zukunftsfähiger Lehramtsstudiengängen. Nicht zuletzt muss die Wertschätzung der Lehrerbildung in unseren Universitäten unbedingt größer werden.

Die Idee des Wissenstransfers, also Forschungsergebnisse in geeigneter Weise der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, spielt in der ‚dritten Mission‘ eine große Rolle, bedeutet aber auch eine besondere Herausforderung für die Forschenden. Hier gilt es für die Universität geeignete strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen und für die Forschenden sich für die Fragen der Gesellschaft zu öffnen.

3 Herausforderungen in der Lehre

Hier soll vorausgeschickt werden, dass die Studierendenschaft in den letzten Jahren deutlich diverser geworden ist – aus allen Bevölkerungsschichten und international. Um hier erfolgreiche Studienverläufe zu erreichen, braucht es sicher ein hohes Maß an institutioneller Flexibilität, aber noch mehr auch ein hohes Maß an sozialer Integration. Es wird eine besondere Herausforderung, einerseits auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Studierenden einzugehen und eine gewisse Individualisierung der Studienbedingungen zu erlauben und andererseits mit der Inklusion auch eine Eingliederung in den normalen Studienalltag zu erreichen. Unsere Gesellschaft braucht im Ende Menschen, die sich gerne als Teil des Ganzen sehen und in der Gemeinschaft solidarisch füreinander da sind.

Die Universität muss natürlich Fachwissen vermitteln, sie soll aber auch ihre Absolventen befähigen, wissenschaftlich denken und arbeiten zu können. Sie sollen die Fähigkeit erwerben, mit dem erworbenen Wissen wissenschaftliche Erkenntnisse zu prüfen und zu reflektieren, damit sie in Ihren Berufen die richtigen Fragestellungen erkennen und Problemlösungen entwickeln können. Bildungsziel ist darüber hinaus die Persönlichkeitsentwicklung, kritische Selbstreflexion und die Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieser Anspruch geht auch auf das Humboldt'sche Bildungsideal zurück und ist in der heutigen, sich extrem schnell entwickelnden Welt vielleicht wichtiger denn je.

Für die Wissensvermittlung und wissenschaftliche Ausbildung des akademischen Nachwuchses gilt, dass Studium und Lehre nicht nur forschungsbasiert sein müssen, sondern auch forschungsorientiert. Also, dass das vermittelte Wissen nicht nur auf aktuellen Forschungsergebnissen basieren muss, sondern die Studierenden auch in den Prozess des Wissen-Schaffens und die kritische Diskussion wissenschaftlicher Ergebnisse eingebunden werden müssen. Das ist eine Herausforderung, die eine deutliche Umstellung der meisten Curricula erfordert. Dazu kommt die schon für die Forschung beschriebene Notwendigkeit der Inter- und

Transdisziplinarität, die auch in der Lehre umgesetzt werden muss. Es wird von Universitätsabsolventen heute unbedingt erwartet, dass sie ‚über den Tellerrand hinausschauen‘ und ihr Wissen in die verschiedensten Themenbereiche, interdisziplinär einbringen können. – Um diese Anforderungen zu erfüllen, sind die Fakultäten gemeinsam gefordert strukturelle und inhaltliche Änderungen voranzutreiben, hin zu innovativen, interdisziplinären Curricula.

Neben der Wissensvermittlung wird die Kompetenzorientierung immer wichtiger, die Befähigung zum Handeln auf der Basis des Wissens! Dies erfordert ein verändertes Verständnis der Lehr-/Lernprozesse und ist eine besondere Herausforderung für die Lehrenden. Aber auch die Studierenden müssen von ‚Konsumenten‘ zu ‚Akteuren‘ werden. Sie müssen lernen aktive Mitgestalter der Lehr-/Lernprozesse sein. Ein solche Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden führt uns zurück zu der Universität als lernende Organisation.

Die Idee der Teilhabe in der Gesellschaft fordert von den Studienabsolvent:innen ein hohes Maß an Informations- und Kommunikationskompetenz sowie Fähigkeiten im Bereich der Interkulturalität. Dies ist Grundlage der heutigen globalen Informationsgesellschaft und eines zielführenden Wissenstransfers. – Kompetenzen, die nicht alle Lehrenden mitbringen, sondern oft in diesen Bereichen selbst noch Lernende sind.

Die Rolle der Universitäten als Bildungseinrichtung soll zukünftig auch die Weiterbildung einschließen, eine Herausforderung, der sich bisher nur wenige Universitäten gestellt haben. Hier liegt eine große Chance in der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft für ein ‚Lebenslanges Lernen‘ in einer sich ständig verändernden Welt. Weiterbildung muss insbesondere eine wichtige Komponente in den Konzepten der Lehrerbildung sein, da es gerade hier wichtig ist, wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Veränderungen schnell aufzunehmen und den Kindern und Jugendlichen das neue Wissen oder neue Normen zu vermitteln.

4 Herausforderungen der ‚dritten Mission‘

In besonderem Maße zeigt die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung unserer Erde, wie wichtig es ist, wissenschaftliche Ergebnisse zu verstehen und als Handlungsorientierung zu nutzen. Dazu brauchen wir unabhängige und verifizierbare Forschung, sowie eine verständliche Kommunikation der Erkenntnisse in die Gesellschaft. Auf der anderen Seite braucht es in der Gesellschaft handlungsbereite ‚gebildete‘ Menschen.

Erfindungen oder Entdeckungen können nur zu Innovationen umgesetzt werden, wenn die entsprechenden gesellschaftlichen Akteure diese auch kennen. Das heißt, es braucht eine geeignete – und idealerweise zeitnahe – Kommunikation der Forschungsergebnisse in die Gesellschaft. So können wissenschaftliche

Erkenntnisse zu wichtigen gesellschaftlichen Innovationen führen. Die dadurch möglicher Weise entstehenden neuen Technologien müssen an den gesellschaftlichen Bedarfen und den möglichen Risiken gemessen werden. Hier ist es wichtig, auch ethische Fragen zu berücksichtigen, sowie sicherheitsrelevante Ergebnisse und möglichen ‚dual use‘ zu erkennen. DFG und Leopoldina haben dazu eine wegweisende Empfehlung veröffentlicht, die die Universitäten auffordert, solche Entwicklungen durch Ethikkommissionen kritisch zu begleiten.

Nur ein kluges Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft führt zu einer für den Menschen erfolgreichen Entwicklung unserer globalen Weltgemeinschaft. Die Produktion von Wissen an den Universitäten sollte daher in Zukunft stärker im gesellschaftlichen Diskurs geschehen. Ein Diskurs, in den auch wissenschaftliche Vereinigungen und NGOs einbezogen werden sollten. Bisher war die Wissensproduktion ganz überwiegend ein von der Gesellschaft abgekoppelter Prozess im Wissenschaftssystem. Hier wird es wichtig, eine Balance zu finden zwischen der gesetzlich garantierten Freiheit der Forschung (Art. 5 Grundgesetz) und den Bedarfen der Gesellschaft (Art. 20 Grundgesetz).

Auf jeden Fall müssen die Wissenschaftskommunikation und der Wissenstransfer als eine relevante Aufgabe der Universitäten gesehen werden. Zum Transfer gehören Entrepreneurship und Ausgründungen, genauso wie Kooperationen mit privaten Unternehmen. Letztere sind wichtig, müssen aber unbedingt wissenschaftlich unabhängig bleiben und dürfen nicht von den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen geleitet sein.

Es wird heute oft von der ‚Wissensgesellschaft‘ gesprochen, ich würde mir eher eine ‚Bildungsgesellschaft‘ vorstellen. – Bildung, in dem oben beschriebenen Sinne, die in der Schule beginnt, in allen Ausbildungsbereichen eine Rolle spielen sollte und ganz besonders in den Universitäten vermittelt werden muss. Nur wenn sich dieser umfassende Bildungsanspruch durch alle Ebenen des Bildungssystems zieht, werden wir zukünftig die Chance haben Erkenntnisse aus der Wissenschaft in eine ‚gebildete‘ Gesellschaft zu geben, die eine entsprechende Handlungskompetenz hat.

Die Wahrnehmung der Verantwortung der Wissenschaft ist eine riesengroße Herausforderung, der sich die Universitäten als zentrale Institutionen in Wissenschaft und Gesellschaft stellen sollten. Eine Herausforderung, die auch jede:r einzelne Wissenschaftler:in wahrnehmen muss.

Nur wenn die Verantwortung der Wissenschaft im Wissenschaftssystem ernst genommen wird, wird die Gesellschaft Vertrauen in die Wissenschaft haben. Nur dann können für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, egal ob Pandemie oder Klimawandel, nicht nur Lösungswege von der Wissenschaft beschrieben, sondern diese auch gemeinsam erfolgreich realisiert werden.

Literatur

- Beisiegel, U. (2021): Brauchen Universitäten Wissenschaftsmanagement. Erfahrungen einer Universitätspräsidentin.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (1998; 2013): Denkschrift: Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Weinheim: Wiley-VHC Verlag GmbH.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft und Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (2014): Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung. Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung.
- Empfehlungen*
- Hochschulrektorenkonferenz (2016; aktualisierte Version 2018): Die Hochschulen als zentrale Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft - Eckpunkte zur Rolle und zu den Herausforderungen des Hochschulsystems. Empfehlung des 134. Senats der Hochschulrektorenkonferenz. Online unter: https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_-_Eckpunkte_HS-System_2018.pdf. (Abrufdatum: 26.10.2021).
- Sack, N. (2019): Ein Governance-System mit Schwachstellen. Wie lange geht das noch gut? In: Wissenschaftsmanagement 2019 (2), 26-30.
- Sack, N. (2019): Wissenschaftsleadership: Die Zukunft der Führung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wiesbaden: Springer.
- Wissenschaftsrat (2018): Empfehlungen zur Hochschulgovernance. Drs. 7328-18.

Autorinnenangaben

Ulrike Beisiegel, Prof. Dr. Dr. hc.,
ehemalige Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen
email: ulrike.beisiegel@gwdg.de

Andreas König

„Universität als Heimat“ als Teil einer Universitätsstrategie

Ich bin dankbar für die Möglichkeit, einige Gedanken zur Idee der Universität zu entwickeln, obwohl ich mir nicht sicher bin, ob ich der Richtige bin, solche zu äußern. Ich bin weder Wissenschaftsphilosoph noch Historiker, und die Literatur zu diesem Thema ist so umfassend, dass jede:r die oder der sich mit ihm beschäftigt, Gefahr läuft, bereits sehr wohlgeformt Gesagtes – Fichte, Schleiermacher, Humboldt, Jaspers, Morkel, Aronowitz usw. und auch die jüngeren Beiträge zum Hochschulinnovationsgesetz in den Zeitungen – zu wiederholen – im schlimmsten Falle Dinge, die an anderer Stelle längst widerlegt sind.

1 Universität als Heimat

Zunächst aus persönlichen, vielleicht sentimentalén Gründen: Seit ich denken kann, ging es bei uns zu Hause, quasi am Mittagstisch, sehr häufig zumindest implizit auch um die Frage „Was ist das – die Universität?“ Das war nicht immer mit Freude verbunden. Ich kann mich gut daran erinnern, wie es ist, als Professorenkind gelangweilt, träumend in Festvorträgen zur Idee der Universität geparkt zu sitzen. In der Tat habe ich als Kind manches im akademischen Umgang miteinander, die universitäre „Praxeologie“, ausgesprochen negativ empfunden: das Steife, Pfauenhafte, der unsichere Selbstschutz hinter Formalismen und allzu würdevollem Vortrag, die Hierarchie, der Elitismus.

Und doch fühle ich mich – wie sicherlich noch andere, die in diesem Band schreiben und ihn lesen – sprichwörtlich wie ein Kind der Universität und hier *zu Hause*. Und viele Menschen, allen voran mein lieber Vater, haben mich in der Überzeugung gestärkt, dass die Idee der Universität nicht Kälte und Abgehobenheit ist, sondern Bescheidenheit, Nähe und Wärme, trotz gedanklicher und kanonischer Schärfe. Die *Universität als Heimat* – so missbraucht letzterer Begriff dieser Tage auch ist – ist für mich Teil meiner persönlichen Idee der Universität.

2 Strategisches Management und die Idee der Universität

Sich Gedanken machen zur Idee der oder einer Organisation liegt darüber hinaus im Kern meines Forschungsfeldes – Strategisches Management. Verstehen

Sie mich nicht falsch: Die Metapher der *Universität als Unternehmen* ist für mich hochproblematisch. Ich sehe das wie Wolfgang Frühwald, der 2007 als Präsident der Alexander von Humboldt Stiftung in seiner Göttinger Universitätsrede sagte: „Wettbewerb, Management, Effizienz und Bilanz. Dieses Denken ist zunächst in den Forschungsalltag eingezogen und greift jetzt natürlich langsam auch vom Lehrbetrieb Besitz. Ich bin weit davon entfernt diese Entwicklung zu tadeln. Große Organisationen wie Universitäten können wohl nur so geleitet werden. Aber ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass die Universität ein Betrieb ganz eigener Art ist, der eben nicht nach den Prinzipien von Kauf und Verkauf, von Kunden und mehr oder weniger freundlichen Verkäufern und Verkäuferinnen zu ordnen ist.“

In der Tat, meiner Ansicht nach ist die metaphorische Quellendomäne des profitorientierten Unternehmens zur Konzeption der Universität genauso ungeeignet wie zur Konzeption eines Krankenhauses. So wie Patient:innen keine Kunden:innen sind, so sind auch Studierende keine Kund:innen. Und auch die Gesellschaft ist nicht unsere Kundin. Profitorientiertes Unternehmertum verlangt inhärent Kund:innen samt ihrer Bedürfnisse und Zahlungsbereitschaft als Quelle einer zu maximierenden Produzentenrente zu sehen. Das ist keinesfalls meine Idee von Universität.

Aber, nur weil die Universität kein Unternehmen ist, bedeutet das nicht, dass strategisches Management keine hilfreiche Perspektive auf die Frage der Idee der Universität bieten kann. Im Gegenteil: Das Bedenken der Idee der Universität ist essentieller Teil einer Universitätsstrategie.

Strategisches Management beschreibt das Treffen und Umsetzen mehrerer, miteinander verknüpfter, sich gegenseitig beeinflussender, langfristig wichtiger, große Teile der Organisation beeinflussender und mit Externalitäten verbundener Entscheidungen. Die Herausforderungen dabei sind beschränkte Ressourcen, bedingtes Wissen, Unsicherheit, die begrenzte Rationalität der Entscheidungstragenden und sich widersprechende Interessen der politisch agierenden beteiligten Stakeholder.

Das Strategische Management umfasst eine Reihe von Kernaktivitäten und -praktiken (vgl. Rummelt 2011), die für die Universität alle eng mit der Frage nach ihrer Idee verknüpft sind – warum wir eine Idee der Universität überhaupt benötigen:

Ein Kernelement der strategischen Unternehmensführung ist *Framing*, also das politisch beeinflussende, diskursiv-soziale Konstruieren der Realität der Organisation. Dies bezieht sich insbesondere auf die fortwährende Aushandlung und Bestimmung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Organisation, ihrer Ziele und Handlungsmaximen – ihrer *Guiding Principles* (vgl. Rummelt 2011). Dabei geht es um die Frage, welche Werte wir in unserer jeweiligen Universität maximieren wollen, und diese Frage hängt unmittelbar mit der Frage nach unserer

Idee zusammen: *Wer sind wir? Mit wem wollen wir uns vergleichen? Welche Rolle wollen wir spielen unter denen mit denen wir uns vergleichen?* (vgl. Kammerlander et al. 2018). Strategie konstruiert und priorisiert zudem die verschiedenen Dimensionen oder Felder in denen Entscheidungen überhaupt gefällt werden müssen, identifiziert die zentralen Wegscheiden oder Kernherausforderungen sowie die zur Verfügung stehenden Entscheidungsräume und -optionen. Die „Framing Contests“ (Kaplan 2008) der verschiedenen Stakeholder um die in einer Universitätsgemeinschaft geprägte Idee der Universität und das sich herauschälende Frame werden sich entscheidend auf die Strukturen und Prozesse der Universität auswirken.

Strategisches Management beinhaltet darüber hinaus das Abwägen von Handlungsoptionen unter Unsicherheit und vor dem Hintergrund immanenter *Trade-Offs*. Ressourcen sind begrenzt und gewisse Alternativen schließen sich systematisch aus. Oft bestehen so genannte organisationale Paradoxa, bei denen verschiedene Handlungen notwendig sind und sich gegenseitig bedingen, sich jedoch auch grundsätzlich – *von ihrer Idee her* – widersprechen (vgl. Schad et al. 2016). Strategisches Denken beinhaltet das Finden und Abwägen von und sich Entscheiden für Alternativen vor dem Hintergrund der auf Basis dieser Idee definierten und operationalisierten Kriterien.

Strategie bedeutet auch, *Ressourcen auf ausgewählte Aktivitäten zu fokussieren*. Alles zu tun ist nicht strategisch. Das Wichtige richtig zu tun ist strategisch. Die Idee der Universität schließt also auch eine Vorstellung davon ein, was und wer man *nicht* sein möchte (eine „ex negativo“-Definition der Idee). *Trade-Offs* einzugehen, die andere, zum Beispiel andere Universitäten, nicht eingehen wollen, ist strategisch (vgl. Porter, 1996). Die Umsetzung dieser Idee beinhaltet das Identifizieren und Ausnutzen von *Hebelpunkten*: also ein Fokus auf Aktivitäten mit dem größten und einem langfristig aufrechtzuerhaltenden Grenznutzen hinsichtlich der Verwirklichung der Idee. Aufgrund dieser Fokussierung beinhaltet Strategie auch immer ein Aushalten der Implikationen von politisch kontestierten Entscheidungen und eine große Verantwortung.

Strategisches Management findet statt in der Erkenntnis der *Eingebundenheit der eigenen Organisation in eine komplexe Umwelt*. Ihre Umwelt beeinflusst die Organisation – Strategie operiert in einem oft isomorph wirkenden Netz aus unter anderem durch Wettbewerb beeinflussten Institutionen. Die Organisation beeinflusst und formt aber auch die Umwelt – Strategie geht von *Agency* aus, mit Hilfe derer Akteure als institutionelle Entrepreneure agieren können. Die Idee einer Universität kann demnach eine Idee einer *aktiven* Universität *in ihrer und für ihre* Umwelt sein.

Zuletzt beinhaltet Strategisches Management auch ein tiefes Bewusstsein von Zeit: Die Organisation ist pfadabhängig und Entscheidungen sind beschränkt durch (lange) vorab getroffene Entscheidungen (vgl. Sydow et al., 2010). Strategisches

Denken geschieht vor dem Hintergrund der Frage wie Entscheidungen von heute Entscheidungsräume in der Zukunft beeinflussen. Es zieht zukünftige Pfadabhängigkeit in Betracht und versucht, der Organisation in der Zukunft möglichst viele Optionen offenzuhalten. Dies ist zentral, denn gerade als gering erachtete Entscheidungen können sich im Nachhinein als kritische Wegscheidungen herausstellen. Wir können also die Idee der Universität nur in ihrem Kontext denken und müssen sie möglichst so formulieren, dass sie uns, bei aller notwendigen Fokussierung auch Handlungsspielraum gibt.

3 Reflektionen hinsichtlich der Idee der Universität (Passau)

Vor diesem Hintergrund kommen mir folgende lose Gedanken, einige davon mit Bezug auf den vom bayerischen Kabinett beschlossenen Entwurf des Hochschulinnovationsgesetzes in Bayern.

1. Wie der vom bayerischen Kabinett beschlossene Entwurf zeigt, stehen in unserer Zeit viele verschiedene Frames hinsichtlich der Universität im Wettbewerb miteinander. Ziele wie „Innovationskraft“, „kreatives Potenzial“, „Sicherung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen“, „Zukunftsfähigkeit“, und „Dynamik“ könnten kollidieren mit der Idee einer „zweckfreien, unbegrenzten Erkenntnissuche“. Überhaupt ist in dem Entwurf kaum die Rede von „Bewusstseins- und Charakterbildung“, „Gemeinschaft“, „Kritik“, „Reflektion“, „Urteilsvermögen“, „Verantwortung“, „Wahrheit“ oder „Zweifel“, also von Begriffen, die in den von Wolfgang Frühwald (2007) zitierten Quellen zur Idee der Universität eine zentrale Rolle spielen. Im Hochschulgesetzentwurf findet sich auch kaum ein Hinweis auf das ihm zu Grunde liegende generelle Bild – unserer Idee – von den Studierenden. Es scheint geradezu eine Furcht vor ihrer direkteren Beteiligung, ihrer *Freiheit*, widerzuspiegeln. Die von Frühwald betonte „einmalige und im Leben niemals wiederkehrende Zwischenstellung [der Studierenden]“ spielt in der dem Gesetz augenscheinlich zugrunde liegenden Idee kaum eine Rolle.
2. Überraschend wenig ist in dem Gesetzentwurf zu lesen über das eventuelle Paradox von Grundlagenforschung auf der einen Seite und Translation/Transfer auf der anderen Seite. Hier könnte es tatsächlich hilfreich sein, unsere Spagat weniger als „either-or“, sondern mehr als „both-and“ und „more-than“ zu denken (Putnam et al. 2016). Grundsätzlich bietet die Digitale Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft meiner Ansicht nach eine große Chance für die Universität, insbesondere für geistes- und sozialwissenschaftlich ausgerichtete Universitäten wie die Universität Passau. Kernelemente des digitalen Wirtschaftens wie das Induzieren und Deduzieren von Ursache-Wirkungsbeziehungen, das zielgerichtete Sammeln von Daten sowie die Identifikation, Analyse und

Interpretation von Strukturen und Patterns erfordern und sind wissenschaftliches Denken. Wie in den Graduiertenkollegs „Privatheit und Digitalisierung“ und „Digital Platform Ecosystems“ an der Universität Passau herausgearbeitet wurde und werden wird, fordert die Digitale Transformation grundlegende Begriffe wie Privatheit, Autonomie, Souveränität, Hierarchie und Macht heraus. Meiner Ansicht nach ist die Idee der geistes- und sozialwissenschaftlichen Universität als Zentrum der Grundlagenforschung gerade jetzt zu bewahren vor einer unnötigen normativen Überbetonung der Anwendungsorientierung. Die Gesellschaft, die Praxis, benötigt nicht weniger Grundlegendes, Freies, sondern mehr.

3. Eine Universität wie Passau muss gleichzeitig Ressourcen auf ausgewählte Aktivitäten oder Themenschwerpunkte fokussieren. Hierzu waren für die Universität Passau die Anträge für die Graduiertenkollegs, die Exzellenzstrategie 2017, die Technik Plus Professuren, KINECT usw. sehr hilfreich, auch wenn Anträge, wie der für das Exzellenzcluster Cyber<>Spaces letztlich nicht bewilligt wurden. Eine Beteiligung an der anlaufenden Runde der Exzellenzstrategie würde uns in der Weiterentwicklung unserer Idee fördern und fördern.
4. Ich würde mir im Sinne der Universität als Heimat wünschen, dass das Wie-wir-miteinander-umgehen stärker in den Vordergrund rückt. Wissenschaft – genauso wie Innovation in Unternehmen – ist eine soziale Praxis die für sich und *an sich* schon eine soziale Funktion und einen Sinn hat (Whittington 1996). Wir haben eine Verantwortung *zur* Wissenschaft, ihr eine Heimat zu geben in der Art wie wir Diskurs führen. Diesbezügliche Grundprinzipien zu vernachlässigen wäre höchst unstrategisch. Wir sollten dies auch in der Weiterbildung beachten: Weiterbildung und Wissenschaftskommunikation bedeuten nicht nur, dass wir die Brücke in die Praxis überschreiten, sondern auch und vielmehr, dass wir Akteure in der Praxis in die Lage versetzen, zu *uns* zu gelangen und aktiv Wissen zu finden und zu nutzen.
5. Die Idee der Universität in ihrer Umwelt bedeutet für mich unter anderem ein gesunder Umgang mit und Autonomie von externen, häufig unter der Verwendung kruder Metriken erstellten Vergleichen. Ich befürworte durchaus die Herausstellung von Spitzenforschung. Exzellenz ist Substanz der Universität. Die Frage ist, welchen Indizes wir uns unterordnen und ob wir derzeit nicht genau den Indizes Legitimität verleihen, die uns immer weiter entfernen von der Idee des „Slow Professors“ (Berg & Seeber 2018). Forschung ist nicht linear. Sie ist schwer planbar. Das Scheitern und Sich-Verlieren, um sich dann wieder zu finden ist Teil des epistemischen Prozesses. Die Idee der Universität ist es, diesem Sich-Verlieren Raum zu geben. Rankings, die beispielsweise auch Revise & Resubmission Entscheidungen in besonders anerkannten Zeitschriften mit aufnehmen, könnten hier ein erster Schritt sein.

6. Die Universitätsgemeinschaft kann einem großen Kreis von Stakeholdern Heimat geben. Unternehmer:innen beispielsweise finden Heimat in einer Universität, wenn sie hier Raum und Zeit für tiefgehendes Durchdenken und Inspiration finden. Gründer:innen haben viele Herangehensweisen mit Wissenschaftler:innen gemein (vgl. Zellweher & Zenger 2022): beide entdecken Anomalien, entwickeln und testen neue Ansätze und setzen diese um (König & Graf-Vlachy 2016). Gerade in dem Zusammenspiel mit Entrepreneurs finden sich auch viele Möglichkeiten für Geisteswissenschaftler:innen, insbesondere im Bereich Social Entrepreneurship. Die Zusammenarbeit mit dem uns in Passau umgebenden Mittelstand ist hier ausgesprochen fruchtbar – vielleicht ist es ein Glück, dass wir nicht umgeben sind von wenigen allmächtigen Spielern, sondern von zahlreichen mittelständischen, häufig familiengeführten Unternehmen, die ein großes Interesse an uns haben und die die Idee der Universität fasziniert.
7. Derzeit können wir als Universitätsgemeinschaft konkret Heimat geben – zumindest Zuflucht. Wie an fast allen Hochschulen können auch wir in Passau ukrainischen Wissenschaftlerinnen (es sind in großer Mehrheit Frauen) einen Ort bieten, an dem sie ihre Forschung und Lehre weiterführen können. Stiftungen wie die Volkswagenstiftung unterstützen Zusammenarbeit zwischen den ukrainischen Gästen und Forscher:innen an den Universitäten in Deutschland. Für diese Möglichkeit, ein wenig „zu Hause“ geben zu können, sind wir sehr dankbar. Sie macht uns neu auf die Idee der Universität aufmerksam und lässt sie uns intensiv sehen und erleben.

Literatur

- Berg, M. & Seeber, B. K. (2018): *The Slow Professor*. University of Toronto Press.
- Frühwald, W. (2007): „Wissenschaft verantworten“ – Göttinger Universitätsrede am 6. Dezember 2007. Universität Göttingen. Eigene Transkription. online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=jXXL1SSRIk0>. Verschriftlicht in Frühwald, W. (2008): *Die Autorität des Zweifels: Verantwortung, Messzahlen und Qualitätsurteile in der Wissenschaft*. Wallstein-Verlag.
- Kammerlander, N. & König, A. & Richards, M. (2018): Why do incumbents respond heterogeneously to disruptive innovations? The interplay of organizational domain identity and role identity. In: *Journal of Management Studies* 55 (7), 1122-1165.
- Kaplan, S. (2008): Framing contests: Strategy making under uncertainty. *Organization Science* 19 (5), 729-752.
- König, A. & Graf-Vlachy, L. (2016): Industrie 4.0: Strategische Innovation durch Strategische Sensitivität, in Obermaier, R (Hrsg.), *Industrie 4.0 als unternehmerische Gestaltungsaufgabe*. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 53-67.
- Porter, M. E. (1996): What is strategy? *Harvard Business Review* 74 (6), 61-78.
- Putnam, L. L. & Fairhurst, G. T. & Banghart, S. (2016): Contradictions, dialectics, and paradoxes in organizations: A constitutive approach. *Academy of Management Annals* 10 (1), 65-171.
- Rumelt, R. P. (2011): *Good strategy/bad strategy: The difference and why it matters*. New York: Random House/Crown Publishing.

- Schad, J. & Lewis, M. W. & Raisch, S. & Smith, W. K. (2016): Paradox research in management science: Looking back to move forward. In: *Academy of Management Annals* 10 (1), 5-64.
- Sydow, J. & Schreyögg, G. & Koch, J. (2009): Organizational path dependence: Opening the black box. *Academy of Management Review* 34 (4), 689-709.
- Whittington, R. (1996): Strategy as practice. *Long Range Planning* 29(5), 731-735.
- Zellweger, T. M. & Zenger, T. R. (2022): Entrepreneurs as scientists: A pragmatist approach to producing value out of uncertainty. *Academy of Management Review* 48(3), 379-408.

Autorenangaben

Andreas König, Professor für Strategisches Management, Innovation und Entrepreneurship und stellvertretender Sprecher des DFG Graduiertenkollegs 2702 „Digitale Plattform Ecosystems“ an der Universität Passau
email: andreas.koenig@uni-passau.de

VII. Der Bezug zur Gesellschaft

Uwe Schneidewind

Die Stadt als Campus

Eine Universität, die eine Veranstaltungsreihe, die sich mit der Idee der Universität befasst, auf den Weg bringt, initiiert damit einen Reflexionsraum für das Selbstverständnis der eigenen Institution, des eigenen Handelns und nimmt einen Blick abseits des alltäglichen Universitätsbetriebs ein. Ein geschützter Raum wird geschaffen, der es ermöglicht, sich über die Rolle der eigenen Institution in sich tiefgreifend wandelnden Umfeldern zu verständigen: „Was ist die Rolle von Wissenschaft und Universität im gesellschaftlichen Kontext?“

1 Gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft

Seit vielen Jahrzehnten wird diese Frage gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaft in der Vereinigung deutscher Wissenschaftler e.V. in einer sehr intensiven und klugen Form verhandelt. Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich und bewusst gemacht, wie weitgehend Wissenschaft in unsere demokratischen Prozesse eingewoben ist – und vor diesem Hintergrund stellt sich die große Frage: Müssen wir dieses Verhältnis neu und anders definieren? Seit zehn bis zwanzig Jahren, je nach Definition, gibt es bereits eine sehr eingehende Diskussion darüber, ob die demokratische Funktion der Wissenschaft in ihrer auch systematischen Distanz zur Gesellschaft besteht, also dem Verbleiben innerhalb des eigenen Codes, um darüber hinaus nur eine kritische Funktion ausüben zu können, oder ob wir ganz neue Sphären der Interaktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft – und damit auch zwischen Universität und Gesellschaft – brauchen. Ich vertrete seit langem die These: Wir brauchen diese neuen Vernetzungen! Wir müssen als Wissenschaft uns noch sehr viel intensiver verweben mit diesen Veränderungsprozessen, die wir „draußen“ beobachten, weil in modernen Wissensgesellschaften, in denen wissenschaftliches Wissen essentiell ist, um überhaupt demokratischen Diskurs und demokratische Prozesse zu organisieren und zu veranstalten, dieses ganz andere Sich-Einbringen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in die Veränderungsprozesse eine völlig neue Bedeutung bekommt. Letztlich beruht diese Strukturidentität von Wissenschaft und Demokratie auf dem tiefen Vertrauen, dass es so etwas gibt, das als „zwangloser Zwang“ des besseren Argumentes beschrieben werden kann. Es bedeutet, dass menschliche Gesellschaften in der Lage sind, sich mit der Kraft des besseren Argumentes im Kollektiv trotz aller

widerstreitenden Individualinteressen zu verständigen. – Und diese Grundidee der Kraft des besseren Argumentes ist das, was die Scientific Community und die Wissenschaft zusammenhält. In diesem Raum gibt es klare standardisierte Regeln und einen Methodenkanon, um dieses Ringen um das bessere Argument, die besser fundierte Argumentation, zu organisieren. Schließlich geht auch der Idealtypus der Demokratie von einer solchen Leitidee aus und insofern profitiert die Gesellschaft davon, wenn sich diejenigen, die sich intensiv diesem Ideal verschreiben, einbringen und damit den Argumentationskanon in demokratischen Gesellschaften und ihre Reflexivität im Umbruch entsprechend erhöhen.

2 Transformative Wissenschaft

Dies ist die Leitidee einer transformativen Wissenschaft. Seit 20 Jahren setze ich mich mit der Frage auseinander: „Wie transformieren sich eigentlich Gesellschaften?“ Das „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“, das 1991 als führender Nachhaltigkeits- und Klima-Thinktank gegründet wurde, war nie ein naturwissenschaftlich-technisches Institut, das klassische naturwissenschaftliche Klimaforschung oder Technologieentwicklung betrieben hätte, sondern die Mission des Instituts war seit der Gründung unter Ernst Ulrich von Weizsäcker die Beantwortung der Frage: „Wie lassen sich Veränderungsprozesse in Gesellschaft, in Wirtschaft, in Politik anstoßen, um Gesellschaften klima- und nachhaltigkeitsgerechter zu machen?“ Der Fokus des Wuppertal-Instituts lag immer auf der Transformation, auf der Binnenlogik von Veränderungsprozessen in Gesellschaften hinsichtlich ihrer politischen, ihrer gesellschaftlich-kommunikativen, ihrer sozialpsychologischen, aber auch hinsichtlich ihrer technologischen Dimensionen. Nähern wir uns diesem Thema wissenschaftlich, haben wir uns dementsprechend ganz besonderen methodischen Herausforderungen zu stellen, denn derartig fundamentale gesellschaftliche Veränderungsprozesse, wie sie jetzt im Rahmen des Klimawandels oder auch für das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung notwendig werden, vollziehen sich oft nicht nur in Jahren, sondern erfordern die Maßstäbe von Jahrzehnten. Dies betrifft unter anderem auch zentral den grundsätzlichen Wandel von Wertorientierung. Wir dürfen erleben, wie ein Thema wie der Klimaschutz, der seit 40 Jahren überhaupt erst auf der naturwissenschaftlichen Agenda steht und doch bereits immer tiefer in die gesellschaftliche Wertfindung Eingang gefunden hat, jetzt zu einem Baustein wird, um unsere Freiheitsrechte im Sinne unserer Verfassung neu zu definieren. Solche Prozesse, die etwas im gesellschaftlichen Raum entstehen lassen, dauern Jahrzehnte, finden dann aber ganz plötzlich z. B. in Verfassungsgerichtsurteilen in einer völlig neuen Qualität ihren Niederschlag. Wenn solche Veränderungsprozesse verstanden und untersucht werden sollen, stehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

vor dem großen Problem, dass aus einer „ex post“-Perspektive sehr weit zurückzuschauen ist und in der Regel sehr spezifische – auch situative – Veränderungsprozesse betrachtet werden. Passiert das in einer Situation, in der vermutlich viele Veränderungsprozesse in den folgenden Jahren sehr viel schneller stattfinden und stattfinden müssen, für die eine wissenschaftliche Begleitung sinnvoll ist, stellt sich zwangsweise die Frage: „Was heißt das eigentlich für mein methodisches Herangehen an solche Transformationsprozesse?“

3 Transdisziplinarität

Vor diesem Hintergrund ist in den 80er Jahren die Idee der Transdisziplinarität entstanden, nämlich, als Wissenschaft nicht nur quasi aus dem Elfenbeinturm ex post auf das Untersuchungsobjekt zu schauen, sondern intensiv mit den Akteuren der Transformation und deren dann situativen und kontextbezogenen Wissensbeständen neue Formen der Erkenntnis zu erzeugen – und sogar so weit zu gehen, dass zusammen mit diesen Akteuren Veränderungsprozesse angestoßen werden, um in deren wissenschaftlicher Begleitung über die Dynamik von Veränderungen zu lernen. Damit überschreiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jedoch eine ganz wichtige Schwelle: Sie begeben sich mitten in ihr Untersuchungsobjekt, um dort mit Akteuren vor Ort Veränderungen anzustoßen und gleichzeitig durch reflexive Distanz diese besser zu verstehen und um durch das Rückspielen dieser Erkenntnisse in der Folge wiederum auf die Veränderungsprozesse Einfluss nehmen zu können.

Das ist eine neue und erheblich andere Definition der Rolle von Wissenschaft in gesellschaftlichen Prozessen und sie wird durchaus äußerst kontrovers diskutiert, hat jedoch in den letzten zehn Jahren auch eine gewaltige methodische Dynamik entwickelt. Insbesondere werden mit der Definition der Kriterien für Transdisziplinarität, aber auch mit ganz konkreten methodischen Bausteinen, solche Veränderungsprozesse angestoßen und gleichzeitig begleitet. Dazu gehört die Idee von Reallaboren, also das Schaffen von gesellschaftlichen Experimentier- und Ausprobierräumen, in die die Wissenschaft selbst mit hineingeht und in denen dann zwar nicht völlig kontrollierte, aber doch in bestimmten Untersuchungsfeldern gewisse Kontextfaktoren herrschen. Das ist etwas Herausragendes. Neben anderen Vorreiterrollen war es das Wuppertal-Institut, das den Begriff in die deutsche wissenschaftlich-politische Diskussion Anfang der 2010er-Jahre einführte. Heute ist Transdisziplinarität eine Schlüsselvokabel und Formel in sehr vielen Forschungsprogrammen, was die große Dynamik dieser neuen Zugänge zeigt.

4 Wuppertal-Institut und Stadtgesellschaft

Mit der Übernahme des Amtes als Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal im November 2020 habe ich persönlich die radikalste Form der Idee des Reallabors vollzogen, denn seitens des Wuppertal-Instituts haben wir viel mit der Stadtgesellschaft in Wuppertal gearbeitet und genau solche transdisziplinären Ansätze als Institut zusammen mit der Universität vorangetrieben. Das hat dazu geführt, dass meine Verbindung mit dieser Stadt und insbesondere den engagierten Menschen in dieser Stadt eine hohe Intensität bekommen hat. Berufliches und Lebensweltliches hat sich immer mehr verwoben und als schließlich zwei Parteien an mich herangetreten sind mit der Frage, ob ich mir vorstellen könnte, als Oberbürgermeister zu kandidieren, hat sich für mich die Chance ergeben, die Seite innerhalb des Reallabors zu wechseln. Damit hat aber auch die Idee eine neue Qualität bekommen, in Wuppertal einen gemeinsamen Veränderungs- und Transformationsraum zu erzeugen, in dem sowohl durch Stadt und Stadtverwaltung als auch durch die Wissenschaftseinrichtungen selbst die anstehenden, zum Teil extremen Veränderungen, die wir im urbanen Raum erleben, mit einer ganz anderen reflexiven Kompetenz der Wissenschaftseinrichtung verbunden sind. Und das wird jetzt vermutlich auch von außen sehr interessiert beobachtet, ob und wie sich das ausgestaltet – und dabei ist es auch wichtig, dass es kritisch-diskutierend beobachtet wird.

5 „Third Mission“

Das Charmante an diesem Zugang ist aus Universitätssicht im Hinblick auf die „Idee der Universität“, dass sich dahinter bei einer konsequenten Durchdringung ein hochinteressantes Impulsprogramm für die moderne Universität verbirgt, und zwar in allen drei Bereichen, also in der Forschung, in der Lehre und in dem Bereich, der als „Third Mission“ bezeichnet wird und in dem der wissenschafts- und hochschulpolitische Diskurs an Bedeutung gewinnt. Und was wäre, wenn wir diese Third Mission, also diese Gesellschaftsorientierung, wenn wir sie als „First Mission“ denken? Es würde bedeuten, die gesamte Forschung und Lehre, wie wir sie an einer Universität betreiben, aus einem Gesellschaftsbezug heraus zu verstehen und zu definieren. Ich bin überzeugt davon, habe das in Oldenburg wie durchaus auch in Wuppertal erlebt, dass diese Perspektive einen besonderen Reiz hat und insbesondere für den Typus mittelgroße Universität, wie sie auch Passau verkörpert, geeignet ist, weil dort immer noch eine sehr hohe gesamtuniversitäre Identität vorzufinden ist. Oft bestehen aus einem „Reformunigründungselan“ heraus ganz andere Kooperationen und Diskurskulturen an diesen Universitäten, nicht nur zwischen den Disziplinen, sondern auch zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Bereich. Plötzlich eröffnet diese Perspektive zudem eine

Alleinstellung, die für den klassischen, großen Typus Universität nur sehr schwer herzustellen ist und die, z. B. auch mit dem Blick auf das Disziplinspektrum in Passau, die hochinteressante Frage erlaubt: Wie ist diese enge Verbindung von ökonomischen, sozialwissenschaftlich-soziologischen, politikwissenschaftlichen, philosophischen und in hohem Maße sehr juristischen Verknüpfungen in den Blick zu nehmen, die in der Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse an Bedeutung gewinnen, und wie nutzen wir diese hochrelevanten Fragestellungen, die auch außerhalb der Universität der Orientierung bedürfen. In der Pandemie wäre ein typisches Beispiel für eine hoch interdisziplinäre Fragestellung, wie mit den Freiheitsrechten für Geimpfte umzugehen ist und wie diese umzusetzen sind. Philosophische wie sozialpsychologische Zugänge sind nötig für eine Lösung: „Was machen diese Ungerechtigkeitswahrnehmungen und Gefühle?“ Ebenso sind politikwissenschaftliche Analysen erforderlich: „In welchem Rahmen der Politikinstrumente bewege ich mich eigentlich?“ Des Weiteren bedarf es natürlich intensivster juristischer Bezüge, wenn ich eine solche Frage im Rahmen unserer Rechtsstruktur diskutieren will. Gleichzeitig suchen Politik und Gesellschaft nach orientierenden Einordnungen. Werden diese Fragestellungen als Ausgangspunkt genommen, entstehen fruchtbare Felder für inter- und eben auch transdisziplinäre Kooperationen innerhalb der Universität und mit den unmittelbar eingebundenen Akteuren vor Ort.

6 Zusammenspiel über Diszipliniengrenzen hinweg

Das lässt sich fortschreiben in die Lehre: Diese Gesellschaftsorientierung hat den großen Reiz, dass man Studierende mit Fragen abholen kann, aufgrund derer sie ihr Studium aufgenommen haben. Sie sind der Idealtypus von Studierenden, diejenigen, die nicht wegen der Berufsaussichten studieren, sondern weil sie Fragen haben, die sie bewegen. Sie entscheiden sich deswegen für bestimmte Studiengänge, weil sie darauf hoffen, dass ihnen in diesen Studiengängen das intellektuelle Instrumentarium vermittelt wird, mit ihren Fragen in einer klugen Weise umzugehen. Die Art und Weise, in der heute noch viele Studiengänge aufgebaut sind, ist jedoch oft sehr weit entfernt von den Fragen, die die jungen Studierenden eigentlich bewegen. Am Anfang stehen zwei oder drei Jahre intensives Grundlagenstudium, bevor eigene Fragen gestellt werden dürfen. Das gilt für die Wirtschaftswissenschaften ebenso wie für die Medizin und für viele andere Fächer. Indem nun diese Lust auf Fragen an den Anfang gestellt und mit einer disziplinären Ausbildung verbunden wird, werden einerseits die Studierenden in ihrer Identität in der eigenen Disziplin gestärkt, andererseits wird ihnen gleichzeitig aber auch die Achtung vor anderen Disziplinen vermittelt. Denn es wird deutlich, dass die eigene Disziplin im Hinblick auf bestimmte Aspekte zwar eine „Tiefbohrung“ ermöglicht, dadurch aber systematisch immer anderes ausgeblendet

werden muss, worin sich die Identität anderer Disziplinen definiert. Somit wird schließlich eine wirkliche Orientierungsfunktion für relevante Fragen durch das kluge Zusammenspiel über Disziplinengrenzen hinweg entstehen. Dadurch entsteht ein ganz anderer Typus von Studierenden, die gerade dieses Momentum der Wertschätzung anderen Disziplinen gegenüber früh als eigenen Wert aufnehmen. Diese gegenseitige Wertschätzung fehlt heute noch häufig, was sich insbesondere in solchen Zeiten offenbart, in denen sie umso notwendiger wäre. Ökonomen, die durch ein sozialwissenschaftliches Buch blättern und die Formeln vermissen, Philosophen, die den Orientierungsrahmen jenseits von Formeln suchen – sie sind nur zwei Beispiele für Hierarchisierungen zwischen den unterschiedlichen Fachkulturen, die sich entsprechend auf die Studierenden übertragen. Eine „Intellektuellennahrungskette“ mit Enden unterhalb des eigenen Faches wird wahrgenommen, und in sehr unterschiedlichen Kontexten sind solche Formen von Hierarchien zu finden. In diesem Miteinander der unterschiedlichen Fachkulturen ist es dann zutiefst befreiend, zu erkennen, dass unterschiedliche Disziplinen an einem Ort stattfinden und sich mit ihren unterschiedlichen Beobachtungen, in ihrem Zusammenspiel zu einer neuen Qualität verbinden.

7 „Stadt als Campus“

An diesem Punkt sind wir bei einer Idee der Universität, die ihre Qualität dadurch bekommt, das dann auch in einer entsprechenden Form zu kultivieren. Gerade Universitäten „vor Ort“ sind nicht als Wohnort-Zweckgemeinschaft zu „ertragen“, verschiedene Disziplinen müssen nicht nur „zusammensitzen“, während die eigentlichen intellektuellen Referenzpartner, die entsprechenden intellektuellen Peers der eigenen Disziplin weltweit verteilt sind. Vielmehr befindet sich zwar irgendwo ein physischer Universitätsort, z. B. die Universität Passau, doch hindert dies nicht daran, dass der globale Referenzraum erhalten bleiben kann. Und im Hinblick darauf, wie universitäre Karrieren und Anreizmuster verlaufen, ist festzuhalten, dass das Sich-Einbringen in den eigenen universitären Kontext mit relativ wenigen positiven Sanktionen verbunden ist und dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insbesondere nicht der globalen Peer-Logik entziehen dürfen, weil das der einzige und meistens entscheidende Trigger für die eigene wissenschaftliche Karriere ist. Doch vor dem Hintergrund der „Stadt als Campus“, in dem die Stadt als Synonym für die Vielfalt all jener spannenden gemeinsamen Fragestellungen mit Akteuren vor Ort steht, die diese Fragestellung auch verkörpern, wo ein gemeinsamer Referenzort für einen Teil der individuellen Forschung, einen Teil der Ausbildung existiert, dort entstehen Bezugsobjekte, transdisziplinär „Boundary Objects“ genannt, in und mit denen sich Disziplinen in ihrer Unterschiedlichkeit auseinanderziehen können. Das ist eine Vision, die mich in Wuppertal intensiv beschäftigt, die sich jedoch auf viele andere Städte

übertragen lässt, auch auf Passau: Was würde es bedeuten, wenn sich 12.000 Studierende an dieser Universität Passau im Rahmen ihres Studiums mindestens ein Jahr lang mit konkreten herausfordernden Fragestellungen in ihrer eigenen Stadt auseinandersetzen? Wenn sie diese Fragestellungen, die ökonomische, politikwissenschaftliche, juristische, technologische Dimensionen haben, nutzen werden, methodisch gut angeleitet und konzeptionell begleitet durch die Universität, in ihr Fach einzutauchen und durch diesen lebensweltlichen Bezug nicht nur eine sehr viel stärker abgerundete Form der eigenen persönlichen Weiterentwicklung zu erleben in dieser Zeit des Studierens, sondern eben auch früh zu lernen, die eigenen disziplinären Kompetenzen und die eigene disziplinäre Identität immer wieder mit anderen Disziplinen zusammenzubringen. Und für solche Städte, und das gilt z. B. für eine Stadt wie Wuppertal, die zudem nicht aus dem Vollen schöpfen können, was materielle Ressourcen angeht, ist es eine wertvolle unerschöpfliche Ressource, diese reflexive Power, das Engagement junger Menschen in dieser entscheidenden Lebensphase in einer klugen Form in viele ihrer relevanten Veränderungsprozesse mit einzubauen. Genau das ist unter dem Stichwort „Wuppertal-Campus“ zu verstehen. Es wird die Entwicklung dieser Stadt in den nächsten Jahren prägen: Und vieles von dem, was über die letzten zehn Jahre hindurch aus dem Wuppertal-Institut und der Universität heraus zusammen mit der Stadt aufgebaut wurde, wird jetzt durch diese ganz andere Kooperationsmöglichkeit mit einem Wissenschaftler als Oberbürgermeister noch einmal in einer ganz neuen Dimension voranzutreiben sein.

Literatur

- Schneidewind, U. (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Schneidewind, Uwe (2016): Die „Third Mission“ zur „First Mission“ machen?, in: Die Hochschule 1/2016, S. 14-22. (Text unter https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/6443/file/6443_Schneidewind.pdf).
- Schneidewind, U. (2014): Urbane Reallabore: ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. pnd-online III. Aachen: RWTH.
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowski, M. (2013): Transformative Wissenschaft: Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.

Autorenangaben

Uwe Schneidewind, Prof. Dr., Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal und ehem. Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts
email: u.schneid@stadt.wuppertal.de

Martina Padmanabhan

Was will internationale transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung in Niederbayern? Das Versprechen der Kleinstadt

Wie sieht aus der Perspektive einer kritischen Entwicklungsforschung das Potential und die Herausforderung der Universität Passau in der gesellschaftlichen Transformation aus? Inspiriert durch das Gespräch mit dem Nachhaltigkeitsforscher und Oberbürgermeister von Wuppertal Uwe Schneidewind möchte ich darüber nachdenken und aufzeigen, was ein kritischer transdisziplinärer Ansatz vor Ort und international konkret bedeutet und welche Potentiale er für Synergieeffekte zwischen Stadt, Uni und der Welt in Niederbayern birgt.

Dazu will ich mit dem Forschungsansatz Transdisziplinarität vertraut machen, der sich auch in einem neuen Masterstudiengang zu Nachhaltigkeitsforschung und gesellschaftlicher Transformation wiederfinden soll. Konkret will ich für den Standort Passau nach dem Miteinander in einer kleinen Stadt fragen, die durch ihr ländliches Umfeld geprägt ist. Wie verhält sich die Universität intersektional zur städtischen Gesellschaft, über Generationen und Klassen, Konfessionen und ethnische Identitäten hinweg? Was heißt das für die konkrete internationale Vernetzung in der Uni und in der Stadt? Was bedeutet dies für die international/en Forschenden und Studierende in Niederbayern und wie können Stadt und Universität gemeinsam an einer Stadtgesellschaft arbeiten, die einer lebendigen Vielfalt Ausdruck verleiht?

1 Berührungspunkte in der transdisziplinären Forschung

Mit Uwe Schneidewind verbindet mich eine intensive Auseinandersetzung mit transdisziplinärer Forschung von verschiedenen Standorten aus. Während Uwe Schneidewind seit 2010 als Direktor der außeruniversitären Forschungseinrichtung das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie leitete und maßgeblich die Agenda einer Transformativen Wissenschaft (vgl. Schneidewind & Singer-Brodowski 2013) vorantrieb, bekam ich zeitgleich den Zuschlag für die Leitung einer BMBF-Nachwuchsforschungsgruppe im Rahmen der Förderlinie Sozial-ökologische Forschung. Während er den Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem wissenschaftspolitisch forcierte, machte ich mich daran, mit einem interdisziplinären und internationalen Team mit einem

transdisziplinären Ansatz die geschlechtergerechte und nachhaltige Nutzung von Agrobiodiversität in Südindien zu erforschen (vgl. BioDIVA 2010-14).

Was verbirgt sich hinter dem Wortungetüm „Transdisziplinäre Forschung“ konkret? Dahinter steht die Idee, dass neben einer Zusammenarbeit der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und insbesondere über sozial- und naturwissenschaftliche Grenzen hinweg, eine weitere Schiene einzuziehen sei. Dazu werden Menschen aus der Praxis, die über Wissen aus der praktischen Anwendung, als politische Akteur:innen oder zivilgesellschaftliche Aktivist:innen aber auch durch Verwaltungshandeln verfügen, als realweltliche Expert:innen in die Forschung eingebunden. Die Einbeziehung dieser multidimensionalen Praktiken, die sich weniger durch Spezialisierung auszeichnen als durch Erfahrung gesättigt sind, werden als Schlüssel für gesellschaftliche Transformation begriffen. Dieses transdisziplinäre Wissen wird von der Vorstellung begleitet, sozial robustes Wissen für nachhaltige Problemlösungen zu liefern (vgl. Nowotny). Wie unschwer auszumalen, erfordert die Einbeziehung dieses lebensweltlichen Wissens von Beginn an nicht nur andere Forschungsprozesse, sondern auch innovative Methoden und Strategien, diese heterogenen Wissensbestandteile zusammenzuführen. Getragen ist der transdisziplinäre Ansatz von der Vorstellung, über Systemwissen verflochtene Nachhaltigkeitsprobleme praxisrelevant zu erfassen und zu analysieren, über Zielwissen die gemeinsame Aushandlung einer Zukunftsvision anzustoßen und schließlich über Transformationswissen auch Erkenntnisse beizusteuern, wie diese als notwendig abgeleiteten Veränderungen zu realisieren sind (vgl. Becker & Jahn 2006). Diese dem klassischen Wissenschaftsverständnis entgegenlaufende Positionierung zwischen Moderation, Übersetzung und Positionierung ist getrieben von einem Bekenntnis zu partizipativen Prozessen. Angefangen vom Co-Design in der Forschungsfragestellung, der Co-Creation in der Wissenssynthese über erkenntnistheoretische Abgründe und Brücken hinweg, der Co-Dissemination in der Verbreitung der Ergebnisse über die Wissenschaftsgemeinde und in anderen Idiomen hinaus bis hin zur Co-Evaluation der Projektergebnisse im Dialog und nicht nur mit den Geldgebern.

Während ich mich in die Forschung in Südindien stürzte und Uwe Schneidewind erfolgreich Nachhaltigkeitsforschung mit einer transdisziplinären Ausrichtung voranbrachte, organisierte ich im Sommer 2012 die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie Sommerhausen. Zum Thema „Transdisziplinarität für Nachhaltigkeit – Herausforderung und Notwendigkeit“ kamen mehrere Nachwuchswissenschaftler:innen aus dem Dutzend gemeinsam geförderter Forschungsgruppen ins Gespräch mit Pionier:innen der Humanökologie und der aufbrechenden deutschen Nachhaltigkeitsforschung (vgl. Padmanabhan 2018). Während wir über die transdisziplinäre und auch interkulturelle Forschung zur sozialen, ökologischen und ökonomischen Bedingtheit von Artenvielfalt in Kerala nachdachten, hielt Uwe Schneidewind einen flammenden Aufruf für die Trans-

formationsforschung, die nicht nur eine nachhaltigere Gesellschaft will, sondern genau genommen eine Attacke auf ein enges Verständnis eines Wissenschaftssystems fährt. Dieses Quäntchen Radikalität möchte ich in meine Überlegungen zur kommenden Nachhaltigkeitsforschung am Standort Passau mitnehmen.

2 Transdisziplinarität in der Lehre: Die Idee des Masters Nachhaltigkeitsforschung und gesellschaftliche Transformation

Auch wenn es bei einem Entwurf blieb, möchte ich die Idee des Masterstudiengangs Nachhaltigkeitsforschung rund um das zentral gedachte Forschungsatelier als Konzept für eine paradigmatische Umsetzung des transdisziplinären Ansatzes vorstellen. Dieses Forschungsatelier sollte Studierende über vier Semester durch eine eigene transdisziplinäre Forschung begleiten. Nachhaltigkeitsforschung sollte zu gesellschaftlicher Transformation befähigen, indem wir Kompetenzen in dem Sinne von Verstehen, Analysieren und Gestalten vermitteln. Der Schwerpunkt auf Forschung ist kein Widerspruch zu dem Gestaltungsanspruch an die Studierenden, diese Transformation auch umzusetzen. Vielmehr sollten sie durch die Arbeit im Forschungsatelier dazu in die Lage versetzt werden, ohne nochmals ein großes *learning on the job* erforderlich zu machen. Dieser Dreiklang aus Analysieren, Bewerten und Gestalten ermöglicht im Rahmen des Studiums den Wissenserwerb, die kritische Reflektion und die Umsetzung in Handlung. Dabei könnte ein zentrales Handlungsfeld die Stadt Passau sein, in der die Studierenden ihre prägendsten Jahre verbringen und ihre Kompetenzen einbringen können. Im Folgenden skizziere ich den Entwurf zu solch einem Programm, den ich am 9 Juli 2021 auf dem Deutschen Nachhaltigkeitsforschungsforum FoNA des BMBF gemeinsam mit Anna Henkel und Suleika Bort vorgestellt hatte:

Die Studierenden analysieren komplexe und heterogene Nachhaltigkeitsherausforderungen. Sie erwerben Wissen über Nachhaltigkeit als wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Diskurs als auch als sozial-ökologisches Phänomen. Dies erfordert eine reflexive Kompetenz, um gestaltungsorientiert zu handeln. Das beinhaltet die Kenntnisse verschiedener Positionen im Nachhaltigkeitsdiskurs, einschließlich ihrer Entwicklung und gesellschaftlichen Verortung. Die Universität vermittelt konkrete geistes- und sozialwissenschaftlich fundierte analytische und praktische Werkzeuge, um mit der zeitweise verwirrenden Heterogenität konstruktiv umzugehen. Im Sinne eines nachhaltigen Gestaltens in einer digitalen Gesellschaft ist es erforderlich, insbesondere auch Phänomene der Digitalisierung kritisch-reflexiv einzuordnen.

Zum Verständnis nachhaltiger Strukturen gehört das Bewerten und eine kontextualisierende Kompetenz zur Einordnung, denn Handeln ist immer kontextgebunden. In der modernen Gesellschaft findet organisiertes Handeln stets in sozial

und materiell vorstrukturierten Kontexten statt. Von möglichen Rechtsformen der Institutionen bis hin zu Steuersystemen ist Handeln stets eingebettet. Zugleich agieren Organisationen unter bestimmten sozial-ökologischen Bedingungen. Dazu gehören Daseinsvorsorge, Straßen und Stromversorgung ebenso wie Verfügbarkeit von Wasser. Neben solchen klassischen Dimensionen organisationalen Handelns ist Digitalisierung eine zunehmend relevante Strukturbedingung, als materiale Infrastruktur ebenso wie veränderte Kommunikationsbedingungen. Solche sozialen und materiellen Kontexte sind Rahmenbedingungen für Organisationen – zugleich bringen die handelnden Organisationen diese mit hervor. Eine gesellschaftliche Transformation erfordert, diesen gegebenen und mithervorgebrachten Kontext zu reflektieren.

Globale Herausforderungen, wie die negativen externen Effekte von Wirtschaftsprozessen machen deutlich, dass ein grundlegendes Umdenken und Veränderungen auf Wirtschafts- und Unternehmensebene notwendig sind. Basierend auf der wirtschafts- und unternehmensethischen Reflexion bestehender Paradigmata werden Möglichkeiten und Konzepte, wie z. B. Corporate Social Responsibility, Postwachstum und Vorsorgendes Wirtschaften vermittelt. Unter dem Einbezug einer kritisch reflektierten und fallspezifischen Verwendung von digitalen Möglichkeiten, soll Raum zur Gestaltung und Entwicklung neuer innovativer Ideen geschaffen werden.

Hier schreitet der Studiengang nach Anwendungsfeldern für die auszubildenden Kompetenzen im nahen Umfeld. Bei aller Wertschätzung der internationalen Vernetzung, insbesondere der Forschung, besteht ein brachliegendes Potential im begleiteten Praxisbezug und der Ausbildung der Methodenkompetenz vor Ort am Passauer Standort. Um Handlungsorientierung durch konkretes Tun zu befördern, beinhaltet der Master eine Lehreinheit mit einer breiten Behandlung von transdisziplinären Methoden, die Grundlage für ein zweisemestriges Praxismodul ist. Ziel ist, Forschung und gesellschaftliche Anwendung zu verbinden.

Zur gelebten Interdisziplinarität, die eine gewisse Kommunikations-, Reflexions- und Selbstrelativierungsfähigkeit erfordert, kommen die Aufgaben der Transdisziplinarität hinzu.

Um der Komplexität und Vielschichtigkeit des Nachhaltigkeitsfeldes gerecht zu werden, will das Studium Praxisakteure aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft als lokale Experten und Trägerinnen impliziten Wissens einbinden. Diese Kombination aus einer sozialwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive mit einer Handlungs- und Transformationsorientierung ist nicht nur einzigartig im Süden der Republik, sondern könnte die Stadtgesellschaft mit dem ein oder anderen geistigen Kuss sanft beleben. Das stark auf Forschung ausgerichtete Profil unterstreicht einerseits den Anspruch auf der Höhe der wissenschaftlichen Debatte zu Lehren und zu Lernen, andererseits auch die Überzeugung, dass nichts so hilfreich ist für die Praxis wie eine gute und kritisch reflektierte Theorie.

Deren Anwendung in studentischen Projekten und Forschungsateliers gemeinsam mit den verschiedensten Facetten der städtischen und ländlichen Gesellschaft Passaus qualifiziert Studierende für genau diese gesellschaftliche Transformation und verleitet gegebenenfalls dazu, in Niederbayern zu bleiben.

Die Möglichkeit in der Universität mitgestalten zu können, aber auch durch die Universität im städtischen Umfeld Einfluss zu nehmen, ist ein herausstehendes Merkmal von kleinen Universitäten. Die Geistes- und Kulturwissenschaftliche Fakultät, die Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät arbeiten über Jahrzehnte insbesondere in den kulturwirtschaftlichen Studiengängen geräuschlos zusammen. Hier besteht das Potential die kognitiven Dissonanzen, die sich aus dieser Interdisziplinarität ergeben, in das Scheinwerferlicht zu holen und sich auf der Metaebene über disziplinäre Vorannahmen und epistemologische und ontologische Reibungen produktiv zu verständigen. Hier kann ein transdisziplinäres Denken eingeübt werden, aufbauend auf einer interdisziplinären Erfahrung, dass alles Wissen unsicher und vorläufig ist. Die Herausforderung ist, wie sich eine transdisziplinäre Methodik in Lehre und Forschung umsetzen lassen kann – jenseits von Transfer. Hier besteht die Gefahr, transdisziplinäre Forschung auf Wissenschaftskommunikation zu reduzieren und auf Lösungen mit messbaren Resultaten zu reduzieren. Dahinter steht die Frage, wem gegenüber Wissenschaft rechenschaftspflichtig ist. Die Tektonik unter dem vermeintlichen Elfenbeinturm verschiebt sich. Nicht zuletzt durch die Covid-Pandemie ist die Einbettung der Wissenschaft und die Bedingtheit von Forschung in gesellschaftliche Debatten deutlich geworden. Benötigen die Institutionen der Wissenschaft eine Veränderung, um tatsächlich Transformation zu ermöglichen? Welche Rolle spielt die Universität Passau dabei und wie muss sie sich weiterentwickeln, um einen Beitrag an ihrem Standort Passau zu entfalten?

3 Universität in der Welt- und Stadtgestaltung

Es gilt die Universität neu zu denken und von den Füßen auf den Kopf zu stellen. Dazu gehört Gesellschaftsorientierung als Kernaufgabe im Spannungsfeld der Freiheit von Lehre und Forschung. Es gilt angesichts der Transformationsherausforderung die mönchischen Wurzeln der Universität als abgeschiedener, männlich konnotierter Denkort abzuschütteln und in die Gesellschaft hineinzugehen. Bezeichnend ist die biographische Wende von Uwe Schneidewind, der vom Direktor des transdisziplinär forschenden „Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie“ zum Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal gewählt wurde. Durch die Entwicklung der Methode „Reallabore“, die Forschung mit den Bürger:innen in die Stadtlandschaft tragen, verkörpert Schneidewind den partizipativen Gestaltungsanspruch wissenschaftlich und nun durch sein Mandat auch politisch. Die Transformationsherausforderung Wuppertals ist spezifisch durch den Niedergang

der Textil- und anderer Industrien geprägt, deutlich sichtbar durch leerstehende Werksgebäude aus vergangenen Jahrhunderten, die die Herausforderung symbolisieren und deutlich vor Augen führen.

Die Situation in Passau ist eine andere, aber vielleicht auch vergleichbar. Auch hier stellt sich die Frage des Verhältnisses der relativen jungen Universität zur Stadtgesellschaft. Die Feierlichkeiten der Genese der 40 Jahre alten Universität aus 400 Jahren Jesuitenbildung im Jahr 2022 deuten die junge Entwicklungsgeschichte einer weltlichen Hochschule an einem katholischen Bischofssitz an. Passau bewegt sich zwischen den Polen barocke städtische Gesellschaft oder ein Dorf mit Universität. Es besteht eine große gesellschaftliche Kluft zwischen Universität und Stadtgesellschaft, in der man freundlich desinteressiert aneinander vorbeilebt. Wellen an Studierenden kommen und gehen, die Stadt inszeniert sich weiter als Freilichtmuseum. Das Potential vieler junger Studierender mit kreativen Ideen, sozialen Energien und Innovationspotentialen liegt brach. Statt zu lamentieren – was kann das auch heißen für die Zukunft? –: Notwendige Transformationen angesichts der multiplen Krisen wie Klima, Energie und Sorgearbeit erfordern, dass wir in den Diskurs treten und über Zukünfte streiten. Hier bietet sich die Chance für eine gemeinsame Entwicklung der Universität in die Stadt hinein und der Stadt mit ihrer Universität – mit ihrem Neubau am Spitzberg, der sichtbar prädestiniert zum Gespräch einlädt. Hier kann die notwendige Debatte darüber, was achtbares und redliches Wissen ist, stattfinden.

Einerseits ist die Universität regional verankert, gerade auch durch die Lehrer:innenbildung. Gleichzeitig lebt Wissenschaft vom internationalen Austausch unter Forschenden und durch Studierende aus aller Welt. Internationale Gäste bereichern die Universität im Grenzgebiet und verändern sichtbar das Stadtbild. Gleichzeitig erleben Austauschstudierende immer wieder rassistische Übergriffe im öffentlichen Raum, in dem sich Flüchtlinge, People of Colour, Touristen, Zugezogene, Einheimische und Landkreisbewohner:innen begegnen. Hier gilt es als Stadt und Universität eng zusammenzustehen und gemeinsam eine Transformation und Öffnung z. B. durch respektvolles Verwaltungshandeln umzusetzen.

An meinem Lehrstuhl Kritische Entwicklungsforschung mit einem regionalen Fokus auf Südostasien setzen wir uns mit der Region auseinander (Padmanabhan et al. 2022), tragen aber auch die Debatte über Dekolonialität in die Universität und über die öffentliche Ringvorlesung im Winter 22/23 „We need to talk about racism – Antirassismus im Gespräch mit Intersektionalität“ in die Stadt hinein. Dazu gehören Fragen der Forschungsethik, der Art und Weise der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partner:innen im Globalen Süden und Überlegungen, wie internationale Machtstrukturen im akademischen Bereich mit Ansätzen wie Transdisziplinarität kollidieren. Darüber hinaus sind wir uns bewusst, wie die Wissensproduktion von einer breiteren politischen Ökonomie geprägt ist, die sich

darauf auswirkt, wer Zugang zur Universität hat und wessen Wissen zählt. Daher erkennen wir in unseren internationalen Forschungsk Kooperationen und in der Lehre die Prekarität und die unterschiedlichen materiellen Bedingungen anderer Wissenschaftler:innen und Studierender an.

Wir wollen diese Rahmenbedingungen ändern und die verschiedenen Arten des Wissens im Sinne der Transdisziplinarität einbeziehen. Unsere relative Machtposition innerhalb des Wissensproduktionsprozesses bedeutet, dass wir die Chance haben, uns durch unsere eigene kreative Praxis in Forschung, Lehre und im öffentlichen Engagement mit der Universität als Ort der Zukunftsentwürfe zu beschäftigen. Im Bereich der Entwicklungsforschung bringen wir beispielsweise Wissen und Erfahrungen von Aktivistinnen und Aktivisten in den Lehrplan ein, die oft im Widerspruch zum konventionellen entwicklungspolitischen Denken stehen. Wir binden bewusst Wissenschaftler:innen aus Südostasien in unsere Arbeit ein, die sich kritisch mit Fragen von Entwicklung und Transformation, Mensch-Natur-Beziehungen sowie intersektionalen Machtverhältnissen auseinandersetzen. Wir erkennen diese Verpflichtung zur Pluralisierung der Wissensproduktion als einen wichtigen Akt im Rahmen eines umfassenderen Projekts der Dekolonisierung der Universität an.

In Deutschland haben die Kontroversen um das Berliner Humboldt-Forum eine Debatte über die koloniale Amnesie der deutschen Öffentlichkeit und der politischen Kultur ausgelöst. Im September 2021 wurde das Museum in der Nachbildung des ehemaligen Hohenzollernschlosses eröffnet. Von den deutschen Kolonialherren angeeignete Kunstwerke wurden von Berlin-Dahlem in das Humboldt-Forum verlagert, obwohl die Regierung von Nigeria seit langem eine Rückgabe fordert. Die Kolonialität von Bildungseinrichtungen ist in Ländern wie dem Vereinigten Königreich noch deutlicher sichtbar, wo die Materialität und Praxis dieser Einrichtungen das Sammeln von Artefakten, Kultur und ethnografischen Daten verkörpert. Dies zeigt sich in Bibliotheken, Museen und Statuen, die als ständige Erinnerung an die koloniale Geschichte dienen, die das tägliche Leben in und außerhalb der Universität bestimmt. Hier besteht ein großer Bedarf an behutsamer Auseinandersetzung mit den kolonialen Verflechtungen auch in Niederbayern, die sich beispielsweise in den Missionsanstrengungen von Orden zeigen. Mit einem kritischen Blick auf Entwicklungszusammenarbeit und -studien wollen wir als Lehrstuhl Impulse setzen und zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion einladen. Dazu gehört es, sich mit intersektionellen Ungleichheiten auseinanderzusetzen, die durch Alter, Geschlecht, Ethnie, Klasse und weitere Achsen der Differenz sowohl das Zusammenleben und Lernen an der Universität als auch in der Stadt prägen. Dazu betonen wir einen netzwerkbezogenen Ansatz, der von sozialökologischen Systemen eingebettet ist. Wir wollen den Dialog zwischen Regionalstudien wie zu Südostasien oder Niederbayern und einer kritischen Debatte über die Bedeutung und konkrete Gestaltung der Nachhaltigen Entwicklung ermögli-

chen. Dies geschieht unter der Voraussetzung das Wissen, das wir konsumieren, produzieren und lehren, als situiert und begrenzt anzuerkennen. Vielmehr sind wir überzeugt, dass Wissen nur im Plural existiert. In diesem Sinne heißt es einen universellen Deutungsanspruch zu verlernen und auch die marginalisierten Stimmen und Zwischentöne zu hören.

4 Die Universität in der Stadtgesellschaft: Die Speerspitze am Spitzberg?

Wie kann ein Wirken der Universität in die Stadt aussehen? Ein Beispiel: Nach der Flutkatastrophe 2013 entfaltete sich die Debatte um den Hochwasserschutz an der Innpromenade. Zusammen mit der „Werkstatt Nachhaltigkeit“ der Universität Passau und dem „Architekturforum“ haben wir im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltungsreihe über „Urbane Lebensräume zwischen Teilhabe und Wertschöpfung“ nachgedacht. Diese Zusammenarbeit zwischen einer zivilgesellschaftlichen Organisation und der Universität bot eine Plattform für die damals überfällige öffentliche Debatte zum Hochwasserschutz. Unter dem Blickwinkel „Zerstören um zu erhalten? Hochwasserschutz im Spannungsfeld zwischen Eigentumsschutz, Stadtbilderhalt und Bürgerbeteiligung“ luden wir im Herbst 2016 zu einer Podiumsdiskussion. Stadträte, betroffene Geschäftsfrauen und der Architekt Peter Haimerl als Mitglied im Gestaltungsbeirat der Stadt Passau diskutierten erstmals über die Hochwasserschutzmaßnahmen am Inn. Der neuralgische Punkt ist die für Naherholung vielgenutzte Innpromenade, dem zentralen innerstädtischen öffentlichen Ort, vom Fürstbischof zur Begegnung von Bürgern und Bürgerinnen eingerichtet. Die Diskussion hält bis heute an. Ein Diskurs ist möglich und die Universität heute kann diese Räume schaffen, indem die Universität in die Stadt geht. Eine transdisziplinäre Vision ist, dieses Nebeneinanderher zu überwinden und Studierende nicht auf vorübergehende Mieter:innen zu reduzieren, sondern ihr kreatives Potential und die Energie der jungen Erwachsenen in die Entwicklung der Stadt einzubinden.

Die Johannes Kepler Universität in Linz geht mit dem Format „Kepler Salon – Wissen in Gesellschaft“ mit einer offenen Veranstaltungsreihe in die Stadtgesellschaft hinein, in der Gastgeber:innen der Universität mit Künstler:innen, Wissenschaftler:innen aber auch Kulturschaffenden sich gemeinsam Frage- und Themenstellungen aus vielen Perspektiven nähern und dies über eine ansprechende Zeitung/Webseite zugänglich machen. Mit dem Geocompass, der Plattform der Geographischen Gesellschaft Passau ist unter Einbindung vielfältiger Partner ein disziplinär getriebener Brückenschlag in die Stadt und das Umland hinein gelungen.

Der Freistaat Bayern und die Universität haben ein großes Bauvorhaben vor, das stadtplanerisch die Lücke zwischen Campus und Stadt schließt. Der Neubau am

Spitzberg kann nicht nur die architektonische Verbindung in die Stadtmitte hinein werden, sondern auch ein möglicher Ort für Debatten, die die gesamte Stadtgesellschaft umfassen. Mit der Idee einer großen Aula, die als Konzertsaal genutzt werden kann, wird das städtische Publikum bereits mitgedacht. Hier bieten sich Chancen, die in einen Dialog eingebettet werden müssen, um systematisch das Gemeinsame an dieser Schnittstelle zu imaginieren. In Sinne eines transdisziplinären Ansatzes kann der Neubau zu einem klassischen „Boundary Object“ werden, d. h. zu einem Gegenstand bzw. Gebäude, auf das sich verschiedenste Akteur:innen – Politiker:innen, Schüler:innen, die Verwaltung, Wissenschaftler:innen... – aus ihrer spezifischen Interessenslage konstruktiv beziehen können, um im Sinne von Co-Produktion des Wissens zu einer neuen, vielversprechenden und integrativen Idee der Universität und des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu kommen. Der Wunsch ist nicht nach einem elitäreren Zirkel, sondern nach einem niederschweligen Ort, der nicht die Realität der Treffpunkte der verschiedenen marginalisierten Gruppen am Zentralen Busbahnhof ausblendet. Vielmehr ein Nukleus, der der Vielfalt und den Spannungen einen Raum für Artikulation, Visionen und letztlich die notwendige Transformation der Gesellschaft angesichts von Klimawandel, Energiekrise und sozial-ökologischen Problemen gibt. Hier können der Blick nach Südostasien und Stimmen aus aller Welt Impulse für gesellschaftliche Transformation geben.

Literatur

- Becker, E & Jahn T. (Hrsg.) (2006): Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt: Campus.
- BioDIVA. Online unter: <https://www.phil.uni-passau.de/suedostasien-studien/forschung/projekt-biodiva/>. (Abrufdatum: 04.08.2022).
- Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis Verlag.
- Nowotny, H. (2006): The Potential of Transdisciplinarity (http://www.helga-nowotny.eu/downloads/helga_nowotny_b59.pdf)
- Padmanabhan, M. (Hrsg.) (2018): Transdisciplinary Research and Sustainability. Collaboration, Innovation and Transformation. London: Routledge.
- Padmanabhan, M. & Dinkelaker, S & Hoffmann, M. & Laksmna, D. & Maimunah, S. & Rudakova, E. & Still, E. & Trotier, F. (2022): Principles of Critical Development Studies: A Manifesto. ASIEN 160/161. Online unter: <http://asien.asienforschung.de/principles-of-critical-development-studies-a-manifesto/>. (Abrufdatum: 20.08.2022).
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowski, M. (2013): Transformative Wissenschaft.

Autorinnenangaben

Martina Padmanabhan, Professorin für Vergleichende Entwicklungs- und Kulturforschung an der Universität Passau
email: martina.padmanabhan@uni-passau.de

Micha Teuscher

Gesellschaftliche Herausforderungen als Impuls für die Entwicklung der Universität

1 Einleitung

Vielen Dank für die freundliche Einführung zur heutigen Veranstaltung in der Reihe „Die Idee der Universität“. Mein Input stellt die gesellschaftlichen Herausforderungen als Impuls für die Entwicklung der Universität in den Mittelpunkt. Dabei werde ich explizit von der Universität sprechen, weil sie im Unterschied zu den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) eine andere Orientierung und fachliche Vielfalt und Breite in Lehre und Forschung in sich vereinigt. Drei Schwerpunktthemen werden im Fokus der Ausführungen stehen. Zum ersten wird die *Governance* der Universität thematisiert. Dann wird *die universitäre Forschung in dieser Zeit* und *die universitäre Lehre in dieser Zeit* im Hinblick auf einen Impuls für die Entwicklung der Universität betrachtet.

2 Governance

Das Thema *Governance* wird zuerst thematisiert, weil mit der Reihe „Idee der Universität“ eine Diskussion der Mitglieder jeder einzelnen Universität über ihr gemeinsames Selbstverständnis in den Mittelpunkt gestellt wird. Diese Reihe „Idee der Universität“ beschreibt die verschiedenen Facetten dessen, was denn Governance leisten muss, um dieses gemeinsame Verständnis mit Leben zu füllen und Raum zu geben.

Die Universität ist, wie Hochschule insgesamt, eine wissenschaftsgetriebene Expertenorganisationen. Die grundgesetzlich geschützte wissenschaftliche Freiheit der einzelnen Wissenschaftler:innen erhält ihr qualitätssicherndes Korrektiv durch den offenen und kritischen Dialog der Wissenschaftler:innen untereinander. Dies ist ein ganz zentrales Element von Hochschulen und zugleich das einzige Korrektiv, das wissenschaftliche Freiheit erfährt. Diese Freiheit ist durch die Autonomie der Universität zu gewährleisten. Die Autonomie ist gleichzeitig wesentlicher Garant und daraus Treiber für eine kreative und leistungsstarke Lehre und Forschung.

In meiner Überzeugung ist freie Wissenschaft konstituierend für eine freie und liberale Gesellschaftsordnung an sich. Die Autonomie, die dafür sicherzustellen

ist, ist nach außen gegenüber Staat und Gesellschaft genauso zu gewährleisten wie nach innen innerhalb der Universität bei ihrer Binnenstrukturierung und eben ihrer Governance, die die Universität für sich wählt. Dabei geht es bei dieser Governance insbesondere um die Frage von Ressourcensteuerung und -verteilung einerseits, aber andererseits um die Gewährleistung wissenschaftlicher Freiräume und deren Ermöglichungen.

Der Wissenschaftsrat (WR) hat 2018 zum Thema Governance an Hochschulen umfassende Empfehlungen vorgelegt. Es ist sehr aufschlussreich, wie der WR dieses Thema strukturiert und aufgebaut hat (vgl. Wissenschaftsrat 2018). Dabei beleuchtet der WR die Regelfälle etwa des Zusammenwirkens von Präsidien und Dekan:innen, die aus der Hochschule selbst kommen und mit ihrer Professur in der Hochschule beheimatet sind. Es gibt aber auch Hochschulen wie die HAW Hamburg mit hauptamtlichen Dekan:innen, die von anderen Hochschulen kommend in ihr Leitungsamt an dieser Hochschule ohne Rückfallposition gewählt werden. Daraus entstehen andere Triebfedern.

Der WR hat gleich zu Beginn deutlich gemacht, dass die Frage der Binnenstrukturierung von Hochschulen in den letzten 20 Jahren eine lange Tradition der Diskussion hat, die immer entlang dreier Themen verläuft: der Willensbildung, wie hat sich Partizipation verändert, der Entscheidungsfindung, also die Entscheidungsbefugnisse der einzelnen Gremien und drittens der Steuerungsmodelle mit Anreiz, Finanzierung und Gestaltungsmacht für Inhalte innerhalb der Hochschule und durch die Politik (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 28ff.).

Der WR weist dabei immer wieder darauf hin, dass diese Governance einerseits eine Vereinbarkeit korporativer Handlungsfähigkeit der Hochschule als Ganzes, also als Organisation, in einem andererseits hoffentlich konstruktiven, aber manchmal auch sehr schwierigen Spannungsverhältnis mit der Sicherung der individuellen Freiheitsrechte jeder einzelnen Wissenschaftler:in beschreibt (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 24ff.). Die korporative Handlungsfähigkeit betrifft die Strategiefähigkeit einer Universität im Sinne der Förderung spezifischer Wissenschaften, Fächer, Disziplinen oder thematischer Schwerpunkte et cetera. Diese Gesamthandlungsfähigkeit ist deshalb so wichtig, weil die Universität als Ganzes die Anforderung hat, dass sie die endlichen Ressourcen der Universität im Sinne der Ressourcensensibilität mit den Ressourcenbedarfen der Wissenschaftler:innen zur Förderung und Ermöglichung ihrer jeweiligen Vorhaben in Lehre und Forschung in Einklang bringen muss. Die individuelle Wissenschaftsfreiheit wiederum ist zentrales Element von Universität an sich, da ohne Freiheit keine Erneuerung möglich ist, keine Weiterentwicklung der Wissenschaften, keine Kreativität und damit auch keine Ermöglichung der wichtigen Bestandteile dessen, was anschließend wiederum die Leistungsfähigkeit der Universität und ihre Strategiefähigkeit an sich ausmacht. Hier kommen die beiden Binnenanforderungen an Universität zusammen.

Interessant und inspirierend ist, wie der WR dieses Thema der Governance differenziert analysiert und Schlussfolgerungen herausarbeitet, die in verschiedenen Diskussionen an Hochschulen sehr handlungsleitend für die Gremien waren. Er hat ein Set an Kriterien erarbeitet, von denen aus meiner Sicht die folgenden drei Kriterien für die Diskussion und Entwicklung einer hochschulspezifischen Governance besonders hervorzuheben sind (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 45ff.). Das ist zum einen die Entschlussfähigkeit einer Hochschule, zum zweiten die Gewährleistung von Autonomie und zum dritten die Frage der Legitimität und Akzeptanz der gefundenen Entscheidungen. Letzteres Kriterium ist mir sehr wichtig, da es jedem Kompromiss inhärent ist und beschreibt, wie er ausgehandelt wurde: konnte eine für die Mitglieder der Universität tragfähige Entscheidung getroffen werden und wird sie in der Hochschule akzeptiert? Hochschulen, Universitäten, müssen in der Lage sein, innerhalb begrenzter Zeiträume zu in diesem Sinne guten Entscheidungen zu kommen. Die Güte bemisst sich an der Akzeptanz. Diese charakterisiert eine tragfähige Entscheidung.

Der WR formuliert weitere Kriterien wie Transparenz, Konstanz und Kohärenz der Entscheidungen, die Konfliktfähigkeit und die Ressourcensensibilität. Die drei ersten Kriterien korrespondieren aber insbesondere wegen der Breite des Kriteriums der Legitimität und Akzeptanz mit diesen weiteren Kriterien.

Der WR beschreibt im Weiteren drei sehr wichtige Spannungsverhältnisse, die für unser heutiges Thema von Bedeutung sind (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 20ff.). Das eine sind die gesellschaftlichen Erwartungen und die Eigengesetzlichkeit von Wissenschaft. Ich werde im Folgenden bei der *universitären Forschung und Lehre in dieser Zeit* immer wieder auf dieses Spannungsverhältnis zurückkommen, denn dieses Spannungsverhältnis berührt die Frage: Werden die Themen aus der wissenschaftlichen Erkenntnismotivation der Wissenschaftler:innen in der Universität aus sich selbst heraus vorangetrieben oder orientieren sich die Wissenschaftler:innen an gesellschaftlichen Bedarfen, die von außen an die Universität herangetragen werden. Wie entscheiden die Wissenschaftler:innen und die Universität darüber, was für sie von Relevanz ist?

Das zweite Spannungsverhältnis beschreibt die Abwägungen zwischen individuellen Freiheitsrechten und der Organisationsbedürftigkeit der Universität selbst (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 24). Also u. a. die Allokation der Ressourcen im Verhältnis zu den Konsequenzen für die Freiheitsrechte der einzelnen Wissenschaftler:innen bei der Ausgestaltung ihrer Themen.

Das dritte Spannungsverhältnis fokussiert das Verständnis der Universität als Institution im Vergleich zum Verständnis der Universität als Organisation (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 26ff.). Einerseits hat die Universität als Institution die Ermöglichung von Wissenschaft und die Sicherung der Freiheitsrechte als Aufgabe, andererseits muss sie aber in der Lage sein, Themen zu priorisieren, um strategiefähig und ressourcensensibel zu sein.

Diese Spannungsfelder werden uns immer dann beschäftigen, wenn wir uns mit dem Kernthema auseinandersetzen: Wie werden Hochschulen fortwährend neu durch die Gesellschaft, zu der sie gehören und deren Bestandteil sie sind, herausgefordert und in welcher Form erhalten sie thematische und strukturelle Impulse für ihre eigene Entwicklung.

3 Universitäre Forschung in unserer Zeit

An diesem Punkt wird das zweite Schwerpunktthema des heutigen Inputs, *die universitäre Forschung in dieser Zeit*, relevant. In den weiteren Ausführungen wird dargelegt, warum es von Bedeutung ist, dass die Universität sich an gesellschaftlichen Erwartungen orientiert und sich in ihren Aktivitäten darauf ausrichtet, Beiträge für die Entwicklung der Gesellschaft zu leisten und Problemlösungskompetenzen zu vermitteln. Die Aufgaben der Universität betreffen einerseits die Entwicklung neuer Erkenntnisse an sich, sie betrifft aber auch die Fähigkeit zur diskursiven wissenschaftlichen Begleitung und Reflexion von gesellschaftlichen Prozessen. Dabei wird die Universität auch konkrete Lösungsvorschläge für soziale oder technologische Innovationen hervorbringen. *Die universitäre Forschung in dieser Zeit* umfasst also neben der reinen Erkenntnisorientierung auch die Begleitung gesellschaftlicher Prozesse und die Entwicklung konkreter Lösungsvorschläge.

Die Formulierung von Erwartungen aus der Gesellschaft an das Wissenschaftssystem, insbesondere an Hochschulen, haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten aufgrund der umfassenden gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung enorm ausgeweitet. Die Verbindung und der Bedarf aller gesellschaftlichen Bereiche an Orientierung an wissenschaftlichen Fragen, an Fakten, an wissenschaftlichen Erkenntnissen, hat sich in der Wirtschaft vom Mittelstand bis zum Großunternehmen, aber eben auch bei gesellschaftlichen Einrichtungen, NGOs und eben auch der Politik und Verwaltung in der thematischen Komplexität und in ihrem Umfang außerordentlich gesteigert. Der Grund hierfür sind die enormen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungsprozesse und ihre Dynamik der letzten 20 bis 30 Jahre, die im Vergleich zu den Jahrzehnten davor zugenommen haben. Wir erleben den Klimawandel mit all seinen Veränderungen für die natürlichen Lebensgrundlagen und Wirtschaftsformen. Wir haben eine Globalisierung mit Veränderungen der Arbeitswelt und der Konsumwelt. Wir erfahren Migration in einer wesentlich dynamischeren Form in Folge von Krieg, Klimaveränderung und Globalisierung, mit ihren langfristigen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Wir haben darüber hinaus eine steigende Vielfalt und Diversität in unserer Gesellschaft, die wiederum gesellschaftliche Entwicklungen und Lebenswelten, individuelle Lebensrealitäten, beeinflussen.

Wichtig und meines Erachtens eine der wesentlichen Aufgaben für Wissenschaft ist die Begleitung dieser Veränderungsprozesse, denn diese gesellschaftlichen und technologischen Veränderungsprozesse verändern auch die in unserer Gesellschaft als gültig anerkannten Ligaturen. Ralf Dahrendorf hat das Wesen der Ligaturen in einem sehr treffenden Vortrag beschrieben (vgl. Dahrendorf 2007, 44ff.). In der Folge gesellschaftlicher Veränderungen können anerkannten Regeln und Wertesysteme durchaus in Frage gestellt werden bzw. ihre Orientierungsfunktion verlieren und müssen im Rahmen dieser Veränderungsprozesse weiterentwickelt werden, damit sie weiterhin Anerkennung finden und ihre regulative Wirkung für die Entwicklung einer Gesellschaft beibehalten können. Dafür bedarf es wissenschaftliche Begleitung und Diskurs.

Gerade im Jahr 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben auch Hochschulen den Prozess der kurzfristigen und umfangreichen Digitalisierung fundamental erfahren. Diesen Prozess müssen wir als Hochschulen, als Universitäten, unbedingt mitgestalten. Stellvertretend für andere Veränderungsprozesse möchte ich bei der Digitalisierung auf zwei Aspekte eingehen. Ein Aspekt ist die Teilhabe an Bildung. Digitale Bildungssysteme können, wenn sie nicht klug konzipiert werden, eine neue gläserne Decke für soziale Veränderungen und gesellschaftliche Durchlässigkeit bewirken, weil sie die Menschen, die an diesen Prozessen teilnehmen, darauf zurückwerfen, mit welchen technischen und fachlichen Unterstützungsstrukturen sie ausgestattet sind und auch in welchem sozialen Rahmen sie an diesen Bildungsprozessen teilnehmen. Sie werden durch Digitalisierung quasi entkoppelt von Kooperation und Kommunikation mit ihren Peers und den sonst üblichen Angeboten der in Präsenz organisierten Bildungsangebote.

Als zweiten Aspekt möchte ich den Zugang zu Informationen nennen. Herausfordernd wirken hier unter anderem die durch Algorithmen gesteuerten Suchergebnisse und unsere individuellen Wahrnehmungsblasen, in denen wir uns befinden. Neben dieser Problematik sind die Kommerzialisierung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und die hohen Preise, die durch Wissenschaftsverlage bei der Nutzung aufgerufen werden, Hemmnisse des Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Informationen. Der öffentliche Zugang etwa zu den einschlägigen Journals wird in Zukunft nicht überall in gleicher Weise möglich sein, insbesondere in den Ländern, deren Wohlstandsniveau diese Finanzierung nicht ermöglicht.

Im Kern bewirken alle diese Entwicklungen eine wesentlich erhöhte Komplexität unserer Realitäten und Lebenswelten und sie erhöhen die Bedeutung von Information und Informationsverarbeitung in unserer Wissens- und Technologieorientierung. Damit weiten sich die Bedarfe der Gesellschaft sowohl nach wissenschaftlich qualifizierten Absolvent:innen, aber genauso auch nach wissenschaftlichen Ergebnissen aus Forschung und Transfer aus. Die Gesellschaft

braucht, um diese Veränderungsprozesse an sich bewältigen zu können, in wesentlich größerem Umfang als früher Menschen, die wissenschaftlich qualifiziert sind und Rechercheprozesse und Reflexionsprozesse sowie Entscheidungsprozesse nach kritischer Analyse durchführen können. Wir brauchen neben dem Erkenntnisgewinn auch die Begleitung und Erklärung dieser Veränderungsprozesse durch die Wissenschaft. Dies alles adressiert insbesondere die Universität, weil die Universität in ihrer großen Breite und Vielfalt der Themen in Forschung und Lehre zugleich die Qualifizierung von Absolvent:innen wie auch die Gewinnung neuer Erkenntnisse als Institution in sich vereint. Zu dieser Institution Universität und in ihrer Ausrichtung auch der HAW gibt es aufgrund dieses Zusammenwirkens dieser zwei Aspekte in Lehre und Forschung in unserer Gesellschaft keine Alternative. Dies ist die zentrale Aufgabe der Universität, der Hochschulen, in einer Welt, die zunehmend neue Erkenntnisse braucht, aber auch Erklärung und Begleitung sowie wissenschaftlich qualifizierte Absolvent:innen.

Dieser erste Aspekt ist zugleich auch der Kern meines Impulses. Ich möchte im Folgenden als den zweiten Aspekt der Forschung für die Entwicklung der Idee der Universität auf das durch die Forschung geprägte Selbstverständnis der Universität eingehen. Bei der Charakterisierung der Forschung an Universitäten wird die Grundlagenforschung bzw. der „Blue-Sky-Research“ fokussiert. Bei der Ausarbeitung der Forschungsthematik wird nicht zugleich auch die Verwendung, Nutzbarmachung und der Transfer der Ergebnisse in den Mittelpunkt der Forschungsüberlegungen gestellt. Es ergeben sich aber neben den aus fachlicher Erkenntnismotivation heraus entwickelten Forschungsimpulsen auch zunehmend, darauf habe ich bereits mit Verweis auf die erhöhte Komplexität und großen Herausforderungen unserer Zeit verwiesen, weitere Forschungserwartungen aus der Zivilgesellschaft, aus der Wirtschaft, aus Politik und Verwaltung heraus an die Universität. Daraus erwachsen neue zentrale Impulse für die Entwicklung der Universität.

An der Universität Passau agieren Sie in Ihren Forschungsschwerpunkten bereits mit dieser Orientierung. Die hohe Dynamik gesellschaftlicher, technologischer, sozialer und klimatischer Veränderungen unserer Zeit bedarf aus meiner Sicht stärkerer Forschungsaktivitäten. Die Gesellschaft braucht gerade für die Bewältigung dieser Thematiken und dieser vielfältigen Themen neue Impulse aus der Universität, Lösungsvorschläge, aber auch, wie ich bei den gesellschaftlichen Veränderungen bereits deutlich gemacht habe, diskursive und reflexive Begleitung durch die Wissenschaft. Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich gezeigt, wie die Universität durch Forschung, aber auch durch wissenschaftliche Begleitung, Impulse und Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen großer Art geben kann. Gleichzeitig hat aber auch der Beitrag der Universität die Diskursqualität zu diesem Thema wesentlich verbessert und klarer gemacht: Wissenschaftlich entwickelte Ergebnisse und Aussagen anstelle gefühlter Fakten.

Das ist, davon bin ich überzeugt, ein wesentliches Element für die Beschreibung der Aufgaben der Universität. Bereits in der Zeit vor Corona war uns allen bei dem Thema Wissenschaftskommunikation bewusst, dass Universitäten gegenüber Tendenzen wie denen des früheren amerikanischen Präsidenten zu der Frage alternativer Fakten ganz wesentliche Orientierung und Stabilisierung der Gesellschaft in Demokratien bewirken können, indem sie eine Diskursqualität ermöglichen, die entlang anerkannter wissenschaftlicher Ergebnisse geführt werden kann. Immer vor dem Hintergrund, dass Wissenschaft auch Fortschritt und Veränderung bedeutet und damit die Erkenntnissituation weiter verändern kann und in der Regel auch verändert. Diese Orientierung an sowohl neuen Erkenntnissen, aber auch an der Diskursqualität an sich, das heißt der Mitverantwortung für den gesellschaftliche Diskurs, ist meines Erachtens ein ganz wesentlicher Beitrag für die Bewältigung der Herausforderung der Gesellschaft, die diese nur mit der Universität gestalten kann. Dieser Erwartung muss sich die Universität aus meiner Überzeugung stellen. Dies neben dem Selbstverständnis, dass Forschung aus reiner Erkenntnismotivation heraus auch wichtige Impulse gibt und die Aufgabe beschreibt.

4 Universitäre Lehre in unserer Zeit

Das dritte Schwerpunktthema meines Impulses befasst sich mit der *universitären Lehre in unserer Zeit*. Aus der Lehre heraus qualifiziert die Universitäten Absolvent:innen auf wissenschaftlichem Niveau und hat damit eine zentrale Verbindung und auch Verantwortung für die Gesellschaft. Lieber Präsident Professor Ulrich Bartosch, in unserer gemeinsamen Arbeit in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu den Zielen der hochschulischen Bildung und denen der beruflichen Bildung haben wir zu dem Bildungsziel der hochschulischen Bildung formuliert: „Hochschulische Bildung befähigt zu öffentlichem, gesellschaftlichem, wissenschaftlichem und auf die Arbeitswelt bezogenem Handeln. Auf der Basis wissenschaftlicher Methoden ist hochschulische Bildung auf die reflektierte, kritische, integrale Schaffung, Verfügung und Verwendung von überprüfbarem Wissen ausgerichtet.“ Ich habe bisher keine bessere Formulierung gefunden, um das zu beschreiben, was unsere Intention in der wissenschaftlichen Qualifizierung von Absolvent:innen für die Herausforderung unserer Gesellschaft in Zukunft zum Ausdruck bringt.

Universitäten haben seit dem Bologna-Prozess alle wesentlichen Parameter für die Gestaltung ihrer Studiengänge in der Hand. Die Abkehr von den zentralen Rahmenprüfungsordnungen hat den Universitäten und den HAW wesentliche Elemente der Gestaltung von Studiengängen an die Hand gegeben, allerdings auch die Qualitätssicherung dafür. Rahmengebend ist besagter Hochschulqualifikationsrahmen (HQR) von 2017 und die von den Fachgesellschaften, soweit

erfolgt, darauf aufbauend erarbeiteten Fachqualifikationsrahmen für die fachliche, methodische und didaktische Ausgestaltung und dann die formale Akkreditierung der Studiengänge (vgl. KMK 2017). Heute geht es aber vor allem um die inhaltlich-fachlichen, die methodischen und um die didaktischen Fragen. Die Entwicklung von Studienangeboten folgt damit sowohl den wissenschaftsgetriebenen Erkenntnisfortschritten, also dem, was die Universität an Erkenntnissen neu generiert, aber auch immer den Bedarfen des Arbeitsmarktes für Akademiker:innen innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems. Dieser Fokus auf die Arbeitsmärkte innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems war uns bei der Weiterentwicklung des HQR 2017 sehr wichtig.

In dieser Zeit der Weiterentwicklung der Bologna-Reform haben Kolleg:innen aus den Universitäten in unserer Zusammenarbeit formuliert, dass an den Universitäten das Bachelorstudium direkt in das Masterstudium übergehen solle, weil das Wissenschaftssystem Absolvent:innen brauchen würde, die in den wissenschaftlichen Methoden umfassend qualifiziert seien müssten und die Universität für die Wissenschaft qualifizieren würde. Die Frage von Arbeitsmarktbedarfen außerhalb der Wissenschaft hat in vielen dieser Diskussionen keine wesentliche Rolle gespielt. Die Verantwortung der Universität in dieser Zeit ist es aber, gerade weil sie vielfach zu einer Massenuniversität geworden ist, dass die Universität auch eine wesentliche Verantwortung für die Qualifizierung von Absolvent:innen entsprechen der Arbeitsmarktanforderungen außerhalb des Wissenschaftssystems hat.

Im HQR wurde diese Differenzierung herausgearbeitet, indem neben den Dimensionen des Wissens und des Verstehens auch die Dimension des Einsatzes, der Anwendung und der Erzeugung des Wissens, also des Könnens, unterschieden wird (vgl. KMK 2017, 6). In dieser Dimension wird nun differenziert zwischen „Nutzung und Transfer“ für die Arbeitsmärkte außerhalb des Wissenschaftssystems und dem „Ziel der Erzeugung wissenschaftlicher Innovationen“ für die Befähigung der Absolvent:innen für den Arbeitsmarkt im Wissenschaftssystem, jeweils entsprechend ihrer spezifischen Qualifikationsbedarfe. Dabei sollen alle diese Absolvent:innen auch in der Lage sein, sach- und fachfremden Personen mitteilen zu können, worüber sie arbeiten und welche Erkenntnisse sie gewonnen haben (vgl. KMK 2017, 7). Dieser Aspekt, der neu eingearbeitet wurde, adressiert treffend, dass die Universität auch eine Verantwortung zur Qualifizierung von Absolvent:innen hat, die in der Lage sind, Wissenschaft und ihre Arbeit und Erkenntnisse auch den Menschen zu vermitteln, die nicht Wissenschaftler:innen sind. Diese Befähigung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz wissenschaftlicher Fakten und Aussagen und für die Reflexionsbegleitung von Veränderungsprozessen erforderlich.

Abschließend zum Aspekt der universitären Lehre möchte ich unterstreichen, dass die Verantwortung der Universität eben auch in der Berücksichtigung der

generischen Kompetenzfelder beider Arbeitsmärkte liegt und die Hochschulen, wie bereits formuliert, nicht nur domänenspezifisch die fachqualifizierenden Dimensionen priorisieren dürfen. Die Universität ist angehalten, den Arbeitsmarkt außerhalb des Wissenschaftssystems im Blick zu behalten, weil hier die zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft formuliert werden und entsprechend qualifizierte Absolvent:innen benötigt werden, die in der Lage sind, die Komplexität dieser Veränderungsprozesse zu begleiten und vor allem auch in ihren Institutionen auszugestalten. Dies bedarf in der gleichen Form einer wissenschaftlichen Qualifikation wie für den Arbeitsmarkt innerhalb der Wissenschaft.

An dieser Stelle möchte ich deutlich machen, dass in diesen gesellschaftlichen und technologischen Veränderungsprozessen, in denen wir zum Teil schon mittendrin sind, die Universität immer der Ort des Lehrens und Lernens bleiben muss. Dies auch im Prozess der Digitalisierung. In der Hochschulpolitik entstehen gerade intensive Diskussionen, sicher auch bei Ihnen in Bayern, über die zukünftigen Ressourcen- und Raumbedarfe der Universität. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, dass auch bei Kooperationen zwischen Universitäten im europäischen Raum im Kontext der Idee „Universität Europa“ und der Frage, „Was ist eigentlich die Universität der Zukunft?“ die Universität immer Raum und Ort für die Referenzierung für Wissenschaftler:innen bleiben muss. Wie eingangs formuliert, ist die kritische Auseinandersetzung der Peers untereinander das qualitätssichernde Korrektiv für die Wissenschaftsfreiheit und damit Grundbedingung für die Ermöglichung einer leistungsstarken und kreativen Wissenschaft. Und wenn wir diesen Raum im Zuge von Digitalisierung verlieren würden, verliert die Universität ihr Korrektiv und damit den wesentlichen Impuls für ihre qualitätsgestützte Erneuerung.

Dies gilt in vergleichbarer Form für die Studierenden, denn auch die Lernenden brauchen einen Ort für die Begegnung und die inhaltliche Durchdringung, für das Verstehen und für ihre Reflexionsprozesse. Die Erfahrungen mit der digitalen Lehre aus den zurückliegenden Semestern zeigen, dass die didaktischen Konzepte und Tools digitaler Lehre nicht vollständig ausreichen, um diesen Raum virtuell so auszugestalten, dass wir diese Prozesse, wie wir sie für die universitäre Lehre uns vorstellen, erfolgreich digital replizieren können.

5 Abschließende Bemerkung

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass in meiner *Idee der Universität* die Universität aus der Mitte der Gesellschaft heraus agiert. Durch die der Universität mit der *universitären Forschung und Lehre in dieser Zeit* an die Hand gegebene Leistungsfähigkeit für die Generierung und den Transfer sowie die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist sie als Institution aufgerufen, sich in die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit einzubringen.

Daraus entwickeln sich wesentliche Impulse auch für die *Governance* und die Gestaltung der Binnenstruktur der Universität in dem Ausgleich der beschriebenen Spannungsverhältnisse, insbesondere zwischen ihrer Strategieorientierung und der Sicherung der Freiheitsrechte und Kreativität der Wissenschaftler:innen.

Literatur

Dahrendorf, R. (2007): Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H. Beck.

Kultusministerkonferenz (2017): Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse (Im Zusammenwirken von Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz und in Abstimmung mit Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet und von der Kultusministerkonferenz am 16.02.2017 beschlossen). Online unter: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2017/2017-03-30_BS_170216_Qualifikationsrahmen.pdf (Abrufdatum: 21.12.2021).

Wissenschaftsrat (2018): Empfehlungen zur Hochschulgovernance (Drs. 7328 18). Hannover.

Autorenangaben

Micha Teuscher, Prof. Dr., ehemals Vizepräsident der HRK und Sprecher der Fachhochschulen in der HRK sowie Präsident der HAW Hamburg

Hannah Schmid-Petri

Öffentlichkeitsdynamiken im digitalen Zeitalter

Der gesellschaftliche Wertewandel hin zu postmateriellen und emanzipativen Werten hat zu einem Bedeutungs- und Werteverlust traditioneller wissenschaftlicher Institutionen geführt. Damit verbunden ist ein gestiegener Partizipationsanspruch, der alle Schritte des wissenschaftlichen Arbeitens, die Wissensgenese, -distribution und -prüfung einschließt (vgl. Neuberger et al. 2021). Diese Entwicklung wird flankiert und befeuert durch die Digitalisierung und die Möglichkeiten der Online-Kommunikation. Die niedrigen Zugangsbarrieren führen dazu, dass sich (zumindest potentiell) viel mehr unterschiedliche Akteure an öffentlichen Debatten beteiligen können – dadurch werden die Diskurse egalitärer, aber die Inhalte auch heterogener. Darüber hinaus wird Kommunikation dynamischer, transparenter und beobachtbarer. Die technischen Möglichkeiten der Online-Kommunikation bieten Akteuren des Weiteren die Möglichkeit sich untereinander zu vernetzen, auch über regionale Grenzen hinweg. Mit diesen Veränderungen einher geht eine in den letzten Jahren immer stärker artikulierte Forderung nach Wissenschaftskommunikation, die dazu geführt hat, dass wissenschaftliche Ergebnisse in breiteren Öffentlichkeiten diskutiert werden und Studienergebnisse nicht mehr nur in wissenschaftlichen Fachzeitschriften publiziert werden. Es lässt sich also festhalten, dass sich sowohl die Rahmenbedingungen für Wissenschaft und wissenschaftliche Forschung als auch die Dynamik öffentlicher Diskurse verändert haben.

1 Öffentliche Debatten und Ergebnisse der kommunikationswissenschaftlichen Forschung

Seit dem Aufkommen der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten beschäftigt sich die Kommunikationswissenschaft in vielfältigen empirischen Studien mit Phänomenen der Online-Kommunikation. Die Ergebnisse dieser Studien unterscheiden sich zum Teil erheblich von dem, was in der öffentlichen Debatte diskutiert wird – der Kommunikationswissenschaft ist es bisher nicht gut gelungen, ihre Ergebnisse zu diesen Debatten in die Öffentlichkeit zu tragen.

Ein Phänomen, das in der öffentlichen Debatte immer wieder vorkommt bzw. das immer wieder als große Gefahr der öffentlichen Kommunikation bezeichnet wird, ist das Konzept der Filterblasen oder Echokammern – hier zeigt sich sehr deutlich die Diskrepanz zwischen öffentlicher Debatte und den Ergebnissen der kommunikationswissenschaftlichen Forschung.

2 Dynamiken von öffentlichen Diskursen

Im Folgenden möchte ich drei zentrale Befunde aus der kommunikationswissenschaftlichen Forschung vorstellen, die sich mit den geänderten Dynamiken von öffentlichen Diskursen im digitalen Zeitalter beschäftigen: Erstens, Filterblasen und Echokammern lassen sich in der überwiegenden Mehrheit der Studien empirisch nicht nachweisen. Zweitens, die Prävalenz und Bedeutung bzw. Wirkung von Desinformation wird in der öffentlichen Debatte überschätzt und drittens ist ein Großteil der online stattfindenden Kommunikation wohlwollend und unterstützend.

3 Filterblasen und Echokammern

Der Begriff der Filterblasen wurde ursprünglich vom US-Unternehmer und Aktivist Eli Pariser (2011) aufgebracht – das Phänomen der Echokammern stammt von Cas Sunstein (2001), einem Rechtswissenschaftler. Pariser bleibt eine klare theoretische Definition des Konzepts schuldig, sein Buch fußt auf einer Reihe von Anekdoten. Somit bleibt das Konzept vergleichsweise vage (vgl. Bruns 2019). Herauslesen lässt sich die seiner Meinung nach zentrale Rolle von Algorithmen, die durch Personalisierung und Individualisierung zu Filterblasen führen sollen und bedingen, dass jede:r nur noch auf die eigenen Einstellungen und Präferenzen zugeschnittene Informationen erhält. Das Phänomen der Echokammern hebt eher gruppenspezifische Prozesse hervor, die dazu führen, dass wir uns hauptsächlich mit Gleichgesinnten vernetzen.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl an empirischen Studien, die aus verschiedenen Blickwinkeln und Perspektiven diese Phänomene beleuchten und untersuchen. In der Kommunikationswissenschaft standen dabei bisher zwei Bereiche im Vordergrund:

Zum einen wurde untersucht, wie homogen oder heterogen die Ergebnisse von Suchmaschinen sind, die verschiedene Nutzerinnen und Nutzer erhalten und inwieweit sich hier Personalisierungstendenzen feststellen lassen. Insgesamt zeigten sich hier nur geringe Effekte der Individualisierung zum Beispiel für Ergebnisse der GoogleSearch oder Nachrichten, die Nutzerinnen und Nutzern über GoogleNews angezeigt wurden (vgl. bspw. Nechushtai & Lewis 2018, Haim et al. 2018).

Der andere Bereich, mit dem sich die empirische Forschung zu den beiden Phänomenen beschäftigt hat, bezieht sich auf die Vernetzung bzw. die Inhalte, die uns auf sozialen Medien angezeigt werden wie beispielsweise Facebook oder Twitter. Die zugrundeliegende Befürchtung ist dabei in der Regel zum einen, dass öffentliche Debatten in homogene und untereinander nicht vernetzte Teilpublika zerfallen, soziale Medien also als „engines of homophily“ (Bruns 2019, 5) fungieren und zu einer Fragmentierung von Diskursen beitragen. Eine weitere Gefahr wird darin gesehen, dass sich Personen mit gleichen Interessen auf sozialen Medien zusammenschließen, sich nur noch diese Gruppen von Gleichgesinnten untereinander

austauschen und keine Interaktionen mit Andersdenkenden oder anderen Gruppierungen mehr stattfinden. Dies würde im Umkehrschluss aber auch bedeuten, dass wir uns gleichzeitig von Personen mit anderen Ansichten oder Meinungen (bewusst) fernhalten und mit diesen nicht mehr in Berührung kommen.

Dabei sind jedoch folgende Punkte zu bedenken: Gruppen, die sich online formieren, existieren nicht in einem isolierten Raum, sondern sind letztendlich nur ein Teil eines komplexen sozialen und medialen Ökosystems (vgl. Dubois & Blank 2018). Nutzerinnen und Nutzer folgen in der Regel verschiedenen Interessen auf sozialen Medien und sind in unterschiedliche Gruppen dort eingebunden bzw. in der Regel mit hunderten Personen online vernetzt. Diese Überlappung unterschiedlicher Kontexte trägt zu Vielfalt bei, da sich in jeder Gruppe andere Menschen mit potentiell anderen Einstellungen und Meinungen aufhalten und äußern (vgl. Marwick & Boyd 2011). Darüber hinaus ermöglichen es uns gerade soziale Medien, mit Informationen in Kontakt zu kommen, die von unseren Einstellungen abweichen, da wir dort auch mit Menschen in Berührung kommen, mit denen wir im realen Leben vielleicht nicht befreundet wären. Wenn sich also die meisten Nutzerinnen und Nutzer auf Facebook und Twitter in heterogenen Netzwerken oder auch in verschiedenen Gruppen bewegen, wie soll dann der Algorithmus herausfinden, welche dieser Verbindung nun die sind, die die gleichen Einstellungen haben und deren Inhalte privilegieren? Des Weiteren stammt ein großer Teil der Inhalte auf sozialen Medien von klassischen, journalistischen Nachrichtenmedien – kombiniert mit der Größe und Heterogenität der persönlichen Netzwerke führt das zu vielen Momenten der „incidental news exposure“, was im Ergebnis die Vielfalt der persönlichen Mediendiät erhöht (vgl. Fletcher & Nielsen 2018, Wojcieszak & Mutz 2009). Gerade Gruppen mit extremeren politischen Ansichten setzen sich häufig intensiv mit massenmedialen Inhalten auseinander (vgl. Gentzkow & Shapiro 2011). Deren Ansichten mögen von der gesellschaftlichen Mehrheit stark abweichen, aber sie bewegen sich nicht in einer Filterblase. Das heißt für die „normalen“ Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Medien ist das wahrscheinliche Szenario eher, dass man zufällig oder aus Versehen mit vielen verschiedenen Inhalten in Kontakt kommt – wie soll daraus eine Echokammer entstehen? Natürlich ermöglichen es soziale Medien, dass auch Menschen mit extremen Ansichten sich leichter vernetzen und sich effektiver organisieren, als dies vor dem Online-Zeitalter möglich war. Aber von dieser erhöhten Sichtbarkeit sollte man nicht darauf schließen, dass sich ein Großteil der Menschen vom demokratischen Diskurs verabschiedet hätte.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: selbst wenn wir in bestimmten Bereichen homogene Gruppen finden, wären diese nur dann ein Anlass zu größerer Sorge, wenn diese abgeschlossen bzw. in sich geschlossen wären. Dies ist jedoch in der Regel nicht der Fall, da sie immer teil eines heterogeneren Kommunikationsumfeldes sind und wir zudem auch im realen Leben Teil von unterschiedlichen Gruppen sind (z. B. Familie, Freundeskreis, Kollegenkreis, Sportverein, Musikgruppe etc.), in denen wir mit verschiedenen Ansichten und Meinungen konfrontiert werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: „While the empirical evidence does not support the existence of echo chambers and filter bubbles as actual, observable phenomena in public communication, therefore, the persistent use of these concepts in mainstream media and political debates around the world has created its own discursive reality that continues to impact materially on societal institutions, media and communication platforms, and ordinary users themselves“ (Bruns, 2019, 8).

4 Desinformation

Der zweite Befund, der sich aus kommunikationswissenschaftlichen Studien, die sich mit der Dynamik und Charakteristika von digitalen Öffentlichkeiten beschäftigen, ableiten lässt ist, dass die Prävalenz und Bedeutung von Desinformation in der öffentlichen Debatte überschätzt wird. Als Desinformation werden Nachrichten verstanden, die absichtlich und nachweislich falsch sind und die Rezipientinnen und Rezipienten irreführen sollen (vgl. Allcott & Gentzkow 2017). Es handelt sich dabei also nicht um Nachrichten mit unbeabsichtigten Fehlern, sondern um falsche Informationen, die aufgrund einer Täuschungsabsicht vorsätzlich verbreitet werden. Auch das Phänomen der Desinformation online wird nach allem, was wir empirisch wissen, im öffentlichen Diskurs häufig überschätzt. Für empfängliche Gruppen sind sie gewiss ein Problemverstärker, aber im Großen und Ganzen kommt nur ein kleiner Teil mit Desinformation überhaupt in Kontakt und erweist sich die Bevölkerung nicht als manipulierbar durch falsche Nachrichten (vgl. Allcott & Gentzkow 2017, Quandt et al. 2019). Dies gilt vor allem für Deutschland, wo sich ein Großteil der politischen Verantwortungsträger nicht an der Verbreitung der Lügen beteiligt. Auch hier kommt wieder zum Tragen, dass Desinformationen in der Regel nicht isoliert stehen, sondern wir vielfältigen Informationen ausgesetzt sind und in ein soziales Netz eingebunden sind, die dazu beitragen, falsche Informationen schnell zu korrigieren.

Drittens darf nicht vergessen werden, dass ein Großteil der online stattfindenden Kommunikation wohlwollenden und unterstützenden Charakters ist. Die als vielfach als feindselig empfundene Kommunikation in digitalen Öffentlichkeiten („Herabsetzung“) macht nur einen Bruchteil jener Botschaften aus, die Menschen über soziale Medien austauschen. Solchen Botschaften stehen sehr große Volumina von positiver, unterstützender Kommunikation gegenüber. Diese tragen maßgeblich zum sozialen Kapital unserer Gesellschaft bei; sie werden nur im Vergleich zu feindseligen, sogenannten inzivilen Botschaften weniger in der Öffentlichkeit beachtet. Aus verständlichen Gründen: Beschimpfungen und andere Herabsetzungen gehen Betroffenen deutlich stärker nahe als Glückwünsche und Bestätigungsbotschaften. Und Nachrichtenmedien berichten über Inzivilität deutlich stärker als über Positivität in den sozialen Medien, ebenfalls aus verständlichen Gründen wie beispielsweise der Beobachtungsfunktion des Journalismus. Für die meisten Menschen, auch für viele, die in der Öffentlichkeit stehen, transportieren

soziale Medien mindestens so viel, wenn nicht deutlich mehr Botschaften des Miteinander, des Wohlwollens und der Unterstützung als sie Feindseligkeiten und Herabsetzungen bereithalten.

Nichtsdestotrotz sind wir natürlich in Wissenschaft und Gesellschaft gefordert, wachsam die Bedrohungen durch Feinde der Demokratie und ihre Verwendung digitaler Kommunikation zu beobachten und aktiv für die freiheitliche Demokratie zu arbeiten. Doch dürfen wir diese Aufgabe anhand des von der empirischen Kommunikationswissenschaft bereitgestellten Wissens in der berechtigten Hoffnung tun, dass längst nicht alles verloren ist und die sozialen Medien mindestens so viel Gutes für Demokratie und Zusammenhalt ermöglichen, wie sie den Feinden der Demokratie eine Arena bieten.

5 Wissenschaftskommunikation

Durch die gewachsene Bedeutung der Schnittstellen zwischen Universitäten und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen (z. B. breite Bevölkerung, Politik, Wirtschaft) stehen auch Universitäten vermehrt im Licht der (digitalen) Öffentlichkeit. Wissenschaftskommunikation meint die aktive Gestaltung dieser Schnittstelle. Wenn Universitäten oder einzelne Wissenschaftler sich aber zunehmend am kommunikativen Austausch mit anderen beteiligen, werden sie natürlich auch vermehrt Teil von öffentlichen Auseinandersetzungen und es besteht die Gefahr, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in ideologisch gefärbte Debatten hineingezogen oder auch für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Daraus lässt sich ableiten, dass sich Akteure der Wissenschaft auf solche öffentlichen Debatten vorbereiten und zudem einen Strategieplan erarbeiten sollten, wie im kommunikativen Krisenfall reagiert werden kann. Darüber hinaus kann auch qualitativ hochwertige Wissenschaftskommunikation den Wissenschaftsjournalismus nicht ersetzen. Denn schon wegen der strategischen Eigeninteressen von Universitäten kann Wissenschaftskommunikation niemals die ausgewogene und auch kritisch einordnende Darstellung leisten, wie es der Wissenschaftsjournalismus vermag. Seine Aufgabe und Funktion bestand und besteht darin, die inhärente Komplexität von aktueller Forschung für andere Gesellschaftsbereiche aufzubereiten und dabei ausgewogen wiederzugeben. Der klassische Journalismus steht jedoch vor erheblichen Refinanzierungsproblemen, was diese Aufgabenerfüllung in Gefahr bringt. Folglich muss und sollte dieser wieder gestärkt werden, um seine essentielle Rolle an der Schnittstelle zwischen der Universität und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu bewahren.

6 Fazit

Abschließend lässt sich festhalten, dass Online-Kommunikation und die sozialen Medien weder das Problem noch die Ursache für gesellschaftliche Veränderungs-

prozesse sind. Die neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten führen jedoch dazu, dass bestimmte Kommunikationsprozesse und -inhalte transparenter werden, die davor im (halb-)privaten Raum stattgefunden haben. Universitäten und Forschungsorganisationen sollten sich auf der einen Seite in der Pflicht sehen, ihre Schnittstellen zu Öffentlichkeit und Gesellschaft aktiv zu gestalten. Auf der anderen Seite sind auch in der Wissenschaft viele Skandalanlässe denkbar und Universitäten sollten auf (kommunikative) Krisen vorbereitet sein, um im Ernstfall schnell und vor allem umsichtig reagieren zu können.

Literatur

- Allcott, H. & Gentzkow, M. (2017): Social media and fake news in the 2016 election. In: *Journal of Economic Perspectives* 31 (2), 211–236.
- Bruns, A. (2019): Filter bubble. In: *Internet Policy Review* 8 (4). doi: 10.14763/2019.4.1426.
- Dubois, E. & Blank, G. (2018): The Echo Chamber Is Overstated: The Moderating Effect of Political Interest and Diverse Media. Information. In: *Communication & Society* 21 (5), 729–745. doi:1369118X.2018.1428656.
- Fletcher, R. & Nielsen, R. K. (2018): Are People Incidentally Exposed to News on Social Media? A Comparative Analysis. In: *New Media & Society* 20(7), 2450–2468. doi:10.1177/1461444817724170.
- Gentzkow, M., & Shapiro, J. M. (2011): Ideological segregation online and offline. In: *The Quarterly Journal of Economics* 126 (4), 1799-1839.
- Haim, M. & Graefe, A. & Brosius, H. B. (2018): Burst of the filter bubble? Effects of personalization on the diversity of Google News. In: *Digital Journalism* 6 (3), 330-343.
- Marwick, A. E. & Boyd, D. (2011): I Tweet Honestly, I Tweet Passionately: Twitter Users, Context Collapse, and the Imagined Audience. In: *New Media & Society* 13 (1), 114–133. doi:10.1177/1461444810365313.
- Nechushtai, E. & Lewis, S. C. (2019): What kind of news gatekeepers do we want machines to be? Filter bubbles, fragmentation, and the normative dimensions of algorithmic recommendations. In: *Computers in Human Behavior* 90, 298-307.
- Neuberger, C. & Weingart, P. & Fähnrich, B. & Fecher, B. & Schäfer, M. S. & Schmid-Petri, H. & Wagner, G. (2021): Der digitale Wandel der Wissenschaftskommunikation. In: *Wissenschaftspolitik im Dialog, eine Schriftenreihe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*. Online unter: https://www.bbaw.de/files-bbaw/user_upload/publikationen/Broschuere-WiD_16_PDFa-1b.pdf. (Abrufdatum: 02.12.2021).
- Pariser, E. (2011): *The filter bubble: How the new personalized web is changing what we read and how we think*. London: Penguin.
- Quandt, T. & Frischlich, L. & Boberg, S. & Schatto-Eckrodt, T. (2019): Fake news. In: *The International Encyclopedia of Journalism Studies*, 1–6.
- Sunstein, C. R. (2001): *Echo Chambers: Bush v. Gore, Impeachment, and Beyond*. Princeton: Princeton University Press.
- Wojcieszak, M. E. & Mutz, D. C. (2009): Online groups and political discourse: Do online discussion spaces facilitate exposure to political disagreement? In: *Journal of Communication* 59 (1), 40-56.

Autorinnenangaben

Hannah Schmid-Petri, Professorin für Wissenschaftskommunikation an der Universität Passau, email: hannah.schmid-petri@uni-passau.de

Manfred Brocker

Eine politische Idee der Universität heute?

1 Einleitung

Universitäten sind nicht nur wissenspeichernde „Tempel der Gelehrsamkeit“, sondern auch und zuallererst Einrichtungen der Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung. Um diese Aufgaben besser erfüllen zu können, müssen ihre Spielräume erweitert werden. Diese werden von der Politik zu eng begrenzt. Entsprechend müssen die Universitäten selbst *politischer* werden: als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ müssen sie sich für deutlich höhere Budgets, für Forschungsfreiheit, Internationalität und institutionelle Autonomie einsetzen, weil nur durch Wissenschaft, Forschung und Technologie unsere Zukunft gesichert werden kann. Universitäten haben des Weiteren die Aufgabe, die Suche nach Wahrheit in der Politik zu unterstützen und den politischen Diskurs zu sublimieren, handelt es sich doch bei der Demokratie um eine wissensbasierte Regimeform. Universitäten und Wissenschaft sind im weitesten Sinne die „Hüter der Wahrheit“. Zwar verlangt die Suche nach Wahrheit auch Zweifel, Kritik und Perspektivwechsel. Doch Zweifel müssen methodisch begründet sein und Kritik ist dann berechtigt, wenn sie um der gemeinsamen Wahrheitssuche willen erfolgt. Wir müssen darüber nachdenken, ob nachweisbar falsche Behauptungen im öffentlichen Raum nicht in gravierenden Fällen von den Universitäten gerügt und sanktioniert werden sollten.

Und schließlich sind Universitäten globale Einrichtungen und haben eine internationale Orientierung. Aber sie sollten sich hinsichtlich der beschriebenen politischen Aufgaben auch wieder stärker als regionale und lokale Institutionen verstehen. Universitäten müssen demzufolge in beiden Dimensionen gleichermaßen aktiv sein: Forschung und Lehre sind international ausgerichtet, während der Dialog mit Bürger:innen und Politiker:innen vor allem auf der nationalen und subnationalen Ebene geführt werden muss.

2 Zukunft als Gestaltungsraum: existenzielle Herausforderungen und die (politische) Rolle der Universität

Die Universität ‚politisch zu betrachten‘ heißt heute sicher nicht mehr, sie als Akteur in einem ‚universellen Emanzipationsgeschehen‘ zu begreifen. Die hoch-

fliegenden Pläne und Erwartungen der post-1968er Jahre, die an die Hochschulen als Ausgangspunkt einer ‚neuen gesellschaftlichen Aufklärung‘ gerichtet wurden, haben sich nur zum Teil erfüllt. Unser Blick heute muss tatsächlich ein anderer sein. Deshalb wird es im Folgenden entsprechend nicht um die Verarbeitung des Nachlasses der 1970er Jahre gehen, der noch immer die gegenwärtige universitäre Wirklichkeit prägt. Die Auswirkungen der damaligen Vorstellungen von Universitäten als Bildungseinrichtungen für eine „Massenelite“ und von „egalitärer Bildung“ belasten bis heute Studierende wie Lehrende. Für den Massenbetrieb wurden die Universitäten nie ausreichend gerüstet und finanziert (vgl. Späth 2000).

Statt in die Vergangenheit zu schauen, soll hier von den Universitäten als *Agenten der Zukunft* die Rede sein. Denn es ist die Zukunft mit ihren Chancen und ihren Gefahren, die unser und das Leben der nachfolgenden Generationen prägen wird.

Deswegen müssen uns vor allem die *existenziellen Risiken* von den Universitäten und der Wissenschaft dringlicher als bislang geschehen vor Augen geführt werden. So wie dies etwa Stephen Emmott, Experte für rechnergestützte Prognostik, vor kurzem in seinem Buch „Zehn Milliarden“ mit klarem und hartem Strich – und damit für alle leicht nachvollziehbar – getan hat (Emmott 2013).

Sein Fazit: Die Menschheit gehe dem Ende entgegen. Grund sei das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, der Ressourcenverzehr und die Umweltzerstörung. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre werde, so Emmott, in den nächsten Jahrzehnten weltweit stark ansteigen und damit die Erde weiter aufheizen. Einerseits werde sich der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 mehr als verdoppeln, andererseits würden die zur Produktion von Mineraldünger erforderlichen Phosphatvorräte in wenigen Jahrzehnten zu Neige gehen (vgl. Emmott 2013, 52, 136). Der Wasserverbrauch im Jahr 2025 wird zehnmal höher sein als zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. Emmott 2013, 76-77, 88-89), was weitere Dürren hervorrufen werde. Hungersnöte werden ausbrechen (vgl. Emmott 2013, 128-130), große Teile Afrikas werden auf Dauer zu Katastrophengebieten werden. Am Ende, so Emmott, stehe das Überleben unserer Spezies auf dem Spiel.

Zwar zeichnen viele Publikationen gegenwärtig ein solch apokalyptisches Bild. Doch angesichts der tatsächlich bestehenden Gefahrenlage müssten es noch deutlich mehr sein! Und sie müssten das gesamte Spektrum der Gefahren beleuchten: Denn nicht nur wir bedrohen die Natur, die Natur bedroht auch uns: Die Möglichkeit kosmischer Katastrophen wie die Zerstörung der Erde oder ihrer Fauna durch Meteoriteneinschläge und Vulkanausbrüche, oder die Gefahr von Pandemien etc. lässt ja ebenfalls die Frage nach dem Überleben der Menschheit virulent werden. *Beide* Ursachenkomplexe bedrohen unsere Existenz und über *beide* muss die Wissenschaft intensiv aufklären!

Dass die Ängste in der Bevölkerung zunehmen, überrascht nicht. Doch obwohl Wissenschaft, Forschung und Technologie die einzigen Mittel sind, in diesen Gefahren zu bestehen, nimmt das Vertrauen in sie seit Jahren nicht zu.¹

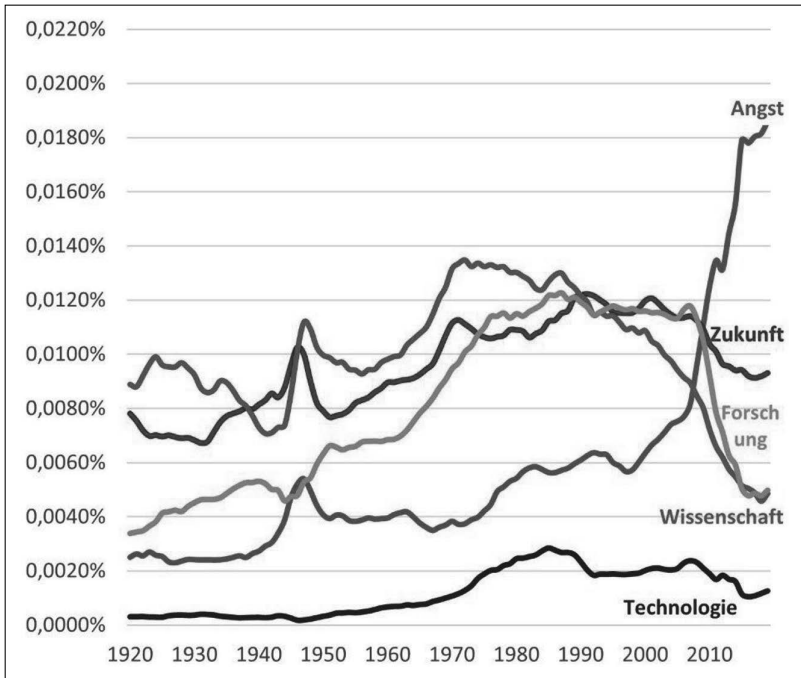


Abb. 1: Wortgebrauchsfrequenzen in Publikationen der letzten 100 Jahre.

Quelle: Google Ngram Viewer (o. J.) (Abrufdatum: 01.03.2022)²

Was mag der Grund hierfür sein? An mangelnden Erfolgen kann es nicht liegen, denn die gibt es zweifellos, wie nicht zuletzt die überaus schnelle Entwicklung von Impfstoffen zum Schutz vor der Coronavirus-Infektion Covid-19 gezeigt hat.

1 So sank der Anteil der Personen, die erklärten, der Wissenschaft zu vertrauen, zwischen 2018 und 2019 von 54 % auf 46 %. Nur 13 % gaben 2018 an, ihr „voll und ganz“ zu vertrauen. Durch die „Corona-Krise“ gibt es gegenwärtig allerdings einen Stroheffekt, der die „Vertrauens“-Werte 2020 und 2021 ansteigen ließ. Jedoch erklärten gleichzeitig 39 % der Befragten (2021), dass sie glauben, „Wissenschaftler sagen uns nicht alles, was sie über das Coronavirus wissen“ (vgl. Robert Bosch Stiftung 2021; Schnurr & Mäder 2020, V-VI).

2 Der Google Books Ngram Viewer präsentiert die normalisierte (relative) Häufigkeit von Worten oder Wortfolgen („n-grams“) in den von Google Books eingelesenen (hier: deutschsprachigen) Texten eines bestimmten Jahres. Die Gebrauchsfrequenzen eines oder mehrerer „n-grams“ lassen sich auf dieser Datenbasis über bis zu fünf Jahrhunderte verfolgen und miteinander vergleichen.

Vielleicht sind Universitäten und Forschungseinrichtungen öffentlich nicht präsent genug? Vielleicht sind sie auch nicht gut genug darin, ihre Erfolge zu kommunizieren? Hier wäre das „going public“ in eigener Sache angeraten. Denn ohne die breite Unterstützung der Öffentlichkeit, ohne die Aufmerksamkeit von Parteien, Regierungen und Parlamentarier:innen kann der Quantensprung bei der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung nicht gelingen, der erforderlich ist, um unsere Zukunft zu sichern.³

Hier liegt denn auch eine der zentralen Aufgaben der Universitäten und Forschungseinrichtungen, ihre politische Rolle in Gegenwart und Zukunft: Das Vertrauen in sie zu fördern und ihre Problemlösungskompetenz in der Gesellschaft stärker bewusst zu machen. Als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ müssen sie deutlich sichtbarer auftreten und in der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür schaffen, dass sie nicht nur die Antriebsmotoren des wirtschaftlichen Wohlergehens im rohstoffarmen Deutschland sind, sondern auch die einzigen Mittel, um uns für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten.

Damit die Wissenschaftsinstitutionen, allen voran die Universitäten, diese neuen und gewaltigen Aufgaben übernehmen können, müssen die budgetären Voraussetzungen geschaffen werden. Dies wiederum erfordert die schonungslose Offenlegung der gegenwärtig bestehenden Existenzrisiken: die Klimakrise, die Umweltzerstörung, die bevorstehende Erschöpfung überlebenswichtiger Ressourcen, der mögliche Impakt erdnaheer kosmischer Flugkörper, das Ausbrechen neuer Pandemien etc. Denn nur eine Gesellschaft, die die Herausforderungen kennt und die uns bedrohenden Risiken realistisch einzuschätzen weiß, kann auch das Erfordernis massiver Budgeterhöhungen für unsere wissenschaftlichen Einrichtungen verstehen und ihnen zustimmen. Über die Budgets von Bund und Ländern wird politisch verhandelt. Also müssen sie, allen voran die Universitäten, in dieser Hinsicht politische Akteure werden.

Zu fordern ist allerdings eine *stetige* Steigerung der Budgets, unabhängig von Einzelereignissen und politischen Konjunkturzyklen. Denn kurzfristige „Love Affairs“ der Politik mit Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind Gift für die Wissenschaft, weil sie Forscher:innen abschrecken, Karrierewege unkalkulierbar machen und Humankapital zerstören. Das bekannteste Negativbeispiel in dieser Hinsicht war die Förderung der Weltraumforschung in den USA, die extreme politische Schwankungen aufwies und damit zum Friedhof für Karrieren, für wissenschaftliches und technologisches Know-how wurde.

3 Man darf meines Erachtens an dieser Stelle tatsächlich formulieren „um die Menschheit zu retten“, denn die bestehenden Gefahren bedrohen unzweifelhaft den Fortbestand unserer Spezies, vgl.: Leslie 1996; Steele 2001; Hanslmeier 2011; Oeser 2011; Helfand 2013; Pfeleiderer u. a. 2018; Matern u. a. 2020; Broucker 2020; IPCC 2022.

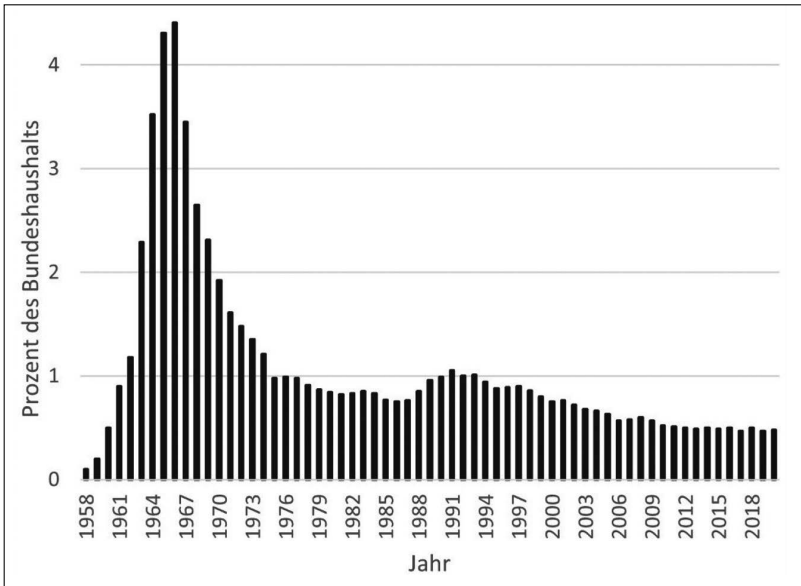


Abb. 2: Die Entwicklung des Budgets der US-Bundesbehörde für zivile Luft- und Raumfahrt (NASA) in Prozent des Bundeshaushalts der USA (1958-2020). Quelle: Wikipedia (o. J.) (Abrufdatum 02.03.2022).

Das Budget der NASA erreichte in der Mitte der 1960er Jahre (während des „race to the moon“) seinen Höhepunkt mit einem Anteil von über 4 % am Bundeshaushalt der USA. Nachdem der Sieg in diesem Rennen errungen war, verlor die Weltraumforschung schnell an politischer Unterstützung und das Budget der NASA wurde mehr und mehr gekürzt. Heute liegt der Anteil am Bundeshaushalt bei nur noch etwa 0,5 %.

Auch in Deutschland kommen solche politisch induzierten Schwankungen bei der Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Technologie vor (wenn auch nicht in diesem Ausmaß); doch selbst da, wo die Budgets mehr oder weniger konstant steigende Zahlen aufweisen, bleibt der Effekt gering, weil die Basisbeträge so niedrig sind. Was prozentual gelegentlich als respektables Wachstum erscheint, ist absolut gesehen – und im internationalen Vergleich – noch immer gering.

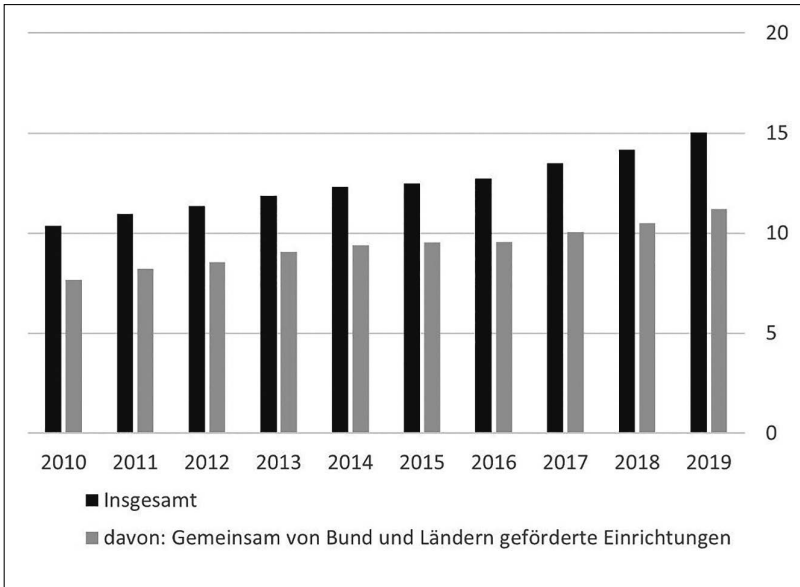


Abb. 3: Ausgaben für Forschung und Entwicklung von außeruniversitären Einrichtungen in Deutschland, 2010-2019 (in Mrd. Euro). Quelle: Statistisches Bundesamt 2021 (Abrufdatum: 17.03.2023).

So beliefen sich die Ausgaben der rund 1000 in die Statistik in Abbildung 3 einbezogenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland (darunter die Helmholtz-Zentren, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft) im Jahr 2019 gerade einmal auf 15 Milliarden Euro; in den USA standen allein der NASA (trotz aller Budgetkürzungen in den letzten Jahrzehnten!) im selben Zeitraum 21,5 Mrd. Dollar (19,5 Milliarden Euro) zur Verfügung.

Bei den Universitäten sind die Unterschiede besonders gravierend: Im Vergleich zu den Budgets (und den akademischen Erfolgen) amerikanischer Spitzenuniversitäten (Harvard, Yale, Princeton, Stanford etc.), aber auch europäischer Einrichtungen (Oxford, Cambridge, ETH Zürich etc.) sind deutsche Hochschulen hoffnungslos unterfinanziert und rangieren in internationalen Rankings regelmäßig „unter ferner liefen“: Von den 109,5 Milliarden Euro der hiesigen Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2019 entfielen 69 % auf den Wirtschaftssektor und nur 19,0 Milliarden (17,3 %) auf die Hochschulen (vgl. Statistisches Bundesamt 2021) (allein der Etat der Harvard University lag im Haushaltsjahr 2019/20 bei 5,4 Mrd. Dollar, und das Stiftungsvermögen bei ca. 40 Mrd. Dollar (vgl. Harvard University 2020, 7-8)). Zwar gab es in Deutschland gelegentlich

punktueller Zuwächse (nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten, man denke etwa an die Exzellenzinitiativen oder Söders Raumfahrtprogramm „Bavaria One“), doch die gewonnene Dynamik ging danach oft schnell wieder verloren.

Ohne dies hier im Detail weiter erörtern zu können, ist an die schon häufiger diskutierte stärkere Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung der Universitäten zu erinnern, etwa in Form eines Sockelbetrages, den die Länder aufstocken, wobei für beides jährliche Wachstumsraten festzulegen wären, unabhängig von kurzfristigen politischen Kalkülen, also etwa durch Änderung der Bundes- und Länderverfassungen. Die Zielgröße der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollte *zunächst* 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein und damit deutlich über dem von der Europäischen Union (EU, „Strategie Europa 2020“) festgelegten Anteil von mindestens 3 % am jeweiligen BIP eines Mitgliedsstaates liegen. In Deutschland wird diese (angesichts der zahlreichen vor uns liegenden Herausforderungen und Existenzrisiken viel zu niedrige!) Marke der EU schon seit 2019 erreicht (vgl. GWK 2021, 19).

Fazit: Die Universitäten müssen, politisch betrachtet, als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ agieren und für ihre Budgets und ihre Sache, die wissenschaftliche Zukunftsgestaltung und Zukunftssicherung, in den entsprechenden politischen Arenen werben. Sie müssen die Ängste der Menschen aufgreifen und deutlich machen, dass die Zukunft nicht nur des Industriestandortes Deutschland, sondern die *Sicherheit* und Prosperität der gesamten Welt an Wissenschaft, Forschung und Technologie hängen. Politik und Wirtschaft denken kurzfristig. Die Gestaltung der Zukunft braucht eine langfristige Orientierung. Diese kann nur von den Wissenschaftseinrichtungen ausgehen.

3 Die Demokratie als wissensbasierte Regimeform und die Aufgaben der Universität

In der Politik feiern gegenwärtig Lügen, Falsch- und Desinformationen, sogenannte „Fake News“, fröhliche Urständ. Das zersetzt nicht nur das Fundament der Demokratie, sondern öffnet auch der Beliebigkeit Tür und Tor. Die Universitäten müssen hier stärker als „Hüter der Wahrheit“ auftreten und sich als Korrektiv zu Wort melden (gegenüber den „Corona-Leugnern“, den Verschwörungsideologen, der esoterischen Pseudo-Wissenschaft etc.). Das heißt: Sie müssen ihren Platz im öffentlichen Diskurs einnehmen und Falschbehauptungen, Lügen und Desinformationen als solche entlarven.

Wenn die Wahrheit von Politiker:innen oder „Interessierten“ zur Disposition gestellt wird, um politischen Einfluss zu gewinnen oder an die Macht zu kommen, darf die Universität nicht schweigen, denn gesichertes Wissen und wie es erreicht werden kann, ist ihr ureigenes Metier. Sie muss Orientierung geben in „postfaktischen Zeiten“ und dem Missbrauch der Wissenssysteme in der Politik,

in Social Media und Internetforen entgegenzutreten. Nicht nur durch einzelne ihrer Wissenschaftler:innen, sondern als Institution. Dafür bedarf es natürlich der transparenten Verfahren, wer mit welcher Autorität wann in ihrem Namen spricht. Das Dilemma, das hier zu bestehen scheint, ist kein wirkliches: Zwar braucht die Suche nach Wahrheit auch den Widerspruch, den Zweifel, die kühne Idee, bisweilen das Schwimmen gegen den Strom. Wahrheit und Zweifel gehören zusammen. Der Zweifel ist der Wahrheit quasi inhärent. Doch nur wenn der Zweifel Methode hat, die Kritik um der gemeinsamen Wahrheitssuche willen erfolgt, sind sie berechtigt.

Seit Thomas S. Kuhn wissen wir, dass „normale Wissenschaft“ eine soziale, eine kooperative Angelegenheit ist (Kuhn 1981). Auf dieser Basis lässt sich ein Konsens zum (aktuellen) Stand der Erkenntnis gewinnen. Wissenschaftler:innen tun dies beständig, etwa als Herausgeber:innen wissenschaftlicher Zeitschriften bei der Qualitätsprüfung von Aufsatz-Angeboten, bei DFG-Anträgen mit der qualitativen Bewertung des „Stands der Forschung“, der Überprüfung der Replizierbarkeit von Daten, beim Prüfen von Plagiatsvorwürfen etc.

Die mit einem Missbrauch der Wahrheit verbundenen Sanktionen müssten breiter angewendet werden: wer plagiiert oder Daten fälscht, muss ja schon heute mit Sanktionen seiner Alma Mater rechnen, bis hin zur Aberkennung akademischer Grade. Warum nicht das wissentliche Verbreiten falscher Behauptungen oder Informationen behandeln wie Plagiate, als Verstoß gegen das Ethos der Wissenschaft? Als minderschwere Ahndung (neben dem Titellentzug als *Ultima Ratio*), könnte man die öffentliche *Rüge* durch Universitäten einführen, um dem die Demokratie zersetzenden Einfluss der „Fake News“, Lügen und Desinformationen auf die öffentliche Meinungsbildung wirkmächtig entgegenzutreten.

Die „wehrhafte Demokratie“, die unsere Verfassung konstituiert, schützt uns vor einem Missbrauch der Freiheitsrechte, indem sie Extremisten Grenzen setzt. In diesem Sinne brauchen wir flankierend auch eine „wehrhafte Wissenschaft“.

4 Die Zukunft der Universität: regional, national, europäisch und global vernetzt

Wissenschaft und Forschung sind globale Angelegenheiten. Wir benötigen entsprechend mehr internationales Personal an den hiesigen Universitäten. Dies setzt entsprechende Recruiting-Initiativen und verbesserte Onboarding-Prozesse voraus. Englischsprachige Lehrveranstaltungen, englischsprachiges Personal in den Fakultäten (bzw. den Fachbereichen, Departments, Instituten etc.) und den Universitätsverwaltungen müssen eine Selbstverständlichkeit werden.

Über die globale Ebene braucht man nicht lange zu sprechen: Wir bewegen uns ja schon seit geraumer Zeit in die Richtung einer vollständig digitalen Weltuniversität, mit internationalen Online-Tagungen, Videokonferenzen, Vortrags- und

Lehrveranstaltungen. Studierende werden zunehmend in zwei Sphären leben: auf der einen Seite in einer internationalen digitalen Welt; auf der anderen Seite in einer analogen lokalen Welt mit kleinen Kursen, Face-to-Face-Unterricht, gemeinsamer Reflexion und praktischer Arbeit mit Dozent:innen und Kommiliton:innen vor Ort. Entsprechend werden sie zwei Sprachen sprechen: Englisch als Lingua Franca der digitalen Welt, und Deutsch als der primären Verkehrssprache ihrer lokalen Universität.

In der globalen „digitalen Weltuniversität“ werden zukünftig Einführungskurse für bestimmte Studieninhalte von wenigen Spitzenwissenschaftler:innen über ZOOM oder per Video als MOOC („massive open online course“) (vgl. Weingartner 2015) angeboten werden, was die Professor:innen anderer Universitäten von dieser oft leidigen Aufgabe befreit und mehr Zeit für die Forschung geben wird. Studierende in Köln, Regensburg oder Berlin buchen dann in Harvard, Oxford oder Shanghai Vorlesungen zur Mikroökonomie, Biochemie I, Analysis oder „Einführung in die künstliche Intelligenz“. Örtliche Dozent:innen ergänzen um individuelle Schwerpunkte und stehen für Fragen, Übungen und Betreuung zur Verfügung (vgl. Riederle 2019). Man verbringt entsprechend nicht mehr nur ein Auslandssemester in Madrid, sondern belegt innerhalb eines Semesters Kurse in Madrid, London und Mumbai. Die Zukunft gehört dem themen- und projektzentrierten, weniger dem lehrerzentrierten Lernen. Dafür suchen sich die Studierenden ihre Lehrveranstaltungen aus einem globalen Angebot zusammen – wobei die örtlichen Universitäten, an denen die Studierenden weiter eingeschrieben sind, die Auswahl vorstrukturieren werden.

Die globale Ausrichtung von Forschung und Lehre ist notwendig. Sie braucht das Englische. Aber auf der globalen Ebene werden keine Haushalte entschieden, Entwicklungsstrategien geplant oder Forschungsbudgets vergeben. Deshalb muss die Universität gleichzeitig eine lokale und regionale Institution sein. Auf diesen Ebenen muss die Universität die Bürger:innen und Politiker:innen von ihrer Sache überzeugen. Hier hat sie eine Bringschuld: Sie muss deutlich machen, welche existenziellen Probleme die Wissenschaft lösen kann, was ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung ist und wie sehr sie zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben gebraucht wird. Sie muss deshalb sehr viel stärker auf die Menschen in ihrer Region und ihrem Bundesland zugehen und zeigen, was sie zu leisten imstande ist.

Wissenschaft und Politik, Universität und Bürger müssen, zum wechselseitigen Vorteil, in eine engere Verbindung treten, damit nicht Fantasie bleibt, was der Astrophysiker und Wissenschaftsjournalist Harald Lesch von der Universität im utopischen Land „Phantasien“ erträumt:

„[D]a sich die Universität in Phantasien als eine Bildungsinstitution versteht, kümmerst sie sich natürlich auch darum, wie ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit kommuniziert und verstanden werden. Alle sind eingeladen, an großen Vorlesungen

über den neuesten Stand der Dinge teilzunehmen und so zu erfahren, was wir wissen und was wir noch nicht wissen. Meinungen und Positionen der Nicht-Studierenden werden eingeholt, die Fenster und Türen der Universität in Phantasien stehen offen. Fragen an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gesellschaft sind oft Anlass für neue Forschungsprojekte, auf deren Antworten alle warten. [...] In Phantasien hat man den Wert des ungestörten Forschens längst erkannt. Vor langer Zeit hat der Wettbewerb um ausreichende finanzielle Mittel aufgehört, die Gesellschaft sorgt dafür, dass genügend für alle da ist. Damit kauft sich Phantasien die Zeit, die oft nötig ist, um Probleme wirklich zu verstehen und damit die richtigen Entscheidungen zu treffen“ (Lesch 2022).

Weil die Universität in Phantasien auf vielfältigere Weise mit den Bürger:innen kommuniziert als dies bei uns heute der Fall ist, trägt sie zur Entfaltung einer strikt wissensbasierten Demokratie bei, die sich durch qualitative politische Diskurse, bessere Entscheidungen, einsichtsfähigere und anspruchsvollere Bewohner und eine höhere politische Bildung auszeichnet. „Damit liefert die Universität in Phantasien einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zu einem gedeihlichen Miteinander“ (Lesch 2022).

5 Ausblick

Kommen wir zum Schluss. Eine *politische Rolle für die Universität heute* bedeutet, so haben die Ausführungen deutlich machen wollen: Unsere Universitäten müssen öffentlich sichtbar werden, im internationalen wie im lokalen Raum (als „glokale Institutionen“). Sie müssen ihre Problemlösungskompetenz stärker ins allgemeine Bewusstsein rücken; in politischen Diskussionen als „Hüter der Wahrheit“ agieren und bewussten Falschmeldungen, Lügen und Desinformationskampagnen entgegentreten; und sie müssen als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ jene Budgets und Freiheitsgrade einfordern, die nötig sind, um die *langfristigen* Überlebens- und Entwicklungsfähigkeiten unseres Landes sicherstellen zu können, die nicht allein der primär an kurzfristigen Erfolgen orientierten Politik und Wirtschaft überlassen werden dürfen.

Die Zukunft ist ein offener Gestaltungsraum, in dem sich unser Schicksal entscheidet. Nicht nur, weil die internationale Konkurrenz (etwa aus China und Russland) wächst, die in vielen Fällen mit Vorstellungen verbunden ist, die unseren europäisch-westlichen Werten widersprechen. Sondern auch, weil wir existenziell herausgefordert werden durch Krisen und Gefahren, die manchen als abstrakt und unwahrscheinlich erscheinen, die aber real und drohend genug sind, um auf sie zu reagieren. Hierzu bedarf es nicht zuletzt der vitalen, freien und gut ausgestatteten Universität, um für alle kommenden Fälle besser gerüstet zu sein.

Literatur

- Brocker, M. (2020): Flucht von der Erde. Kann man die Menschheit evakuieren? In: H. Matern & G. Pfeleiderer (Hrsg.): *Krise der Zukunft I: Apokalyptische Diskurse in interdisziplinärer Diskussion*. Baden-Baden: Nomos, 303-367.
- Emmott, S. (2013): *Zehn Milliarden*. Berlin: Suhrkamp.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) (2021): *Materialien der GWK, Heft 77: Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Teilziel der Strategie Europa 2020. Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE an die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern*. Bonn: GWK. Online unter: https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Sachstandsbericht_2021_Homepage.pdf (Abrufdatum: 09.03.2022).
- Google Books Ngram Viewer (o. J.): Begriffsuche: Angst, Zukunft, Wissenschaft, Forschung, Technologie. Online unter: https://books.google.com/ngrams/graph?content=Angst%2CZukunft%2CWissenschaft%2CForschung%2CTechnologie&year_start=1920&year_end=2019&corpus=31&smoothing=1 (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Hanslmeier, A. (2011): *Kosmische Katastrophen. Weltuntergänge? Was sagt die Wissenschaft dazu?* Graz: Vehling.
- Harvard University (2020): *Financial Report Fiscal Year 2020*. Online unter: https://finance.harvard.edu/files/fad/files/fy20_harvard_financial_report.pdf (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Helfand, I. (2013): *Nuclear Famine: Two Billion People at Risk? Global Impacts of Limited Nuclear War on Agriculture, Food Supplies, and Human Nutrition*. Online unter: www.psr.org/wp-content/uploads/2018/04/two-billion-at-risk.pdf (Abrufdatum: 01.03.2022).
- IPCC (2022): *Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability*. Online unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/> (Abrufdatum: 01.03.2022).
- Kuhn, Th. S. (1981): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Lesch, H. (2022): Ich habe einen Traum – Universität in Phantasien. In: *Forschung & Lehre* 2, 89.
- Leslie, J. (1996): *The End of the World. The Science and Ethics of Human Extinction*. London: Routledge.
- Matern, H. & Pfeleiderer, G. (Hrsg.) (2020): *Krise der Zukunft I: Apokalyptische Diskurse in interdisziplinärer Diskussion*. Baden-Baden: Nomos.
- Oeser, E. (2011): *Katastrophen. Triebkraft der Evolution*. Darmstadt: WBG.
- Pfeleiderer, G. & Matern, H. & Köhrsen, J. (Hrsg.) (2018): *Krise der Zukunft II: Verantwortung und Freiheit angesichts apokalyptischer Szenarien*. Baden-Baden: Nomos.
- Riederle, P. (2019): *Universität für die Zukunft*. Online unter: <https://www.philippriederle.de/blog/universitaet-zukunft/> (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Robert Bosch Stiftung (2021): *Hohes Vertrauen in die Wissenschaft, Skepsis gegenüber der Politik*. Online unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/hohes-vertrauen-die-wissenschaft-skepsis-gegenueber-der-politik#:~:text=Das%20Vertrauen%20der%20Deutschen%20in,73%20Prozent%2C%2066%20Prozent> (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Schnurr, J. & Mäder, A. (Hrsg.) (2020): *Wissenschaft und Gesellschaft: Ein vertrauensvoller Dialog. Positionen und Perspektiven der Wissenschaftskommunikation heute*. Berlin: Springer.
- Späth, L. (2000): *Die Universität und ihre Rolle für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. In: Heinz Kunle & Stefan Fuchs (Hrsg.): *Die Technische Universität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift zum 175jährigen Jubiläum der Universität Karlsruhe (TH)*. Berlin: Springer, 407-411.
- Statistisches Bundesamt (2021): *Pressemitteilung Nr. 079 vom 23. Februar 2021*. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21_079_217.html#:~:text=WIESBADEN%20-%20Im%20Jahr%202019%20wurden,damit%20bei%203%2C2%20%25 (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Steele, D. (2001): *Zielscheibe Erde. Wie Asteroiden und Kometen unseren Planeten bedrohen*. Stuttgart: Kosmos.

- Weingartner, M. (2015): Die Uni der Zukunft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2015. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/campus/hochschule-4-0-die-uni-der-zukunft-13947312-p2.html> (Abrufdatum: 17.03.2022).
- Wikipedia (o. J.): Budget of NASA. Online unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Budget_of_NASA (Abrufdatum 17.03.2022).

Autorenangaben

Manfred Brocker, Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; Vizepräsident für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs (2011-2014)
email: manfred.brocker@ku.de

Alexander von Gernler

Ambivalenzen von Informatik und Digitalisierung

Die Universität als Institution ist von der Digitalisierung in mehrfacher Hinsicht betroffen: Erstens wird ihre Rolle als Vermittlerin von Wissen und Fähigkeiten herausgefordert. Zweitens steht die Frage an, ob sich durch die Änderung der äußeren Bedingungen auch an den vermittelten Inhalten etwas ändern sollte – oder gerade nicht. Und drittens wurde vor allem durch die Covid-Pandemie auch das didaktische und technisch-organisatorische Vorgehen der Universität kurzerhand auf den Kopf gestellt. Ob es nun um die Rolle, den inhaltlichen Wandel oder die Vermittlung geht: Bei der Digitalisierung nimmt die Informatik einen ganz zentralen Platz ein. Es ist dasjenige Fach, das ich selbst mit so großer Neugier studiert habe und immer noch sehr gerne ausübe.

In diesem Beitrag möchte ich deshalb aus der Sicht des Praktikers und des Informatiktreibenden einen Zuruf an die Institution Universität wagen. Was meine ich, wenn ich die Digitalisierung wie im Titel als ambivalent bezeichne? Aus meiner Sicht hat der stattfindende Wandel Auswirkungen auf die Ausrichtung des Fachs und damit auf die Notwendigkeit von Interdisziplinarität, auf die Deutungshoheit der Universität als Institution, auf die Wichtigkeit der Vermittlung des Fachs hin zur Gesellschaft, und auf die Verantwortung, ethische Fragestellungen zu bearbeiten.

1 Digitalisierung – Definition

Zunächst eine Definition: Unter Digitalisierung verstehe ich im Folgenden die fortschreitende Ausbreitung verschiedener Arten digitaler Technik sowie deren zunehmende Durchdringung aller Aspekte gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens, verbunden mit einer zunehmenden digitalen Repräsentation von analogen Vorgängen in der realen Welt sowie der Auswertung und Verwendung der dadurch anfallenden Daten (vgl. Schmiedchen et al. 2021, Kapitel 2.2.1). Möglich wird die Digitalisierung bekanntermaßen durch die breit verfügbaren und verhältnismäßig günstigen Mittel der Informationstechnologie (IT).

Dieser Aufwand wird nicht als Selbstzweck getrieben. Vor allem in der freien Wirtschaft ist Digitalisierung die Folge permanenter Optimierungsbestrebungen: Je transparenter einer Organisation ihre Prozesse, Lagerbestände, Aufträge, Kun-

denbeziehungen und viele weitere derartige Kenngrößen sind, desto effizientere Abläufe kann sie einplanen, und desto informiertere strategische Entscheidungen kann sie folglich treffen.¹ Auch manche neuen Geschäftsmodelle werden durch die Digitalisierung überhaupt erst ermöglicht. Hierbei steht die digitalisierende Organisation selbstverständlich im Wettbewerb mit anderen Organisationen, die ihrerseits die genannten Vorteile ebenfalls zu heben versuchen.

2 Digitalisierung in allen Lebensbereichen

Die in der Wirtschaft stark voranschreitende Digitalisierung strahlt in der Folge auf alle anderen Lebensbereiche aus. Dem Zeitgeist entsprechend, der auch ein zunehmendes Optimieren des Selbst empfiehlt und Messungen anbietet – zur Erlangung vermeintlich effizienteren Schlafverhaltens, ausreichender täglicher Schrittzahlen, angeblich vernünftigen Essverhaltens und vielem mehr – werden die digitalen Fortschritte auch im persönlichen Bereich von vielen Menschen begierig angenommen. Im privaten Bereich liegt dem Einsatz digitaler Technik ebenso eine unmittelbare, meist recht utilitaristische Nützlichkeitsabwägung zu Grunde: Welche Kosten entstehen mir, und welche konkreten oder abstrakten Vorteile kann ich als Person dagegen daraus ziehen? Hier spielt nicht nur die Fähigkeit zur effizienteren Erledigung von Aufgaben eine Rolle, sondern auch soziale Grundbedürfnisse wie beispielsweise die Möglichkeit, sich seiner Umgebung als moderner Mensch zu präsentieren, oder durch die Anzahl der eigenen Follower auf sozialen Netzen wahlweise den Eindruck zu gewinnen oder ihn wenigstens anderen zu vermitteln, geliebt zu werden.

Doch im Vergleich zu anderen bisherigen technologischen Revolutionen wie dem Buchdruck, der Dampfmaschine oder dem elektrischen Strom, besitzt die Digitalisierung eine neue Qualität: Sie setzt auf eine bereits globalisierte Wirtschaftsordnung auf, und vollzieht bzw. vollzog sich in phänomenaler Geschwindigkeit und über den gesamten Globus hinweg. In meinem Vortrag für die Uni Passau habe ich die Verbreitung von Smartphones als Beispiel gewählt: Wo noch auf etwas früheren Aufnahmen der 2000er Jahre die Menschen bei Konzerten Feuerzeuge in die Luft hielten, so wurden diese Eindrücke bereits wenige Jahre danach abgelöst durch Bilder von Menschen, die Smartphones in die Luft hielten. Diese Entwicklung war relativ unabhängig von dem Ort auf der Welt zu beobachten, an dem Konzerte oder Veranstaltungen stattfanden. Keine andere Revolution der Welt hat in einer so kurzen Zeitspanne von nur wenigen Jahren das Leben so vieler Menschen global geändert.

1 Aus meiner Sicht ist es kein Zufall, dass die zugrundeliegende Idee des *Erkenne Dich selbst* hier auftaucht, wie schon so oft in der Zeitgeschichte, bis hin zu Sunzi, der bereits 500 v. Chr. in der *Kunst des Krieges* postulierte, dass ein Sieg über den Feind vor allem durch eine profunde Kenntnis seiner selbst ermöglicht wird, sowie – natürlich – durch die Kenntnis über den Feind.

Was ist nun durch die Covid-Pandemie 2020/2021 passiert? Die bereits zuvor angestoßene Digitalisierung hat einen Turboschub erlebt, bei dem bisherige Bedenken selbst in der eher als technologiekritisch bekannten deutschen Bevölkerung sehr pragmatisch hintenangestellt oder gleich komplett über Bord geworfen wurden. Entscheidend war es ja, im Zeichen der Krise das bisherige Leben, Lernen und Arbeiten mittels eines möglichst guten Substituts für persönlichen Kontakt irgendwie durch die Pandemiezeit zu retten. Eine gesellschaftliche Debatte, wie sie in anderen Fällen vergleichbarer Tragweite geführt worden wäre, ist jedenfalls prinzipbedingt ausgeblieben, weil innerhalb der Krisensituation dafür der Diskursraum gefehlt hat. Je länger nun aber der Zustand der digitalen Aufrüstung anhält, desto normaler wurde er, und desto akzeptierter wurde damit auch das Provisorium. Da man gegen die Normalität schlecht protestieren kann, wird es eine sehr spannende Frage sein, ob nach dem Überwinden der Pandemie (wenn es für diesen Zeitpunkt überhaupt eine so eindeutige Zäsur gibt wie für den Beginn der Pandemie) noch eine explizite Bestandsaufnahme angestoßen wird in Bezug auf die Maßnahmen und Provisorien, die wir installiert haben. Selbst wenn sie passiert, bezweifle ich, dass die Bestandsaufnahme mit dem gleichen kritischen Blick durchgeführt wird wie zuvor.

3 Technikfolgenabschätzung

Es ist nicht so, dass die Informatik durch ihr relativ junges Alter über die ganze Zeit komplett kritikfrei und rein technikorientiert ohne Mahner und Warner vorangeschritten wäre: In den USA, einem Land mit wichtigen Entwicklungen für das Fach, gab es kritische Stimmen, wie etwa die von Joseph Weizenbaum, oder als Institution die Electronic Frontier Foundation (EFF). Und im deutschsprachigen Raum gibt es, nicht zuletzt durch den Chaos Computer Club e.V. (CCC), eine starke Gemeinde der praktischen Technikfolgenabschätzung und kritischen Betrachtung der Anwendung von Informatik in der Gesellschaft. Auch Expertinnen und Experten aus der GI werden regelmäßig zu aktuellen Themen wie beispielsweise gravierenden IT-Sicherheitslücken oder auch Trends wie der Künstlichen Intelligenz befragt.

Nun ist uns die digitale Revolution nicht einfach so zugestoßen, sondern sie wurde auf der Mikroebene von Menschen implementiert und durchgeführt. Auf der Makroebene könnte man sich die Frage stellen, ob hier überhaupt noch menschlicher Wille in Form eines Masterplans am Werk war, oder im Sinne Norbert Wieners menschliche Organisationsformen wie beispielsweise die Technikkonzerne, als Maschine – oder aus heutiger Sicht als so genannte „*künstliche künstliche Intelligenz*“ – gewirkt haben und als Teilnehmer der Marktwirtschaft einfach ihr Wirken auf die vorgefundenen Rahmenbedingungen hin optimiert haben (vgl. Wiener 1948). Ein signifikanter Teil der daran beteiligten Menschen war

von der ausgeübten Profession her Informatiker. Diese wiederum sind Teil der Gesellschaft. Eine Flucht in die Passivität wäre daher nur eine allzu leichte Ausrede: Wir sind folglich theoretisch in der Lage, die Digitalisierung als Gesellschaft aktiv zu gestalten. Dies setzt aber zum einen den funktionierenden Dialog zwischen den Informatiktreibenden und dem Rest der Gesellschaft voraus, und zum anderen ein Bewusstsein für die Bewertung des eigenen Handelns nach ethischen Maßstäben.

4 Ethische Fragestellungen

Obwohl innerhalb der Gemeinschaft der Informatiktreibenden bereits in Teilen ein Bewusstsein für ethische Fragestellungen existiert, ist dieses sicher noch ausbaubar. Außerdem wird die Debatte mit der Gesellschaft noch nicht in der nötigen Intensität geführt, so dass oft das technikfaszierte Denken überwiegt, und das eigentlich wünschenswerte Primat der Gesellschaft, also die Frage, wie wir leben wollen, noch zu selten vorherrscht. Keine der mitwirkenden Personen, egal wie klein ihr Beitrag zum Gesamtkunstwerk Digitalisierung auch sein mag, kann sich von individueller Verantwortung freisprechen. Die Fähigkeit zur Verantwortung erwächst zwar im Endeffekt aus den handelnden Personen selbst. Sie zu begünstigen und zu fördern ist aber eine Verantwortung, der sich die Universität als Institution unbedingt stellen sollte. Sie ist aus meiner Sicht eine sehr wichtige Aufgabe neben der Tradierung einer Lehre, der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten: Ich sehe sie als elementaren Teil der Ausbildung von Persönlichkeiten, die an Universitäten stattfindet.

Ethische Maßstäbe können in diesem Sinne nicht statisch vorgegeben werden, sondern müssen von den einzelnen Handelnden immer wieder aufs Neue erarbeitet und angepasst werden. Ein Versuch, hierfür Anstöße zum eigenen Nachdenken bereit zu stellen, ohne unflexible Regeln vorzuschreiben, sind die ethischen Leitlinien der GI, die es seit 2021 auch in verallgemeinerter Form gibt. Dies ermöglicht die Nutzung auch weit über die Grenzen der Fachgesellschaft hinaus – etwa um sie Absolvierenden bei der Urkundenverleihung mit auf den Weg zu geben. Eine derartige Anregung wurde zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes auch vom Fakultätentag Informatik aufgegriffen und wird derzeit interessiert diskutiert.

Verstehe sich die Universität lediglich als reine Institution der Wissensvermittlung, so würde sie dem Anspruch des gesellschaftlichen Diskurses nicht gerecht, und wäre zudem gerade in der Pandemie leicht ersetzbar durch ein zentrales Angebot der weltbesten Vorlesungen in den jeweiligen Fächern. Sie kann und darf aber nicht auf diese Rolle reduziert werden: Zu wichtig ist das Lehrgespräch, das gemeinsame Erarbeiten, Verstehen und Diskutieren von Themen und ihre Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext – nicht nur in diskursreichen Fächern wie den Sozialwissenschaften, sondern auch und gerade in den Natur- und Ingenieurs-

wissenschaften. Hier geht es dann weniger um Denkschulen, dafür aber um die wichtige Frage, was die Ausübung der eigenen Kunst mit der Gesellschaft macht.

5 Historische Entwicklung universitärer Fächern

Welche Bedeutung haben die einzelnen Künste nun über die Zeit entwickelt, und was gilt für die Informatik im heutigen Kontext? Begonnen hat die Universität ja vor langer Zeit mit wenigen Fächern wie etwa Medizin, Juristerei und Theologie. Nach und nach erweiterte sich aber das Spektrum, und die Universität brachte – hervorgerufen durch den jeweiligen historischen Kontext, den zeitgenössischen gesellschaftlichen Bedarf und den jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis – jeweils neue Fächer hervor. Zu jeder Epoche in der Geschichte gab es vermutlich ein Fach, das die reale Welt durch seinen direkten Bezug zu ihr wohl am meisten und gravierendsten verändert hat. Zwei Beispiele:

Die Physik hatte durch die Kernspaltung und ihre Anwendung in Form der Atombombe gravierende Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die Möglichkeit, aus wissenschaftlicher Erkenntnis eine solch verheerende Waffe zu erschaffen, hat nicht nur in der damaligen Zeitgeschichte erheblichen Niederschlag gefunden: In den USA wurde dies sichtbar anhand des Prozesses um J. Robert Oppenheimer, in Deutschland durch die Gruppe der *Göttinger Achtzehn*, unter ihnen auch Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker. Auch in der Literatur wurde das Thema reflektiert – am prominentesten in *Die Physiker* (vgl. Dürrenmatt 1980).

Die Wirtschaftswissenschaften und ihre Anwendung – oder gar Pervertierung – machten zuletzt in der Immobilien-, Finanz- und Schuldenkrise 2008/2009 von sich reden. Diese Krise zeigt bis zum heutigen Zeitpunkt Auswirkungen, etwa in der Nullzinspolitik der Notenbanken.

Es scheint anhand dieser Beispiele nicht schwer zu deuten, dass derzeit eine noch sehr junge Kunst namens Informatik die Welt gehörig durcheinanderbringt. Es ist wichtig zu beachten, dass etwa die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI), die größte deutschsprachige Vereinigung für das Fach, beispielsweise erst im Jahr 1969 gegründet wurde. Im Vergleich zu dem Alter, welches Physik oder Wirtschaftswissenschaften zum Zeitpunkt der oben genannten Ereignisse schon auf dem Buckel hatten, ist das erkenntnistheoretisch ein verhältnismäßig sehr kurzer Zeitraum. Der Fairness halber muss aber dazu gesagt werden, dass wichtige Vorarbeiten für die Herausbildung der Informatik als eigenes Fach bereits in anderen Fächern geleistet wurden, wie etwa in der Mathematik, der Nachrichtentechnik oder der Elektrotechnik. Im Gesamtbild liegt die Fragestellung nahe, ob eine ältere Wissenschaft auch robuster oder wenigstens bewährter im Hinblick auf gesellschaftliche Rezeption oder Passung ist oder nicht. Zumindest die Zeitspanne, in der die jeweilige Kunst dem gesellschaftlichen Diskurs ausgesetzt war, ist deutlich unter-

schiedlich. Es ist anzunehmen, dass gesellschaftliche Rezeption und Debatte auch eine Rückkopplung auf die Entwicklung des jeweiligen Faches zeitigen. Entscheidend ist aber auch das Selbstverständnis der Institution und ihres Studiengangs für das spätere Wirken der Absolventen: Bezeichnen wir einen Studiengang nun als *Astronomie* oder doch eher als *Wissenschaft von den Teleskopen*? Geht es uns nur um die Befähigung zur Benutzung von Werkzeugen, oder um das große Bild? Oder im Fall der Informatik: Nennen wir es *Computer Science*, oder doch lieber *Informatics*? Bildet die Universität hauptsächlich Arbeitskräfte für die Wirtschaft aus, oder arbeitet sie am Selbsterhalt und an der Weiterentwicklung der Kunst? Beides ist wichtig, denn nicht alle Studierenden werden am Ende ihrer Ausbildung eine akademische Laufbahn einschlagen. Gleichzeitig wäre ein reiner Fokus auf die Anwendung ebenso ungesund. Der richtige Weg liegt in der gesunden Mitte, und muss immer wieder neu austariert und verhandelt werden. Auch dies muss eine Aufgabe der Universität sein und bleiben – ein weiteres Beispiel für eine wichtige gesellschaftliche Funktion, die von einer reinen Vorlesungs-Mediatek nicht erfüllt werden könnte.

6 Öffentliche Vermittlung

Für die gesellschaftliche Rezeption eines Faches ist auch bedeutend, welche bemerkenswerten Persönlichkeiten für das Fach fungieren. So erinnert man sich in der Physik unter anderem an Richard Feynman oder Stephen Hawking, die beide neben ihrer originär wissenschaftlichen Beschäftigung auch signifikante Beiträge zur Vermittlung ihres Fachs an die breite Bevölkerung geleistet haben.

Meine persönliche zeitgenössische Beobachtung zur Vermittlung der eigenen Kunst ist, dass die Virologie zur Zeit der Covid-Pandemie gefühlt eine deutlich bessere öffentliche Vermittlung komplexer Phänomene aus ihrem Fachgebiet geleistet hat als im Vergleich dazu die Informatik während der Digitalisierung. Sicherlich ist der Vergleich nicht ganz gerecht, denn die Digitalisierung hat weder in direkter Weise massenhaft Menschenleben gefährdet, noch hat sie sich in nur wenigen Monaten entfaltet. Trotzdem fällt auf, dass die Virologie durch mehrere profilierte Schlüsselpersonen aus der Wissenschaft sehr präsent war, während man öffentlich ähnlich wirkmächtige Personen bei der Informatik zumeist nur unter den Rockstars der Silicon-Valley-Millionäre findet. Deren Botschaft beschränkt sich freilich viel zu oft lediglich auf das Bekanntmachen der eigenen Produkte, verbunden mit dem üblichen Technikoptimismus. Die kritische Reflektion gesellschaftlicher Entwicklungen schien jedoch, bis auf Einzelfiguren wie etwa Evgeny Morozov, keine durchgehende Stärke des Silicon Valley zu sein. Durch den so genannten *Teclash*, also die breite Missbilligung in der Bevölkerung gegenüber den Praktiken der großen Digitalkonzerne, könnte hier möglicherweise ein

Sinneswandel eintreten, der aber zumindest noch auf sich warten lässt. Für die Universität als Institution bietet sich auch hier die Chance, nicht nur die reine Ausbilderin und Wissensvermittlerin zu sein, sondern in Bezug auf ihr Fach eine Botschafterin in die Gesellschaft hinein zu sein, um die erwähnte gesellschaftliche Rezeption nicht alleine den anderen Diskursparteien zu überlassen, sondern auf seriöser fachlicher Grundlage realistische Erklärungen für beobachtete Phänomene anzubieten. Ich plädiere für prominenteren Figuren aus der wissenschaftlichen Informatik!

7 Datenbanken und Metriken

Wie bewertet jedoch die Universität sich und ihre eigenen Vertreter:innen, und damit ihren eigenen Erfolg? Ist sie sich des Einflusses bewusst, den Digitalisierung auf die Beurteilung akademischer Exzellenz hat? Die Digitalisierung hat zu großen Datenbanken an wissenschaftlicher Literatur geführt, die selbst wieder einen Korpus an Daten darstellen, der mit Methoden der Datenwissenschaften durchleuchtet werden kann. So entstanden auch Metriken, die eine angebliche Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeit von Personen ermöglichen sollen. Die vermeintliche Quantifizierbarkeit wissenschaftlicher Exzellenz durch aus Daten hergeleitete Metriken schaffen auch eine vermeintliche Vergleichbarkeit. Egal wie zweifelhaft solche Metriken sind: Allein ihre Existenz führt zu ihrer Anwendung, und ihre Anwendung führt zu einer Einstufung, die im wissenschaftlichen Betrieb als vermeintlich objektives Maß herangezogen wird. So ist der so genannte *h-Index* von Albert Einstein lediglich bei 41, und der von Stephen Hawking bei 75. Heutige Wissenschaftler erreichen in der gleichen Metrik Werte von 250 und mehr. Sind diese Wissenschaftler nun „besser“? Dass wir diese Frage überhaupt diskutieren – auch dies ist eine Folge der Digitalisierung im Universitätsbetrieb, weil sie die Erhebung der dafür relevanten Daten vereinfacht hat.

8 Konzerne und Datenzugang

Im Falle der Informatik hat in den letzten Jahren zumindest in einigen Bereichen des Fachs eine Verschiebung der Deutungshoheit weg von den Universitäten hin zu den Konzernen stattgefunden: Wurde früher der Algorithmus an sich erforscht, so ist gerade in den datenbasierten Gebieten der Informatik inzwischen der Algorithmus weithin bekannt, und die Deutungshoheit erwächst aus dem Besitz des richtigen Korpus an Daten. Ein solcher Korpus entsteht derzeit durch die Digitalisierung und das Modell des *Winner takes it all* der großen Plattformen bei den Konzernen, und nicht mehr an Universitäten. In der Folge sind Forschende auch der Gunst der Konzerne ausgeliefert, wenn es um den Zugang zu Daten geht.

Und so kann Forschung dann erlaubt und zugelassen werden, wenn sie den Zielen der Konzerne nicht zuwiderläuft, und in anderen Fällen, wie etwa jüngst der Plattform *AlgorithmWatch*, untersagt werden (“Nach Drohungen von Facebook: AlgorithmWatch Sieht Sich Gezwungen, Instagram-Forschungsprojekt Einzustellen” (AlgorithmWatch 2021)), weil sie den Konzernen unangenehme Fakten offenlegen würde.

9 (Innerfachliche) Interdisziplinarität

Ein weiterer Trend der Informatik hat auch auf die Digitalisierung und damit auch auf den Betrieb an der Universität einen wichtigen Einfluss: Nicht nur die Artefakte der Digitalisierung wie Hardware, Software oder Anwendungsplattformen wachsen enorm in ihrer Komplexität und können kaum mehr von einer einzelnen Person alleine verstanden werden. Auch die noch junge Wissenschaft Informatik selbst wächst in ihrer Komplexität und differenziert sich aus. Neue Aspekte des Fachs kommen hinzu, bilden sich heraus und erlangen Eigenständigkeit. Dieses Wachstum führt zu einer Abgrenzung innerhalb des ursprünglich einheitlichen Fachs und erfordert bereits hier den Willen zur innerfachlichen Interdisziplinarität. Die Kombination von Informatik mit anderen Wissenschaften wie etwa Medizin, Wirtschaft oder Biologie generiert zudem noch völlig neue Fächer, bei denen unter Fachleuten diskutiert wird, ob nun der Anteil der Informatik überwiegt, ob er lediglich ein Werkzeug zur Anwendung des jeweils anderen Faches ist, oder ob hier eine komplett neue eigene Wissenschaft entstanden ist. Uni-Informatik sollte sich sowohl vor diesem Hintergrund als auch im Gedanken an die zunehmende Deutungshoheit der Konzerne selbstbewusst als Wissenschaft mit einem Standpunkt begreifen lernen, bevor die zunehmende Auffächerung in eine Zerfaserung mündet.

Die Abgrenzung von Belangen in einer immer weiter wachsenden Wissenschaft kann aber auch zum Abschieben von Problemen im Sinne von „not my department“ führen, was dem oben erwähnten Verantwortungsbegriff und der Forderung nach einer fachlichen Ethik aber zuwider laufen würde: Für die Verwaltung eines Konglomerats von Werkzeugen und Methoden wäre diese Haltung vertretbar, nicht aber für die Erhaltung einer Wissenschaft, deren Anwendung gerade massiv die Gesellschaft transformiert und daher auch im großen Bild betrachtet werden muss. Diese Fähigkeit zur Diskussion der Gesamtsicht muss erhalten bleiben, und genau dies kann eben nicht durch das vorher provokativ postulierte Videoportal der besten Vorlesungen erreicht werden, sondern nur durch einen Diskurs, in dem offenbar vorliegende Widersprüche auch als Chance zum Lernen und zur Weiterentwicklung von Fach und Teilnehmenden begriffen werden. Der Ort, an dem dies geschehen kann, ist wiederum die Universität, die auch im Zeitalter der Digitalisierung damit keineswegs überflüssig geworden ist.

Danksagung

Ich möchte mich bei Sophia Grundner-Culemann bedanken, die mir als kritische Sparringspartnerin bei der prägnanten Herausarbeitung der genannten Thesen sehr geholfen hat.

Literatur

- AlgorithmWatch (2021): "Nach Drohungen von Facebook: AlgorithmWatch sieht sich sezwungen, Instagram-Forschungsprojekt sinzustellen." Online unter: <https://algorithmwatch.org/de/instagram-forschung-von-facebook-gestoppt/> (Abrufdatum: 05.11.2021).
- Dürrenmatt, F. (1980): Die Physiker. Zürich: Diogenes Verlag.
- Schmiedchen, F. & Kratzer, K. P. & Link, J. & Stapf-Finé H. (Hrsg.) (2021): Wie wir leben wollen: Kompendium zu Technikfolgen von Digitalisierung, Vernetzung und Künstlicher Intelligenz. Berlin: Logos Verlag.
- Wiener, N. (1948): Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine. Cambridge: MIT Press.

Autorenangaben

Alexander von Gernler, Dipl-Informatiker,
ehemaliger Vizepräsident, Gesellschaft für Informatik e.V.
email: alexander@gernler.de

Florian Töpfl

Wie wissenschaftsskeptische Gegenöffentlichkeiten neue Medien nutzen

Mit diesem Zwischenruf möchte ich eine von vielen möglichen Antworten auf die Frage geben, wie neue Medien wissenschaftsskeptische Einstellungen in der Bevölkerung verstärken können. Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass diese Problemstellung in ihrem Kern das Wechselspiel von technischem Fortschritt und sozialem Wandel betrifft. Die Frage, wie das Aufkommen neuer Mediengattungen wie Radio, Fernsehen oder Internet menschliches Zusammenleben verändert, wird in meiner Disziplin, der Kommunikationswissenschaft, seit Jahrzehnten in all ihren Facetten befohrt. Eine Vielzahl von Kolleg:innen haben nuancierte Antworten formuliert auf Forschungsfragen wie: Haben Facebook oder Twitter die Revolutionen des Arabischen Frühlings befördert oder vielleicht sogar mitverursacht? Machen soziale Netzwerke unsere Welt demokratischer? Wird unsere Gesellschaft durch neue Medien partizipativer, vielleicht sogar: gleicher?

1 Leveraging-Affordances Approach

Zu Fragen wie diesen ist mehr geschrieben worden als ich in diesem Kurzvortrag auch nur annähernd resümieren kann. Ich möchte Ihnen daher lediglich ein einziges, relativ einfaches – und dennoch weithin in Anschlag gebrachtes – Denkmodell vorstellen, das auch Sie nutzen können, um Fragen nach den Wechselwirkungen von Technik und sozialer Welt zu durchdenken. Dabei handelt es sich um den so genannten *Leveraging-Affordances Approach* (siehe etwa Earl & Kimport 2011). Dieser Ansatz geht davon aus, dass neue Technologien (also auch: neue Medien) stets neue Handlungsoptionen eröffnen, sogenannte *Affordances*. Neue technologische Artefakte führen also nicht für sich genommen zu sozialem Wandel, sondern sie machen schlichtweg gewisse Handlungen für uns leichter und andere schwieriger auszuführen. Erst wenn menschliche Akteure diese Handlungsoptionen tatsächlich nutzen (Englisch: *to leverage*), verändert sich unsere soziale Welt.

2 Kommentarbereiche als Kommunikationsraum

Erlauben Sie mir bitte, diesen Ansatz an einem lokalen Beispiel mit Themenbezug zu illustrieren. Sie sehen in Abbildung 1 einen Facebook-Post der *Passauer Neuen Presse* vom 12. März 2021. In dem verlinkten Artikel wird über eine illegale Geburtstagsparty berichtet, bei der es im Ort Wegscheid bei Passau zu sechzig Corona-Ansteckungen kam. Die Überschrift deutet die Wut der Bürger:innen darüber an, dass aufgrund der neu hinzugekommenen Infektionsfälle die Schulen im Landkreis für absehbare Zeit nicht geöffnet werden können. Was Sie im Bereich unter der Nachricht sehen, lässt sich als eine der neuen Handlungsoptionen begreifen, die ich eben angesprochen habe: ein Kommentarfeld. Über dieses neuartige medientechnische Artefakt haben Leser:innen die Möglichkeit, eine Nachricht zu verfassen, die in Sekundenschnelle direkt unter dem journalistischen Text erscheint. Andere Nutzer:innen haben die Möglichkeiten, auf den Kommentar zu antworten oder diesen über *Likes* sichtbar zu machen. Die sichtbarsten Kommentare werden von Tausenden Leser:innen der *Passauer Neuen Presse* wahrgenommen. Damit stellen Kommentarbereiche auf Profilen von Massenmedien einen ungemein reichweitenstarken Kommunikationsraum dar, der vor zwanzig Jahren in dieser Form nicht existierte. Vor zwanzig Jahren lasen Nutzer:innen ihre Zeitung im Druck. Wollten sie ihre Meinung äußern, eröffnete sich ihnen lediglich die Möglichkeit, per Post an die Redaktion Leserbriefe zu schicken – von denen jedoch nur sehr wenige tatsächlich veröffentlicht wurden.

Überlegen wir nun, welche Akteure diese neue Handlungsoptionen wohl bevorzugt nutzen. Werfen Sie einen Blick auf den ersten Kommentar, der in der Standardsortierung als relevantester angezeigt wird, weil er die meisten *Likes* erhielt. Hier schreibt Marcel H.: „Lieber mal Maßnahmen hinterfragen, als sich über ein paar Leute aufzuregen, die auf ein Bier zusammengesessen sind.“ Blättern wir nun weiter durch die Kommentare (die in Abbildung 1 nicht dargestellt sind), sticht auf den ersten Blick ins Auge, dass die überwiegende Mehrheit der Kommentatoren die Botschaft des Artikels kritisch beurteilen. Die große Mehrheit von ihnen ist mit der Corona-Politik der Regierung nicht einverstanden. Viele Kommentatoren fühlen sich von der Gesellschaft ausgegrenzt und stellen mit Nachdruck die Glaubwürdigkeit der zentralen Institutionen unserer Demokratie – und vornehmlich der Presse und der Wissenschaft – infrage.

3 Dominante Konsensstruktur

Wie sind diese Beobachtungen zu deuten? Wie sich im Anschluss an ähnlich gelagerte wissenschaftliche Studien (vgl. Toepfl & Piwoni 2015; 2018) argumentieren lässt, haben wir es hier mit einer Situation zu tun, die wir in der Kommunikationswissenschaft als eine „dominante Konsensstruktur“ der Öffentlichkeit

bezeichnen: Grundsätzlich hätten wohl alle führenden Medien in ganz Deutschland über diesen Vorfall zu dieser Zeit ähnlich berichtet. Kein reichenweitenstarkes regionales oder überregionales Medium hätte die Position von Marcel H. aufgegriffen und die Illegalität und moralische Fragwürdigkeit dieser groß angelegten Geburtstagsparty während des Corona-Lockdowns angezweifelt. Und nicht nur die führenden Massenmedien, auch die Mehrheit der Bevölkerung – wie Umfragen zeigten – beurteilten Vorkommnisse wie diese Party negativ. Der Artikel spiegelt also die dominante Konsensstruktur der deutschen Medien und der deutschen Gesellschaft zu dieser Zeit wieder. Und dennoch ist es so, dass Meinungen wie die von Marcel H. in dem Facebook-Kommentarbereich dominieren.

4 Gegenöffentlichkeiten in Kommentarbereichen

Warum ist dies der Fall? Die Antwort der Kommunikationswissenschaft ist, dass es sich bei Marcel H. und seinen Mitstreitern um eine Gegenöffentlichkeit handelt. Das Konzept der Gegenöffentlichkeit wurde in den 1990er Jahren zuerst in Anwendung auf feministische und ethnische Gegenöffentlichkeiten in den Vereinigten Staaten entwickelt. Bei Gegenöffentlichkeiten handelt es sich um Gruppen von Aktivisten, die sich durch ein Gefühl der gesellschaftlichen Ausgrenzung verbunden fühlen. Ihr Handeln zielt deshalb darauf, die Konsensstrukturen der öffentlichen Meinung aufzubrechen und nach ihren Vorstellungen neu zu gestalten. Dies beabsichtigen auch die Gegner der Corona-Politik. Und wie tun sie dies? Sie kommentieren in den Kommentarbereichen der Massenmedien. Dieser Kommunikationsraum ist außerordentlich sichtbar für die Mitglieder der dominanten Öffentlichkeit. Zudem können kritische Kommentare sogar über Likes nach oben gewählt werden – und werden hierdurch noch einflussreicher. Die Aktivisten der Gegenöffentlichkeit können so dazu beitragen, den gesellschaftlichen Konsens zu untergraben und letztlich aufzubrechen.

Im Gegensatz hierzu hat die Mehrheit der Bürger, die den Maßnahmen zustimmen und diese Party als illegal betrachten, relativ wenig Anreize zu kommentieren. Dies führt unweigerlich dazu, dass Gegenöffentlichkeiten stets Kommentarbereiche dominieren – auch in ähnlich gelagerten diskursiven Situationen, wie beispielsweise der Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Navalny, die von der deutschen Politik einstimmig verurteilt wurde. Ich selbst habe diese Dynamik vor etwa fünf Jahren zum ersten Mal mit Blick auf die Kommentarbereiche von Nachrichtenmedien in einer Studie mit einer Kollegin über pro-AfD-Gegenöffentlichkeiten nachgewiesen, die vor der Bundestagswahl die Kommentarbereiche der führenden deutschen Nachrichtenmedien dominierten (vgl. Toepfl & Piwoni 2015; 2018). Mittlerweile ist diese Dynamik in der Kommunikationswissenschaft für viele ähnlich gelagerte Fälle sehr gut belegt.

Nun mögen Sie einwenden: Warum beschäftigen wir uns mit einigen Facebook-Kommentaren? Diese werden ja wohl kaum gelesen. Oder doch? Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Kommentare unter journalistischen Artikeln sehr wohl gelesen werden. Und dass sie auf Leser:innen wirken. So weisen etwa zahlreiche Studien nach, dass Nutzerkommentare beeinflussen, wie Leser:innen politische Sachverhalte beurteilen (vgl. Lee u.a. 2021); wie sie die öffentliche Meinung wahrnehmen (vgl. Zerback & Töpfl 2021) und wie sehr sie Medien vertrauen und wie sie die ideologische Tendenz von Medien beurteilen (vgl. Kim & Hwang 2021).

PNP.DE

Wut nach "Corona-Party" bei Wegscheid: "Alle büßen jetzt dafür"
Aus einer privaten Feier in einem Dorf bei Wegscheid im Landkreis Passau sind circa 60 Coron...

375 366 Kommentare 92 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Relevanteste zuerst ▾

Kommentieren ...

Marcel H. [redacted]
Lieber mal die Maßnahmen hinterfragen anstatt sich über ein paar Leute aufzuregen die auf ein paar Bier zusammen gesessen sind! 😊

Gefällt mir · Antworten · 1 Wo.
„Relevanteste zuerst“ wurde ausgewählt. Einige Antworten wurden daher möglicherweise verschoben.

Abb. 1: Facebook-Post der Passauer Neuen Presse vom 12. März 2021.

5 Fazit

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass Kommentarbereiche eine neue Handlungsoption für Gegenöffentlichkeiten darstellen. Diese Handlungsoption wird auch von wissenschaftsskeptischen Gegenöffentlichkeiten intensiv genutzt, was wiederum zur Verstärkung von wissenschaftsskeptischen Einstellungen in der Bevölkerung beitragen kann. Und weil dem so ist, möchte ich diesen Zwischenruf mit einem Appell an Sie beschließen. Wenn Sie in Zukunft wissenschaftsskeptische Nutzerkommentare lesen, bemühen Sie sich bitte, diese Kommentare zumindest nicht als repräsentativ für die öffentliche Meinung wahrzunehmen. Das sind sie nämlich sicherlich nicht.

Literatur

- Earl, J. & Kimport, K. (2011): *Digitally Enabled Social Change: Activism in the Internet Age*. Cambridge: MIT Press.
- Kim, Y. & Hwang, H. (2019): When partisans see media coverage as hostile: The effect of uncivil online comments on hostile media effect. In: *Media Psychology* 22 (6), 845–866. <https://doi.org/10.1080/15213269.2018.1554492>
- Lee, E.-J., Jang, Y. J. & Chung, M. (2021): When and How User Comments Affect News Readers' Personal Opinion: Perceived Public Opinion and Perceived News Position as Mediators. In: *Digital Journalism* 9 (1), 42–63. <https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1837638>
- Naab, T. K. & Heinbach, D. & Ziegele, M. & Grasberger, M.-T. (2020): Comments and Credibility: How Critical User Comments Decrease Perceived News Article Credibility. In: *Journalism Studies* 21 (6), 783–801. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2020.1724181>
- Töpfl, F. & Piwoni, E. (2015): Public spheres in interaction: Comment sections of news websites as counterpublic spaces. In: *Journal of Communication* 65 (3), 465–488.
- Töpfl, F. & Piwoni, E. (2018): Targeting dominant publics: How counterpublic commenters align their efforts with mainstream news. In: *New Media & Society* 20 (5), 2011–2027.
- Zerback, T. & Töpfl, F. (2021): Forged Examples as Disinformation: The Biasing Effects of Political Astroturfing Comments on Public Opinion Perceptions and How to Prevent Them. In: *Political Psychology* n/a (n/a). <https://doi.org/10.1111/pops.12767>.

Autorenangaben

Florian Töpfl, Professor für Politische Kommunikation an der Universität Passau
email: florian.toepfl@uni-passau.de

VIII. Der besondere Platz der Universität Passau

Christian Thies

Abschied von Humboldt

Das deutsche Universitätswesen befindet sich in einer *tiefen Krise*. Zunächst einmal hat es den Anschluss an die Weltspitze verloren. Das gilt für wissenschaftliche Höchstleistungen, die mit Nobelpreisen oder anderen Ehrungen ausgezeichnet werden; es gilt, trotz aller Kritik an den internationalen Rankings, auch für die Qualität der einzelnen deutschen Universitäten. Dies könnte man verschmerzen, wenn wenigstens in der Breite gute Arbeit geleistet würde; dagegen sprechen aber die wenig überzeugende Ausbildung der Lehramtsstudierenden und das zu Recht immer wieder beklagte niedrige Niveau der geisteswissenschaftlichen Abschlüsse. Hinzu kommen die bekannten Plagiatsaffären, die wohl nur die Spitze eines Eisbergs bilden. In der Professorenschaft wird weiterhin über die zunehmende Bürokratisierung und Verrechtlichung geklagt, auch über den akademischen Kapitalismus. Am schlechtesten steht es jedoch, trotz mancher Reformversuche, um die universitäre Lehre (sehr treffend: Kaube 2017)

Als Antwort auf diese Krise wird in vielen Sonntagsreden der Humboldt'sche Geist beschworen. Aus meiner Sicht aber können wir uns nicht mehr an Humboldt orientieren, auch nicht an Jaspers. Es mag überraschen, dass diese Kritik an sehr bedeutenden Denkern gerade von einem Philosophieprofessor kommt, aber ich spreche hier nicht als Philosoph, sondern als Hochschullehrer, der in der Vorlesungszeit fast täglich mit den Studierenden kommuniziert, und zwar nicht in großen Vorlesungen, sondern in kleinen Seminaren. Was wir bräuchten, so meine Überzeugung, sind weitreichende *institutionelle Reformen*. Diese müssten mit mehreren Humboldt'schen Einheitsillusionen brechen, die schon zu Lebenslügen geworden sind (vgl. Habermas 1987; Ash 1999).

1 Keine Einheit von Forschung und Lehre

Die Einheit von Forschung und Lehre funktioniert nicht mehr. Das war eine gute Idee und ist weiterhin ein schönes Ideal. Aber die Bedingungen haben sich so stark gewandelt, dass eine Verwirklichung nicht mehr möglich ist.

Auf der einen Seite hat sich die Forschung extrem spezialisiert und globalisiert. Der eine Experte versteht schon die Expertin aus der benachbarten Subdisziplin seines Faches nicht mehr. Auch die Philosophie kann weder inhaltlich noch methodisch eine Klammer bilden; an den Universitäten ist sie heute ein Fach

wie jedes andere. Die Spitzenforschung findet in den meisten Bereichen an den hervorragend ausgestatteten US-amerikanischen Eliteuniversitäten statt; wer international mithalten will, muss viel Zeit und Energie investieren. Das ist bei den professoralen Lehrdeputaten und den vielen administrativen Pflichten aber kaum möglich.

Auf der anderen Seite studiert ein immer größerer Prozentsatz der jungen Leute. Noch in den 1950er Jahren waren es weniger als 5% eines Jahrgangs, in den 1980er Jahren ungefähr ein Drittel; seit 2011 strömen weit über 50% in die Universitäten. Die meisten Studierenden wollen nicht in die Wissenschaft und sie interessieren sich auch nicht für praxisferne Forschung; sie erstreben einen schnellen Studienabschluss, der ihnen gute Berufsaussichten bietet. Leider sind auch viele Studierende zu jung und durch die Schulen schlecht vorbereitet.

Noch einmal zugespitzt: Für die Forschung muss ich mit zwanzig Topleuten aus aller Welt kooperieren, in meinem entsprechenden Seminar sitzen aber zwanzig junge Menschen, bunt zusammengewürfelt, die meisten aus der Region. Kann man sich einen größeren Kontrast vorstellen? Eine Professur bekommt man ohnehin nicht wegen guter Lehre, sondern wegen auffälliger Forschungsleistungen; den meisten macht die Forschung auch mehr Spaß, was angesichts vieler demotivierter Studierender nicht verwundert. Die zunehmenden Möglichkeiten, Projekte zu beantragen, verführen dazu, das Engagement für die Lehre noch weiter zu reduzieren; der universitäre Normalbetrieb gleicht deshalb einer „aufgegebene(n) Zone“ (Kaube 2013).

Deswegen bin ich dafür, die Forschung stärker aus den Universitäten auszugliedern, was eine Kooperation selbstverständlich nicht ausschließt. Wir brauchen mehr Einrichtungen wie Max-Planck-Institute, Helmholtz-Zentren und Akademien der Wissenschaften, auch für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. Nach ihrem Master-Abschluss könnten Nachwuchskräfte, die sich mehr für Forschung als für Lehre interessieren, gleich einen solchen Karriereweg beschreiten. Die staatliche und die private Wissenschaftsförderung würden sich eindeutig auf diese Einrichtungen konzentrieren.

Natürlich muss an Universitäten geforscht werden. Aber das deutsche Hochschulsystem sollte sich vertikal und horizontal weiter differenzieren. Die Angleichung der alten Fachhochschulen an die Universitäten, etwa durch das Promotionsrecht, halte ich genau für den falschen Weg. Die Gleichrangigkeit aller deutschen Universitäten ist ebenfalls eine Lebenslüge. Wir brauchen deutsche (und europäische) Spitzenuniversitäten, die mit denen aus den USA, Großbritannien und China mithalten können. Ich würde jedoch nicht diese Länder, sondern die Schweiz als Vorbild empfehlen. Neben den kantonalen Universitäten gibt es dort noch zwei nationale, von denen eine, die ETH Zürich, als eine der besten des Kontinents gilt. Auch in Deutschland, mit einer vergleichbaren föderalen Struktur, könnte man einige Bundesuniversitäten schaffen, an denen sich die Spitzenforschung

konzentrieren würde und an denen die Lehre einen geringeren Stellenwert hätte. Die ersten Kandidatinnen dafür wären wohl die Technische Universität München und die Humboldt-Universität zu Berlin. So würde man der 2005 gestarteten Exzellenzinitiative einen neuen Schub verleihen.

Auf der anderen Seite müssen die Universitäten viel mehr in die Lehre investieren. Wieder mit starker Zuspitzung: Forschungszentren mögen sich der künstlichen Intelligenz widmen, an den Universitäten sollte es um menschliche Intelligenz gehen. Wir können uns auch nicht nur um die wenigen hochbegabten und super-fleißigen jungen Leute kümmern, sondern dürfen die normalen Studierenden nicht vergessen. Das Betreuungsverhältnis ist deutlich zu verbessern, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Es ist bekannt, dass die Zahl der Studierenden, die auf einen Professor kommen, in Deutschland viel höher ist als anderswo. Gerade an den weltweit führenden US-Universitäten hat die Lehre schon lange einen höheren Stellenwert als bei uns (vgl. Roche 2014). Was kann man tun? Sicher könnte Deutschland sehr viel mehr Geld für Bildung ausgeben. Dennoch werden die finanziellen Mittel fehlen, ausreichend Lehrpersonal einzustellen. Es bleibt also nur der Weg, den Hochschulzugang einzuschränken. Das empfiehlt sich auch wegen des großen Mangels an Fachkräften in vielen nichtakademischen Berufen (vgl. Nida-Rümelin 2014). Es sollte nicht jede/r überall studieren dürfen; die Universitäten müssten sich ihre Studierenden auswählen dürfen.

Die Einheit von Forschung und Lehre ist also kein sinnvolles Ziel mehr. Wenn ich diese These vortrage, werde ich oft falsch verstanden: Ich bin nicht dagegen, dass sich die Lehre an wichtigen Forschungsthemen orientiert, sowohl an grundlegenden Inhalten eines Faches als auch an aktuellen Debatten. Hier ist die rechte Mitte zwischen Elfenbeinturm und Pragmatismus zu halten; in der Philosophie wäre es genauso falsch, sich nur noch mit Platon wie nur noch mit dem Klimawandel zu beschäftigen. Die Forderung, im eigenen Fach auf dem Laufenden zu bleiben, gilt schon für Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen, dann erst recht an Hochschulen. Aber alle Studierenden an die Forschung heranzuführen, ist unmöglich und kontraproduktiv. Es missachtet die Mehrheit der Studierenden und deren Interessen.

Vor allem aber bin ich für *forschendes Lernen* (vgl. Huber 2013). Schon in der Grundschule lernen die Kinder am besten, wenn sie sich eigenständig etwas erarbeiten. Das heißt doch aber nicht, dass man dort Wissenschaft betreibt. Wenn irgendwo gar kein forschendes Lernen stattfindet, dann ist es in unseren großen Vorlesungen, die mit einer Ankreuz-Klausur abgeschlossen werden. Leider ist genau das inzwischen oft im Grundstudium zum Normalfall geworden. Wir brauchen mehr Seminare, kleinere und möglichst stabile Gruppen von Studierenden, in denen die einzelnen besser beraten und betreut werden, vor allem aber voneinander und gemeinsam lernen.

Deshalb müssen sich die Universitäten wieder als Hochschulen begreifen und für die Studierenden zu einem *Lebensraum* werden. Die soziale Dimension des Studiums kam schon vor den Corona-Zeiten zu kurz; digitale Lehrveranstaltungen sind bestenfalls als Ergänzung geeignet. Mein Vorschlag, sich von der ohnehin nicht mehr realisierbaren Einheit von Forschung und Lehre zu verabschieden, soll eine andere Humboldt'sche Idee retten: Bildung (wie auch immer bestimmt). In ihrer jetzigen Form tragen weder Forschung noch Lehre etwas zur Bildung bei. Universitäten dürfen nicht bloß als Service-Einrichtung oder Karrierestufe verstanden werden.

2 Keine Einheit der Wissenschaften

Die zweite Illusion, von der wir uns verabschieden sollten, ist die der Einheit der Wissenschaften. Bereits sprachlich wird mit dem deutschen Wort „Wissenschaft“ mehr verbunden als mit dem englischen „science“. Auf einer sehr abstrakten Ebene gibt es selbstverständlich wichtige Gemeinsamkeiten: Wahrheitssuche, Überprüfbarkeit, systematisches Vorgehen. Aber die verschiedenen Wissenschaften und Wissenschaftsgruppen haben sich stark auseinanderentwickelt. In Seminaren mit Kolleg(inn)en aus anderen Fakultäten merkt man, wie unterschiedlich das Studium organisiert wird. Das gilt auch innerhalb einer großen philosophischen Fakultät oder sogar schon innerhalb eines Faches. Man sieht es noch deutlicher an den kaum noch vergleichbaren Doktorarbeiten, wo das Spektrum von der Medizin über Jura bis hin zu den Geisteswissenschaften reicht.

Daraus folgt für mich, dass die verschiedenen Fakultäten eine größere institutionelle Selbständigkeit benötigen, auch im Hinblick auf Haushalt und Prüfungsordnungen. Das gilt zunächst für die drei alten „oberen“ Fakultäten: die Medizinische, die Juristische und die Theologische, die immer auch einer durch staatliche oder kirchliche Vorgaben gesteuerten Berufsausbildung dienen.

Ein besonderes Problem ist das Lehramtsstudium. Die Krise des deutschen Schulsystems ist noch gravierender als die der Universitäten (vgl. Meidinger 2021). Wir haben 20 Prozent Bildungsverlierer in den Schulen und durch die Coronapandemie könnte die Zahl auf ein Drittel steigen. Resultieren aus dieser Gruppe nicht die meisten Arbeitslosen, Impfverweigerer und Nicht-Wähler? Auf keinen Fall kann es sich unsere Gesellschaft leisten, die Ausbildung der künftigen Lehrkräfte zu vernachlässigen. Auch hier bedarf es institutioneller Reformen.

Eine erste Idee könnte sein, eine Pädagogische Fakultät zu konstruieren, die ebenso autonom wäre wie die eben erwähnten drei praxisorientierten Fakultäten. So wie in der Juristischen und Medizinischen Fakultät würde man nur das Staatsexamen als Studienabschluss anbieten. Im Unterschied zu den noch existierenden Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg müsste allerdings auch das gymnasiale Lehramt dort angesiedelt sein. Wer Deutsch-Lehrkraft werden will,

sitzt in einem Seminar nicht mehr mit Bachelor- oder Master-Studierenden zusammen. Der Aufbau einer solchen Fakultät muss ja nicht zur Folge haben, dass in ihr nicht mehr geforscht wird oder sich die Lehre von den Wissenschaften abkoppelt; das ist in den genannten anderen Fakultäten ja auch nicht der Fall. Auf der anderen Seite würde die institutionelle Entkopplung den Geisteswissenschaften ermöglichen, sich auf sich selbst zu besinnen; keine andere Wissenschaftsgruppe befindet sich nämlich seit Jahrzehnten in einer solch schweren Identitätskrise.

Weiter geht der Vorschlag, staatliche Lehrerbildungsakademien zu gründen, die ein duales Angebot unterbreiten (vgl. Brodkorb u. a. 2019). Um das Lehramtsstudium aufzuwerten, wäre dieses, vielleicht nach einer Zwischenprüfung, mit der vorzeitigen Einstellung in den Staatsdienst verbunden. Das könnte auch verhindern, dass gerade die besten Köpfe unter den Lehramtsstudierenden aus Begeisterung für die Sache noch vor dem Referendariat in die Wissenschaften abwandern. An die Stelle der Einheit von Forschung und Lehre träte an den Lehrerbildungsakademien die Einheit von Theorie und Praxis. Denn die Verknüpfung von Schule und Universität wäre leichter: Professoren könnten phasenweise für ein Jahr oder regelmäßig für einen Teil ihres Deputats auch an Schulen unterrichten, während engagierte Lehrerinnen an diese Akademien wechseln.

Insgesamt plädiere ich also für kleinere Einheiten. Diese würden weniger Bürokratie und weniger übergreifende Regulierungen erfordern. In kleineren Organisationen ist die Kommunikation leichter und kann eher ein Gemeinschaftsgeist entstehen, der im Massenbetrieb der Universitäten unterzugehen droht. Wir sehen auch in anderen sozialen Sphären, dass die großen Institutionen in einer Krise sind: die Kirchen, die Parteien, die Gewerkschaften, die Sportverbände, die Automobilklubs usw. Aber eben auch die Universitäten.

Literatur

- Ash, Mitchell G. (Hrsg.) (1999): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Wien u. a.: Böhlau.
- Brodkorb, M. & Koch, K. & Zierer, K. (2019): *Lehrer: Verbeamtung schon im Studium*. In: *Die Zeit*, Nr. 52, 12.12.2019. Online unter: <https://www.zeit.de/2019/52/lehrer-beamtenstatus-ausbildung-akademie-unterricht>. (Abrufdatum: 21.9.2021)
- Habermaas, J. (1987): *Die Idee der Universität – Lernprozesse*. In: ders.: *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 73-99.
- Huber, L. (2013): *Forschendes Lernen im Studium. Aktuelle Konzepte und Erfahrungen*. Bielefeld: UVW.
- Kaube, J. (2013): *Das sind doch nur Spitzenintellektuelle*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.7.2013. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/exzellenzuniversitaeten-das-sind-doch-nur-spitzenintellektuelle-12267798.html>. (Abrufdatum: 21.9.2021)
- Kaube, J. (2017): *Die tote Lehre*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.2.2017. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-lehre-als-problem-ratloser-bildungspolitik-14871931.html>. (Abrufdatum: 21.9.2021)
- Meidinger, H.-P. (2021): *Die 10 Todsünden der Schulpolitik. Eine Streitschrift*. München: Claudius.

- Nida-Rümelin, J. (2014): Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg: Körber.
- Roche, M. (2014): Was die deutschen Universitäten von den amerikanischen lernen können und was sie vermeiden sollten. Hamburg: Meiner.

Autorenangaben

Christian Thies, Professor für Philosophie an der Universität Passau
email: christian.thies@uni-passau.de

Hans-Georg Dederer

Die Idee der Universität heute

Die Frage nach der „Idee der Universität *heute*“ wirft unweigerlich zugleich die Frage nach der „Idee der Universität *gestern*“ und nach der „Idee der Universität *morgen*“ auf. Dieser Dreiklang, „[d]ie Idee der Universität – gestern, heute, morgen“ (Gadamer 1988, 1), führt zunächst zum Grundton dieses Dreiklangs, d. h. zur „Idee der Universität *gestern*“. Wir könnten nun, um uns eine Vorstellung von *jener* Idee zu machen, weit in die Geschichte der Universität zurückgehen, in die Zeit ihrer Anfänge im Bologna des 11./12. Jahrhunderts. Aber eigentlich beziehen wir uns, wenn wir von der „Idee der Universität“ sprechen, auf die Universitätsidee, wie sie sich zumindest aus unserer heutigen Wahrnehmung heraus (vgl. Paletschek 2002, 184) vor allem mit dem Namen Wilhelm von Humboldts verbindet. Diese Humboldt'sche Idee der Universität (vgl. von Humboldt 1809/10) ist gekennzeichnet durch drei Elemente: (1) Freiheit von Forschung und Lehre, (2) Einheit von Forschung und Lehre, und (3) das humanistische Bildungsideal (vgl. Eigen 1988, 83). Mit dem ersten Element, Freiheit von Forschung und Lehre, ist die Freiheit der Wissenschaft gemeint. *Sie* rückt bei Wilhelm von Humboldt ganz ins Zentrum seiner Idee der Universität (vgl. von Humboldt 1809/10, 229; Nida-Rümelin 2009, 124).

1 Die Humboldt'sche Idee der Universität – überzeitlich?

Die Frage, die sich uns, von dieser Humboldt'schen Idee ausgehend, mit Blick auf eine „Idee der Universität *heute*“ stellt, ist nun die, ob damit ein Kern an Universitätsidee vorgefunden ist, an den wir über die Zeit hin, also auch heute und morgen, anknüpfen können. Was gegen eine unkritische Übernahme der Humboldt'schen Idee sprechen könnte, sind in hohem Maße veränderte und auch in Zukunft weiterhin veränderliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zeitumstände. Wilhelm von Humboldts Schrift „Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ und die Gründung der Berliner Universität in den Jahren 1809/10 fallen in eine Zeit höchster deutscher Geistesblüte: mit der deutschen Philosophie der Aufklärung, des Neuhumanismus und des Idealismus. Universitätsgründung und Schrift fallen außerdem in den Kontext der nachnapoleonischen Staatsreform Preußens und der restaurativen Neuordnung Deutschlands. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde die Idee der Universität – als einer alle Wissenschaften

umfassenden, vom Ideal freier Wissenschaft geprägten Forschungsuniversität – gerade auch aus der Außenperspektive als eine genuin deutsche Idee wahrgenommen, bewundert und im Verlauf des 19. Jahrhunderts vielfach übernommen, mit größtem, bis heute anhaltendem Erfolg insbesondere in den USA (vgl. Watson 2010, 321-326). Schon der bis in die Gegenwart hinein unbestrittene Rang jedenfalls der US-amerikanischen *Spitzenuniversitäten* könnte für die Überzeitlichkeit jener auch von Wilhelm von Humboldt beförderten Universitätsidee in Anspruch genommen werden.

2 Neue (An-)Forderungen an die deutsche Universität

Freilich haben sich die Zeiten und mit ihnen die Umstände sozialer, wirtschaftlicher, politischer und staatsorganisatorischer Art innerhalb der letzten 200 Jahre gewaltig verändert. Daraus haben sich neue Forderungen und Anforderungen an die deutsche Universität ergeben, die in ihrem Kern nicht ganz ohne Berechtigung sind¹ und sich verkürzt wie folgt darstellen:

Erstens: Deutschland hat heute eine demokratische Staatsordnung. Die demokratische Idee führt zur Forderung nach erhöhter Transparenz und Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit. Das gilt für alle Staatstätigkeit, mithin auch für die staatlichen Universitäten. Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll öffentlich sein.*²

Zweitens: Wir befinden uns heute in der Industrie-, Risiko- und Wissensgesellschaft, die sich in rasender Eile zur Digitalgesellschaft und noch disruptiver zu einer Life-Science-Gesellschaft umformt, welche sich anschickt, für unabänderlich gehaltene menschliche Bedingtheiten, wie Alterung und Tod, hinter sich zu lassen. Ferner haben auch Umweltkatastrophen wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust sowie nukleare, KI-gestützte und biotechnologische Möglichkeiten der Kriegführung ihren Grund in wissenschaftlicher Erkenntnis. Der Wissenschaft

1 Das heißt nicht, dass damit legitime Gegenstände einer modernen Hochschulgesetzgebung bezeichnet werden sollen. Tatsächlich könnte der Hochschulgesetzgeber geneigt sein, aus jenen (An-)Forderungen neue Aufgaben der Universitäten abzuleiten und deren Erfüllung wiederum einer Erfolgskontrolle zu unterwerfen. Vielmehr geht es um eine Vergewisserung der Wissenschaft darüber, wie sie ihren grundrechtlich gesicherten Freiraum unter den Umständen der Gegenwart mit Blick in die Zukunft verantwortlich auszufüllen gedenkt. Jede Universität mag sich auf ihre Weise, durchaus leitbildartig dokumentiert, diesen und weiteren (An-)Forderungen stellen, dabei aber darauf vertrauen, dass jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler diesen (An-)Forderungen aus intrinsischer Motivation heraus, freilich in individuell gänzlich unterschiedlichem Umfang, zu entsprechen sucht, so dass letztlich die Universität in ihrer Gesamtheit auch aus der Außenperspektive den auf sie projizierten, prinzipiell berechtigten (An-)Forderungen in angemessener Weise gerecht wird.

2 Getragen wird diese Forderung auch von der Vorstellung von Wissenschaft als kulturellem Gemeingut. Unter diesem Aspekt soll jeder nach seinen individuellen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Interessen Zugang zur und Teilhabe an der Wissenschaft und ihren Erkenntnissen haben.

können die Folgen ihrer Erkenntnis nicht schlechthin gleichgültig sein. Freiheit und Verantwortung gehören auch in der Wissenschaft zusammen. Auch in diesem Lebensbereich muss jeder die Verantwortung für seinen Freiheitsgebrauch übernehmen (können und wollen). Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll verantwortlich sein.*

Drittens: Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Berufswelt sind heute von einer nie dagewesenen, auf zunehmender Spezialisierung beruhenden Arbeitsteilung geprägt. Sie ist Grundlage und Kennzeichen aller menschlichen Zivilisation und hat erst diejenigen Freiräume geschaffen, deren Wissenschaft bedarf. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt ist wiederum Ausgangspunkt vielfältiger akademischer Spezialisierung, ohne die unsere heutigen höchst ausdifferenzierten Lebenswelten und deren Fortbestand für künftige Generationen nicht vorstellbar sind. Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll auf diese Spezialisierung und Vielfalt vorbereiten.*

Viertens: Im Kontext der demokratischen Staatsordnung, des gesellschaftlichen Wandels und der Ausformung hochgradig spezialisierter Berufsbilder und -felder begegnet uns die Forderung, die universitäre Ausbildung für breite Bevölkerungsschichten zu öffnen und seitens der Universitäten auch berufliche Weiterbildung zur Ermöglichung lebenslangen Lernens anzubieten. Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll Transfer auch in die Berufsweiterbildung leisten.*

Fünftens: Die beschriebenen Umweltkatastrophen, aber ebenso gravierende soziale und wirtschaftliche Probleme wie grassierende Armut (nicht nur) in Entwicklungsländern oder zunehmende Alterung der Gesellschaften (vor allem) in entwickelten Ländern lassen sich nur beherrschen, dämpfen und in Teilen überwinden mit Hilfe der Wissenschaft. Wissenschaft spürt ökologische, ökonomisch, soziale, politische, ethische und rechtliche Problemlagen auf, identifiziert, analysiert und bewertet sie und entwickelt Lösungsansätze und -vorschläge. Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll Translation in innovative praktische Anwendungen leisten.*

Sechstens: Ungeachtet aller Tendenzen hin zur Renationalisierung ist ein Ende der Globalisierung weder abzusehen noch überhaupt ernstlich zu erwarten oder zu wünschen. Die informationstechnologische, globale Gleichzeitigkeit vermittelnde Vernetzung erfasst auch die eigentlich schon immer internationale Wissenschaft. Globale Probleme wie der Klimaschutz und der Schutz der biologischen Vielfalt, aber auch der Gesundheitsschutz sind ohne internationale Wissenschaftskooperation nicht, jedenfalls nicht in der vielfach gebotenen Kürze der Zeit, zu bewältigen. Welche unserer normativen Gewissheiten überkulturellen, überräumlichen und überzeitlichen Bestand haben, lässt sich ohne internationalen und interkulturellen (Wissenschafts-)Dialog nicht ermitteln. Daraus wird die Forderung: *Wissenschaft soll noch internationaler und interkultureller werden.*

3 Fortwährende Bedeutung der Humboldt'schen Ideale

Kann Wissenschaft bei alledem, was sie demnach soll oder muss, noch frei sein? Oder anders gewendet: könnten die Universitäten, in ihrer Wissenschaftsfreiheit belassen, diesen Forderungen und Anforderungen überhaupt von sich aus entsprechen – oder bedürfen sie vermehrter Leitung und Steuerung?

Daraus, dass Wilhelm von Humboldt diese modernen Zeiten nicht antizipieren konnte, folgt nicht, dass seine Idee der Universität heute eine prinzipiell andere sein müsste. Das erste Element seiner Idee, die Freiheit von Forschung und Lehre, ist ohnehin im Grundgesetz garantiert. Wie diese Freiheit auszufüllen ist, bleibt in erster Linie Selbstverständnis und Eigengesetzlichkeiten der Wissenschaft überlassen. Politische Gestaltung von Universität darf verfassungsrechtlich nicht am Wesen der Wissenschaft vorbeigehen. Die Zweckdienlichkeit der Wissenschaft für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird sich auch nach Humboldts Idee immer von selbst erweisen und einstellen (vgl. von Humboldt 1809/10, 234). In diesem Sinne hat das Bundesverfassungsgericht bis in die jüngste Zeit hinein festgehalten, dass „eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen freie Wissenschaft die ihr zukommenden Aufgaben am besten erfüllen kann“ (Beschluss des Ersten Senats vom 24. Juni 2014, Aktenzeichen I BvR 3217/07, Randnummer 56; ständige Rechtsprechung). Mit diesem ebenso grundgesetzlichen wie Humboldt'schen Bild von freier Wissenschaft lässt sich die Vorstellung von Universität als einer wirtschaftlichen, ergebnis- bzw. produktorientierten Unternehmung nicht vereinbaren.

Vor besondere faktische Probleme ist die Humboldt'sche Idee der Einheit von Forschung und Lehre (vgl. von Humboldt 1809/10, 230; Jaspers 1946, 41-43) gestellt. Sie liegt, etwas verkürzt gesagt, quer vor allem zur Massenuniversität. Die Einheit von Forschung und Lehre deshalb aufzugeben, folgt daraus indes nicht. Lehre als Heranführung an die und Teilhabe an der Forschung führt eigentlich zur universitären Bildung durch Wissenschaft, d. h. zur akademischen Berufsqualifizierung durch das Erlernen eines methodisch geleiteten, zu Erkenntnis, Entscheidung und eigenem Urteil befähigenden Denken (vgl. Nida-Rümelin 2009, 132). Leider besteht die politische Tendenz, diese Einheit aufzulösen, indem Lehre und Forschung in der Person des Wissenschaftlers entkoppelt werden (sollen): Forschungsprofessuren werden Lehrprofessuren gegenübergestellt, mehr Forschungsfreiheit kann nur durch Abstoßen von generell überhöhter Lehrverpflichtung erreicht werden. Umgekehrt müsste das forschungsgeleitete und forschungsanleitende Lehren eher gestärkt werden. Denkbar wären hierfür auch an unserer Universität neue Formate, etwa „wissenschaftliche Kollegs“³ an den einzelnen Fakultäten oder auch fakultätsübergreifend.

3 Vorbild und namensgebend sind hierfür die „Wissenschaftlichen Kollegs“ der Studienstiftung des deutschen Volkes. Inwiefern sich solche forschungsnahen Lehrveranstaltungen einrichten lassen,

Am Ende geht es auch hier, bei der Humboldt'schen Einheit von Forschung und Lehre, um die Frage, wollen wir nur eine höhere Berufsausbildung oder wollen wir eine zumindest im Ausgangspunkt am humanistischen Persönlichkeitsideal orientierte Bildung, jene verstanden als ganzheitliche Formung des Geistes durch Wissenschaft zu dem Zweck, eine gelungene Persönlichkeitsentfaltung auch in beruflicher Hinsicht zu ermöglichen (vgl. hierzu Nida-Rümelin 2009, 126-128, 144). Dieses Gesamthafte universitärer Bildung zu erreichen, wird durch die immer extremere Spezialisierung der wissenschaftlichen Disziplinen und Subdisziplinen fast uneinlösbar. Deutlich wird dies vor allem auch dadurch, dass anders als in der Vorstellung des 19. Jahrhunderts die Philosophie nicht mehr quasi die „Mutter aller Wissenschaft“ ist, welche die sich unter ihr ausdifferenzierenden Wissenschaften zu verklammern vermag (vgl. Nida-Rümelin 2009, 124). Ein konkreter Vorschlag für die Verwirklichung von gesamthafter wissenschaftlicher Bildung wäre, auch für unsere Universität, dass in allen Studiengängen eine Vorlesung „Allgemeine Wissenschaftslehre“⁴ und eine fakultäts- oder fachspezifische Vorlesung „Einführung in die [jeweilige] Wissenschaft“ zu den Pflichtfächern gehört (vgl. hierzu auch Schelsky 1963, 284-288; Lepenies 1988, 66-69). Denn es ist diese wissenschaftliche Reflexion der Wissenschaft über sich selbst, die unter den heutigen Bedingungen wissenschaftlicher Spezialisierung und Kompartimentalisierung alle Disziplinen gleichermaßen betrifft und gerade deshalb gesamthaft zu erfassen vermag und die außerdem der Verantwortlichkeit der Wissenschaft für ihr Tun Rechnung trägt.

4 Zusammenfassung

Zusammengefasst ist die "Idee der Universität heute" also: die Humboldt'sche Idee einerseits: Freiheit von Forschung und Lehre, Einheit von Forschung und Lehre, humanistisches, d. h. auf Persönlichkeitsbildung gerichtetes Bildungsideal *plus* ergänzende Ideenelemente andererseits: Öffentlichkeit, Translation, Verantwortlichkeit, Vielfalt, Internationalität und Interkulturalität.

ist sicher disziplinabhängig. Im Studiengang Rechtswissenschaft etwa ließe sich denken, die wissenschaftlichen Kollegs im Hauptstudium (4.-6. Semester) als zweite, alternative Schiene neben den drei Hausarbeiten in den drei Kernfächern des Rechts einzuführen. D. h. die Teilnahme am „wissenschaftlichen Kolleg“ würde die drei Hausarbeiten ersetzen. In den wissenschaftlichen Kollegs könnten die hierfür ausgewählten Studentinnen und Studenten zu einem vorgegebenen Forschungsgegenstand unter intensiver Anleitung und Betreuung von (auch mehreren) Professorinnen und Professoren rechtswissenschaftlich forschen (lernen) mit dem Ziel einer hochrangigen Publikation. Hierzu könnten drei Klausurwochen, verteilt auf drei Semester, durchgeführt werden, die von den Studentinnen und Studenten jeweils vor- und nachzubereiten sind.

4 Dazu könnten beispielsweise, jeweils in ihren Grundzügen und nur im Überblick, Wissenschaftsgeschichte, Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsethik, Wissenschaftsrecht, Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftspolitik gehören.

Danach lassen sich zwei Ideensphären unterscheiden: eine innere Sphäre, quasi der „Bergfried“ mit den Kernideen, den Ideen Humboldts, und eine äußere Sphäre, sozusagen der „Vorhof“ mit den durch den Wandel der Zeiten ergänzend hinzugekommenen bzw. hinzukommenden Ideen.

Diese „Idee der Universität heute“ sollte auch unsere Universität, die Universität Passau, für sich beanspruchen.

Literatur

- Eigen, M. (1988): Die deutsche Universität – Vielfalt der Formen, Einfachheit der Reformen. In: Die Idee der Universität. Versuch einer Standortbestimmung. Berlin u. a.: Springer, 73-112.
- Gadamer, H.-G. (1988): Die Idee der Universität – gestern, heute, morgen. In: Die Idee der Universität. Versuch einer Standortbestimmung. Berlin u. a.: Springer, 1-22.
- Jaspers, K. (1946): Die Idee der Universität. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Lepenius, W. (1988): Die Idee der deutschen Universität – ein Blick von außen. In: Die Idee der Universität. Versuch einer Standortbestimmung. Berlin u. a.: Springer, 41-71.
- Nida-Rümelin, J. (2009): Alte Bildungsideale und neue Herausforderungen der europäischen Universität. In: A. Hutter & M. Kartheining (Hrsg.): Bildung als Mittel und Selbstzweck. Kollektive Erinnerung wider die Verengung des Bildungsbegriffs. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, 124-144.
- Paletschek, S. (2002): Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historische Anthropologie, 10. Jg., 183-205.
- Schelsky, H. (1963): Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek: Rowohlt.
- von Humboldt, W. (2010): Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. 1809/10 (unvollendetes Manuskript). In: Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Gründungstexte. Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Wilhelm von Humboldt. Berlin, 229-241.
- Watson, P. (2010): The German Genius. Europe's Third Renaissance, the Second Scientific Revolution, and the Twentieth Century. London u. a.: Somin & Schuster.

Autorenangaben

Hans-Georg Dederer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Passau
email: hans-georg.dederer@uni-passau.de

Michael Grimm

Die neue Approbationsordnung: Ein Plädoyer zur Schließung von Schnittstellen zwischen Medizin und Sozialwissenschaften

Herr Professor Tamm ist in seinem Vortrag auf die Kernausbildungsinhalte in der neuen Approbationsordnung eingegangen.¹ Ich werde jetzt versuchen, etwas mehr auf die Schnittstellen einzugehen. Ich glaube, das liegt mir besser. Als Volkswirt ist es mir doch recht schwergefallen, mich mit dem Kern der neuen Ordnung auseinanderzusetzen. Nichtsdestotrotz bin ich auf vieles gestoßen, was mir bekannt vorkam. Ich bin zudem ins Deutsche Ärzteblatt eingetaucht und habe geschaut, wie dort die neue Approbationsordnung dokumentiert und kommentiert wird. Dort bin ich auf zwei Zitate gestoßen. Das erste: „Zum festen Bestandteil des Medizinstudiums sollen künftig die Aspekte Patientensicherheit, öffentliches Gesundheitswesen und Bevölkerungsmedizin werden“ (Richter-Kuhlman 2020). Und zweitens „Künftig sollen auch Datennutzung und Digitalisierung zum Ausbildungsinhalt im Medizinstudium gehören“ (Richter-Kuhlman 2020). Und das sind wiederum Bereiche, mit denen ich oft in Berührung komme.

1 New Public Health

Wenn man mal dieses ganze Thema Gesundheit im Sinne der *New Public Health* oder, wie man im Deutschen sagt, im Sinne der *Neuen Öffentlichen Gesundheit* darstellt, dann sieht man deutlich, dass hier ganz unterschiedliche Bereiche miteinander verzahnt werden müssen.

1 Der Text des Vortrags von Professor Tamm liegt nicht in Druckfassung vor und wurde daher nicht in diese Publikation aufgenommen.

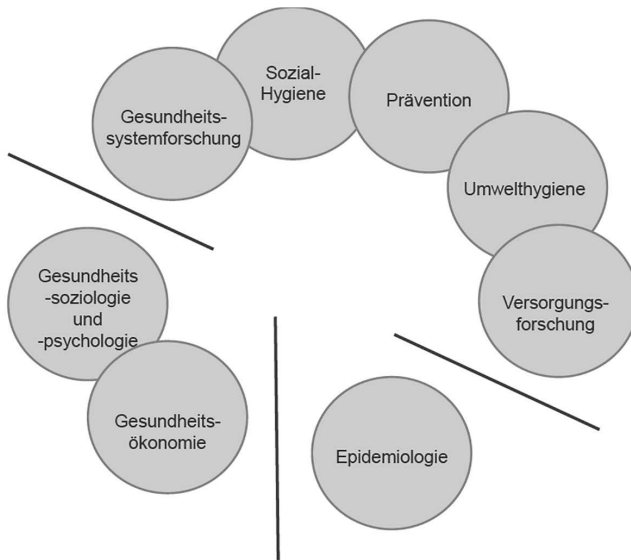


Abb. 1: New Public Health - Lücken an den Schnittstellen. Quelle: eigene Darstellung

Besonders hervorheben möchte ich die Epidemiologie, die Prävention, aber auch die Sozialhygiene, die Umwelthygiene, die Versorgungsforschung sowie die Gesundheitsökonomie, die Gesundheitssoziologie und -psychologie. Ich glaube, all diese Schnittstellen sind unglaublich wichtig. Mein Eindruck ist, teilweise auch basierend auf meiner eigenen Forschung, dass diese Schnittstellen oft nicht optimal ausgestaltet sind. Man beobachtet hier häufig Brüche, die meiner Meinung nach dann zunächst in der Forschung, aber dann natürlich auch in der Anwendung zu Fehlentwicklungen führen.

Mein Eindruck ist, dass wir in vielen Problembereichen insbesondere eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Gesundheitsökonomie, -soziologie und -psychologie auf der einen Seite und den klassischen Gesundheitsbereichen auf der anderen Seite sehen. Auch die Epidemiologie scheint mir manchmal losgelöst von den anderen Bereichen betrachtet zu werden. Meines Erachtens wird das derzeit gerade im Rahmen der Bekämpfung der COVID-Pandemie zumindest in einigen Bereichen deutlich. Ich möchte das im Folgenden an zwei Beispielen illustrieren. Das eine bezieht sich auf die Bekämpfung der HIV/AIDS-Epidemie in Subsahara-Afrika und das andere dann eben auf die derzeit grassierende COVID-Pandemie.

2 Beispiel HIV/AIDS-Epidemie

Zunächst zum Beispiel der HIV/AIDS-Epidemie in Subsahara-Afrika. Wenn wir über die Übertragungswege dieser Infektionskrankheit nachdenken, dann kommt natürlich den meisten zunächst einmal die sexuelle Übertragung in den Sinn. Ja, das ist, was wir alle wissen. Auch wenn ich die Studierenden in der Vorlesung frage, dann wird das eigentlich zunächst einmal als Übertragungsweg genannt. Es gibt aber noch drei andere: Mutter-zu-Kind-Übertragung, auch das ist noch recht vielen geläufig, dann weiß man mittlerweile, dass es auch eine Kind-zu-stillender-Mutter-Übertragung gibt. Das heißt, Kinder, die HIV-positiv sind und es dann an ihre Mütter während des Stillens weitergeben. Da fragen sich dann natürlich viele: Wie infizieren sich denn zunächst die Kinder? Und da sind wir beim vierten Übertragungsweg, den nosokomialen Infektionen, also Infektionen, die im Gesundheitssystem bzw. im Krankenhaus oder der Krankenstation stattfinden.

Seit die HIV/AIDS-Epidemie in Subsahara-Afrika Anfang der 1990er Jahre Fahrt aufgenommen hat, geht die Weltgesundheitsorganisation davon aus, dass dort in etwa 95 Prozent der Infektionen durch eine sexuelle Übertragung verursacht werden, also der absolut dominierende Anteil (vgl. Schmid et al. 2004; Ezzati et al. 2006). Diese Annahme wird von vielen Medizinern allerdings stark in Zweifel gezogen (vgl. Gisselquist et al. 2002; Gisselquist et al. 2003; Brewer et al. 2007; Deuchert 2011). Bemerkenswert ist, dass der Kampf gegen HIV/AIDS innerhalb der WHO und in ihrem Umfeld von Beginn an sehr stark durch Sozialwissenschaftler bestimmt wurde. Und wie man das oft beobachten kann, wenn sich eine bestimmte Meinung in der Politikausrichtung erst mal durchgesetzt hat, ist es schwierig, wieder davon abzurücken. Hier gibt es regelmäßig immense Pfadabhängigkeiten. In diesem Fall hatte das natürlich fundamentale Auswirkungen, wie man die Epidemie bekämpft hat. Fast alle waren auf sexuelle Aufklärung fokussiert und die Verteilung von Kondomen. Das war natürlich unglaublich teuer und wenig effektiv. Und natürlich sind hier nur kaum positive Externalitäten für andere Gesundheitsprobleme entstanden, wie ich gleich ausführen werden, sogar ganz im Gegenteil, andere Gesundheitsprobleme haben sich eher noch verschlimmert. Infektionskettenforschung ist in Afrika so gut wie gar nicht durchgeführt worden. Es wurden kaum Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene im Gesundheitssystem und nur kaum systematischen Kontrollen von Blutkonserven und anderen Blutprodukten durchgeführt. Selbst dort, wo es noch relativ strikte Vorgaben zur Handhabung von Blutkonserven gab, wurden diese in der Praxis oft nicht durchgesetzt. Es fehlt häufig an Spritzen, hygienegerechten Entsorgungssystemen für medizinisches Verbrauchsmaterial und Desinfektionsutensilien (vgl. Brody 2004; Gisselquist et al. 2004; Hiemstra et al. 2004; Brewer et al. 2007; Deuchert and Brody 2007).

Es stellt sich natürlich die Frage, wie es zu dieser verzerrten Wahrnehmung über die Bedeutung unterschiedlicher Übertragungswege kommen konnte. Das hat sicher viele Gründe. Einer ist sicher, dass es für viele Regierungen einfacher war, zu sagen, das sind Probleme in euren Schlafzimmern und nicht in unserem Gesundheitssystem. Genauso wie man im Rahmen der COVID-Pandemie hierzulande vielleicht eher dazu neigt, Probleme bei privaten Partys statt in Altenheimen zu vermuten. Aber dazu später mehr.

Tab. 1: Verteilung der Verpflichtungen aller Geber nach Maßnahmenfeld (in Prozent)

Quelle: OECD-DAC. Official development assistance to health.

[<https://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/>]

Jahr	HIV/AIDS	Infektionskrankheiten	Familienplanung	Stärkung des Gesundheitssystems	Summe
1998	5,5	5,8	26,4	62,3	100
1999	14,1	6,6	18,4	60,9	100
2000	18,9	10,4	18,5	52,2	100
2001	24,1	11,4	19,4	45,1	100
2002	21,5	11,9	22,8	43,9	100
2003	33,8	14,4	15,0	36,8	100
2004	30,9	12,1	14,5	42,5	100
2005	35,1	16,4	8,3	40,1	100
2006	34,4	15,4	13,5	36,7	100
2007	47,2	16,7	12,3	23,9	100

Wie die obige Tabelle zeigt, war eine Konsequenz der damaligen Fokussierung auf die sexuelle Übertragung und entsprechende Präventionsstrategien die zunehmende Reallokation von Hilfsgeldern weg von Maßnahmen, die das Gesundheitssystem insgesamt stärken, hin zu Maßnahmen, die sich nur auf HIV/AIDS konzentrierten. Obgleich natürlich die Mittel insgesamt auch gestiegen sind, ist diese Umschichtung als sehr problematisch anzusehen, vor allem vor dem Hintergrund des ohnehin sehr schlechten Zustandes der Gesundheitssysteme in Afrika, damals genau noch so wie heute.

Dies und vieles mehr haben den Wissenschaftler Roger England dazu veranlasst, im Jahre 2007 im British Medical Journal einen Artikel mit dem Titel „Are we spending too much on HIV?“ zu veröffentlichen (England 2007). Roger England argumentiert in seinem Beitrag, dass sich eine gefährliche *Single-Issue* Politik ver-

festigt hat, welche zu einer massiven Fehlallokation von Ressourcen führt, mit desaströsen Konsequenzen für andere drängende Gesundheitsprobleme, inklusive Mütter- und Kindersterblichkeit. Das ist insbesondere in der gesundheitsökonomischen Literatur gut dokumentiert (vgl. Case and Paxson 2009; Grépin 2012). Das Ganze ist also ein sehr beeindruckendes Beispiel eines Falles, wo die Schnittstelle zwischen Medizin und Sozialwissenschaften nicht gut besetzt war bzw. nicht adäquat berücksichtigt wurde. Hier haben also Sozialwissenschaftler aus irgendeinem Grund dominiert und die Einsichten vieler Mediziner ignoriert. Mediziner dokumentieren schon lange, dass die Rolle sexueller Übertragungen überschätzt, bzw. die Rolle nosokomialer Übertragungen unterschätzt wird, beispielsweise mit dem Hinweis auf die oben erwähnten vielen HIV-positiven Babys mit HIV-negativen Müttern (vgl. Gisselquist et al. 2004; Hiemstra 2004; Okinyi 2009). Es zeigt sich auch ein deutlicher kausaler Zusammenhang zwischen medizinischen Injektionen und HIV-Infektionen (vgl. Deuchert and Brody 2007), wie auch ein deutlicher Zusammenhang zwischen HIV-Infektionen und Bluttransfusionen (vgl. Gisselquist et al. 2002).

Nimmt man die Annahme, dass 95% aller Ansteckungen auf sexuelle Übertragung zurückzuführen sind, ernst, hieße dies ja auch, gegeben, dass die Epidemie so massiv in Afrika auftritt und hingegen relativ unbedeutend in vielen anderen Regionen der Welt ist, dass ja irgendetwas am Sexualverhalten der Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent anders sein müsste. Für diese Annahme gibt es aber so gut wie keinerlei belastbare empirische Evidenz. Die Menschen haben dort nicht mehr Partner als in Europa oder den USA bzw. sicherlich nicht so viele, dass sich so ein massives Infektionsgeschehen damit erklären ließe. Was man beobachtet, ist eine zirkuläre Logik in der Argumentation. Es wird behauptet, wenn die erhobenen Daten zum Sexualverhalten diese Infektionsraten nicht hergeben, kann es nur daran liegen, dass die Befragten lügen. Die Hypothese der 95% wird hingegen nicht in Frage gestellt (vgl. Stillwaggon 2003; Sawers and Stillwaggon 2010). Nosokomiale Infektionen werden einfach ignoriert.

Die *Bill & Melinda Gates Foundation*, die ja sehr viel in das Gesundheitswesen in Afrika investiert, hatte auch lange einen sehr starken Fokus auf HIV/AIDS und hat entsprechend massiv teure Präventionsprogramme finanziert. 2012 hat man dann aber auch begonnen, diesen Ansatz in Frage zu stellen (vgl. *The Economist* 2012). Also zum einen zu sagen: Ja, wir haben eine Menge anderer Gesundheitsprobleme und irgendwie sollten wir das besser über die verschiedenen Probleme verteilen und, zum anderen, vielleicht einfach viel mehr direkt fürs Gesundheitssystem tun, denn davon profitieren alle Gesundheitsprobleme. Man hat auch eingesehen, dass man viel mehr nach Kosteneffizienzgesichtspunkten arbeiten muss, das heißt, zu fragen, mit welcher Maßnahme tue ich mit einem Euro das meiste für die Gesundheit der Menschen.

3 Beispiel COVID-Pandemie

Dann möchte ich nun zu meinem zweiten Beispiel kommen, der aktuellen COVID-Pandemie. Hier sehe ich die Problematik genau anders herum. Ich habe ja eben ausgeführt, dass man im Rahmen der HIV/AIDS Epidemie viel zu sehr auf die Sozialwissenschaftler gehört hat und viele Erkenntnisse und Empfehlungen aus der Medizin komplett ignoriert wurden. Bei der COVID-Pandemie beobachten wir jetzt, dass Epidemiologen sehr stark die Politik steuern und Maßnahmen empfehlen und andere angrenzende medizinische Gebiete als auch beispielsweise Kinderpsychologen und Sozialwissenschaftler meines Erachtens viel zu wenig eingebunden sind. Viele Probleme, die die Pandemie mit sich bringt, bleiben unberücksichtigt oder werden zumindest nur völlig nachgeordnet betrachtet. Ich denke hier beispielsweise an die psychologische Kosten bei Kindern aufgrund mangelnder sozialer Kontakte, unzureichender Beschulung, geringer Bewegung, Einsamkeit von Seniorinnen und Senioren, das erhöhte Armutsrisiko, wirtschaftliche Existenzängste, häusliche Gewalt, steigende soziale Ungleichheit sowie die ganze Prävention und Behandlung anderer Krankheiten, insbesondere chronischer Krankheiten. Da gab es zum Beispiel vor einigen Wochen eine gemeinsame Erklärung der Deutschen Krebshilfe, des Deutschen Krebsforschungszentrums und der Deutschen Krebsgesellschaft, die vor einer Unterversorgung chronisch kranker Menschen warnt und erheblichen Defiziten in der Früherkennung (vgl. Spiegel Online 2021). Es werden also wohl ganz massive Langzeitkosten auf uns zu kommen, die natürlich irgendwie in der Ausarbeitung der Maßnahmenpakete mitberücksichtigt werden müssen. Auch hier möchte ich wieder auf die Notwendigkeit verweisen, auch die Kosteneffizienz im Blick zu haben. Wir müssen uns seriöser mit der Frage beschäftigen: Wie können wir mit einem gegebenen Budget die höchstmögliche Wirksamkeit erreichen unter Berücksichtigung eben auch der ganzen anderen Probleme. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen wunderbaren Artikel von Toby Ord „The moral imperative toward cost-effectiveness in global health“ in dem genau dieser Punkt betont wird (vgl. Ord 2019). Man muss die Kosteneffizienz im Blick haben. Unter dem ganzen Strauß an Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, gibt es unglaublich große Unterschiede, da ist manchmal eine Maßnahme tausendmal so teuer wie eine andere. Da muss man genau abwägen, wo kann ich mit einem gegebenen Betrag die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger am besten schützen bzw. verbessern. Man darf auch nicht Gesundheitsprobleme an einer Stelle lösen und gleichzeitig woanders neue schaffen.

Also was müsste sich ändern? Ich denke, wenn wir diese Schnittstelle besser ausfüllen würden, könnten wir eine umfassendere Evaluierung der direkten und indirekten Wirkungen der Pandemie inklusive der Langzeitwirkungen erstellen. Das ist natürlich nicht trivial, das ist ganz klar, aber ich habe das Gefühl, es wird nicht

in dem Maße durchgeführt, wie wir das durchführen könnten. Rigorose Abschätzung der Kosten und Nutzen einzelner Maßnahmen und bessere Projektionen müssten das Ziel sein. Die Projektionen, mit denen gearbeitet wird, sind oft sehr mechanisch. Ich glaube, die Sozialwissenschaften könnten hier einen Beitrag leisten, indem man mehr und besser das menschliche Verhalten berücksichtigt würde, d. h., wie reagieren Individuen auf Maßnahmen? Welche Anreize ziehen? Welche Verbote sind wirklich durchsetzbar und wirken? Nur dann kann man zu einem bestmöglichen Einsatz der verfügbaren Ressourcen kommen. Um möglichst eben auch viele der anderen Probleme, die ich eben aufgeführt habe, zu berücksichtigen. Und ich glaube, neue Technologien, und hier komme ich kurz auf das Thema Digitalisierung zu sprechen, würden hier viele Möglichkeiten eröffnen. Wir müssten diese einfach mehr und besser nutzen. Eine „Intelligente Impfstrategie“ ist ja ein heißes Thema zurzeit und wir sehen, vieles läuft hier schief. Umfangreiches Testen, intelligentes Öffnen, das Tübinger Modell, all das sind Dinge, die eruiert werden müssen. Vieles birgt sicher auch Gefahren. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass das ein Weg ist, über den wir nachdenken müssen, weil wir dadurch eben viele der anderen Kosten reduzieren könnten, die wir bei Kindern und Seniorinnen und Senioren verursachen, Existenzängste vieler Menschen reduzieren. Risikogruppen kann man besser schützen, da muss auch jede und jeder einzelne an die Selbstverantwortung erinnert werden. Echter Distanz-Unterricht. Ich bin selbst Vater von zwei Kindern und mache das jetzt seit einem Jahr mit. Mittlerweile läuft es ganz gut. Das ist aber an vielen Schulen nicht der Fall und dort, wo es halbwegs klappt, hat es auch sehr lange gedauert. Und wir sind sicher auch da noch lange nicht am Ende. Viel mehr wäre möglich, vor allem, um auch die Kinder mitzunehmen, die in benachteiligten Familien aufwachsen. Die Corona-Warn-App nutzen wir definitiv nicht nach dem vollen Potenzial. Intelligente Verteilung der Intensivpatienten wäre eine weitere Aufgabe. Ein paar gute Beispiele gibt es ja. Ich habe das Tübinger Modell erwähnt. Wir könnten sicher auch den Profi-Fußball anführen. Man mag jetzt davon halten was man will, ich war zunächst auch kein Fan davon, als man das Ganze begonnen hat, nichtsdestotrotz zeigt es, dass viel möglich ist mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen und Maßnahmen. Gottesdienste finden ja beispielsweise auch statt und diese haben sich nicht zu einem massiven Ausbruchsherd entwickelt. Viel wäre möglich, wenn wir es intelligent anpacken, und es würde uns erlauben, Kosten an anderen Stellen zu reduzieren, und die werden, glaube ich, langfristig ganz massiv sein. Das merken wir jetzt noch nicht, aber das wird in den nächsten zwei bis drei Jahren und einiges auch sehr langfristig, wenn wir an die Bildung der Kinder denken, dann zum Vorschein kommen. Das wird sicher ein großes Thema sein, auch in der Gesundheitsökonomie. Ich denke zum Beispiel an die Langzeiteffekte dieser Bildungsnachteile. Also ich glaube, hier ist einfach eine bessere Kooperation aller Akteure und aller Disziplinen notwendig

und das vermisste ich im Moment. Deswegen möchte ich nochmal auf die New Public Health verweisen, die uns zeigt, wie diese Dinge zusammengeführt werden müssen. Daran müssten wir arbeiten.

4 Medizincampus Niederbayern

Und jetzt komme ich zu guter Letzt noch auf den Medizincampus Niederbayern. Herr Tamm hat es ja auch angesprochen, ich glaube, wir haben hier eine ganz tolle Chance, genau an dieser Schnittstelle etwas auf die Beine zu stellen. Sozusagen die traditionelle medizinische Fakultät im Zusammenspiel mit der Expertise, die wir hier in Passau im Bereich der Informatik haben. Wir entwickeln auch interessante Ideen im Bereich der Gesundheitsökonomie und dem Gesundheitsmanagement. Wir haben auch sehr gute Kliniken und Hausärzte und ich glaube, wir könnten an dieser Schnittstelle hier einen innovativen Beitrag leisten. Wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob das alles direkt im Medizinstudium seinen Platz finden kann. Sicher nicht, wir haben es ja gehört, das ist schon sehr, sehr vollgepackt. Meine Forderung ist also nicht, all diese Bereiche ins Medizinstudium zu tragen, sondern eher zu prüfen, wie wir Medizin mit anderen Bereichen verzahnen können. Und wie können wir vielleicht auch in Zukunft in Passau Studiengänge anbieten, die diese Schnittstelle ausfüllen? Wo Studierende zum einen eben ein Teilwissen der Medizin mitbekommen, aber eben auch notwendiges Wissen aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der Informatik, sodass wir junge Menschen ausbilden, die in Zukunft an solche Probleme etwas umfassender rangehen.

Literatur

- Brewer, D. D. & Potterat, J. J. & Muth, S. Q. & Brody, S. (2007): Converging Evidence Suggests Nonsexual HIV Transmission among Adolescents in Sub-Saharan Africa, *Journal of Adolescent Health* 40 (3), 290-1.
- Brody, S. (2004): Declining HIV rates in Uganda: Due to cleaner needles, not abstinence or condoms. In: *International Journal of STD & AIDS* 15 (7), 440-441.
- Case, A. & C. Paxson (2009): The Impact of the AIDS Pandemic on Health Services in Africa: Evidence from Demographic and Health Surveys. NBER Working Papers #15000, Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Deuchert, E. (2011): The virgin HIV puzzle: Can misreporting account for the high proportion of HIV cases in self-reported virgins? In: *Journal of African Economies* 20 (1), 60-89.
- Deuchert, E. & Brody, S. (2007): Lack of autodisposable syringe use and health care indicators are associated with high HIV prevalence: An international ecologic analysis. In: *Annals of Epidemiology* 17 (3), 199-207.
- England R. (2007): Are we spending too much on HIV? In: *British Medical Journal* 334, 344.
- Gisselquist, D. & Potterat, J. J. & Brody, S. (2004): HIV transmission during pediatric health care in sub-Saharan Africa – risks and evidence. In: *South African Medical Journal* 94 (2), 109-116.
- Gisselquist, D. & Potterat, J. J. & Brody, S. & Vachon, F. (2003): Let it be sexual: How health care transmission of AIDS In Africa was ignored. In: *International Journal of STD & AIDS* 14 (3), 148-161.

- Gisselquist, D. & Rothenberg, R. & Potterat, J. & Drucker, E. (2002): HIV infections in sub-Saharan Africa not explained by sexual or vertical transmission. In: *International Journal of STD & AIDS* 13 (10), 657-666.
- Grépin, KA. (2012): HIV donor funding has both boosted and curbed the delivery of different non-HIV health services in sub-Saharan Africa. In: *Health Affairs* 31(7), 1406-14.
- Grimm, M. & Class, D. M. (2011): The fight against HIV/AIDS must be brought into balance. In: *Meinungsforum Entwicklungspolitik* (No. 3, 24 June 2011), Frankfurt: KfW.
- Hiemstra, R. & Rabie, H. & Schaaf, H. S. & Eley, B. & Cameron, N. & Mehtar, S. & Cotton, M. F. (2004): Unexplained HIV-1 infection in children – documenting cases and assessing for possible risk factors. In: *South African Medical Journal* 94, 188-193.
- Okinyi, M. & Brewer, D. D., & Potterat, J. J. (2009): Horizontally-acquired HIV infection in Kenyan and Swazi children. In: *International Journal of STD & AIDS* 20 (12), 852-857.
- Ord, T. (2019): The Moral Imperative Toward Cost-Effectiveness in Global Health. In: H. Greaves und T. Pummer (Hrsg.): *Effective Altruism: Philosophical Issues*. Oxford: Oxford University Press.
- Richter-Kuhlman, E. (2020): *Medizinstudium: Neue Approbationsordnung 2025*, In: *Deutsches Ärzteblatt* 117 (48), A-2335 / B-1970.
- Sawers, L. & E. Stillwaggon (2010): Concurrent sexual partnerships do not explain the HIV epidemics in Africa: A systematic review of the evidence. In: *Journal of the International AIDS Society* 2010 (13), 34.
- Spiegel Online (2021): Experten warnen vor steigender Krebssterblichkeit in Deutschland. Online unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/durch-corona-pandemie-experten-warnen-vor-steinender-krebssterblichkeit-a-f5bc298c-a1cb-499d-9976-97a355f55b53>. (Abrufdatum: 16.11.2021).
- Stillwaggon, E. (2003): Racial metaphors: Interpreting sex and AIDS in africa. In: *Development and Change* 34 (5), 809-832.
- The Economist (2012): The world's nastiest illnesses get some belated attention, *The Economist*, Feb 4th 2012 edition.

Autorenangaben

Michael Grimm, Professor für Development Economics an der Universität Passau

email: michael.grimm@uni-passau.de

Autor:innenverzeichnis

Ulrike Beisiegel, Prof. Dr. Dr. hc.,
ehemalige Präsidentin der Georg-August-
Universität Göttingen
email: ulrike.beisiegel@gwdg.de

Birgit Beumers, Prof. Dr.,
Vertreterin des Lehrstuhls für Slavische
Literaturen und Kulturen an der Univer-
sität Passau
email: birgit.beumers@uni-passau.de

Horst Bischof, Prof. Dr.,
Rektor der TU Graz
email: horst.bischof@tugraz.at

Manfred Brocker, Professor für Politische
Theorie und Philosophie an der Katho-
lischen Universität Eichstätt-Ingolstadt;
Vizepräsident für Forschung und wissen-
schaftlichen Nachwuchs (2011-2014)
email: manfred.brocker@ku.de

Hans-Georg Dederer, Professor für Staats-
und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Euro-
päisches und Internationales Wirtschafts-
recht an der Universität Passau
email: hans-georg.dederer@uni-passau.de

Sabine Doering-Manteuffel, Prof. Dr.,
Präsidentin der Universität Augsburg und
ehem. Vorsitzende der Universität Bayern
e.V.
email: doering-manteuffel@t-online.de

Karsten Fitz, Professor für Amerikanistik/
Cultural and Media Studies an der Univer-
sität Passau
email: karsten.fitz@uni-passau.de

Brigitte Forster-Heinlein, Professorin für
Angewandte Mathematik an der Univer-
sität Passau
email: brigitte.forster@uni-passau.de

Alexander von Gernler, Dipl-Informatiker,
ehemaliger Vizepräsident, Gesellschaft für
Informatik e.V.
email: alexander@gernler.de

Thomas Girst, Prof. Dr.,
BMW Group Corporate Communications
Global Head of Cultural Engagement
email: thomas.girst@bmwgroup.com

Michael Grimm, Professor für Develop-
ment Economics an der Universität Passau
email: michael.grimm@uni-passau.de

Carolin Häussler, Professorin für Betriebs-
wirtschaftslehre an der Universität Passau
email: carolin.hauessler@uni-passau.de

Anna Henkel, Professorin für Soziologie an
der Universität Passau
email: anna.henkel@uni-passau.de

Wolfgang A. Herrmann, Prof. Dr. Dr. h. c.
mult, Präsident Emeritus TUM
email: president.emeritus@tum.de

Andreas König, Professor für Strategisches
Management, Innovation und Entre-
preneurship an der Universität Passau
und stellvertretender Sprecher des DFG
Graduiertenkollegs 2702 „Digital Platform
Ecosystems“
email: andreas.koenig@uni-passau.de

Richard Münch, Professor für Gesellschaftstheorie und komparative Makrosoziologie an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen
email: richard.muench@zu.de

Herfried Münkler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin
email: herfried.muenkler@online.de

Heinrich Oberreuter, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Passau
email: heinrich.oberreuter@t-online.de

Martina Padmanabhan, Professorin für Vergleichende Entwicklungs- und Kulturforschung an der Universität Passau
email: martina.padmanabhan@uni-passau.de

Simon Pagany erster Studentischer Vizepräsident der Zeppelin Universität
email: post.pagany@gmail.com

Sophia Rockenmaier / Lorena Puja, ehemalige studentische Senatorinnen an der Universität Passau (beide)
email: lorena.puja@gmail.com
email: sophia.rockenmaier@googlemail.com

Hannah Schmid-Petri, Professorin für Wissenschaftskommunikation an der Universität Passau
email: hannah.schmid-petri@uni-passau.de

Uwe Schneidewind, Prof. Dr., Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal und ehem. Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts
email: u.schneid@stadt.wuppertal.de

Gesine Schwan, Prof. Dr., Präsidentin und Mit-Gründerin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Berlin
email: office.schwan@governance-platform.org

Bernd Sibler, Landrat, Staatsminister a.D., ehem. Mitglied des Bayerischen Landtags
email: Landrat@LRA-DEG.Bayern.de

Rudolf Speth, PD Dr., Universität Passau, Büro des Präsidenten
email: rudolf.speth@uni-passau.de

Micha Teuscher, Prof. Dr., ehemals Vizepräsident der HRK und Sprecher der Fachhochschulen in der HRK sowie Präsident der HAW Hamburg

Christian Thies, Professor für Philosophie an der Universität Passau
email: christian.thies@uni-passau.de

Florian Töpfl, Professor für Politische Kommunikation an der Universität Passau
email: florian.toepfl@uni-passau.de

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr., u. a. Gründungspräsident der Gesamthochschule/ Universität Kassel
email: ernst@weizsaecker.de

Barbara Zehnpfennig, Professorin em. für Politikwissenschaft an der Universität Passau
email: zehnpfennig@uni-passau.de

Welcher „Idee“ folgt die Universität und welchem Auftrag ist sie verpflichtet? Diese Fragen von Karl Jaspers 1923, 1946 und 1961 ausdrücklich aufgeworfen, bleiben stets aktuell. Sie müssen im Horizont eines permanenten Wandels immer wieder neu reflektiert werden. Die Antworten nehmen die Universität insgesamt und die jeweils konkrete Hochschule in den Blick. Universität realisiert sich in konkreten Bedingungen in Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit. Das Buch verbindet generelle Perspektive und spezielle Umsetzung durch Beiträge von außen und innen (hier aus der Universität Passau). Wissenschaft, Politik, Bildung, Wirtschaft treten somit in der Bestimmung der Idee der Universität in einen vielschichtigen Dialog.

**Der Herausgeber:**

Professor Dr. Ulrich Bartosch ist seit 2020 Präsident der Universität Passau. Im Jahr 2000 wurde er Professor für Erziehungswissenschaften an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). Von 2006-2012 leitete er den deutschen Fachbereichstag Soziale Arbeit, 2009-2015 war er Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Bartosch war federführend an der Neuformulierung des Deutschen Qualifikationsrahmens für Hochschulabschlüsse beteiligt. Seit Dezember 2023 gehört er als Vizepräsident für Lehre, Studium und Lehrer:innenbildung dem Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) an.

978-3-7815-2617-4



9 783781 526174